

2030

Globale Trends bis 2030:
Kann die EU die anstehenden
Herausforderungen bewältigen?



HAUFTUNGSAUSSCHLUSSKLAUSEL

Die in den Ergebnissen dieses Berichts geäußerten Ansichten stellen nur jene der Autoren dar. Der Bericht bindet nicht, noch kann er den europäischen Institutionen und seinen Organen, die in der Arbeitsgruppe des interinstitutionellen Projekts des Europäischen Systems für strategische und politische Analysen (ESPAS) vertreten sind, zugeschrieben werden, namentlich der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament (EP), dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN 978-92-79-50617-8
doi:10.2796/441289
NJ-01-14-630-DE-C

© Europäische Union, 2015
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Globale Trends bis 2030: Kann die EU die anstehenden Herausforderungen bewältigen?

Inhalt

EINFÜHRUNG	5
------------	---

ZUSAMMENFASSUNG	7
-----------------	---

ÜBERBLICK – EINE WELT DER STEIGENDEN KOMPLEXITÄT, UNSICHERHEIT UND DES SCHNELLEN WANDELS	11
---	----

FÜNF WICHTIGE GLOBALE TRENDS BIS 2030	15
---------------------------------------	----

Wichtiger globaler Trend 1	17
-----------------------------------	-----------

Eine reichere und ältere Weltbevölkerung, gekennzeichnet durch eine wachsende Mittelschicht und größere Ungleichheiten

Wichtiger globaler Trend 2	23
-----------------------------------	-----------

Ein anfälligerer Globalisierungsprozess, geführt von einer „Wirtschafts-G3“

Wichtiger globaler Trend 3	33
-----------------------------------	-----------

Eine transformative industrielle und technologische Revolution

Wichtiger globaler Trend 4	38
-----------------------------------	-----------

Ein wachsender Zusammenhang zwischen Klimawandel, Energie und Wettbewerb um Ressourcen

Wichtiger globaler Trend 5	43
-----------------------------------	-----------

Sich verändernde Machtverhältnisse, Interdependenz und ein anfälliger Multilateralismus

DREI GLOBALE REVOLUTIONEN – DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA	53
--	----

Die weltweite Revolution von Wirtschaft und Technik – die Herausforderungen für Europa	54
---	-----------

1. Umgestaltung der Wirtschaft
2. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des Wandels und der Innovation

Die weltweite soziale und demokratische Revolution – die Herausforderungen für Europa	65
--	-----------

1. Auseinandersetzung mit Ungleichheiten
2. Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie

Die weltweite geopolitische Revolution – Herausforderungen für Europa	71
--	-----------

Stärkung der internationalen Rolle der Europäischen Union

SCHLUSSFOLGERUNG	85
------------------	----

Einführung

Wo keine Offenbarung ist, wird das Volk wild und wüst.

Sprüche 29,18

Da sich die Welt mit einer, wie es scheint, noch nie dagewesenen Geschwindigkeit und Intensität verändert, müssen auch die Geschwindigkeit und Qualität unserer gemeinsamen Analysen derartiger Änderungen angepasst werden. Das Projekt des *Europäischen Strategie- und Politikanalyzesystems* (ESPAS) soll die Europäische Union (EU) dabei unterstützen, die wichtigsten globalen Trends zu identifizieren, ihre Auswirkungen zu bewerten und sich daraus ergebende Herausforderungen und Grundsatzoptionen, denen sich Entscheidungsträger gegenübersehen werden, zu prüfen. Gleichzeitig wird durch das Projekt eine Bereitschaft der Europäischen Union signalisiert, sich mit internationalen strategischen Alliierten und Partnern sowie Experten aus aller Welt zusammenzuschließen, um zu versuchen, über diese gemeinsamen globalen Trends und Herausforderungen zu reflektieren und diese idealerweise gemeinsam anzugehen.

Dieser Text stützt sich stark auf vier ausführlichere Berichte, die bisher im Rahmen des ESPAS-Projektes verfasst wurden⁽¹⁾, auf Diskussionen im Rahmen der jährlichen

ESPAS-Konferenzen sowie auf eine Auswertung der einschlägigen Literatur. Die wichtigsten Trends, die die globalen geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme der kommenden Jahrzehnte prägen werden, sollen hier in kompakter Form zusammengefasst werden, mit besonderem Augenmerk auf ihre künftigen Auswirkungen auf die EU. Dieser Bericht soll für die Leser von Interesse sein und der Union, ihren Mitgliedstaaten und Bürgern sowie den internationalen Partnern Europas gleichermaßen nützen, indem hilfreiche Einblicke gegeben und mögliche Antworten auf die großen globalen Themen unserer Zeit vorgeschlagen werden. Dabei werden Schlüsselthemen identifiziert, mit denen sich die Entscheidungsträger der Politik künftig befassen werden müssen.

Vertreter der vier Institutionen und Organe, die an der Arbeit des ESPAS beteiligt sind – die Europäische, das Europäische Parlament (EP), das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) – werden in den kommenden Jahren auch weiterhin aktiv zusammenarbeiten, um dafür zu sorgen, dass diese Art der Analyse globaler Trends weiter vertieft wird, damit Beiträge für eine informierte Politikgestaltung geleistet werden können.

ESPAS wurde als Pilotprojekt gestartet und bekam später in den EU-Haushaltsplänen von 2010 und 2012 den Status einer vorbereitenden Maßnahme zugesprochen. Das Ziel dieses einzigartigen interinstitutionellen Verfahrens ist die

⁽¹⁾ Die vier vom ESPAS in Auftrag gegebene Berichte sind:
= EUISS-Bericht für ESPAS, *Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World*, 2012;
= CEPS-Bericht für ESPAS, *The Global Economy in 2030: Trends and Strategies for Europe*, 2013;
= RAND Europe-Bericht für ESPAS, *Europe's Societal Challenges: An analysis of global societal trends to 2030 and their impact on the European Union*, 2013;
= FRIDE-and-Chatham-House- (RIIA)-Bericht für ESPAS: *Empowering Europe's Future: Governance, Power and Options for the European Union in a Changing World*, 2013.

Identifikation und der Austausch von Analysen über langfristige globale Trends, denen sich die Europäische Union in den kommenden Jahrzehnten wahrscheinlich gegenübersehen wird, sowie über die potenziellen Herausforderungen für die Politik, die daraus entstehen könnten. So soll versucht werden, eine neue Kapazität des strategischen Vorausschauens innerhalb der EU und für die EU zu entwickeln.

Unter der Anleitung einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe wurden im Rahmen des ESPAS-Projektes bisher insbesondere wichtige globale Trends untersucht, die sich bereits abgezeichnet haben oder die sich in den nächsten 15 Jahren entwickeln könnten, wobei der Schwerpunkt auf folgenden drei Bereichen liegt: i) Wirtschaft, ii) Gesellschaft sowie iii) Staatsführung und Macht. 2012 wurde ein allgemeiner Bericht des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS) über allgemeine globale Trends in Auftrag gegeben, im Anschluss daran wurde eine Arbeitsgruppe für jeden der drei spezifischen Bereiche eingerichtet. 2013 wurden für jeden der drei Bereiche weitere Forschungsprojekte führender Think Tanks in Auftrag gegeben, und alle sich daraus ergebenden Aktivitäten wurden im Rahmen der aufeinanderfolgenden Jahreskonferenzen (2011, 2012 und 2014) einer Diskussion und Prüfung unterzogen.

Die Texte der verschiedenen Berichte, Einzelheiten der ESPAS-Diskussionen und die Zusammensetzung der ESPAS-Projektgruppe sowie der Arbeitsgruppen sind auf der Website des Projektes abrufbar: www.europa.eu/espas. Parallel dazu ist außerdem ein Online-Archiv mit Dokumenten

über globale Trends aus vielen Quellen unter www.europa.eu/espas/orbis, einem Ableger des ESPAS-Projektes, abrufbar.

Den haushaltspolitischen Bestimmungen zufolge soll das ESPAS so gestaltet sein, dass es den EU-Institutionen regelmäßig Beiträge zur Förderung von langfristigem und mittelfristigem strategischem Denken bereitstellen kann. Ein derartiger Input umfasst eine eingehende Prüfung von Langzeittrends und die Vorlage des entsprechenden Berichts bei den jeweiligen Präsidenten der EU-Institutionen, um auf dessen Basis die Herausforderungen und Möglichkeiten für den Zeitraum 2014-2019 zu betrachten.

Dennoch müssen alle Arbeiten über Zukunftstrends selbstverständlich immer von einem allgemeinen warnenden Hinweis begleitet sein. Projektionen erweisen sich selten als vollkommen zutreffend, da kein Trend unveränderlich ist und da unvorhergesehene Ereignisse oftmals den Lauf der Geschichte drastisch verändern. Dennoch bleiben Vorausschauprozesse nützlich. Sie ermöglichen es, die Gegenwart aus einer umfassenderen Perspektive zu sehen und sie besser zu verstehen. Dadurch wird es auch leichter, Korrekturmaßnahmen gegen potenziell negative Entwicklungen zu ergreifen und das politische Umfeld positiver zu gestalten. Indem vorausgesagt wird, was geschehen *könnte*, werden Themen bekannt gemacht und Entscheidungsträger dazu gebracht, sich mit diesen Themen zu beschäftigen und Lösungen zu finden, die mit den langfristigen Interessen der Gesellschaft in Einklang stehen. Europas Zukunft liegt in den Händen der Europäer, somit ist Vorausschau ein wichtiges Instrument, um dazu beizutragen, die Zukunft positiv zu gestalten.

Zusammenfassung

Mangelnde Voraussicht, Nichtbereitschaft zu handeln, wenn Maßnahmen einfach und wirksam wären, Mangel an klarem Denken, ein Durcheinander von Ratschlägen, bis der Notfall eintritt, bis der Selbsterhaltungstrieb Alarm schlägt – dies alles sind die Merkmale der endlosen Wiederholung der Geschichte.

Winston Churchill, Britisches Unterhaus, London, 1935

Die starken Kräfte, die den globalen, in den frühen Neunzigern begonnenen Wandel steuern, verändern die Welt immer tiefgreifender und schneller. Die Welt wird zusehends komplexer, herausfordernder und auch unsicherer.

In Teil 1 dieses Berichts werden fünf globale Trends ausgemacht:

1. Die Weltbevölkerung wird älter und reicher mit einer wachsenden Mittelschicht und größer werdenden Ungleichheiten.
2. Das wirtschaftliche Gewicht und die politische Macht verlagern sich nach Asien. Die nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft wird immer anfälliger gegenüber den Herausforderungen und Schwächen des Globalisierungsprozesses.
3. Eine Revolution der Technologien und ihrer Anwendungen führt zu einer Wandlung der Gesellschaft in fast jeder Hinsicht. Die Digitalisierung erscheint als Eindringling; radikale, destabilisierende Veränderungen als Folge.

4. Mit steigendem Energieverbrauch und sich ändernden Produktionsmustern wird die Bewältigung der Ressourcenknappheit zu einer immer größeren Herausforderung.

5. Die Interdependenz der Länder – nun Bestandteil des globalen Lebens – geht nicht mit einer Stärkung der globalen Steuerung einher. Die Weltordnung wird fragiler und unvorhersehbarer.

In Teil 2 des Berichts werden drei strukturelle Revolutionen analysiert, die von diesen Trends ausgehen könnten und die eine komplexere und unsichere Welt schaffen, nämlich die wirtschaftliche und technologische, soziale und demokratische sowie geopolitische Revolution. Ebenfalls untersucht werden die Herausforderungen, die diese für die Europäische Union darstellen könnten.

1. Drei Revolutionen, die eine komplexere und unsichere Welt schaffen

■ **Eine wirtschaftliche und technologische Revolution:** Die Konvergenz von Technologien und die starke Zunahme von technischen Hilfen für einen großen Teil der Bevölkerung werden Wirtschaft und Gesellschaft verändern. In Bezug

auf die Produktivität, Wohlstandsgewinne und die Stärkung der Einzelperson werden sich enorme Möglichkeiten auftun. Gesellschaftliche Umbrüche können jedoch mitunter zum weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, zu steigenden Ungleichheiten und zur Verarmung der Mittelschicht in Industrieländern auch in Europa führen.

- **Eine soziale und demokratische Revolution:** Stärkere und besser vernetzte Einzelpersonen werden kreativer, dynamischer und weniger dazu geneigt sein, ein Leben lang im selben Beschäftigungsverhältnis zu verbleiben. Sie werden jedoch auch anspruchsvoller und kritischer sein. Eine derartige Entwicklung könnte es den Ländern ermöglichen, ihren „Gesellschaftsvertrag“ grundlegend zu erneuern und neue Formen der Staatsführung zu erfinden. Dadurch wird es jedoch schwieriger, im Kollektiv Entscheidungen zu treffen und gemeinsame Ansätze in traditionellen Strukturen wie Parteien und Gewerkschaften zu entwickeln. Systemkritische Einstellungen werden möglicherweise weiter verbreitet sein, und auch der Rückgriff auf weniger traditionelle und eher lokale Initiativen steigt. Es wird mehr Druck geben für größere Rechenschaftspflicht und für mehr Transparenz auf den verschiedenen Entscheidungsebenen.
- **Eine geopolitische Revolution:** Der Aufstieg Asiens wird weitergehen, und fast zwei Jahrhunderte der globalen Dominanz durch den europäischen Kontinent und die USA nähern sich ihrem Ende. Zusammen mit dem Auftreten anderer Mächte in Afrika und Lateinamerika wird dies zu einer zunehmend multipolaren Welt führen. Die Globalisierung wird weiter voranschreiten, aber zunehmend von neuen Akteuren mit anderen Werten angetrieben. Dies könnte zu konfrontativeren Umgangsformen zwischen den Hauptakteuren führen.

Der multilaterale Rahmen der Nachkriegszeit könnte zunehmend unter Druck geraten, womit die kollektive Fähigkeit, steigende Interdependenz auf wirksame Art zu handhaben, gefährdet wird. Die internationale Gemeinschaft tut sich schwer, immer zahlreichere schwache und gescheiterte Staaten zu halten und wiederaufzubauen. Gleichzeitig könnten destruktiv ausgerichtete, nichtstaatliche Akteure zunehmend die Schlupflöcher nutzen.

Aufgrund dieser drei Revolutionen wird es in den kommenden Jahrzehnten zu wachsenden Turbulenzen und sogar radikalen Veränderungen kommen. Die Effekte einer möglichen Beschleunigung des Klimawandels könnten die Situation noch komplizierter gestalten und die negativen Folgen der zuvor beschriebenen Trends verschlimmern. Die Gesamtbetrachtung ist abschreckend, da die Herausforderungen miteinander verbunden und zu groß sein werden, als dass einzelne Staaten oder gar Regionen sie angehen könnten. Die Widerstandsfähigkeit aller großen Staaten und Organisationen weltweit wird voraussichtlich auf eine harte Probe gestellt.

In diesem Klima der Unsicherheit, der Volatilität und des systemischen Risikos sind die Möglichkeiten für negative Impulse erheblich. Hierzu zählen z. B. eine massive Finanz- und Währungskrise, eine große Pandemie, eine weiträumige Energiekrise oder ein Konflikt im Asiatisch-Pazifischen Raum.

Auch positive Impulse sind mitunter als Antwort auf solche Risiken möglich: z. B. eine wahrhaft inklusive digitale Revolution, eine umfassende Energierevolution, grundlegend veränderte transatlantische Beziehungen, ein völlig neues multilaterales System oder eine erneuerte Europäische Union.

2. Implikationen für die Europäische Union

Die drei oben beschriebenen Revolutionen werden erhebliche Implikationen für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben, sowohl bis 2030 und darüber hinaus als auch für die unmittelbaren politischen Entscheidungen der nächsten fünf Jahre.

Die Europäische Union sieht sich diesen wichtigen Trends und Herausforderungen zu Beginn eines neuen Politik- und Wirtschaftszyklus gegenüber. Ihr stehen beträchtliche Trümpfe zur Verfügung: kulturelle Vielfalt, hochgebildetes Humankapital, exzellente Forschungskapazitäten, eine entwickelte Infrastruktur, ein starker sozialer Zusammenhalt und ein funktionierendes dezentrales politisches System, das auf vielen Ebenen agiert und das auf dem Rechtsstaatsprinzip und der individuellen Freiheit basiert. Jedoch müssen alle diese Vorteile aktiv gefördert werden, damit Europa auch weiterhin führend an der menschlichen Entwicklung mitwirkt. „Business as usual“ wird für Europa im Hinblick auf Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie externe Widerstandsfähigkeit nicht ausreichend sein, damit es seine Führung in einer sich rapide verändernden und anspruchsvolleren Welt aufrechterhalten kann.

Zwangsläufig wird sich Europa in Zukunft Risiken und Herausforderungen gegenübersehen. Davon sind die wichtigsten intern, wodurch die Notwendigkeit entsteht, das Vertrauen in die Europäische Union neu aufzubauen und ihren Bürgern konkrete und hoffnungsvolle Ergebnisse zu bieten.

Das Problem des europäischen Wachstums in den nächsten 20 Jahren zu lösen wird nicht einfach sein. Finanzielle Hebelwirkungen werden sowohl in Europa als auch weltweit aufgrund des hohen Schuldenniveaus begrenzt sein. Der Motor der Schwellenländer ist womöglich nicht ausreichend kraftvoll, um die Weltwirtschaft schnell nach vorn zu bringen, und könnte überdies durch bedeutende innenpolitische Herausforderungen und das rapide Altern ihrer Bevölkerungen geschwächt werden. Es ist daher gefährlich, darauf zu warten, dass das Wachstum wie ein zyklisches Phänomen zurückkehrt. Das Wachstum kann nicht länger von einem schlichten Aufholprozess oder von einem einfachen keynesianischen Ansatz herrühren. Es muss ohne Verschuldung erreicht werden. Die Vollendung des Binnenmarkts und einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion spielt in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Der Erfolg wird auch von der Fähigkeit der Europäischen Union abhängen, zu antizipieren, flexibler, agiler und inklusiver zu sein. Gleichzeitig muss die EU strategisch handeln und sowohl bei Akteuren im öffentlichen als auch im privaten Sektor Langzeitperspektiven fördern.

In diesem Bericht werden fünf wichtige und miteinander verbundene politische Herausforderungen für die Europäische Union, die in den nächsten Jahren behandelt werden müssen, ermittelt. Es werden *keine* bindenden politischen Initiativen

vorgeschrieben, vielmehr soll eine Reihe möglicher strategischer Herausforderungen formuliert werden, mit denen Entscheidungsträger womöglich konfrontiert sein werden. Angesichts dieser Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, wird es erforderlich sein, die Wirtschaft neu zu gestalten, eine Gesellschaft des Wandels und der Innovation zu fördern, wachsende Ungleichheiten und zunehmende Ausgrenzung zu bekämpfen, für eine Stärkung von Einzelpersonen und der Demokratie zu sorgen sowie die internationale Rolle der Europäischen Union zu stärken.

i) Umgestaltung der Wirtschaft

- **Europa benötigt eine neue Plattform für nachhaltiges, anhaltendes Wirtschaftswachstum.** Es ist gefährlich, Wachstum als zyklisches Phänomen anzusehen, das wieder zurückkehren wird. Ein hohes Schuldenniveau ist ein schweres Handicap in Europa und in anderen Teilen der Welt, und die Schwellenländer sind nicht unbedingt dazu bestimmt, ein kraftvoller Motor für die Weltwirtschaft zu sein. Das Ziel der Konjunkturbelebung in Europa kann vor allem durch Innovation, und zwar nicht allein digitale oder technologische, sondern auch gesellschaftliche Innovation sowie Innovation in der Gestaltung und Ausführung der Ordnungspolitik selbst erreicht werden.
- **Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen** zur Förderung der europäischen Wirtschaft. Eine stärkere Konvergenz öffentlicher und privater Investitionen, unter anderem die Einbeziehung privater Rücklagen, würde die Schaffung von Arbeitsplätzen stimulieren und dazu beitragen, das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft zu erhalten.
- **Vollendung des Binnenmarkts.** Der Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen ist noch lange nicht vollendet, vor allem aufgrund des Widerstandes einzelner Akteure, die ein Interesse daran haben, den Status quo aufrechtzuerhalten. Tatsächlich sind selbst für die Bereiche, die der Vollendung näher sind, wie der Industriesektor, regelmäßige Aktualisierungen erforderlich, um Marktentwicklungen zu berücksichtigen. Selbst im Dienstleistungssektor, wo das Wachstumspotenzial am größten ist, wird die Kluft immer größer. Kraftvolle Initiativen sind erforderlich, um derartige Trends umzukehren.
- **Verbesserte Steuerung des Euroraums.** Die Verwaltung und Senkung der öffentlichen Schulden im Euroraum sowie die endgültige Sanierung des Bankensystems werden politische Einheit und Entschlossenheit erfordern. Kurz- und mittelfristige Aufgaben sind die Koordinierung und Durchführung wichtiger wirtschaftlicher Reformen in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Eine längerfristige Agenda könnte die verbesserte Koordinierung der Steuer- und Arbeitspolitik zur Anpassung an die verbesserte haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung, Fortschritte in Richtung projektbezogener Anleihen und möglicherweise angemessene zentrale Finanzierungsmöglichkeiten beinhalten. Bei all diesen Verfahren wird es unerlässlich sein, einen ausreichenden Zusammenhalt

zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb und außerhalb des Euroraums aufrechtzuerhalten.

- **Entwicklung einer wirklichen Energieunion und Bekämpfung des Klimawandels.** Der zersplitterte Energiemarkt und der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen müssen zügig und umfassend behandelt werden, und zwar durch Maßnahmen, durch die auch die wahrhaftig riskante gegenwärtige Abhängigkeit von externen Quellen reduziert wird. Sowohl die Versorgungssicherheit als auch die Wettbewerbsfähigkeit sollten verbessert werden. Das Ziel einer wirklichen Energieunion sollte auch zu den Bemühungen der Europäischen Union beitragen, die Emissionen angesichts der Gefahren durch den Klimawandel zu senken.

ii) Förderung einer Gesellschaft des Wandels und der Innovation

- **Eine wirkliche digitale Revolution.** Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen mit den Spitzenakteuren gleichziehen, um eine gewisse Führung in der technischen und industriellen Innovation wiederzuerlangen, insbesondere im schnell wachsenden digitalen Wirtschaftssektor. Dafür ist es wichtig, dass die Akteure Spitzenforschung liefern können und dass ihnen der Markteintritt erleichtert wird. Einzelpersonen werden neue Muster des Verbrauchs, der Arbeit und der Kommunikation annehmen müssen. Auf europäischer Ebene wird die Vollendung des Binnenmarkts wesentlich sein, um der Europäischen Union zu ermöglichen, ein höheres Wachstum ohne Schulden zu erreichen und die aktuelle Arbeitslosenrate zu senken.
- **Aufbau eines europäischen Raums für Forschung und Innovation.** Trotz der EU-Programme führt die Fragmentierung der Forschung und Entwicklung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor zu Ineffizienz, Mangel an kritischer Masse und vielen unterschiedlichen Produktstandards. Die Mobilität der Wissenschaftler zwischen der akademischen Welt und der Industrie und mutige Initiativen sind sicherlich wichtige Voraussetzungen für wirksamere Investitionen und maximale Innovation.
- **Umdenken in der Bildung.** Die Rentabilität von Investitionen in das Bildungssystem muss in ganz Europa gründlich neu bewertet werden. Die gegenwärtig hohen Ausgaben verhindern nicht ein zunehmendes Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage, den digitalen Analphabetismus und vorzeitigen Schulabgang, der zur Ausgrenzung vieler junger oder auch älterer Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt führt. Eine unzulängliche sprachliche Ausbildung ist ein Hemmnis für die Arbeitskräftemobilität. Europas frühere Fortschritte in Bezug auf wichtige arbeitsmarktrelevante Kompetenzen gehen mitunter im Vergleich mit anderen führenden oder Schwellenländern verloren. Neue Bildungsmaßnahmen und neue Strategien für lebenslanges Lernen sollten auf dauerhafte Spitzenleistungen und eine größere Beteiligung am Arbeitsmarkt abzielen.

iii) *Bekämpfung wachsender Ungleichheiten und Ausgrenzung*

■ **Wachsende Ungleichheiten** werden den Zusammenhalt in der Europäischen Union zunehmend beeinflussen und ihre wirtschaftliche Stärke gefährden. Bisher ist es der Europäischen Union nicht gelungen, gering qualifizierte Arbeitnehmer und andere soziale Gruppen, die am stärksten von der Globalisierung betroffen sind, wieder einzugliedern. Auf die kommende technologische Revolution, durch die sich die Kluft zwischen den „Gewinnern“ und „Verlierern“ dramatisch vergrößern könnte, ist sie noch weniger vorbereitet. Um die zunehmende gesellschaftliche Spaltung zu verhindern, sollten sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten – ein jeder in seinem Zuständigkeitsbereich – auf Folgendes konzentrieren: weniger starre Arbeitsmärkte, integrativere Bildungssysteme, die Beseitigung von Hemmnissen für Initiativen und Wettbewerb und steigende Investitionen in das Gesundheitswesen. Für Bürger, die von Ausgrenzung betroffen oder davon bedroht sind, sollte es Maßnahmen geben, durch die sie mit den auf dem Arbeitsmarkt erforderlichen Fertigkeiten ausgestattet werden und durch die sie allgemein wieder in aktives Gemeinschaftsleben eingegliedert werden.

■ **Neugestaltung der Migrationsdebatte.** Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehen sich wachsendem Druck durch hohe Einwanderungsniveaus gegenüber, die eine Herausforderung für den Zusammenhalt ihrer Gesellschaften darstellen. Dieser Druck, insbesondere aus der südlichen Nachbarschaft, dürfte in den kommenden Jahrzehnten aus demografisch und politisch bedingten Gründen weiter zunehmen. Dieses Problem ist nicht einfach zu lösen. Gleichzeitig bedeutet das Altern der europäischen Bevölkerung, dass es langfristig weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter geben wird, die die Wirtschaft in Gang halten. Vor 2030 muss die Migrationspolitik im Hinblick auf eine sorgsamere Migrationsstrategie umgestaltet werden, die wirtschaftlich nachhaltiger und humaner ist.

iv) *Stärkung von Einzelpersonen und Demokratie*

■ **Die Wirksamkeit politischer Strategien und die politische Rechenschaftspflicht verbessern.** Die zunehmende Komplexität der Regierungsführung und die wachsende Informationsvielfalt bedeuten, dass die Bürger die von Politikern auf nationaler und europäischer Ebene gemachten Pläne und Versprechen oft aus den Augen verlieren. Dies führt zu einem Mangel an Vertrauen, durch den der politische und soziale Zusammenhalt gefährdet werden kann. Auf allen Ebenen müssen integrative und effiziente Wege eingeführt werden, mit denen die Demokratie geschützt und vertieft werden kann, ohne die Werte und die Gerechtigkeit des bestehenden Regierungssystems zu untergraben. Auf EU-Ebene sind weitreichende Reformen

in Bezug auf die Interaktion der EU mit ihren Mitgliedstaaten und Bürgern erforderlich. Diese könnten folgende Elemente umfassen: eine deutlichere Festlegung von Prioritäten; systematischer Respekt für das Subsidiaritätsprinzip; funktionelle Transparenz; klarere Kommunikationswege und modernisierte Governance-Systeme, einschließlich einer besseren Abstimmung zwischen den Institutionen und einer deutlicheren Aufteilung der Aufgaben zwischen ihnen.

v) *Stärkung der internationalen Rolle der Europäischen Union*

■ Aufgrund der zunehmend unsicheren Welt jenseits ihrer Außengrenzen, die sich in der Rückkehr zur Geopolitik, einem geringeren Engagement der USA und immer mehr Unruhen in der Nachbarschaft äußert, sieht sich die Europäische Union bedeutenden externen Herausforderungen gegenüber. Die Europäer werden eine größere kollektive Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung übernehmen müssen. Die Europäische Union verfügt jedoch bei Weitem nicht über genügend angemessene politische Strategien, Instrumente und einen strategischen Fokus, um effektiv mit derartigen Bedrohungen umzugehen. Trotzdem muss die EU künftig

- Stabilität und Entwicklung in ihrer weiteren strategischen Nachbarschaft fördern, einschließlich vertiefter Beziehungen zu Schlüsselakteuren, während der gegenwärtige Abwärtstrend bei den Verteidigungsausgaben umgekehrt werden muss, um die Sicherheit der Europäischen Union zu erhalten und handlungsfähig zu sein, falls dies erforderlich ist;
- das globale System stärken, indem ein multilateraler Rahmen gefördert wird, der an die neue, multipolare Welt angepasst ist und dennoch weiter auf universellen Werten basiert;
- seine Bündnisse weiterentwickeln und Beziehungen mit aufstrebenden Mächten aufbauen. Bestehende strategische Partnerschaften, insbesondere mit den USA als Schlüsselpartner, sollten vertieft werden. Derartige Partnerschaften sollen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration beitragen. Sie sollten aber auch, wo angemessen, um sicherheits- und verteidigungspolitische Dimensionen, grenzüberschreitende Investitionen und die Steuerung von Migrationsströmen erweitert werden. Aufstrebende Mächte sollten nicht isoliert werden. Stattdessen sollten Beziehungen zu ihnen aufgebaut werden; und sie sollten ermutigt werden, verstärkt globale Verantwortung zu übernehmen. Der Aufstieg Chinas als grundlegender „Game-Changer“ macht eine Neubewertung der Beziehungen der Europäischen Union zu diesem Land erforderlich, wobei es insbesondere die künftige Bedeutung Chinas zu berücksichtigen gilt.

Überblick – eine Welt der steigenden Komplexität, Unsicherheit und des schnellen Wandels

Probleme kann man niemals auf derselben Ebene lösen, auf der sie entstanden sind. Man muss sie von der nächsthöheren Ebene aus betrachten.

Zurückzuführen auf Albert Einstein

Eine neue Ära

Der globale Wandel begann in den frühen 1990er Jahren. Was einst als linearer Fortschritt auf dem Weg zu mehr Demokratie, offeneren Märkten und einer friedlichen internationalen Zusammenarbeit erschien, scheint nun schwächer zu werden. Es ist unwahrscheinlich, dass dies 2030 das vorherrschende Paradigma sein wird.

Es finden gleichzeitig drei Revolutionen statt, die die strategischen Herausforderungen, mit denen sich Europa auseinandersetzen muss, zwangsläufig verändern werden.

Eine technische und wirtschaftliche Revolution: Die Konvergenz digitaler, biologischer und industrieller Technologien und die starke Zunahme von für viele Menschen verfügbaren und bezahlbaren digitalen Werkzeugen überall und für praktisch jeden Zweck werden die Funktionsweise der Volkswirtschaften und der Gesellschaften grundlegend verändern. Die neue Wissensgesellschaft bietet enorme Möglichkeiten in Bezug auf die Produktivität und die durchschnittlichen Wohlstandsgewinne sowie die Stärkung von Einzelpersonen. Sie kann jedoch auch zu großen gesellschaftlichen Umbrüchen führen: Bereits jetzt können ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bei repetitiven Arbeiten mit geringfügigen Qualifikationsanforderungen, ein Anstieg der Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften (mehr als zwischen Ländern)

und eine relative Verarmung der Mittelschicht in Industrieländern, unter anderem auch in Europa, beobachtet werden.

Eine gesellschaftliche und demokratische Revolution:

Stärkere und besser vernetzte Einzelpersonen werden kreativer, dynamischer und weniger dazu geneigt sein, ein Leben lang im selben Beschäftigungsverhältnis zu bleiben. Sie werden jedoch auch anspruchsvoller und kritischer sein. Dadurch könnten eine grundlegende Erneuerung des Gesellschaftsvertrags und die Erfindung neuer Formen von Staatsführung und Politik möglich werden. Es wird jedoch dadurch schwieriger, im Kollektiv zu gestalten und gemeinsame Ansätze über traditionelle Strukturen wie Parteien und Gewerkschaften zu entwickeln. Systemkritische Einstellungen werden sich möglicherweise weiter verbreiten, und auch der Rückgriff auf weniger traditionelle und eher lokale Initiativen steigt. Auf jeden Fall wird der Druck für größere Rechenschaftspflicht und mehr Transparenz auf den verschiedenen Ebenen der Staatsführung zunehmen.

Eine geopolitische Revolution: Der Aufstieg Asiens wird weitergehen, und fast zwei Jahrhunderte der globalen Dominanz durch den europäischen Kontinent und die USA nähern sich ihrem Ende. Gemeinsam mit dem Auftreten neuer Mächte in Lateinamerika und möglicherweise Afrika wird dies zu einer zunehmend multipolaren Welt führen. Die Globalisierung wird nicht länger nur von westlichen Mächten vorangetrieben werden, die für mehr Demokratie, offenere Märkte

und eine friedliche internationale Zusammenarbeit eintreten. Dieser Paradigmenwechsel könnte durchaus eher konfrontative Umgangsformen zwischen Schlüsselakteuren wie den USA und China herbeiführen. Der multilaterale Rahmen der Nachkriegszeit könnte daher zunehmend unter Druck geraten, womit die kollektive Fähigkeit, steigende Interdependenz auf wirksame Art zu handhaben, gefährdet wird. Destruktiv orientierte, nichtstaatliche Akteure, die mitunter von religiösem Fanatismus angefacht sind, könnten zunehmend Schlupflöcher nutzen. Gleichzeitig tut sich die internationale Gemeinschaft schwer, immer zahlreichere schwache und gescheiterte Staaten zu halten und wiederaufzubauen.

In diesem Zusammenhang sind eine Gefährdung der internen Stabilität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten durch den Terrorismus, zunehmende Ungleichheiten und Populismus möglich, während ihre Sicherheit durch die politische und soziale Destabilisierung in benachbarten Ländern bedroht wird. Die Europäische Union wird all ihre Kräfte und ihre Widerstandsfähigkeit für die Erhaltung ihrer Werte, ihres Wohlstands und ihrer Sicherheit und womöglich sogar für das Weiterbestehen in ihrer jetzigen Form aufbringen müssen.

Zunehmende Geschwindigkeit von Veränderungen und der Druck der Kurzfristigkeit

Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass sich wissenschaftliche und technologische Entwicklungen beschleunigen werden. Während ein Vierteljahrhundert erforderlich war, bis die Elektrizität von der breiten Bevölkerung genutzt wurde, sind nur zehn Jahre von der Sequenzierung des menschlichen Genoms bis zu dessen Routinenutzung vergangen. In diesem kurzen Zeitraum sind Kosten und Implementierungszeit um das Zehnfache gesunken. Neue Technologien stoßen zügiger denn je in den Alltag vor.

Voraussichtlich beschleunigt die Globalisierung – eng vernetzt mit der rasanten Entwicklung neuer Informationstechnologien – die Veränderungsrate weiter: Informationen werden unverzüglich über Medien und soziale Netzwerke verbreitet, Unternehmen agieren unter zunehmendem Druck von Aktionären, das Erwerbsleben gestaltet sich immer intensiver. All dies impliziert, dass wichtige Entscheidungen über alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereiche hinweg vorwiegend kurzfristig angelegt sind. Dies wird zunehmend zu einer Schwachstelle.

Steuerung von Komplexität

Komplexität gehört bereits für viele Menschen zum alltäglichen Leben und wird 2030 noch stärker zu spüren sein⁽²⁾. Mehrere Kräfte treiben diesen Prozess voran, darunter die ständig steigenden sozialen und ökologischen Ansprüche der Gesellschaft sowie das weit verbreitete Streben nach mehr Verbrauchsgütern, Nervenkitzel und Freizeit. Zum Teil ist es auch auf die Mobilität von Menschen und Gütern und die Möglichkeit zurückzuführen, mehrere Leben im zeitlichen Rahmen eines einzigen Lebens auszukosten. Daher beginnt die Komplexität beim Individuum.

Komplexität entsteht auch aufgrund der schwierigen und undurchsichtigen Verfahren und Methoden von Schlüsselproblemen und -ereignissen. Die Mechanismen der Wirtschaftskrise beispielsweise sind auch für Experten schwer zu verstehen, die sich häufig auf keine Erklärung einigen können. Daher können Menschen nicht verstehen, wovon ihre Lebensqualität bestimmt wird, sei es in der Bildung, der Produktion oder der Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Frustration ist die Folge.

Steigende Unsicherheit kann jedoch auch Innovation und Kreativität stimulieren und den Weg für eine alternative Zukunft ebnen. Komplexität kann das Spektrum möglicher Maßnahmen erweitern und die Dichte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens erhöhen. Neue Methoden und neue Instrumente, insbesondere die Verarbeitung großer Datenmengen (Big Data) und künstliche Intelligenz, eröffnen neue Wege für die Bewältigung von sowohl Unsicherheit als auch Komplexität.



Agile und adaptive Strukturen

Eine sich rapide ändernde, komplexe und multiple Welt macht agile und adaptive Strukturen erforderlich, mit denen eine neue Umwelt gesteuert werden kann, ohne sie jedoch zu zerstören.

Die Welt der Zukunft, in der Volatilität, Unvorhersehbarkeit und Komplexität vereint werden, wird interdisziplinäre Ansätze erforderlich machen, die Antizipation ermöglichen, Reaktion erleichtern und Widerstandsfähigkeit stärken. Vor allem wird die Priorisierung von langfristigen Zielen und Strategien erforderlich. Dies wird nicht so weithin anerkannt, wie es der Fall sein sollte: Das Anhalten der Kurzfristigkeit lässt vermuten, dass gegenwärtige Politik- und Unternehmensstrukturen nicht förderlich für derartige Verhaltensweisen sind. Öffentliche Behörden müssen darüber nachdenken, wie langfristige Strategien und Innovationen gefördert und belohnt werden können⁽³⁾.

⁽³⁾ The Oxford Martin Commission for Future Generations, 2014. *Securing the long term in national and international decision making*. Der Bericht *Now for the Long Term* ist das Ergebnis eines einjährigen Prozesses und einer ebenso langen Debatte unter dem Vorsitz von Pascal Lamy über die Erfolge und Misserfolge bei der Bewältigung globaler Herausforderungen während der letzten Jahrzehnte. In diesem Bericht wird eine tiefgreifende Änderung in Politik und Wirtschaft im Hinblick auf die Integration langfristigen Denkens gefordert, wobei gleichzeitig praktische Empfehlungen für Maßnahmen ausgesprochen werden, anhand deren eine robustere, integrativere und nachhaltigere Zukunft gestaltet werden soll.

⁽²⁾ Generalsekretär des Europäischen Parlaments: *Vorbereitung auf die Komplexität – Das Europäische Parlament 2025, 2012*.

Der Machtanstieg der Bürger

Ein wesentlicher Faktor, der zur Komplexität beitragen wird, wird der Machtanstieg der Bürgerinnen und Bürger sein, der von der politischen und wirtschaftlichen Stärkung der gewöhnlichen Menschen angetrieben wird. Zuschreiben kann man dies hauptsächlich der tiefgehenden Demokratisierung in den Industrieländern, dem Aufstieg der neuen Mittelschicht in den Entwicklungsländern und dem weltweiten Zugang zu Technologien und Informationen.

Die Befähigung von Personen kann, aber muss nicht zu einer Verbreitung westlicher Werte in der Welt führen, wird jedoch auf jeden Fall weltweit und auf allen Gebieten – wirtschaftlich, rechtlich und kulturell – zu höheren Erwartungen und Forderungen hinsichtlich der Rechte Einzelner führen. 2030 werden mehr Personen die Freiheit haben wollen, ihr privates Leben selbst zu gestalten, einen Partner zu wählen, sich von einem Ehepartner scheiden zu lassen oder ihr Familienmodell zu wählen. Als Verbraucher werden sie vom Zugang zu Gütern, zu Reisen und zum technologischen Fortschritt profitieren wollen. Als Bürgerinnen und Bürger werden sie von einer rechenschaftspflichtigen politischen Klasse regiert werden wollen.

Diese Macht der Bürger findet sich in drei Dimensionen wieder: i) in der Entwicklung des Potenzials des Einzelnen; ii) in der Macht, die dieses Potenzial mit sich bringt, und iii) in den Auswirkungen auf öffentliche und private Systeme.

2030 wird der Anstieg der Macht der Bürger voraussichtlich Auswirkungen auf alle Akteure haben: Staaten, Märkte, Unternehmen und Medien:

- Die Kaufentscheidungen der Menschen werden die Weltwirtschaft antreiben, die im Wesentlichen durch den Verbrauch einer stark zunehmenden Mittelschicht wächst.
- Regierungen und Unternehmen werden durch eine größere Kontrolle der institutionellen Strukturen durch die Bevölkerung eingeschränkt.
- Physische, politische und intellektuelle Mobilität und Vernetzung wird die Unabhängigkeit der Menschen fördern.
- Sich ändernde Verhaltensweisen und die Umsetzung der Erwartungen und Interessen der Menschen werden voraussichtlich eine politische Mobilisierung und Entscheidungsfindung nach dem Bottom-up-Prinzip fördern.

Machtverhältnisse, Regierungsmethoden und Wirtschaftsmodelle werden zunehmend beeinträchtigt. Im Jahr 2030 werden die Bürger anhand des Anstiegs der Share Economy (z. B. OuisShare, Carsharing, Airbnb) die Wirtschaftsentwicklungen umgestalten können und die politische Macht durch eine erhöhte Beteiligung und innovative Vorschläge zur Lösung sozialer Bedürfnisse neu verteilen.

Dieser Prozess der Befähigung der Menschen wird ungleich sein, da der Zugang zu Technologien und Informationen ungleich sein wird. Einige soziale Gruppen werden an den

Rand gedrängt werden und das Gefühl haben, aufgrund der Schnelligkeit der Veränderungen abgehängt und von der Komplexität und Unsicherheit des täglichen Lebens überrannt worden zu sein. Die Herausforderung wird sein, sicherzustellen, dass politische Maßnahmen die gesellschaftliche Anpassung und Integration auch für diese Gruppen erleichtern und dass damit systemische Risiken vermieden werden. Auch wenn Gesellschaften durch diesen Trend dazu ermutigt werden, sich mit der Zeit demokratischen Werten – insbesondere Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – zuzuwenden, könnte der Fortschritt dennoch lückenhaft und ungleich verteilt sein. Die Macht der Bürger wird höchstwahrscheinlich auf Widerstand treffen, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass einige Mittelschichten der Ansicht sein werden, dass autoritäre Regierungen ihre Interessen am besten vertreten können.

Das Aufstreben des Individuums könnte daher sowohl Risiken für die Stabilität beinhalten als auch einzigartige Chancen für Europa darstellen. Die europäische Geschichte und auch ihre Vielfalt können, vielleicht mehr als die jeder anderen Region, einen fruchtbaren Boden für intelligente Antworten auf neue Erwartungen bieten. Europas Werte – Transparenz, Dezentralisierung, Vielfalt, Kultur, eine direkte und repräsentative Demokratie auf nationaler und EU-Ebene – könnten dazu beitragen, neue Ansprüche des Individuums auf intelligente Art und Weise einzugliedern und ein neues Modell zu schaffen, das eventuell sogar für eine breitere Anwendung in anderen Ländern und Regionen geeignet ist.

Bis 2030 könnte es weitere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, politischer Freiheit und wirtschaftlicher Effizienz von der Art geben, wie man sie während des Arabischen Frühlings oder der Demonstrationen in der Ukraine sah. Zur gleichen Zeit werden die traditionellen Institutionen der etablierten Demokratien von neuen politischen Bewegungen in Europa und den USA herausgefordert und sogar abgelehnt. Diese Bewegungen werden von verschiedenen sozialen Gruppen unterstützt, die drastische Einschnitte des Staates in der Fürsorge oder eine bessere Unterstützung und Schutz für die vom sozialen und wirtschaftlichen Wandel zurückgelassenen Personen fordern.

Die Äußerung und erst recht die Erfüllung von Erwartungen einzelner Personen an gemeinschaftliche Institutionen ist selbst in Demokratien keine leichte Angelegenheit. Träge politische Systeme sind ebenso ein Hindernis wie die Berücksichtigung der ganzen Bandbreite individueller Interessen in gemeinschaftlichen Maßnahmen. Ein großer Teil der in jüngster Zeit auf regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene geäußerten Unzufriedenheit steht in Zusammenhang mit den politischen Systemen, die als fern, dysfunktional oder korrupt wahrgenommen werden.

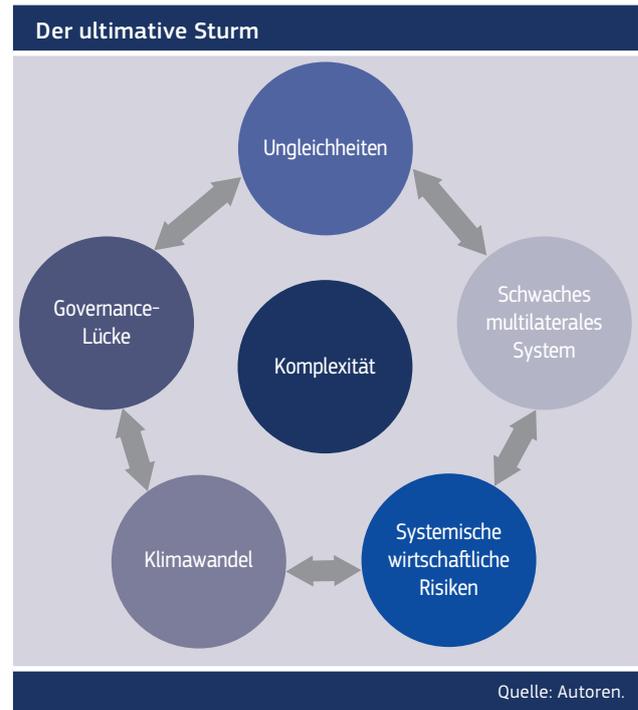
Global Governance bleibt bestenfalls unangemessen und schlimmstenfalls dysfunktional. Im Zeitraum bis 2030 ist es höchst unwahrscheinlich, dass Menschen die Möglichkeit erhalten werden, eine globale Staatsbürgerschaft auszuüben oder Abkommen zwischen wichtigen Staaten direkt zu gestalten, obwohl der Einfluss von gut organisierten Interessengruppen möglicherweise weiter wachsen wird. Im Allgemeinen jedoch wird die Kluft zwischen den Erwartungen

der Bürgerinnen und Bürger und den vom globalen politischen System gebotenen Antworten die soziale Unzufriedenheit verstärken und weltweit mehr Frustration schaffen. Auf lokaler Ebene führt dieses Missverhältnis möglicherweise in Extremfällen zur Entstehung revolutionärer Dynamiken.

Ein „ultimativer Sturm“?

Komplexität und Unsicherheit verstärken die potenziellen Auswirkungen schwerer Krisen auf lokaler und globaler Ebene, die durch folgende Entwicklungen ausgelöst werden können:

- Wirtschaftswachstum in Schwellenländern, das zu Enttäuschungen, Frustration und politischer Unbeständigkeit führt;
- Klimawandel, durch den die am stärksten gefährdeten Gebiete und Bevölkerungen der Welt am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden und der ernstzunehmende Auswirkungen in Bezug auf Migration und Konjunkturaussichten sowie Wirtschaftsleistung hat;
- ein sowohl realer als auch wahrgenommener Anstieg der Ungleichheiten, der durch den Mangel an Chancen für Bewegungen zwischen den Gesellschaftsschichten noch verschlimmert wird;



- die Schwäche des multilateralen Systems bei der Sicherstellung friedlicher Lösungen für Konflikte und der Einhaltung gemeinsamer Werte.

Auf den folgenden Seiten dieses Berichts werden die wichtigsten globalen Trends analysiert, durch die diese Gefahren und ihre wichtigsten Implikationen für Europa untermauert werden. Dadurch sollen eine langfristige Perspektive und mehr Anregungen für einen Denkprozess gegeben werden als normalerweise für politische Institutionen und ihre Leiter zur Verfügung stehen. Falls Entscheidungsträger es verwenden möchten, kann es sich hierbei um ein nützliches Instrument handeln, das hilfreich dabei ist, Änderungen zu antizipieren und darauf zu reagieren.

Fünf wichtige globale Trends bis 2030

EINLEITUNG

Trends

In einer Welt, die durch rapiden Wandel und eine wachsende Instabilität gekennzeichnet ist, ist der Versuch, über das Jahr 2030 hinauszublicken genauso schwierig wie notwendig. Dennoch können fünf wichtige Trends ausgemacht werden:

1. Die Menschheit wird älter und reicher, ist gekennzeichnet durch eine wachsende Mittelschicht und größer werdende Ungleichheiten.
2. Das wirtschaftliche Gewicht und die politische Macht verlagern sich nach Asien. Die nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft wird immer anfälliger gegenüber den Herausforderungen und Schwächen des Globalisierungsprozesses.
3. Die technologische Revolution führt zu einer Wandlung der Gesellschaft in fast jeder Hinsicht. Die wachsende Digitalisierung birgt die Gefahr radikaler und destabilisierender Veränderungen.
4. Durch den steigenden Energieverbrauch und die sich ändernden Produktionsmuster wird die Bewältigung der Ressourcenknappheit zu einer immer größeren Herausforderung.
5. Die internationale Interdependenz – Fakt in unserer globalisierten Welt – geht nicht mit einer Stärkung der globalen Steuerung einher. Die Weltordnung wird fragiler und unvorhersehbarer.

Anmerkung: Die nachfolgende Analyse stellt einen vorsichtigen Versuch dar, durch eine inter- oder multidisziplinäre Herangehensweise zu bestimmen, was wir bereits wissen, welche Informationen fehlen sowie gegebenenfalls frei über unbekannte Faktoren zu reflektieren. Diese drei Kategorien von Informationen werden nach dem Grad an Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft unterschieden. In steigender Reihenfolge:

- Von der heutigen Welt ausgehende **Projektionen** – Einige dieser Projektionen sind solide, wie demografische Trends, und andere werden zumindest weitestgehend von dem bestimmt, was bereits existiert, wie die Entwicklung neuer Technologien.
- **Unsicherheiten** – Trends und Herausforderungen, die bekannt sind, deren genaue Entwicklung jedoch noch nicht feststeht. Dies ist beispielsweise der Fall bei geopolitischen oder gesellschaftlichen Veränderungen oder der Antwort auf den Klimawandel.
- **Unbekannte Variablen** – zumeist spekulative Themen und/oder Warnungen über unwahrscheinliche, jedoch äußerst zerstörerische oder plötzliche Ereignisse. Überlegungen zu solchen Themen sollten ein besseres Verständnis über gegenwärtige Probleme bringen, kreatives Denken fördern und damit eine größere Offenheit für die Möglichkeit eines bedeutenden Wandels schaffen.

Tabelle 1: Globale und europäische Trends und Unsicherheiten

	GLOBAL		EUROPA	
	GLOBALE TRENDS (Projektionen)	Unsicherheiten	EU-TRENDS (Projektionen)	Unsicherheiten
Allgemein	Komplexe, anfällige, instabile und unsichere Welt Ära der Unsicherheit	Systemische, das Wachstum hemmende Risiken in Zusammenhang mit aufstrebenden Ländern	Integration des Euroraums, unsicheres Umfeld, niedriges Wachstum	Fähigkeit zur Änderung? Anhäufung von Risiken? Sich ändernde Ethik/Werte?
Wirtschaft	Weltweite Alterung	Wirtschaftsabschwung Chinas mit systemischen Folgen? Sich ändernde Verteilung der Investitionsströme auf globaler Ebene? Technologische Revolution im Energie- oder Kommunikationssektor?	Fehlende Nachhaltigkeit der bestehenden Wohlfahrtssysteme Schrumpfende erwerbstätige Bevölkerung Bedarf an Strukturreformen bei der Aufteilung von Investitionen und Spareinlagen Bildung als Schlüssel in einer alternden Gesellschaft	Massive Produktivitätsgewinne im öffentlichen Sektor? Massive Wirtschaftsumgestaltung durch technologische Revolution?
	Zunehmender Wettbewerb um Energie, natürliche Ressourcen und Rohstoffe	Einfluss von Schiefergas, intelligenten Stromnetzen, neuen erneuerbaren Energiequellen? Auswirkungen des Klimawandels? Einfluss der Mittelschicht?	Krise im Energie-Mix vieler Mitgliedstaaten	Vollendung eines paneuropäischen Energienetzes? Störung der Energieversorgungssicherheit?
	Verringerung des Fremdkapitalanteils und Einschreiten des Staates	Währungskriege? Systemische Risiken aufgrund der Finanzsysteme in Schwellenländern?	Langsamer Ersatz von wertgeminderten Vermögenspositionen Mäßiges Wachstum ohne Schulden Integration in den Euroraum	Das Ende freier Kapitalmärkte? Euro ohne Strukturreformen?
	Zunehmender Nord/Süd- und Süd/Süd-Wettbewerb in Exportmärkten Zunehmende Rolle regionaler Regelungen	Geopolitisierung des Handels? Stillstand der Globalisierung?	EU bleibt eine der offensten Wirtschaften, anfällig für Rückgänge im globalen Handel	Folgen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA? Freihandelsabkommen mit China/Russland? Bleibt die EU neben den USA weiterhin Normgeber
	Konvergierende Technologien Eingriffe in Geschäftsmodelle aller Dienstleistungen	Vollwertige industrielle (und dann soziale) Revolution? Ausmaß des Umbruchs und geschaffene Möglichkeiten?	Aufholpotenzial immer noch gegeben Cluster-Bildung auf Märkten für innovativen Mix (Dienstleistungen/Produkte) Bildung wird eine Schlüsselrolle spielen	Erfolgreiche Digitalisierung und weitere Integration des Binnenmarkts, einschließlich Dienstleistungen?
Gesellschaft	Aufstrebende wirtschaftliche Mittelschicht Gestiegene Ungleichheiten Steigende Unzufriedenheit Gestärkte Einzelpersonen Regionalisierte Migrationsströme (Süd-Süd, Nord-Nord)	Ära der Revolutionen? Fordern Individuen gemeinschaftliche Strukturen heraus? Anstieg des Nationalismus und des (religiösen) Extremismus?	Globale Mittelschichten erreichen, Bedrohungen für Mittelschicht der EU Anstieg der Ungleichheiten Auf Kreativität basierende Gesellschaft Die Europäische Union wird nach wie vor ein attraktives Ziel für Migranten aus der Nachbarschaft sein	Ausstrahlungseffekte aufgrund der Instabilität der Schwellenländer? Widerstandsfähigkeit/Anpassungsfähigkeit der politischen Institutionen?
Außenbeziehungen	Zunehmend multipolar, aber weniger multilateral Rückkehr der Machtpolitik	Ernstzunehmende globale geopolitische Neuausrichtung? Von BRICS-Staaten angetriebene Zunahme neuer multilateraler Institutionen?	Rückgang der Militärausgaben Abhängigkeit von Energie und Militärgütern Drehpunkt USA	Zukunft der NATO? Fragmentierung der EU? Führung der EU auf globaler Ebene?
	Neue Konflikte (insbesondere Naturkatastrophen und ihre Folgen) Weiterhin globale Unsicherheit mit steigenden Problemen aufgrund von Gewalt durch nichtstaatliche Rebellengruppen	Terrorismus, politische Spannungen Instabilität, niedriges Wachstum?	Auswirkungen auf die EU selbst (Grenzen, Integrationsprozess) Probleme in europäischer Nachbarschaft	Interne Unsicherheit und Energieunsicherheit?

WICHTIGER GLOBALER TREND 1

Eine reichere und ältere Weltbevölkerung, gekennzeichnet durch eine wachsende Mittelschicht und größere Ungleichheiten

Ungleichheiten wirken sich nachteilig auf den Fortschritt der Menschheit aus. Kang Youwei

DIE WELT IM JAHR 2030

Projektionen

- Überalterung wird zu einem globalen Phänomen. Die Weltbevölkerung wächst langsamer und erreicht – möglicherweise in den nächsten 20 Jahren – einen Höhepunkt bei ca. 8,3 Milliarden Menschen.
- Eine neue globale Mittelschicht in den Schwellenländern weitet sich rapide aus, hauptsächlich in Städten und insbesondere in Asien.
- Diese dynamische und technologisch ermächtigte Gruppe wird besonders verletzlich sein, da sie wachsenden Ungleichheiten ausgesetzt sein und einer Bevölkerungsalterung von bisher nie gekanntem Ausmaß beiwohnen wird.
- Ungleichheiten innerhalb der Länder werden sich global ausweiten.
- Die Migration steigt weiter an, insbesondere auf den Süd-Süd-Routen.

Unsicherheiten

- Das Altern der Bevölkerung in den Schwellenländern hat möglicherweise Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und interne Stabilität dieser Länder.
- Wachsende Ungleichheiten beim Zugang zu Ressourcen (Bildung, Gesundheitsdienste) können ernste soziale Spannungen herbeiführen.

Unbekannte Variablen

- Unerwartete Fortsetzung des Wachstums der Weltbevölkerung bis 11 Milliarden oder 12 Milliarden Menschen mit erheblichen Negativeffekten auf Nahrung und Gesundheit, Energieverfügbarkeit und Stabilität.
- Unkontrollierte globale Pandemien könnten sich mit systemischen Auswirkungen ausbreiten.

Alternde Weltbevölkerung

Im Zeitraum bis 2030 wird sich die globale Demografie unter dem Einfluss der steigenden Lebenserwartung, der abnehmenden Fruchtbarkeit und dem steigenden Bildungsniveau weiter verändern. Durch diese Entwicklungen werden die strukturellen Grundlagen der Weltwirtschaft verändert werden: Eine alternde Weltbevölkerung könnte bedeutende

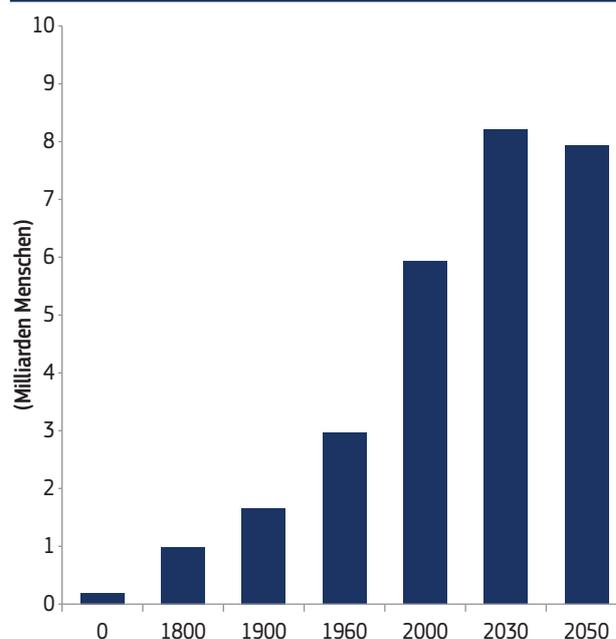
Auswirkungen auf die Wirtschaft der Industrie- und Schwellenländer haben. Wenn Letztere ihr stetiges Wachstum beibehalten, geht das Altern mit dem Anstieg der globalen Mittelschicht einher.

Das allgemeine Altern der Bevölkerung wird sowohl in Industrie- als auch in Schwellenländern im Zeitraum bis 2030 größer als erwartet ausfallen. Dieses Altern ist die Folge der mit jedem Jahrzehnt um zwei Jahre ansteigenden Lebenserwartung kombiniert mit einem Rückgang der Fruchtbarkeitsrate⁽⁴⁾.

Die jüngsten Wachstumsprognosen für die Weltbevölkerung weichen von früheren Projektionen zum Anstieg der Weltbevölkerung ab. Der Rückgang der Fruchtbarkeitsraten in vielen Schwellenländern könnte größer ausfallen als vorhergesagt und die weiterhin hohen Fruchtbarkeitsraten in Subsahara-Afrika und Indien kompensieren. Mit einer insgesamt steigenden Lebenserwartung könnte die Weltbevölkerung um 2030 mit ca. 8,3 Mrd. Menschen ihren Höhepunkt erreichen. Nach einer Stagnation könnte sie dann erstmalig in der Geschichte sinken und zum Ende des 21. Jahrhunderts wieder den gegenwärtigen Stand erreichen.

Der demografische Wandel wird bedeutende Auswirkungen auf die weltweiten geopolitischen und wirtschaftlichen Trends haben⁽⁵⁾.

Abbildung 1: Weltbevölkerung (in Mrd.)



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

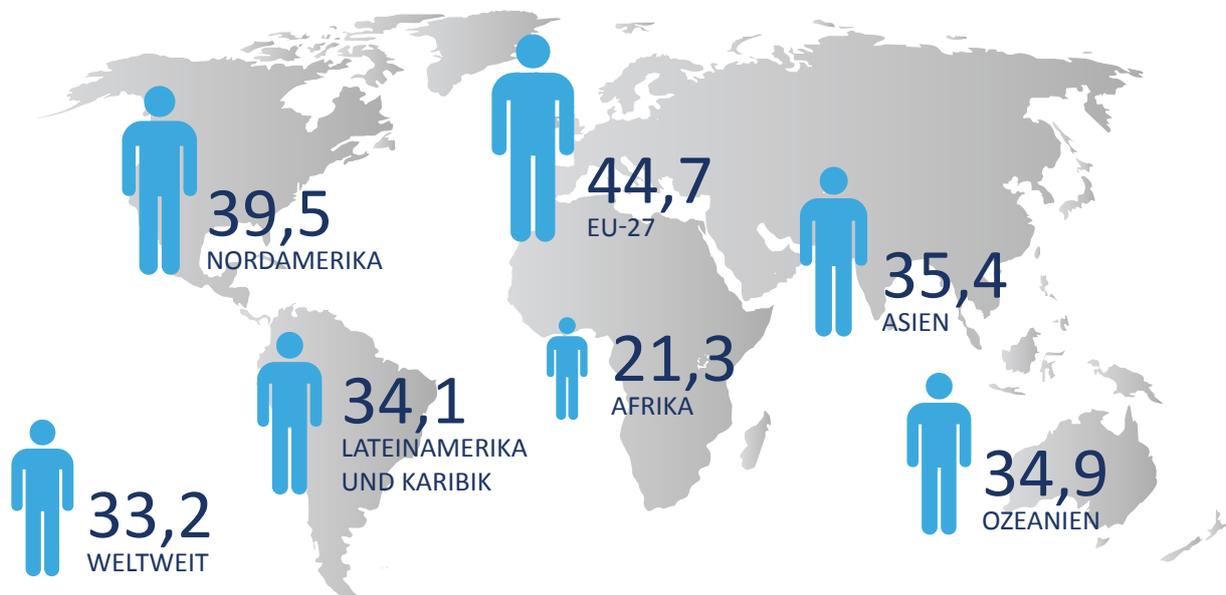
⁽⁴⁾ John Llewellyn: *The Business of Ageing*, Nomura International, 2008.

⁽⁵⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2014.

Mit einem Durchschnittsalter von 44 Jahren wird Europa die „älteste“ Region der Welt sein – einem mehr als doppelt so hohen Durchschnittsalter wie dasjenige in Subsahara-Afrika (21 Jahre). Menschen über 65 Jahren werden fast 23 % der Bevölkerung der EU ausmachen, im Vergleich zu 16 % heute (Eurostat, 2013). Unter der Annahme, dass es bis 2060

keine Änderung bei den gegenwärtigen Trends gibt, wird Deutschlands Bevölkerung von 82 Millionen (20 % Rentner) auf 65 Millionen (30 % Rentner) sinken. Zwischen 2035 und 2045 werden Frankreich und Deutschland mit 71 Millionen Menschen voraussichtlich die gleiche Einwohnerzahl haben.

Abbildung 2: Durchschnittsalter in verschiedenen Regionen der Welt 2030



Quelle: RAND Europe-Bericht für ESPAS, 2013

Systemische Auswirkungen der globalen Bevölkerungsalterung

Während die Langzeitauswirkungen der demografischen Veränderungen ungewisser sind, könnten sie durchaus das globale wirtschaftliche und politische Umfeld verändern. Einerseits würden die Bevölkerungsalterung und das langsamere Bevölkerungswachstum in den meisten Teilen der Welt dazu beitragen, die Armut zu reduzieren, aber andererseits könnten sie auch dazu beitragen, die Geschwindigkeit zu verlangsamen, mit der Schwellenländer die Industrieländer einholen.

Die wichtigste Unsicherheit hängt mit den Auswirkungen des Rückgangs von Chinas Erwerbsbevölkerung zusammen. Bisher implizierte die Ein-Kind-Politik eine starke Bevölkerungsalterung mit potenziell ernstzunehmenden Auswirkungen (siehe nachfolgende Grafik), falls sich das Land Migrationsströmen auch weiterhin verschließt. Ohne eine Änderung der Politik wird das Durchschnittsalter in China bis 2050 um elf Jahre (auf 46 Jahre) steigen, während es in den USA nur um drei Jahre (auf 41 Jahre) steigen wird⁽⁶⁾.

Das Altern der Weltbevölkerung wird sich mit der Zeit verstärken: Die Anzahl der Menschen über 65 Jahren wird sich in den nächsten 25 Jahren verdoppeln und 13 % der Weltbevölkerung ausmachen. Während es in Schweden 114 Jahre dauerte, bis der Anteil der über 60-Jährigen von

7 % auf 14 % anstieg, könnte der gleiche Prozess in China oder Indien nur 25-28 Jahre dauern⁽⁷⁾. In vielen der am meisten entwickelten Länder nimmt die Erwerbsbevölkerung (20- bis 70-Jährige) bereits ab, was nur teilweise durch die steigende Beschäftigung von Frauen und älteren Menschen wettgemacht wird. Der demografische Wandel der Länder des südlichen Mittelmeeres könnte zur Stabilisierung der Region beitragen, indem die Lücke zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum, insbesondere in Ägypten, geschlossen wird.

Die verbreitete Bevölkerungsalterung wird wahrscheinlich bedeutende Auswirkungen auf die Erwerbsbevölkerung, persönliche Ersparnisse und die globale Produktivität haben. Sozialversicherungssysteme in den fortgeschrittenen Ländern, insbesondere in Europa, und speziell der Gesundheitssektor, werden unter Druck geraten und Schwierigkeiten dabei haben, die Folgen der Abhängigkeit im Alter zu bewältigen: Zwischen 1965 und 2005 wurde das durchschnittliche Renteneintrittsalter nur um sechs Monate erhöht, während die Lebenserwartung um neun Jahre stieg⁽⁸⁾. Die Schwellenländer in Asien (mit Ausnahme von Indien) werden einen demografischen Wandel bewältigen müssen, der sich stark auf ihre Wirtschaft auswirken wird. Schließlich wird die Alterung Auswirkungen auf die Einschätzung von Migration und die sozialen Risiken haben.

⁽⁶⁾ Vereinte Nationen, Abteilung für Bevölkerung: Weltbevölkerungsprognosen 2012 Revision, 2013.

⁽⁷⁾ John Llewellyn: *The Business of Ageing*, Nomura International, 2008.

⁽⁸⁾ David Bloom, David Canning und Günther Fink: *Implications of Population Ageing for Economic Growth*, 2011.

Die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Wirtschaft eines Landes hängen stark vom Bildungsniveau ab: Personen mit Universitätsabschluss werden länger arbeiten, über mehr Ersparnisse verfügen und produktiver sein, auch wenn sie älter als 65 Jahre sind. Dies deutet darauf hin, dass Schwellenländer mit einem unzureichenden Angebot an Hochschulbildung und rückgängigen Geburtsraten vor der größten Herausforderung stehen werden: In China hat die Hälfte der heute 50- bis 65-Jährigen keinen Grundschulabschluss. Dies könnte dazu führen, dass sich eine zunehmende Klasse von verarmten älteren Menschen entwickelt.

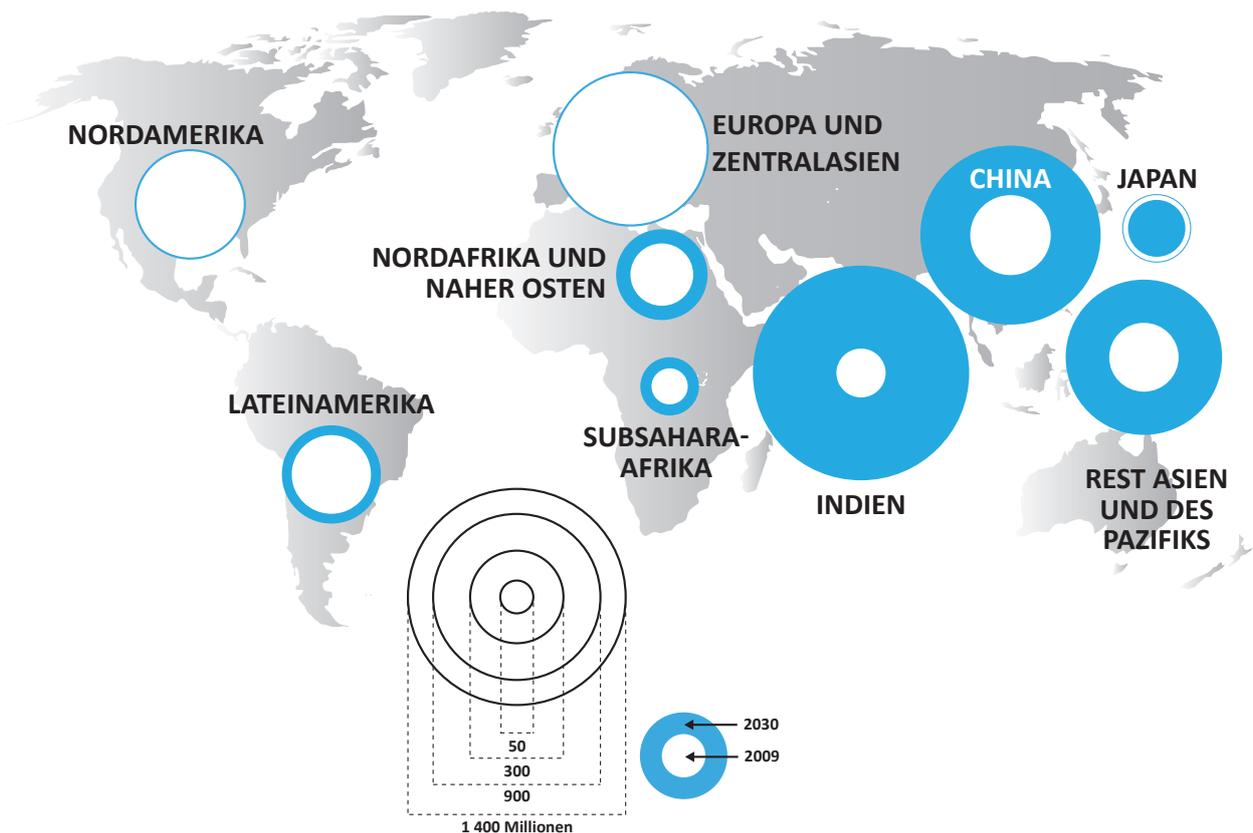
Vielleicht noch mehr als die Alterung seiner Bevölkerung stellt die Gefahr eines langfristigen Rückgangs der Erwerbsbevölkerung eine Bedrohung für Europas wirtschaftlichen Wohlstand und seinen Ruf in der Welt dar. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird einen Wirtschaftsabschwung bewirken und eine langfristige Stagnation hervorrufen, es sei denn, es kommt zu einer deutlichen Produktivitätssteigerung in Kombination mit gezielten neuen Ansätzen zu Bildung und

Weiterbildung. Nahezu alle aktuellen Analysen und Projektionen sagen für die nächsten Jahrzehnte einen Produktivitätsrückgang und daher einen längeren Zeitraum ohne bedeutendes Wirtschaftswachstum voraus. Dies kann zusammen mit der Alterung der Bevölkerung zu einer Destabilisierung von Sozialversicherungssystemen, intensiveren Währungsspannungen sowie dazu führen, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit semipermanent wird. Gemeinsam könnten diese Auswirkungen den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen.

Globale Mittelschicht

Aktuellen Projektionen zufolge wird die Mittelschicht der Weltwirtschaft zwischen 2009 und 2030 voraussichtlich mehr als doppelt so groß sein und von 1,8 Milliarden auf fast 5,0 Milliarden Menschen ansteigen. Somit wird sie ca. 60 % der Weltbevölkerung ausmachen. Der überwiegende Teil des Wachstums wird in Asien stattfinden, wo 66 % der globalen Mittelschicht zu Hause sein werden.

Abbildung 3: Mittelschicht 2009 und Prognose für 2030



Quelle: H. Kharas and G. Gertz, "The new Global Middle Class: A Cross-Over from West to East", Wolfensohn Centre for Development at Brookings, 2010, und Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Hierbei wird es sich nicht um eine homogene Gruppe handeln – der Unterschied zwischen der Kaufkraft der Mittelschicht fortgeschrittener Länder und der aufstrebender Länder wird bestehen bleiben. Jedoch ist dies Ausdruck eines erheblichen Anstiegs der Kaufkraft von großen, ehemals armen Bevölkerungsgruppen, der zu größerer Mobilität und einem größeren Zugang zu Informationen und Kommunikationstechnologien führt. Dies wird voraussichtlich auch zu erheblich größeren Erwartungen an die Politik führen.

Die Annahmen, die dem Anstieg einer großen, neuen Mittelschicht zugrunde liegen, sind eng mit dem anhaltenden Wachstum der Schwellenländer verbunden. Wenn Letzteres wegfiel, würde beispielsweise ein Rückgang von Indiens Wachstumsrate um 1,5 % bis 2050 dazu führen, dass die Mittelschicht des Landes um 150 Millionen Menschen weniger wüchse⁽⁹⁾. Die reale Kaufkraft der neuen Mittelschicht wird stark von Bildung, Wohnraum und Gesundheitskosten in Ländern abhängen, in denen öffentliche Dienste bisher nicht existieren, schwach ausgebildet sind oder in den Händen des Privatsektors liegen.

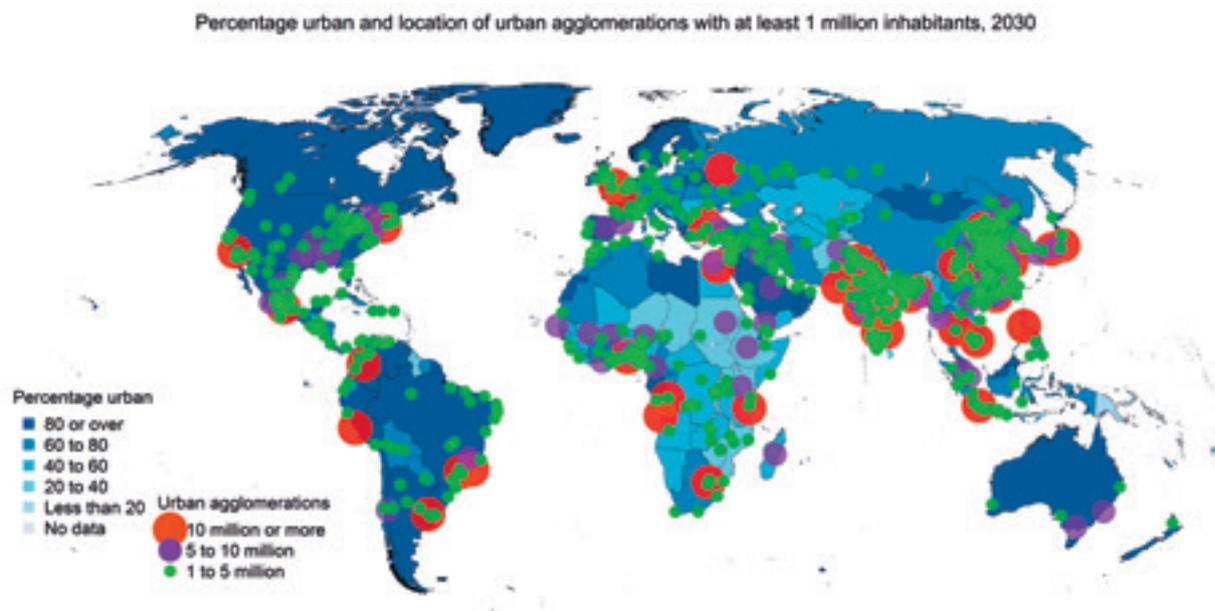
Parallel dazu wird die weltweite Bevölkerung der Städte einen weiteren Sprung nach vorn machen und um 2045 die Sechs-Milliarden-Marke überschreiten. Heute leben 54 % der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten, ein Anteil, der 2050 erwartungsgemäß auf 66 % ansteigen wird⁽¹⁰⁾. Es wird damit

gerechnet, dass es bis 2030 auf der Welt 41 Megastädte mit 10 Millionen Einwohnern oder mehr gibt⁽¹¹⁾. Ihr Wachstum wird sich mit der Zeit auf Afrika und Asien verlagern, da sich mittelgroße städtische Zentren ausweiten werden⁽¹²⁾. Europa, dessen Bevölkerung heute zu 73 % in städtischen Gebieten lebt, wird um 2050 erwartungsgemäß zu mehr als 80 % städtisch sein. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die direkten Informations-, Handels- und Investitionsströme zwischen diesen Städten ohne eine nennenswerte Beteiligung der nationalen Regierungen stark ansteigen werden⁽¹³⁾.

Das Wachstum der globalen Mittelschicht geht erwartungsgemäß mit einem bedeutenden Anstieg des Bildungsniveaus einher – so wird damit gerechnet, dass 2030 90 % der Weltbevölkerung lesen können⁽¹⁴⁾. Ferner wird mit einem besseren Zugang zu neuen Technologien gerechnet, so dass 50 % der Weltbevölkerung über einen Internetzugang verfügen werden. Qualität und Verfügbarkeit von Bildung werden jedoch eine wesentliche Trennlinie zwischen fortgeschrittenen Ländern und Schwellenländern bilden, insbesondere für ältere Altersgruppen.

Die Mittelschicht von Schwellenländern wird jedoch höchst unterschiedlich sein. Weniger reich und weniger gut gebildet als ihre westlichen Gegenspieler, werden sie aufgrund des vorhersehbaren Anstiegs der Kosten für Bildung, Gesundheit und Renten über eine bedeutend geringere Kaufkraft

Abbildung 4: Prognosen zur weltweiten Urbanisierung in 2030



Data source: World Urbanization Prospects: The 2014 Revision

The boundaries and names shown and the designations used on this map do not imply official endorsement or acceptance by the United Nations.

Quelle: Vereinte Nationen, World Urbanization Prospects: 2014 Revision.

⁽⁹⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

⁽¹⁰⁾ Vereinte Nationen, Abteilung für Bevölkerungsfragen: *World Urbanization Prospects: 2014 Revision*, 2014.

⁽¹¹⁾ Ebd.

⁽¹²⁾ McKinsey, *Urban World: Mapping the Economic Power of Cities*, 2011.

⁽¹³⁾ Vereinte Nationen, Abteilung für Bevölkerungsfragen: *World Urbanization Prospects: 2014 Revision*, 2014.

⁽¹⁴⁾ EUISS-Bericht für ESPAS, 2012.

verfügen. Aufgrund von weniger gut entwickelten Sozialversicherungssystemen wird diese Mittelschicht anfälliger für wirtschaftliche Turbulenzen sein. Viel hängt davon ab, in welchem Umfang sich das Wachstum nach dem rapiden Aufstieg der Schwellenländer verlangsamen wird und wie stark das Gefühl der Verwundbarkeit sein wird, das deshalb entstehen könnte. Reaktionen könnten politische Protestbewegungen oder Protektionismusbestrebungen sein. Schließlich könnte der Anstieg des globalen Wohlstands von einer weiteren Senkung der Gesamtarmut begleitet sein⁽¹⁵⁾.

Extreme Armut wird weiterhin ein großes Problem in Subsahara-Afrika darstellen, wo mehr als 40 % extrem arme Menschen in mehr als 26 Ländern leben werden, das sind mehr als in allen anderen Ländern der Welt, außer Bangladesch. Die höchsten absoluten Zahlen extrem armer Menschen sind in Indien (33 % aller extrem armen Menschen weltweit), China (13 %), Nigeria (7 %), Bangladesch (6 %) und der Demokratischen Republik Kongo (5 %) zu verzeichnen.

Die extreme Armut ist von 36 % der Weltbevölkerung im Jahr 1990 auf 17,7 % im Jahr 2010 gefallen, was bedeutet, dass immer noch 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als 1,25 USD pro Tag auskommen müssen. Bis 2020 soll dieser Wert auf 9 % und bis 2030 auf 3 % sinken. Bei den gegenwärtigen Wachstumsraten und bei gleichbleibender Einkommensverteilung würde 2030 nur eine Senkung von 10 % der gegenwärtigen Werte erreicht werden.

Steigende Ungleichheiten

Obwohl aufgrund des Aufholens der Schwellenländer mit einer allgemeinen Verringerung der globalen Armut gerechnet wird, wird es weltweit zu einem Anstieg verschiedener Ungleichheiten innerhalb der Länder kommen. Zahlreiche aktuelle Studien verweisen auf die wachsende Ungleichheit auf der ganzen Welt⁽¹⁶⁾, auch in den Industriestaaten⁽¹⁷⁾, sowie auf den Anstieg des Einkommens- und Vermögensanteils, der auf die reichsten 1 % bzw. 0,1 % der Bevölkerung entfällt. Diese Entwicklung war in den letzten 25 Jahren konstant. Damit wurde die Tendenz zu einer gerechteren Verteilung des Einkommens in Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg umgekehrt.

Abgesehen von moralischen und politischen Überlegungen ist die wachsende Einkommensungleichheit aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf das Wachstum und die Wirtschaftsleistung zunehmend ein wirtschaftliches Problem⁽¹⁸⁾. Bei einer geringen sozialen Mobilität können dadurch der Zusammenhalt von Gesellschaften und das gegenseitige Vertrauen gefährdet und die Fähigkeit und Bereitschaft zur Änderung eingeschränkt werden. Zusammen mit dem demografischen Profil vieler Länder können diese Entwicklungen eine Belastung der Sozialversicherungssysteme darstellen und wesentliche Anstrengungen im Bereich der sozialen Innovation erforderlich machen.

Die Schlussfolgerungen der verschiedenen im Rahmen des ESPAS-Projektes durchgeführten Analysen laufen bei einem wichtigen Punkt zusammen: Wachsende Ungleichheiten stellen in den kommenden Jahren ein erhebliches politisches, soziales und wirtschaftliches Risiko dar⁽¹⁹⁾. Mehr als zwei Drittel der Schwellenländer und der armen Länder, also mehr als 86 % der Bevölkerung der sich entwickelnden Welt, werden wachsende Ungleichheiten erfahren. Ungleichheiten könnten, insbesondere bei Lebensstandard und Bildung, zunehmende Auswirkungen auf Migrationsmuster haben.

Wachsende Einkommensungleichheiten werden auch die Industrieländer treffen und könnten den Zusammenhalt ihrer Mittelschicht schwächen. Die Folgen sind wohlbekannt: das Gefühl einer relativen Verschlechterung des Lebensstandards der Mittelschicht, Fachkräfteabwanderung und steigende Zahlen der „neuen Armut“, einschließlich arbeitsloser Fachkräfte und einkommensschwacher Rentner. Der Anstieg des persönlichen Reichtums, insbesondere der Superreichen (die reichsten 1 %), wurde durch die Besteuerung und weniger Umverteilungsstrategien der sozialen Sicherheit begünstigt. In den meisten OECD-Staaten sind Steuersätze und hohe Einkommen seit den frühen 1980er Jahren stetig zurückgegangen. Bereits 2010 entfielen auf die 10 % der Spitzenverdiener 35 % des Gesamteinkommens in Europa und beinahe 50 % des Gesamteinkommens in den USA. Zwischen 1979 und 2007 stieg das Einkommen der reichsten 1 % der Bevölkerung in den USA (nach Steuern und anderen redistributiven Abzügen) um 275 % an, im Vergleich zu 18 % für die ärmsten 20 %⁽²⁰⁾. Bisher hatten diese Entwicklungen noch keine drastischen Forderungen nach ausgleichenden Steuererhöhungen zur Folge. Stattdessen ist die vorherrschende Meinung immer noch die, dass öffentliche Steuern die Kaufkraft und das Unternehmertum beeinträchtigen.

Trotz der Erwartung signifikanter Verbesserungen könnten geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Zeitraum bis 2030 weltweit bestehen bleiben⁽²¹⁾. Frauen stellen derzeit 60 % der ärmsten Weltbevölkerung und zwei Drittel der Analphabeten. Sie sind sowohl beim Zugang zum Wohneigentum als auch zu Führungspositionen unterrepräsentiert. Das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern wird wahrscheinlich bestehen bleiben. Lohngefälle, auch in Fällen, in denen Frauen über die gleichen Qualifikationen verfügen, könnten ebenso weiterbestehen, auch wenn es hier regionale Unterschiede gibt, z. B. zwischen Subsahara-Afrika, wo 80 % der Frauen unterbezahlt sind, und Osteuropa und Zentralasien, wo es 20 % sind. Derartige Ungleichheiten könnten weiter zur Verarmung von Frauen über 65 Jahren beitragen.

Eine weitere Form der Ungleichheit, die digitale Kluft innerhalb und zwischen den Ländern, wird fortbestehen, da der Zugang zu Netzwerken alles andere als universal sein wird. In dieser Hinsicht ist die technologische Entwicklung ein zweischneidiges Schwert. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Einzelpersonen und Ländern werden verstärkt, da diese Entwicklung vor allem hypervernetzten

⁽¹⁵⁾ Weltbank: *Prosperity for All: Ending Extreme Poverty*, 2014.

⁽¹⁶⁾ OECD, *Making Inclusive Growth Happen*, 2014.

⁽¹⁷⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS.

⁽¹⁸⁾ IWF, *World Economic Outlook*, 2014.

⁽¹⁹⁾ Insbesondere Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

⁽²⁰⁾ Congressional Budget Office (CBO), *Trends in the Distribution of Household Income between 1979 and 2007*, 2011.

⁽²¹⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

Spezialisten und Ländern mit hohem Einkommen zugutekommt. Ein Beispiel ist die blitzschnelle Entwicklung des Mobilfunks und des Dienstleistungssektors, insbesondere des Bankwesens, in Afrika: Zwischen 2005 und 2011 stieg die Rate des Zugangs zu einem Mobiltelefon von 12 % auf 53,3 % an, im Vergleich zu 1,4 % für Festnetzverbindungen⁽²²⁾. Die technologische Kluft kann auch bezüglich der Industrieproduktion und des Handels verdeutlicht werden: Diejenigen, die keinen Zugang zu diesen Technologien haben, werden von bestimmten globalen und regionalen Märkten abgeschnitten sein. Die Bevölkerungen von Schwellen- und Entwicklungsländern sowie armer Gebiete in fortgeschrittenen Ländern können durch einen unzureichenden Zugang zu Netzwerken und Technologien stark benachteiligt sein. Umgekehrt können technologische Fortschritte auch dazu beitragen, Ungleichheiten zu reduzieren.

Änderung der Migrationsmuster, da Süd-Süd-Ströme weiter zunehmen werden

Der Anstieg der globalen Mittelschicht und wachsende Ungleichheiten haben Auswirkungen auf die globale Migration. Migrationsströme werden sich ändern, wobei ein Rückgang der Süd-Nord-Migration und ein Anstieg der Süd-Süd-Migration zu verzeichnen sein werden. In einigen aufstrebenden Ländern mit wachsender Wirtschaft könnte der Abwanderungsüberschuss umgekehrt werden⁽²³⁾, und es könnten interne Süd-Süd-Migrationswege entstehen. Interne Migrationsströme im Zusammenhang mit der Urbanisierung werden anhalten. Längerfristig könnte der von den Ländern des südlichen Mittelmeers ausgehende Migrationsdruck als Resultat des demografischen Wandels zurückgehen⁽²⁴⁾. Migration in Verbindung mit den Auswirkungen des Klimawandels (Klimawandelflüchtlinge) wird vorwiegend über die Süd-Süd-Ströme stattfinden, mit potenziell destabilisierenden Effekten.

Der Emigrationsdruck wird in vielen Regionen der Welt auf eine chronische Instabilität zurückzuführen sein und nicht

unbedingt auf offene Konflikte. Andere bedeutende Ursachen werden Krisen in ländlichen Gebieten sein, die in einigen Gebieten durch die Wüstenbildung und die Zerstörung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Arbeitslosigkeit in Städten bei jungen Menschen, Frauen und Fachkräften verschlimmert wird. Steigende Alphabetisierung, der Rückgang der Armut insgesamt und die Existenz strukturierter Migrationskanäle (legal oder illegal) werden die Migration auch weiterhin anfachen. Westeuropa wird jedoch möglicherweise kein Hauptziel bleiben. Die Golfstaaten, Chinas Küste und die Metropolen Südostasiens oder Afrikas könnten es zum Teil ablösen. Womöglich werden die Migrationszahlen insgesamt zwar nicht sinken, aber Westeuropa dürfte weniger betroffen sein. Ironischerweise könnte der Bedarf Europas an Einwanderern, einschließlich geringqualifizierter Arbeiter, infolge des prognostizierten Arbeits- und Fachkräftemangels steigen⁽²⁵⁾. Soziale und politische Bedingungen (Anstieg des Populismus, steigender Groll und Ängste der Mittelschicht) könnten es Regierungen jedoch erschweren, Unterstützung für eine offenerere und vorausschauende Migrationspolitik zu gewinnen.

Schließlich ist es möglich, dass neue Mobilitätsregelungen das traditionelle Einwanderungsmodell der einfachen Niederlassung ersetzen, etwa mit Mobilität von qualifizierten Fachkräften, zirkulärer Migration oder Kurzzeit-Migration. Transitländer würden somit temporäre Aufnahmeländer werden und die Länder der Niederlassung Startpunkte für die Auswanderung. Beachtliche Ströme von Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen würden diesen Anstieg der individuellen Mobilität begleiten. Zirkuläre Migration, Unternehmensmobilität, Familienzusammenführungen und Hin- und Rückfahrten würden mehr Menschen umfassen, Ressourcen umleiten und grenzüberschreitende Gemeinschaften zwischen Ländern und Kulturen schaffen, die sich mitunter weit entfernt voneinander befinden. Solch fließende und umkehrbare Ströme und Gemeinschaften wären auch schwerer zu kontrollieren.

⁽²²⁾ Internationale Fernmeldeunion, ITU, 2013.

⁽²³⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013. Siehe auch: Augur, *Challenges for Europe in the World in 2030*, Europäische Kommission, 2012.

⁽²⁴⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013. Siehe auch *Euromed 2030 – Long Term Challenges for the Mediterranean area*, Bericht einer Sachverständigen-gruppe, Europäische Kommission, 2010.

⁽²⁵⁾ Boston Consulting Group, *The Global Workforce Crisis: \$10 Trillion at Risk*, 2014.

WICHTIGER GLOBALER TREND 2

Ein anfälligerer Globalisierungsprozess, geführt von einer „Wirtschafts-G3“

Früher waren die Handlungen in der Welt verteilt; doch seit ... hängen sie zusammen.

Polybius, 2. Jahrhundert v. Chr

DIE WELT IM JAHR 2030

Projektionen

- Die Verlagerung der Weltwirtschaft nach Asien wird sich fortsetzen.
- Der Handel mit Gütern könnte sich verlangsamen, während Dienstleistungs- und Investitionsströme zunehmen.
- Aufstrebende Nationen werden Kräfte des globalen wirtschaftlichen und politischen Wandels sein.
- Eine „Wirtschafts-G3“ – USA, China, EU – dominiert, wobei China voraussichtlich auf den ersten Platz aufsteigt.
- Steigende CO₂-Emissionen werden die Auswirkungen des Klimawandels weiter verstärken. Die negativen Auswirkungen werden deutlicher sichtbar sein.

Unsicherheiten

- Ein Konjunkturrückgang in China könnte systemische Auswirkungen haben.
- Soziale Unzufriedenheit in Schwellenländern könnte deren Wirtschaft zeitweise stören und regionale oder globale Konflikte auslösen.
- Spannungen in Bezug auf Rohstoffe, Energie und natürliche Ressourcen könnten sich zuspitzen und potenziell in Konflikte münden.
- Ein möglicher Währungskrieg zwischen dem US-Dollar und dem Renminbi würde die Weltmärkte beeinträchtigen.

Unbekannte Variablen

- Die Globalisierung könnte stagnieren oder sich sogar zurückentwickeln.
- Eine große Finanzkrise trifft einen Großteil der Schwellenländer.
- Geopolitische Spannungen oder Konflikte wirken sich auf die Weltwirtschaft aus.
- In Afrika kommt es zu einer ernstzunehmenden Destabilisierung aufgrund des Mangels an einer verantwortungsvollen Regierungsführung.
- Ausmaß der Beteiligung der USA an der Weltpolitik.

Weitere Verlagerung der Weltwirtschaft nach Asien

Die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft nach Asien wird sich bis 2030 und darüber hinaus fortsetzen. Dank der Öffnung der Märkte insbesondere auf der Süd-Süd-Achse, der Höherqualifizierung der Erwerbsbevölkerung und des hohen Sparniveaus werden auch weiterhin treibende Kräfte auf das Wachstum in den Schwellenländern wirken, wenn auch langsamer. Die Verbreitung neuer Technologien in diesen Wirtschaftsräumen und Gesellschaften wird ebenso eine positive Rolle spielen.

Anhand von linearen Hochrechnungen wurde ein 21-facher Anstieg des chinesischen BIP zwischen 2008 und 2050 vorausgesagt. Im Vergleich dazu soll das BIP Europas um 121 % ansteigen, ausgehend von einem jährlichen Anstieg von 2 %. In realistischeren Projektionen, die das Kapital der Erwerbsbevölkerung, Energie und den technologischen Fortschritt und Preisanpassungen einbeziehen, werden ein Faktor von 16 für China, 21 für Indien, eine Verdopplung des BIP der USA und ein Anstieg der europäischen Wirtschaft um 40 % errechnet⁽²⁶⁾.

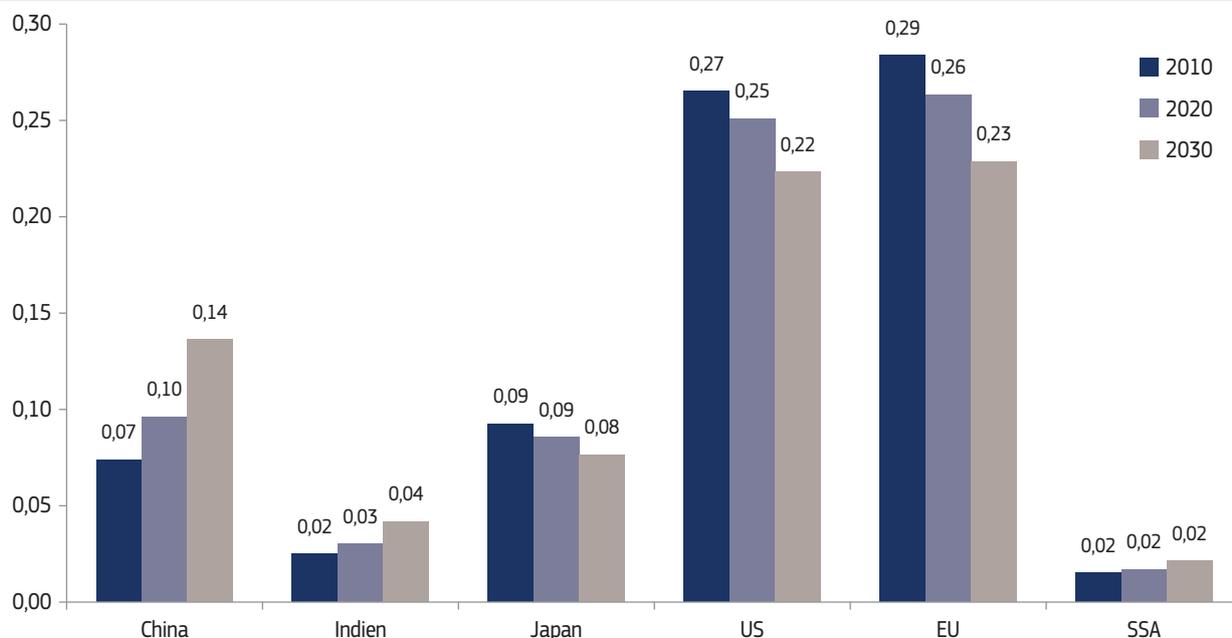
⁽²⁶⁾ Jean Fouré, Agnès Bénassy-Quéré und Lionel Fontagné, *The world economy in 2050: a tentative picture*, CEPII, 2010.

Trotz dieser Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts wird die Weltwirtschaft von drei kontinentalen Volkswirtschaften dominiert: den USA, Europa und China. Beim Aufstieg Chinas und anderer asiatischer Nationen handelt es sich weniger um einen plötzlichen Umbruch als um die Umkehr einer historischen Anomalie, die zwei Jahrhunderte andauerte. Angeführt von China und anderen regionalen Mächten kehrt Asien auf den Platz in der Weltwirtschaft zurück, den es bis zum 18. Jahrhundert eingenommen hatte. Die sich schließende Lücke zwischen der industrialisierten Welt und den Schwellenländern läutet das Ende des Monopols der Industrieländer in Bezug auf fortschrittliche High-End-Produktion und wertschöpfungsintensive Dienstleistungen ein.

In Analysen im Rahmen dieses ESPAS-Projekts wird nahegelegt, dass das globale Wachstum weiter um ca. 4 % im Jahr steigen wird und dass damit gerechnet wird, dass das globale BIP sich bis 2030 verdoppeln wird⁽²⁷⁾. Es bestehen geringe

Zweifel daran, dass die Schwellenländer auch weiterhin wirtschaftlich aufholen werden. Ihr Wachstum wird durch die Öffnung der Märkte, das Sparniveau, Investitionen in Technologien und die Entwicklung des Humankapitals angetrieben. Die Rate, mit der sie aufholen, wird sich jedoch wahrscheinlich im Zuge ihrer Entwicklung und Spezialisierung verlangsamen, und die Unterschiede zwischen ihnen werden voraussichtlich größer. Im Jahr 2030 wird die kombinierte Erwerbsbevölkerung von China, Indien und Subsahara-Afrika möglicherweise fünf Mal so groß sein wie die der USA und Europas. Asiens wirtschaftlicher Fortschritt wird von der Stabilität der Weltwirtschafts- und -sozialordnung abhängen und davon, ob die Schwellenländer ihren Erfolg auch tatsächlich aufrechterhalten können. Insbesondere Chinas Fähigkeit, seine Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die für die Stabilität erforderlichen institutionellen und politischen Reformen durchzuführen, wird dafür ein Schlüsselfaktor sein.

Abbildung 5: Beitrag zum kumulierten globalen BIP, nach Regionen (über Jahrzehnte, bei konstanten Preisen)



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽²⁷⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013: Jedoch wird in *The BRICs and beyond: prospects, challenges and opportunities*, PWC, 2011, darauf hingewiesen, dass die Weltwirtschaft zwischen 2011 bis 2050 voraussichtlich mit einer Durchschnittsrate von knapp über 3 % pro Jahr wachsen wird, sich bis 2032 verdoppeln und bis 2050 erneut verdoppeln wird.

Abbildung 6: Schwerpunkt der Weltwirtschaft zwischen 1 und 2025 n. Chr.



Quelle: Urban world: Cities and the rise of the consuming class, Juni 2012, McKinsey Global Institute. © 2012 McKinsey & Company. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck mit Genehmigung.

Eine „Wirtschafts-G3“ ist immer noch führend, allerdings mit China an erster Stelle

2030 werden die USA, Europa und China nahezu 55 % des weltweiten BIP ausmachen. Die wichtigste Änderung liegt in der Position dieser Länder zueinander: Chinas BIP wird erwartungsgemäß sowohl das BIP der Europäischen Union als auch das der USA einholen. Die Europäische Union würde auf den zweiten und die USA auf den dritten Platz zurückfallen (siehe Abbildung 5).

Die Geschwindigkeit dieser Entwicklung ist hauptsächlich auf die Beschleunigung der Wachstumsraten aufgrund der technologischen Veränderungen zurückzuführen: Es waren 150 Jahre für die Verdopplung des BIP pro Kopf im Vereinigten Königreich erforderlich. China benötigte dafür nur die ersten zehn Jahre dieses Jahrhunderts.

Auch wenn sie Konkurrenten bleiben, werden diese drei wichtigen Volkswirtschaften – die USA, die EU und China – eng miteinander verflochten sein. Die wichtigste Frage wird sein, wie der Mehrwert der weltweiten Produktion von Gütern und Dienstleistungen verteilt sein wird. Schlüssel zum Erfolg werden wettbewerbsfähige Dienstleistungen und die Qualität der Regeln und Normen, Wettbewerbsbestimmungen und Regeln des geistigen Eigentums sein. Den Volkswirtschaften, die es vermögen, ihre Regeln und Normen durchzusetzen, wird ein beträchtlicher und andauernder Vorteil zuteil. Hierbei handelt es sich um eine starke Antriebskraft für die Verhandlungen zum Transatlantischen Handelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), das eine hohe strategische Bedeutung für das Wohlergehen sowohl der US-amerikanischen als auch der europäischen Wirtschaft hat. Falls China in einer späteren Phase ein derartiges auf Regeln basierendes Freihandelssystem unterzeichnen würde, würde dies einen unbedingt notwendigen Schub für das globale Wirtschaftswachstum und die wirtschaftliche Stabilität auf der Welt bedeuten.

Tabelle 2: Tendenzen des BIP in KKP der sieben führenden Volkswirtschaften der Welt

(Milliarden US \$)							
1990		2010		2020		2030	
Vereinigte Staaten von Amerika	8 095	Vereinigte Staaten von Amerika	13 389	Vereinigte Staaten von Amerika	15 861	China	31 809
Japan	4 212	China	5 180	China	15 211	Vereinigte Staaten von Amerika	18 659
Deutschland	2 356	Japan	5 048	Japan	7 127	Japan	10 057
Frankreich	1 746	Deutschland	2 879	Indien	3 420	Indien	6 799
Italien	1 539	Frankreich	2 218	Deutschland	3 180	Russland	4 548
Vereinigtes Königreich	1 487	Vereinigtes Königreich	2 060	Brasilien	2 901	Brasilien	3 874
Russland	814	Brasilien	1 920	Vereinigtes Königreich	2 856	Vereinigtes Königreich	3 624

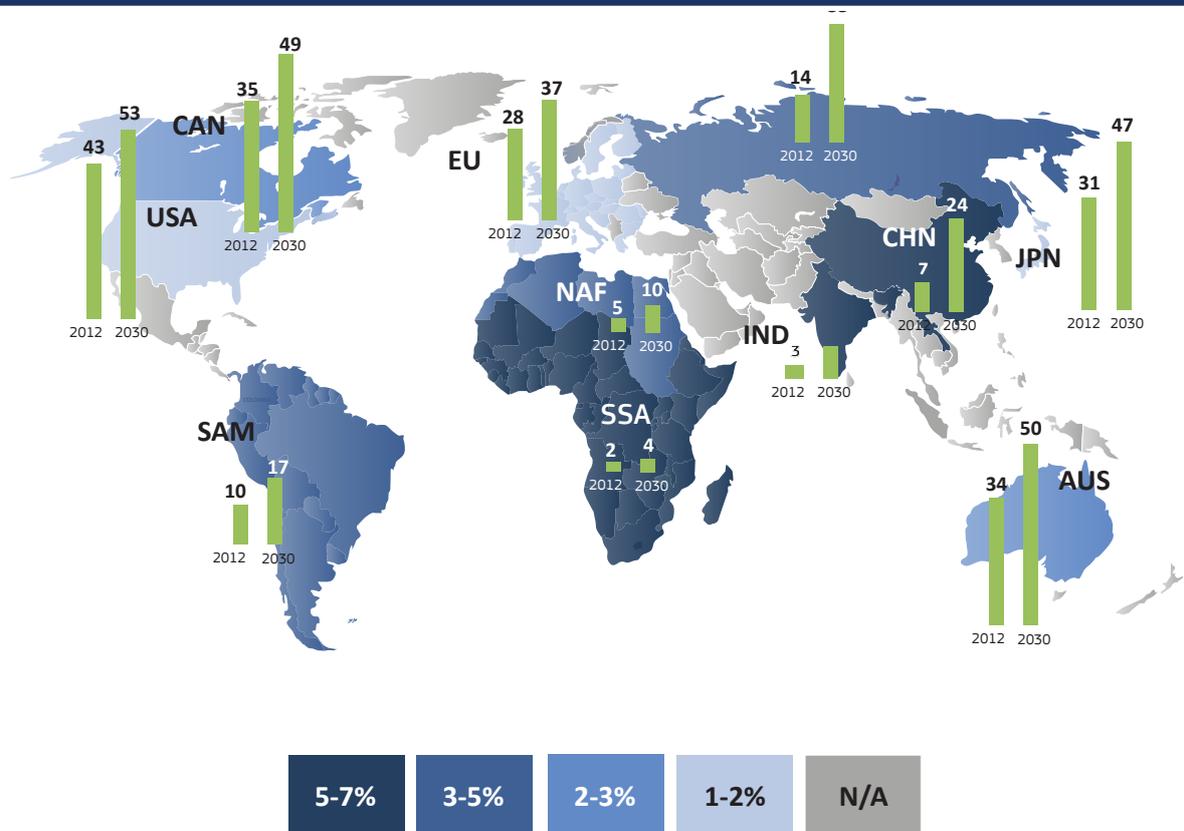
Quelle: CEPS – CEPII, Bericht für ESPAS 2013.

Sofern keine bedeutenden unvorhergesehen Ereignisse eintreten, sollte China bei Weitem das wichtigste Schwellenland bleiben, mit einer Wirtschaft, die fast 2,5 Mal so groß wie die indische Wirtschaft ist. Nach 2030 könnte Indiens Wachstumsrate jedoch die von China aufgrund seines dynamischen Bevölkerungswachstums übertreffen, obwohl das nicht genug sein wird, um Chinas BIP in absehbarer Zukunft insgesamt einzuholen. Gleichzeitig ist es wahrscheinlich, dass neue Wirtschaftsmächte, insbesondere Mexiko und Indonesien, entstehen und sich den derzeitigen mittleren Rängen

anschließen werden, zu denen auch dann noch Brasilien, Japan und möglicherweise Russland gehören werden.

Die EU wird noch immer eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt aufweisen, jedoch wird ihr Anteil am globalen BIP aufgrund des niedrigeren relativen Wachstums zwischen 2010 und 2030 von 23,1 % auf 15,5 % zurückgehen⁽²⁸⁾. Ganz offensichtlich wird auch das relative Gewicht ihrer jetzigen Mitgliedstaaten auf globaler Ebene sinken: Den folgenden Projektionen zufolge⁽²⁹⁾ könnte das Vereinigte Königreich die

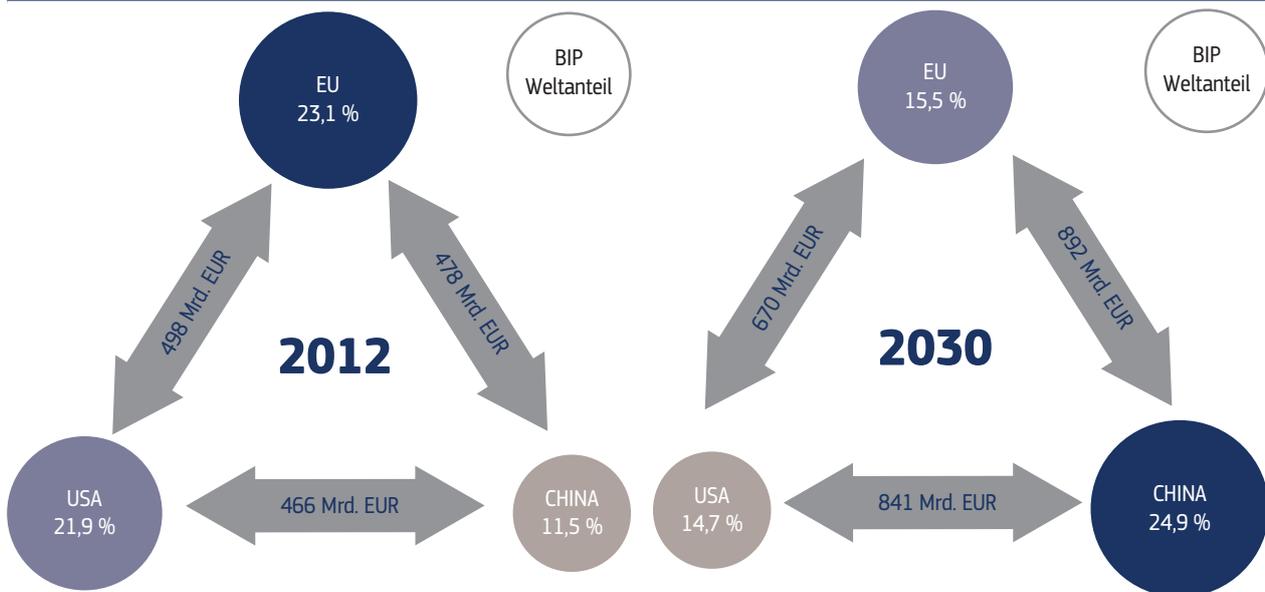
Abbildung 7: BIP-Wachstum in KKP 2030 (blau) und BIP pro Kopf in KKP in 1 000 USD (grünes Balkendiagramm)



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽²⁸⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.⁽²⁹⁾ Ebd.

Abbildung 8a: Bilaterale Handelsströme und Anteil am globalen BIP der drei Wirtschaftsmächte



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

einzigste Wirtschaft Europas sein, die noch immer zu den sieben wichtigsten Volkswirtschaften gehört (siehe Tabelle unten). Der Euroraum würde nur 10 % des globalen BIP ausmachen.

Das hat zur Folge, dass mehr als 90 % des globalen BIP-Wachstums außerhalb Europas⁽³⁰⁾ und mehr als die Hälfte des globalen Verbrauchs in den Schwellenländern verbucht werden. Der Außenhandel wird schneller als der interne Markt wachsen und mehr als 50 % des gesamten Handels ausmachen, im Vergleich zu derzeit 40 %. Im Zuge der Relokalisierung und Zersplitterung der Produktionsketten werden die Dienstleistungen im Bereich des Warenhandels (Marketing, Forschung und Entwicklung, Design) bedeutend wachsen und ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten sein. Der direkte und indirekte Handel mit Dienstleistungen wird ca. 50 % des Wertes der Handelsströme ausmachen.

Somit könnte die europäische Wirtschaft 2030 verhältnismäßig kleiner und weniger einflussreich im Hinblick auf globale Herausforderungen werden. Der Einfluss, den die EU aufgrund ihres Binnenmarkts in Handelsgesprächen hat, könnte darunter leiden.

Die USA und ihre Rolle im globalen System

Sofern keine große Katastrophe geschieht, werden die USA 2030 die dominierende Supermacht sein. Es wird das einzige Land sein, das über weltweiten wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Einfluss, eine globale Währung und ein unübertroffenes System globaler Allianzen verfügt⁽³¹⁾. Dadurch kommt den USA eine besondere Verantwortung zu,

andere davon abzuhalten, das internationale System zu eigenen Zwecken zu verzerren. Die USA werden sich in künftigen großen Kampfeinsätzen engagieren und dabei das System achten und fördern müssen.

Dennoch zeigt die jüngere Geschichte, dass die USA trotz oder wegen ihrer Position als dominierende Macht zögerten, sich an gewissen Aspekten des multilateralen Systems zu beteiligen. Mal nutzen die USA das System, wie im Irakkrieg⁽³²⁾, mal weisen sie es zurück, wie im Fall von Guantanamo. In einer weniger formbaren Welt wird die Führungsstärke der USA bis 2030 danach beurteilt werden, ob es ihnen gelingt, der Versuchung zu widerstehen, das System zu manipulieren, und sich für eine proaktive und verantwortungsvolle Rolle zu entscheiden⁽³³⁾: den Klimawandel zu bekämpfen; das VN-Seerechtsübereinkommen zu stärken, auch um eine friedliche Lösung für die Spannungen im Südchinesischen Meer herbeizuführen; die Verwaltung der Arktis zu fördern; den Integrationsprozess der Europäischen Union als Modell einer auf Regeln basierten Integration zu unterstützen und das Hervortreten der EU als Akteur in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zu fördern. Die im Rahmen von TTIP eingeschlagene Richtung könnte ebenso entscheidend sein, insbesondere der Umfang, in dem das Abkommen in einer zweiten Phase für andere wichtige Länder geöffnet wird.

Eine wichtige Herausforderung für die USA betrifft den Spielraum, den die Innenpolitik für ein verantwortungsvolles Einbringen in das Weltgeschehen zulässt. Die Öffentlichkeit der USA ist besorgt, was die Globalisierung betrifft, und sieht Interventionen im Ausland, nach einem Jahrzehnt von Kriegen

⁽³⁰⁾ *Trade, Growth and Jobs*, Beitrag der Kommission zum Europäischen Rat, Februar 2013.

⁽³¹⁾ Bericht des FRIDE-Chatham House für ESPAS, 2013.

⁽³²⁾ Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, erklärte 2004 ausdrücklich, dass der von den USA geführte Krieg gegen den Irak illegal sei: Er habe darauf hingewiesen, dass der Krieg „von unserem Standpunkt aus nicht in Übereinstimmung mit der UN-Charta“ gestanden habe und von der UN-Charta her betrachtet „illegal“ gewesen sei.

⁽³³⁾ Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs, *Global Strategic Trends out to 2045*, 2014.

mit gemischten Ergebnissen⁽³⁴⁾, mit Unbehagen. Darüber hinaus wird das Handeln der USA im Ausland durch eine hohe Staatsverschuldung, ein zunehmend polarisiertes und weniger effektives politisches System und steigende Ungleichheiten erheblich eingeschränkt⁽³⁵⁾.

Die wichtigen Trends, die in diesem Bericht hervorgehoben werden, werden in verschiedener Hinsicht Auswirkungen auf die transatlantische Beziehung haben. Durch einige Trends werden die transatlantischen Partner enger zusammengeführt, während andere das Potenzial haben, sie weiter auseinander zu treiben.

Konvergierende transatlantische Trends bis 2030 sind mitunter gemeinsame demokratische Werte und die starken historischen, kulturellen und menschlichen Werte, die in mehr als zwei Jahrhunderten geschaffen wurden und zu einer breiten Beteiligung an transatlantischen Netzwerken führten. Die Stärkung der Einzelperson ist eine wichtige gemeinsame Überzeugung. Darüber hinaus haben beide Akteure ein gemeinsames Interesse an der Innovation für nachhaltige Entwicklung und sehen sich den gleichen Herausforderungen bei der Lösung der zukünftigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme gegenüber. Während die USA und die EU gemeinsam ca. ein Viertel des weltweiten Handels ausmachen, sind sie der Ursprung von mehr als zwei Drittel des weltweiten Aufkommens an ausländischen Direktinvestitionen (ADI) und das Ziel von mehr als der Hälfte des Zustroms ausländischer Direktinvestitionen⁽³⁶⁾. Sie haben außerdem ein gemeinsames Interesse an einer wirksamen und multilateralen Weltordnungspolitik.

Jedoch muss auch das Risiko eines wachsenden Auseinandergehens der strategischen Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks⁽³⁷⁾ angegangen werden. Dies kann durch sehr gegensätzliche Verteidigungsfähigkeiten, demografische Trends und Energieprofile geschehen. Was Letzteres betrifft, wird Europa in der nahen Zukunft weiterhin stark von importierter Energie abhängen, während die USA rasch nahezu autark werden. In strategischer Hinsicht haben die USA eine unangefochtene Verteidigungsübermacht, eine stabile Nachbarschaft und ein zunehmendes Engagement in Asien vorzuweisen, während Europa von der Sahelzone bis zur Arktis in einem breiten Bogen von potenziellen Krisen umgeben ist und derzeit nur über eingeschränkte Kapazitäten für gemeinsame Interventionen im Rahmen von Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten verfügt. Was das Internet betrifft, so dominieren in diesem Bereich US-Akteure, im Gegensatz zu einer europäischen Wirtschaft, die ihre Stärke aus traditionellen Industriezweigen und Dienstleistungen schöpft.

Unter Berücksichtigung aller oben aufgeführten Faktoren ist es insgesamt wahrscheinlich, dass beide Seiten des Atlantiks

trotz eines relativen Rückgangs weiterhin einen beachtlichen gemeinsamen Einfluss ausüben werden. Die Frage, die sich nun stellt, ist, was die transatlantischen Partner gemeinsam tun könnten, um das internationale System zusammenzuhalten und die Risiken eines Auseinanderdriftens zu minimieren (siehe Kasten zur Transatlantischen Partnerschaft).

China – Erfolg prognostiziert, jedoch nicht garantiert

Von den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft wird die weltweit größte darin bestehen, ob es China gelingt, die Änderungen durchzuführen, die dafür notwendig sind, einen Rückgang seines Wachstums zu bewältigen und zu begrenzen. Im Jahr 2030 sollte die chinesische Wirtschaft bis zu 30 % zum Weltwirtschaftswachstum beitragen. Den derzeitigen Tendenzen folgend könnten die ausländischen Direktinvestitionen Chinas 2020 1 Billion USD erreichen. Einigen Beobachtern zufolge könnte China im Jahr 2030 die Rolle spielen, die das Vereinigte Königreich nach 1870 und die USA nach 1945 spielten⁽³⁸⁾.

Bei Chinas jüngster Entwicklung handelt es sich um eine in der Weltgeschichte einzigartige Leistung, sowohl in Bezug auf das Ausmaß als auch in Bezug auf die Geschwindigkeit: Mehr als 600 Millionen Menschen wurden durch ein jährliches Wachstum von 10 % über zwei Jahrzehnte aus der Armut geführt. Jedoch sind das Ausmaß der Herausforderungen, denen sich China gegenüber sieht, und daher auch die durchzuführenden Reformen immens: Auf dem Weg zur Marktwirtschaft muss China die Rolle und die Grenzen des Staates und des Privatsektors neu definieren, die Entwicklung zu einer offenen, innovativen Gesellschaft fördern; die Korruption und den Betrug auf ein kontrollierbares Niveau bringen; einen wirklich unabhängigen Bankensektor entwickeln; die Immobilienblase und das sehr hohe Niveau von öffentlicher und privater Verschuldung bewältigen; den Zusammenhalt einer Gesellschaft mit ausgeprägten sozialen und territorialen Ungleichheiten sicherstellen sowie den Terrorismus bekämpfen und Separatistenbewegungen bewältigen. Europa und seine Partner müssen mit Blick auf die Zukunft des Landes und in Anbetracht der Tatsache, dass Chinas Antworten auf diese Herausforderungen alle Projektionen durcheinanderbringen könnten, den Überblick behalten. China hat dennoch seine Fähigkeit bewiesen, vorausschauend zu handeln und so viele Probleme zu lösen. Mit Blick auf 2020 wurde in dem Bericht des National Intelligence Council von 2000 auf die Schwierigkeiten verwiesen, die eine Integration in die Weltwirtschaft für die chinesische Wirtschaft verursachen würde. Trotz des dauerhaften Erfolgs bringen einige Ökonomen immer noch Bedenken darüber zum Ausdruck, ob es der chinesischen Wirtschaft gelingen wird, einen Zusammenbruch seines Wachstumsmodells oder zumindest eine schwerwiegende Krise zu verhindern⁽³⁹⁾.

Das zukünftige Wachstum wird von umfassenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen abhängen. Doch in jedem Szenario wird Chinas Wachstumsrate innerhalb

⁽³⁴⁾ Siehe insbesondere den Mangel an öffentlicher Unterstützung für die in der Umfrage „Transatlantic Trends 2014“ des German Marshall Fund vorgebrachten außenpolitischen Strategien.

⁽³⁵⁾ Zur politischen Situation in den USA, insbesondere der Außenpolitik: September-Oktober 2014. Siehe: *America – Land of decay and dysfunction*.

⁽³⁶⁾ Hamilton und Quinlan, *The Transatlantic Economy 2013, Annual Survey of Jobs, Trade and Investment between the United States and Europe*, 2013.

⁽³⁷⁾ Siehe Transatlantic academy, *Liberal Order in a post-Western world*, 2014.

⁽³⁸⁾ Arvind Subramanian, *Eclipse: Living in the Shadow of China's Economic Dominance*, Peterson Institute of International Economics, 2011.

⁽³⁹⁾ Magnus, *Asia's economic miracle fading*, Centre for Economic Reform, 2013.

weniger Jahre stark von 10 % auf unter 5 % fallen. Die Zukunft des Landes ist von Unsicherheiten geprägt:

- **Wirtschaftliche Unsicherheiten.** Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Wirtschaft in Richtung Konsum hat begonnen, jedoch werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, um die Innovation und die Produktivität zu verbessern, insbesondere um die wirtschaftlichen Auswirkungen einer rapide alternden Bevölkerung zu meistern. In den nächsten fünf Jahren wird die Anzahl der Rentner die Anzahl der neuen Wirtschaftsteilnehmer übersteigen. Wenn diese Anpassung nicht stattfindet, wird die chinesische Wirtschaft einen Zyklus der Überinvestitionen erfahren, wodurch die Wachstumsrate über einen längeren Zeitraum weiter begrenzt wird. Die Größe und Undurchsichtigkeit der öffentlichen und privaten Verschuldung – Letzteres vor allem auf regionaler Ebene – müssen angegangen werden. Im Finanzsektor muss eine echte Marktwirtschaft eingerichtet werden. Insgesamt scheint eine Wertzunahme der Produktionskette der Wirtschaft sicher, insbesondere aufgrund steigender Absolventenzahlen und umfangreicher Technologieinvestitionen. Die Anzahl der Hochschulabsolventen könnte bis 2030 um 200 Millionen steigen. Die Internationalisierung des Renminbi ist angesichts der Größe der chinesischen Wirtschaft, ihres Wachstums und ihrer Integration in den Welthandel unumgänglich.
- **Soziale Unsicherheiten.** Wachsende Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Regionen werden eine große Herausforderung darstellen und könnten insbesondere die Entwicklung der Binnengebiete und des Lohnzuwachses dämpfen.
- **Umweltbedenken.** Die ökologischen Risiken in Verbindung mit unkontrolliertem Wirtschaftswachstum und Korruption werden deutlich steigen, wie die Fälle von Lebensmittelbetrug und Umweltverschmutzung mit Auswirkungen auf großräumige städtische Gebiete aufzeigten, die beide erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hatten. Im Jahr 2030 wird China der weltgrößte Emittent von Kohlendioxid sein.
- **Politische Unsicherheiten.** Die größte Sorge der chinesischen Führung wird die innenpolitische Stabilität sein. Sie wird erhebliche finanzielle und politische Ressourcen mobilisieren, um die interne Sicherheit und Kontrolle sicherzustellen, einschließlich im Rahmen der Kommunikation über das Internet. Der sichere Zugang zu den für das Wachstum erforderlichen natürlichen Rohstoffen wird Schwerpunkt in Chinas Außenpolitik bleiben: Im Jahr 2035 wird es 75 % seines Erdöls importieren, und sein Erdgasverbrauch könnte sich verdreifachen⁽⁴⁰⁾. Jedoch wird seine Außenpolitik auch weiterhin stark von innenpolitischen Überlegungen und dem Wunsch beeinflusst, das Ansehen des Landes nach dem „Jahrhundert der Erniedrigung“ zu verbessern. Die wachsende politische Selbstsicherheit gegenüber seinen Nachbarn wird in einer härteren Haltung im Chinesischen Meer und in anderen Teilen seiner Nachbarschaft deutlich, die sich – auch mit Konfliktrisiken – verschlimmern könnte, falls sich das Wachstum abrupt verlangsamt.

Afrika – auf der Suche nach einer verantwortungsbewussten Regierungsführung, um ein enormes Potenzial freizusetzen

Afrikas Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Zunahme erfahren und ihre Größe seit 1950 verfünffacht. Dieses rapide Bevölkerungswachstum wird sich fortsetzen. Im Jahr 2030 könnte Subsahara-Afrika ein Gebiet des dynamischen Wachstums sein, sofern es bezüglich der Staatsführung bedeutende und anhaltende Fortschritte gibt. Es ist die einzige Region der Welt, in der die Erwerbsbevölkerung bedeutend zunehmen wird und von 500 Millionen auf über 1 Milliarde im Jahr 2030 steigen wird⁽⁴¹⁾. Die Antriebskräfte für das Wachstum des Kontinents werden nicht allein sein Reichtum an Rohstoffen sein, sondern auch seine Demografie und das verbesserte Verhältnis zwischen der erwerbstätigen und der nichterwerbstätigen Bevölkerung.

Dennoch wird das Gesamt-BIP von Subsahara-Afrika voraussichtlich nicht ausreichen, um einen globalen Einfluss zu haben⁽⁴²⁾. Das Pro-Kopf-Einkommen wird fünf Mal geringer als das in China sein und die Hälfte vom Pro-Kopf-Einkommen in Indien betragen. Das geringe Niveau der allgemeinen Schulbildung wird ein wichtiges Hindernis bleiben, und der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten wird auch weiterhin für mehr Auswanderung sorgen, insbesondere nach Asien und Europa.

TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT 2030: NEUE VISION ODER HIRNGESPINST?

Für 2030 wird erwartet, dass die USA, die EU und China Großmächte sein werden und dass die NATO und die USA für die Sicherheitspolitik der EU der letzte Ausweg bleiben werden. Wie können die Europäische Union und die USA daran arbeiten, ihre gemeinsamen Interessen auszubauen und somit die Bedeutung ihrer potenziellen Unterschiede zu mindern?

Die Bewältigung der vielfältigen und komplizierten Angelegenheiten der nächsten Zeit wird einfacher und kohärenter sein, wenn die USA und die Europäische Union ihre Zusammenarbeit ausweiten und vertiefen können. So könnten sie ...

... auf ihrer kombinierten wirtschaftlichen Stärke aufbauen

Der Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit beider sollten verbessert werden, indem die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) abgeschlossen werden und somit auch die Dauerhaftigkeit einer auf Regeln basierenden Weltordnung sichergestellt wird. Dies muss durch die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse und die Angleichung regulatorischer Vorgaben erreicht werden und muss selbstverständlich mit der Wiederaufnahme

⁽⁴⁰⁾ Bericht des FRIDE-Chatham House für ESPAS, 2013.

⁽⁴¹⁾ Unicef, *Generation 2030 I Africa*, 2014.

⁽⁴²⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

der Bemühungen für eine globale multilaterale Runde durch die WTO vereinbar sein. Mit der Zeit können diese Bemühungen auf den digitalen Sektor sowie den Finanz- und Energiesektor ausgeweitet werden, womit ein wahrhafter transatlantischer Markt für 2030 geschaffen wird.

... eine gemeinsame Vision einer Weltordnung entwickeln

Eine multilaterale, multipolare Welt ist nicht unvermeidbar. In einer multipolaren Welt mit zunehmender Machtverteilung haben die Europäische Union und die USA ein gemeinsames strategisches Interesse daran, integrative multilaterale Lösungen für globale Herausforderungen in Betracht zu ziehen. Dies kann am besten erreicht werden, indem auf der Grundlage eines auf Regeln basierenden internationalen Systems Maßnahmen für eine globale Konvergenz von sowohl Lebensstandards als auch gemeinsamen Werten ergriffen werden. Dafür müssen die USA und die Europäische Union ihre Konsultations- und Kooperationsmechanismen verbessern. Des Weiteren muss dieses System erneuert werden, wenn es im 21. Jahrhundert überleben soll. Die Schwellenländer haben davon profitiert, wurden jedoch noch nicht vollständig in multilaterale Systeme eingegliedert. Darüber hinaus gibt es neue Themen wie Migration, Nahrungsmittelkrisen und Wasserknappheit, die nicht vollständig von bestehenden multilateralen Institutionen erfasst werden und für die neue Rahmen geschaffen werden müssen.

... eine neue transatlantische Zivilgesellschaft für gestärkte Individuen aufbauen

Die USA und die Europäische Union werden immer mehr politische Probleme in Bezug auf Themen wie Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Internet-Regulierung, demokratische Institutionen, Wissenschaft und Technologie sowie die Entwicklung ethischer Leitlinien für Innovationen in Biomedizin und Innovation gemein haben. Mit der Machtumverteilung von staatlichen auf nichtstaatliche Akteure wird die Stärkung der Verbindungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans wichtiger und bietet eine Möglichkeit, solche Verbindungen weltweit auszudehnen. Die Bereitstellung eines kostenlosen und offenen Internets ist unerlässlich für die Bürger der Europäischen Union und der USA, wobei anerkannt werden sollte, dass die wichtigsten Regeln in Bezug auf das Internet auf der Grundlage der Bedürfnisse der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft aufgestellt wurden.

Wie können diese Ideen umgesetzt werden? 1. Zunächst einmal sollte eine gemeinsame EU-USA-Visionengruppe zur Erforschung globaler Trends eingerichtet werden, die eine Plattform für gemeinsames langfristiges strategisches Denken von EU und USA bietet. (Das Ziel ist nicht allein die Zukunft: Das Nachdenken über die

Zukunft macht es einfacher, sich mit den Themen der Gegenwart zu befassen.) Dies könnte nicht nur zur Ausarbeitung langfristiger Perspektiven über die Beziehung zwischen der EU und den USA führen, sondern auch zu einem Umdenken hinsichtlich des globalen Systems in Bezug auf Langzeittrends beitragen. 2. Anschließend könnten die Beziehungen zwischen den USA und der EU im Kontext der NATO gefördert werden, die den Rahmen für die Vertiefung der Zusammenarbeit von EU und USA in Bezug auf die Sicherheit in der euroatlantischen Region bilden sollte.

Transatlantic ties shaping global trends for a better world. M. Burrows/A. de Vasconcelos. Transatlantic Policy Network (TPN).

Schlüssel für die Entwicklung Afrikas wird das Aufkommen einer Mittelschicht sein, deren Anzahl um 2050 fast 1 Milliarde Menschen betragen könnte. Diese Mittelschicht könnte für eine vollständige Umwandlung der Wirtschaft sorgen, sofern sie Folgendes sicherstellt:

- Allmähliche Entwicklung eines afrikanischen Geschäftsmodells, das endogener ist und weniger abhängig von externer Hilfe und das eine größere Kontrolle über eigene Ressourcen beinhaltet und auf einem Binnenmarkt und Binnenkonsum basiert.
- Schaffung eines positiven Kreislaufs, um Facharbeiter in Afrika zu halten und lokale wachstumsfördernde Industrien aufzubauen, insbesondere in Sektoren mit hohem Potenzial wie Energie, Wasser, Infrastruktur und Telekommunikation.
- Grüne Entwicklung als Motor für die afrikanische Wirtschaft und als Antwort auf das weltweite Nahrungsmittelproblem. Die globale landwirtschaftliche Produktion muss um 60 % ansteigen, damit im Jahr 2050 alle Menschen ernährt werden können. 40 % der ungenutzten Agrarflächen der Welt liegen in Afrika⁽⁴³⁾. Mit verbesserten Bewässerungstechniken in naher Zukunft und dem Einfluss der Entwicklungen der Biotechnologie könnte die landwirtschaftliche Produktion potenziell um 50 % gesteigert werden⁽⁴⁴⁾, wobei 70 % des Anstiegs im Pflanzenbau von höheren Erträgen herrühren würde⁽⁴⁵⁾. Einem Weltbank-Bericht von 2013 zufolge wird sich Afrikas Agrar-, Nahrungsmittel- und Getränkemarkt bis 2030 auf 1 Billion USD verdreifachen⁽⁴⁶⁾. In der Praxis sollte dies zu mehr Beschäftigung, Wohlstand und Möglichkeiten führen sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, wodurch es den Afrikanern ermöglicht werden sollte, am Weltmarkt teilzunehmen.
- Nachhaltige und erfolgreiche Exzellenzzentren, um die Studenten Afrikas mit einer besseren Ausbildung und

⁽⁴³⁾ FAO, *World Agriculture: Towards 2015/2030*, 1995.

⁽⁴⁴⁾ Bericht der Weltbank: *Growing Africa: Unlocking the Potential of Agribusiness*, 2013.

⁽⁴⁵⁾ FAO, *World Agriculture Outlook*, 2002.

⁽⁴⁶⁾ Ebd.

weiter fortgeschrittenem wissenschaftlichem und technischem Fachwissen zu versorgen⁽⁴⁷⁾. Derartige Zentren könnten dazu beitragen, Forschungs- und Innovationslösungen zu entwickeln, mit denen Afrikas besondere Herausforderungen gemeistert werden können: mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen, die Agrarerträge verbessern, neue Mittel gegen Infektionskrankheiten finden. 2030 könnte das Verhältnis von 500 Forschern auf 1 Million Einwohner erreicht werden, im Vergleich zu weniger als 50 Forschern heute.

Jedoch wird eine solche Entwicklung durch bedeutende strukturelle Herausforderungen behindert, etwa durch den Mangel an Verkehrsinfrastruktur und daher an Handelsströmen über die nationalen Märkte hinaus und den fehlenden Zugang von Landwirten zu Innovation und Wissen.

Afrikas potenziell enormes Humankapital bleibt ungenutzt und wird möglicherweise noch durch grundlegende Defizite im Hinblick auf Nahrungsmittelsicherheit und Gesundheitswesen gefährdet. Auch weiterhin ist jeder vierte Mensch in Subsahara-Afrika unterernährt, und die Tatsache, dass sich Verbesserungen nur langsam einstellen, führt dazu, dass die absoluten Zahlen in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen werden⁽⁴⁸⁾. In Bezug auf Schlüsselindikatoren wie Kindersterblichkeit verbessern sich die Werte, allerdings findet eine Annäherung an die entwickelte Welt im Gegensatz zu Asien oder Südamerika immer noch nicht statt⁽⁴⁹⁾. Unter derartigen Umständen bleibt das Risiko großer Epidemien in Afrika womöglich auch weiterhin das mit Abstand größte Risiko.

Maßgeblich für die wirtschaftliche Entwicklung ist, ob es eine bessere Regierungsführung geben wird. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte müssen zu einer viel greifbareren Realität werden. Dazu gehört auch eine Änderung in der Dynamik der Beziehungen Subsahara-Afrikas mit seinen Partnern auf internationaler Ebene, die ein solides Netzwerk privater Partnerunternehmen in allen Segmenten des Weltmarkts entstehen lassen und nicht nur mit Rohstoffproduzenten, die von externen Entwicklungsmodellen abhängen. Dafür wäre eine „Entkolonialisierung in der Mentalität“ gegenüber Europa und den USA erforderlich sowie eine Neubeurteilung der Süd-Süd-Zusammenarbeit, insbesondere mit China, Indien und Brasilien. Es würde einen Haltungswechsel aller Akteure erforderlich machen, die langfristiger und stärker an der Diversifizierung der afrikanischen Wirtschaft orientiert sein würden, anstatt nur an der Förderung von Rohstoffen.

In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, dass enge kulturelle und sprachliche Verbindungen zwischen

Afrika und Europa weiterhin bestehen bleiben. Diese werden insbesondere durch die große afrikanische Gemeinschaft in Europa aufrechterhalten. Englisch, Französisch und auch Portugiesisch werden weiterhin Lingua franca in vielen afrikanischen Ländern bleiben.

Alte und neue Schwellenländer – Schlüssel für den Erfolg

Das erstaunliche Wachstum der BRICS-Staaten in den letzten 20 Jahren war ein bedeutendes und unerwartetes Phänomen in der Weltwirtschaft. Aber die wirtschaftliche Zukunft der BRICS-Staaten – einschließlich, wie bereits erwähnt, Chinas – wird von ihrer Fähigkeit abhängen, die Schwelle zu überschreiten und sich den Industriestaaten anzuschließen, wie es nur einigen asiatischen Ländern in jüngerer Zeit gelungen ist (Japan, Südkorea und Singapur). Wie diese Länder werden die BRICS-Staaten sich weiterentwickeln müssen, von Wirtschaften, die sich vor allem auf das Kopieren und auf Technologien, die in anderen Staaten entwickelt wurden, stützen, hin zu selbstständig produzierenden Wirtschaften. Jedes Schwellenland wird seinen spezifischen Platz in der Weltwirtschaft mit nachhaltigen und spezifischen komparativen Vorteilen finden müssen, um nicht zwischen Wettbewerber zu geraten oder von der nächsten Generation von Schwellenländern überholt zu werden.

Aufgrund des beschleunigten wirtschaftlichen Fortschritts in vielen Ländern werden mehrere neue Schwellenländer bis 2013 in Erscheinung treten⁽⁵⁰⁾. Neue große Wirtschaftsmächte gemessen am Gesamt-BIP in KKP sind z. B. Mexiko, Indonesien, die Türkei, Nigeria und Vietnam⁽⁵¹⁾. Ihr anhaltender Erfolg wird zumeist von ihrer Regierungsführung und der Qualität ihrer Wirtschaftspolitik, ihrem demografischen Profil und ihrem Bildungssystem abhängen.

Die Schlüsselfaktoren der Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas werden natürliche Rohstoffe, Bildung und die alternde Bevölkerung sein. Brasilien, Kolumbien, Peru, Ecuador, Chile, Argentinien und Costa Rica werden voraussichtlich nachhaltiges Wachstum erleben. Aber die demografische Dividende wird allmählich sinken, daher ist es unerlässlich, dass diese Länder bis 2030 vorbeugende Maßnahmen treffen, um ihre Produktivität zu steigern. Ihre reichen Reserven an natürlichen Ressourcen werden zur Sicherstellung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung nicht ausreichen: Über die bereits durchgeführten Bemühungen in einigen Sektoren, wie erneuerbare Energien, hinaus werden Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Technologie erforderlich sein⁽⁵²⁾.

Wendepunkt in der Globalisierung des Handels

In den vergangenen 25 Jahren haben Globalisierung und technologische Entwicklung das Gleichgewicht und die Form der globalen Wirtschaftsbeziehungen grundlegend verändert. Weltweit stiegen die Ausfuhren von Gütern von

⁽⁴⁷⁾ Die Weltbank finanziert 19 Exzellenzzentren an Universitäten in sieben Ländern West- und Zentralafrikas, wo spezialisierte Ausbildungen in Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik sowie Landwirtschaft und Gesundheit angeboten werden.

⁽⁴⁸⁾ FAO, *The State of Food Insecurity in the World*, 2014. Die Anzahl der unterernährten Menschen ist weltweit in relativen Zahlen gesunken, stieg jedoch in absoluten Zahlen zwischen 1990 und 2014 an – ein Trend, der andauern wird.

⁽⁴⁹⁾ WHO, *Levels and Trends in Child Mortality*, 2014. Mit 92 Todesfällen pro 1 000 Lebensgeburten ist die Kindersterblichkeit 15 Mal höher als der Durchschnitt in Ländern mit hohem Einkommen. Für die Annäherung an aktuelle Raten wäre mehr als ein Jahrhundert erforderlich.

⁽⁵⁰⁾ Siehe insbesondere HSBC global research, *The World in 2050*; PwC economics, 2012, *The BRICs and beyond: prospects, challenges and opportunities*, 2013; Goldman Sachs, *The BRICs 10 Years On: Halfway through the Great Transformation*, 2011

⁽⁵¹⁾ PwC economics, *World in 2050, The BRICs and beyond: Prospects, challenges and opportunities*, 2013.

⁽⁵²⁾ Inter-American Dialogue, *The World of 2030: risks and opportunities for Latin America*, 2013.

2 030 Mrd. USD im Jahr 1980 auf 18 260 Mrd. USD im Jahr 2011, ein durchschnittlicher Anstieg von 7,3 % pro Jahr, mehr als zwei Prozentpunkte mehr als das globale BIP⁽⁵³⁾. Seit 1989 sind mehr als 1 Milliarde Arbeiter in den globalen Arbeitsmarkt eingetreten, hauptsächlich in Asien.

In den kommenden Jahren könnte sich das Wachstum des Güterhandels das erste Mal seit den frühen 1990er Jahren verlangsamen, während der Handel mit Dienstleistungen, Investitionsströme und der Süd-Süd-Handel einen erheblichen Anstieg verbuchen könnten. Der Handel wird jedoch auf drei Drehpunkte konzentriert sein (Nordamerika, Europa und Asien), wo Wertschöpfungs- und Produktionsketten eng miteinander verflochten sind.

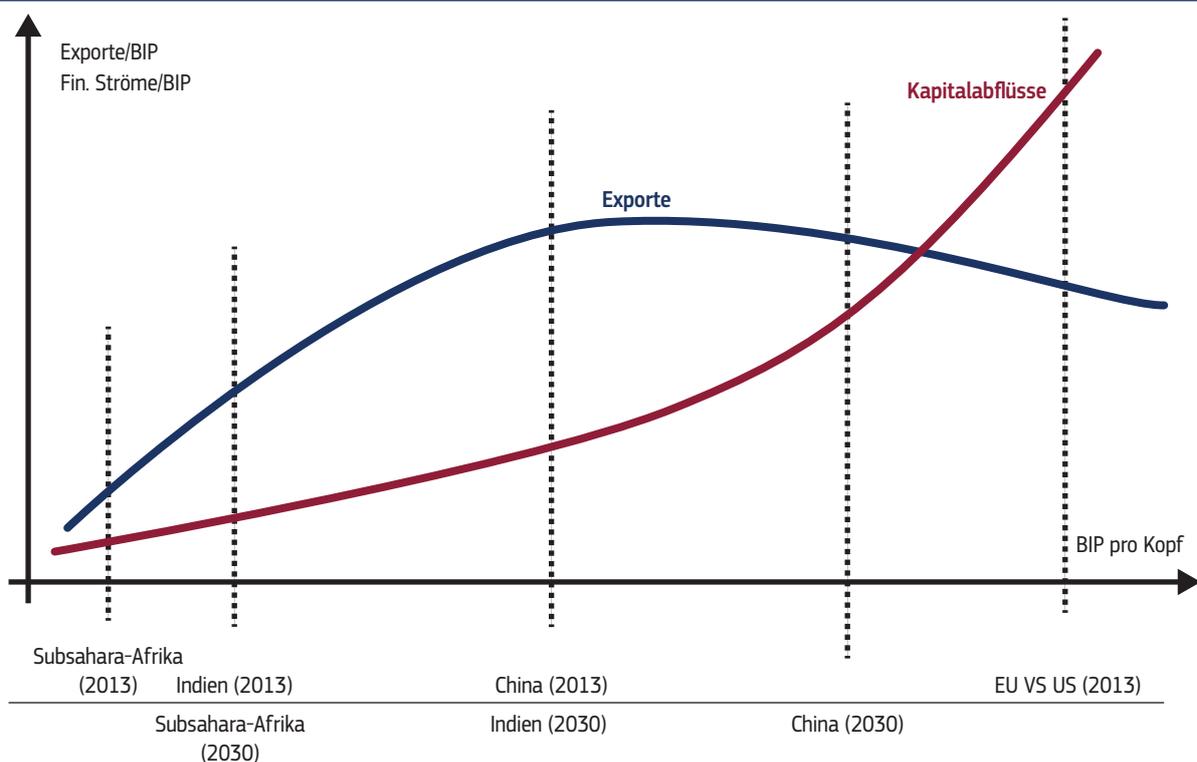
Auf den Finanzmärkten wird es wahrscheinlich zu einem Paradigmenwechsel kommen: 2030 wird die begrenzte Kapazität jüngerer Volkswirtschaften (Indien und Subsahara-Afrika), die überschüssigen Rücklagen der alternden Gesellschaften (vor allem Europa und China) aufzunehmen, die Möglichkeiten für Investitionen begrenzen. Daher werden neue Möglichkeiten in den Industrieländern und eine umfassendere Risikokontrolle entscheidend dafür sein, sicherzustellen, dass ein Streben nach hohen Renditen nicht zur Bildung neuer Spekulationsblasen führt. Die weltweite Attraktivität der europäischen Finanzmärkte wird nicht nur von ihrer Stabilität abhängen, sondern auch von der Qualität und der Vielfalt von Finanzinstrumenten und -produkten und von der Glaubwürdigkeit der europäischen Finanzregulierung.

Die Kapitalmärkte werden auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der weltweiten Verbreitung von Finanzströmen

spielen. In einem geopolitischen Kontext der Ungewissheit und der Unsicherheit werden Investoren Volkswirtschaften mit einem vorhersehbaren, stabilen System der Regierungsführung und der Rechtspflege den Vorzug geben. Die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008 dürften nach und nach verblasen⁽⁵⁴⁾, und Ersparnisse und Investitionen gehen wieder auf wirtschaftliche Fundamentaldaten zurück. Die Risikobilanz wird sich in Richtung Schwellenländer verlagern, deren Finanzsektoren erheblich wachsen werden. Dadurch wird sich im kommenden Jahrzehnt die Möglichkeit von volatilen Wachstumszyklen, Unbeständigkeit und/oder Finanzkrisen erhöhen. Ein Schlüsselfaktor für das Wachstum in solchen Ländern wird der Aufbau eines unabhängigen, effizienten und widerstandsfähigen Finanzsystems sein.

Diese Entwicklung in der Globalisierung wird zu einer Zeit besonders großer Anfälligkeit der Schwellenländer stattfinden, da diese umfassende interne Reformen durchführen müssen, um die „Falle des mittleren Einkommens“ zu umgehen, und ihre Entwicklung in eine nachhaltige Richtung wenden müssen. In diesem Zusammenhang würden eine mögliche Abschwächung oder ein möglicher Stillstand der Globalisierung oder eine Finanzkrise ein erhebliches Risiko des Anstiegs von Protektionismus bedeuten, insbesondere in Ländern, die ihren Wettbewerbsvorteil noch nicht durch Reformen verbessert haben. Neben anderen Faktoren ist dies eine Erklärung der vor Kurzem in Brasilien, Russland und Japan aufgetretenen Probleme. Darüber hinaus können zunehmende geopolitische Spannungen Auswirkungen auf die Investitionsströme haben, wie angesichts des derzeitigen Rückgangs der weltweiten Investitionen in Russland und der japanischen Investitionen in China deutlich wird.

Abbildung 8b: Handels- und Finanzströme in der Wirtschaftsentwicklung



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽⁵³⁾ Welthandelsorganisation (WTO), *Report on World Trade*, 2013.

⁽⁵⁴⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

WICHTIGER GLOBALER TREND 3

Eine transformative industrielle und technologische Revolution

Nichts wird weniger industrialisiert sein als die Zivilisation, die aus der industriellen Revolution heraus entsteht.

Jean Fourastié, 1963

DIE WELT IM JAHR 2030

Projektionen

- Eine technologische Revolution, die auf neuer Industrieproduktion, Biowissenschaft, Kommunikation und digitalen Verfahren basiert, wird die Gesellschaften verändern.
- Die Geschwindigkeit des Technologiewandels nimmt zu.
- Autonome Entscheidungsverfahren steigen rapide an.
- Europa und die USA bleiben führende Mächte in Wissenschaft und Wissensschaffung, auch wenn Bedenken zur angewandten Forschung bestehen bleiben.

Unsicherheiten

- Das Tempo der Konvergenz von Technologien bleibt ungewiss.
- Potenziell grundlegende Einflüsse von Technologien auf Menschen und Gesellschaften im Allgemeinen könnten unvorhersehbare soziale Reaktionen auslösen.

Unbekannte Variablen

- Durchbrüche bei der Steigerung der Lebenserwartung sind möglich.
- Ein großer Cyberkrieg hätte systemische Auswirkungen.
- Ethische, religiöse oder soziale Rückschläge, die durch Ungleichheiten ausgelöst werden oder bei denen der Schutz der Privatsphäre im Vordergrund steht, könnten Auswirkungen auf die globale Stabilität haben.

Die Digitalisierung der Weltmärkte

Digitale Kerntechnologien entwickeln sich und nähern sich rapide aneinander an, angetrieben durch ausgedehnte territoriale Konnektivität und Echtzeitdaten der realen Welt. Möglicherweise beginnt bald eine wirkliche dritte industrielle Revolution. Die digitalen Exporte der USA gehen auf 500 Mrd. EUR zu. Damit ist dies die drittgrößte Exportkategorie, mit den Europäern als wichtigste Abnehmer. In den Jahren nach 2010 schätzte die Boston Consulting Group, dass 4 % des BIP der USA in Zusammenhang mit dem Internet und den Einsparungen oder den dadurch generierten Geschäftsmöglichkeiten stehen könnten.

Dadurch wird ganz klar aufgezeigt, dass die Beherrschung, Anwendung und die Entwicklung digitaler Technologien Schlüsselbestandteile der wirtschaftlichen und industriellen Wettbewerbsfähigkeit sein werden. Die Unternehmen, die nur ungenügend mit modernster Technologie ausgestattet sind oder mit überholten Kapazitäten arbeiten, werden möglicherweise einfach vom Weltmarkt ausscheiden, mit dramatischen Folgen für die, die weniger vernetzt und flexibel sind.

Gleichzeitig kann eine neue digitale Kluft aufgrund der ungleichmäßigen Infrastrukturabdeckung entstehen, wodurch bestimmte Gebiete und Regionen von einem vollständigen Zugang zur digitalen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dies könnte zu einem großen Hindernis für die Betroffenen werden, da die wirtschaftliche, soziale und politische Macht 2030 zunehmend von integrierten Hochleistungsnetzen abhängen wird.

Die Digitalisierung der Märkte begann vor 20 Jahren. Dennoch wurde die damit zusammenhängende Realität nicht von allen Akteuren gleich aufgenommen, und die unterschiedlichen gewählten Ansätze führten zu verschiedenen Ergebnissen in Bezug auf Konnektivität und Investitionen. In den USA hat der Marktansatz für Breitband beispielsweise zu viel größeren Investitionen geführt, während der eher regulatorische nationale Ansatz und ein dienstleistungsorientierter Wettbewerb in Europa dazu geführt haben, dass das Breitbandsystem äußerst fragmentiert und mit einer Investitionslücke von mehr als 100 Mrd. EUR ungenügend finanziert ist und deutlich verbessert werden muss.

In der nahen Zukunft werden Unternehmen mit der zusätzlichen Herausforderung der Handhabung großer Datenmengen konfrontiert. Wenn sie diese nicht meistern, wird ihre Wettbewerbsposition ernsthaft geschwächt, wenn es sich um den Beginn einer echten industriellen Revolution basierend auf konvergierenden Technologien handeln sollte.

Eine dritte industrielle Revolution?

Bisher hat die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), trotz ihrer unumstrittenen sozialen Auswirkungen, noch nicht zu einer industriellen Revolution im Ausmaß der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts geführt⁽⁵⁵⁾.

⁽⁵⁵⁾ Die erste industrielle Revolution (von 1760 bis 1840) begann mit der Entwicklung der Dampfmaschine, der Mechanisierung der Textilherstellung, der Verwendung von Koks statt Holzkohle, gefolgt von der Massenproduktion von Stahl und schließlich der Entwicklung der Eisenbahnen. Die zweite industrielle Revolution (von 1870 bis 1914) wurde durch die Massenproduktion von Stahl, der Elektrifizierung, der Telekommunikation und schließlich der Entwicklung des Autos und des Fließbands ausgelöst.

Das Zusammenkommen mehrerer zukünftiger technologischer Sprünge ist dann eventuell der Beginn einer wahrhaften „industriellen Revolution“. Bestehende Wertschöpfungsketten und ihre geografischen Bestandteile könnten umgewandelt werden, indem die Neuerfindung vieler aktueller Geschäftsmodelle erforderlich wird. Die Wirtschaftsordnung, die sich daraus ergeben könnte, würde auf einer neuen Wettbewerbsstruktur, einer Leistungsänderung zwischen den Sektoren, einem neuen Energiesystem, neuen Formen der Kapitalanhäufung, neuen Formen der Vermittlung und einer umfassenden Reorganisation des Handels basieren.

Unternehmensumfelder werden wahrscheinlich erheblich von einem neuen Druck auf Preise und Margen, unerwarteten Wettbewerbsformen, einer Dynamik des Siegers, „Plug-and-play“-Geschäftsmodellen, zunehmenden Talent-Diskrepanzen und einer Konvergenz von Angebot und Nachfrage beeinflusst⁽⁵⁶⁾. Um diese Änderungen zu steuern, müssen Strategien angepasst werden, um es Unternehmen zu erleichtern, sich in einem komplexeren und dynamischeren Umfeld zu behaupten und um die möglicherweise brutalen Auswirkungen auf die Beschäftigung der gering Qualifizierten abzuschwächen.

Diese Revolution könnte eine weitreichende Umgestaltung der Standorte von „Wissenszentren“, Innovation und Industrieproduktion auslösen. Derzeit liegt Kalifornien im Epizentrum des größten Innovationsgebietes der Welt⁽⁵⁷⁾. Es ist ein Verkehrsdrehkreuz und profitiert von einem dynamischen industriellen und finanziellen Hinterland.

Im Jahr 2030 werden definitiv neue, regionale Innovations- und Produktionszentren in Nordamerika, Europa und Asien entstehen. Ihre Anziehungs- und Entwicklungskraft wird von der Offenheit der Märkte, Universitäten und der technologischen Infrastruktur, Handels- und Informationskreisläufen und der finanziellen Kapazität für die Unternehmensentwicklung abhängen. Diese Standorte werden die Produktivität, das Wachstum und den Wohlstand der Wirtschaft der Länder, in denen sie sich befinden, stark beeinflussen. Durch diese Revolution wird die Branchenstruktur durch die Förderung von Flexibilität, d. h. der fließenden Zusammenarbeit großer Unternehmen, KMU und Unternehmern, tiefgreifend verändert.

Künftige technologische Durchbrüche

Nach Angaben der Industrie und anderen Quellen werden bis 2030 erwartungsgemäß folgende Technologien in großem Maßstab entwickelt werden:

⁽⁵⁶⁾ McKinsey and Company, *Strategic principles for competing in the digital age*, 2014.

⁽⁵⁷⁾ Kalifornien steht bereits im Zentrum der Weltwirtschaft. Das Konzept der Weltwirtschaft wurde vom modernistischen Historiker Fernand Braudel als wirtschaftlich autonomer Teil des Planeten definiert, der dazu imstande ist, für den Großteil seines Bedarfs aufzukommen, ein Teil, dessen interne Glieder und dessen interner Austausch ihm eine gewisse organische Einheit geben. Weltwirtschaften haben ihren Schwerpunkt in einer Stadt, die sie repräsentiert. Im Westen wechselten sich Venedig, Antwerpen, London und New York diesbezüglich ab. Der Begriff Weltwirtschaft bezieht sich auf die Fähigkeit eines Landes, zu einer bestimmten Zeit und aus dem in einer Stadt liegenden wirtschaftlichen Zentrum die weltweite kommerzielle und finanzielle Führung zu übernehmen. Seit 1850 beherbergten verschiedene Mächte das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft. Fernand Braudel, *Civilization and Capitalism: 15th-18th centuries*, 1967.

- Das „Internet der Dinge“: große Datenmengen und Datengewinnung, Cloud-Computing und Hochleistungsrechner, Gehirn-Maschine-Schnittstellen und Sensoren.
- Der sprunghafte Anstieg großer Datenmengen wird die gesamte Gesellschaft beeinflussen und transformieren. Die Erhebung, der Erwerb und die Kontrolle dieser Daten werden als wesentliche Ressource der Volkswirtschaften und Gesellschaften der Zukunft betrachtet. Die geopolitischen und kommerziellen Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit werden mit dem Zugang zu Rohstoffen, der Kontrolle über Betriebstechniken und ethischen Fragen in Zusammenhang mit den Grundrechten und individuellen Grundfreiheiten in Verbindung stehen.
- Im Jahr 2020 werden mehr als 50 Mrd. Artikel von Autos bis Kaffeemaschinen mit dem Internet verbunden sein⁽⁵⁸⁾. Die globalen Umsätze könnten zwischen 2013 und 2022 schätzungsweise 14 Billionen USD erreichen⁽⁵⁹⁾. Die generierten Datenmengen könnten eine unschätzbare Ressource für diejenigen darstellen, die Zugang dazu haben und die Datenmengen interpretieren können.
- Cloud Computing wird IT-Plattformen revolutionieren. Dabei können Betriebskosten gesenkt und ein erhebliches Wachstumspotenzial freigesetzt werden (mit Umsätzen bis zu 174 Mrd. EUR im Jahr 2020, gegenüber 30 Mrd. EUR im Jahr 2011). Die wirtschaftlichen Auswirkungen seiner Verwendung könnten sich im Jahr 2025 auf 1,2-4,5 Billionen EUR belaufen.
- Intelligente Mobilität: Im Jahr 2030 werden 75 % der Weltbevölkerung über eine Mobilfunkverbindung⁽⁶⁰⁾ und wahrscheinlich 60 % über einen Breitbandzugang verfügen⁽⁶¹⁾. Energie-, Verkehrs- und Informationssysteme werden durch Sensoren aller Art eng miteinander verbunden.
- Modellierung und erweiterte (virtuelle) Realität werden alltägliche Entwurfswerkzeuge in einem breiten Anwendungsbereich sein, einschließlich Infrastruktur, Autos und Luftfahrzeuge, Klimaprognosen und Friedenssicherungseinsätze.
- Unterschiedlichste Sensoren werden Kommunikationsgeräte (einschließlich künftige Smartphones), Kleidung, Häuser, Fahrzeuge und Drohnen steuern. Es wird möglich sein, Informationen mit Satellitendaten zusammenzuführen und diese zum Modellieren von Ereignissen, wie Luftverschmutzung oder Verkehr, zu verwenden.
- Additive Transformation (3D-Drucker) wird eine erhebliche Rolle in industriellen Produktionssystemen spielen und Auswirkungen auf Kosten, Lokalisierung der Produktion

⁽⁵⁸⁾ Deloitte, *The Internet of Things Ecosystem: Unlocking the Business Value of Connected Devices*, 2014.

⁽⁵⁹⁾ Cisco, *Embracing the Internet of Everything to capture your share of USD 14.4 trillion*, 2013.

⁽⁶⁰⁾ Europäische Internet-Stiftung, *The Digital World in 2030*, 2014.

⁽⁶¹⁾ Roland Berger Strategy Consultants, *The Trend Compendium 2030*, 2011.

Weltraum-Nachrichten 2030

Das Risiko einer Kettenreaktion durch Weltraum-Trümmer wurde in den 2020er Jahren aufgrund des erhöhten weltweiten Bewusstseins über das Problem gerade noch rechtzeitig abgewendet. Es ist unmöglich, sich die wirtschaftliche und soziale Katastrophe vorzustellen, die durch die Zerstörung von 50 % des Potenzials von Raumfahrtanwendungen aufgrund eines zufälligen Zusammenstoßes von weniger als einem halben Dutzend Satelliten und der Entstehung von 60 000 Trümmerteilen angerichtet worden wäre. Aber wie ist die Situation heute?

Das Weltall regt noch immer zum Träumen an, wie der erste mineralische Asteroid beweist, der von der Mannschaft der Orion eingefangen wurde, was von mehr als 4 Milliarden in virtuelle Realität eingetauchten Zuschauern verfolgt wurde. Nicht zu vergessen den ersten Mondtouristen und den Abstieg der Mars-Astronauten in den Gale-Krater, wo niemand damit rechnete, dass Kolonien lebender Proto-Bakterien gefunden würden, oder die noch spektakuläreren Funde auf den Monden des Jupiter. Das Sahnehäubchen war die zufällige Entdeckung des extrasolaren bewohnbaren Planeten Gamma, der den gesamten Sauerstoff seiner Atmosphäre in weniger als drei Jahren verloren hatte. Dieses Rätsel hat die Menschheit dazu gezwungen, die Vision der Menschheit und die Definition des Lebens an sich neu zu bewerten. Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Zurück zur Erde.

Raumfahrtprogramme wurden verstärkt durchgeführt, nachdem horizontal startende Stratosphären-Raketenflugzeuge das Weltall und den Luftraum zugänglicher gemacht haben. Das Gleiche gilt für Echtzeitmodelle der ozeanischen, terrestrischen und atmosphärischen Systeme, die der Bündelung geosynchroner Beobachtungen viel zu verdanken haben. Außerdem wurde es notwendig, privaten Vormachtstellungen ein Ende zu bereiten, indem die Flut

an Satellitenbildern als frei verfügbares Welterbe neu klassifiziert wurde. Metsats Monats-Luftqualität- und -Niederschlagprognose ermöglichte einen qualitativen Sprung nach vorn in Bezug auf die Fähigkeit, Klimakatastrophen vorauszusagen. Die wirkliche Revolution war jedoch ein massiver Anstieg im Umweltbewusstsein als Ergebnis von Weltraum-, Luftraum- (anhand von Piko-Drohnen) und terrestrischen Datenfusionsmodellen durch das Crowd-Sourcing von Millionen von Sensoren von Bürgern (Nichtaktivisten).

Verschiedene Anwendungen wurden auf dieser Basis entwickelt, wie z. B. die Optimierung der ökologischen Landwirtschaft, multiples Energiemanagement oder umweltabhängige Gesundheit. Ökologischer virtueller Arktis-Tourismus wurde durch hochauflösende Weltraumvideos von Mikrosatelliten in niedriger Höhe ermöglicht. Ebenso war das Zusammenspiel von Satelliten und Ballon-Drohnen erforderlich, um Breitbandkommunikation und präzises Tracking zu ermöglichen, mit dem die polare Seeschifffahrt, mit der die Entfernung zwischen Europa und Asien halbiert wird, sicher gemacht wurde.

Vor einiger Zeit ermöglichte Laserkommunikation durch Echtzeit-Relais-Satelliten und Quantum-Kryptografie das Ersetzen von Kopiloten und Blackbox in Flugzeugen und die Führung von autonomen (Luft-)Fahrzeugen. Sie erwiesen sich als besonders nützlich bei der Lösung der Krise der Internetkriminalität von 2024-2025.

Die Fusion der zivilen und militärischen Raumfahrtprogramme führte zur Förderung technologischer Fortschritte und der Rationalisierung der Finanzierung. Dennoch wurde durch die Probleme in Zusammenhang mit der Nutzung der durch die Sensor-Gesellschaft generierten großen Datenmengen und unabhängiger Entscheidungsalgorithmen ein neues Kapitel der unkonventionellen, asymmetrischen Konflikte eingeleitet.

und das Potenzial des systematischen Recyclings von Rohstoffen haben⁽⁶²⁾.

- Eine Kombination von Robotern, Nanotechnologie und künstlicher Intelligenz dürfte Menschen, die in repetitiven Produktionstätigkeiten oder auch in Dienstleistungen im Haushalt beschäftigt sind, ersetzen. Bis ca. 2025 werden autonome und sogar selbstlernende Algorithmen den autonomen Betrieb von Fahrzeugen, Minidrohnen und anthropomorphen Robotern ermöglichen.
- Eine Kombination aus Nano-, Bio- und Informationstechnologie wird das Gesundheitswesen revolutionieren⁽⁶³⁾.

Jedoch wird die Bereitstellung von High-Tech- und personalisierten Behandlungsmethoden mit der gleichzeitigen Sicherstellung des Zugangs aller zum Gesundheitswesen bei der Gestaltung der künftigen Gesundheitspolitik Haushaltsbelastungen verursachen.

- Die synthetische Biologie sollte viele neue Anwendungen durch die industrielle Herstellung von Biomaterialien ermöglichen, indem Chemikalien, die auf nicht erneuerbaren Rohstoffen basieren, durch erneuerbare Rohstoffe (Biokraftstoffe, einschließlich Wasserstoff)⁽⁶⁴⁾ ersetzt werden.

⁽⁶²⁾ McKinsey, *Disruptive Technologies: Advances that will transform life, business, and the global economy*, 2013.

⁽⁶³⁾ Copenhagen Business School, *Automation, labour productivity and employment – a cross country comparison*, 2013.

⁽⁶⁴⁾ ERASynbio, *Next steps for European synthetic biology: a strategic vision*, 2014.

Eine beginnende Revolution der Mobilität

Die Neugestaltung der Mobilität ist ein Schlüsselement für ein Europa der Innovation und der anhaltenden Wettbewerbsfähigkeit sowie des Wohlergehens. In der Zukunft wird Mobilität eine Kombination aus physischer Bewegung und virtueller Gegenwart sein. Dadurch können sich bedeutende soziale Veränderungen ergeben.

Eine technologische Konvergenz wird den Transportsektor in der nahen Zukunft umgestalten. Die Kombination von Fortschritten u. a. in der Robotik, Automatisierungssystemen, Elektro- oder Wasserstoffmotoren, Sensoren und Satelliten-Navigationssystemen⁽⁶⁵⁾ wird die Fortbewegung in autonomen Fahrzeugen und das gleichzeitige Arbeiten oder Internetsurfen oder die Interaktion mit der Heimautomatisierung ermöglichen. Gemeinsam mit der Nutzung von Mini-Drohnen zum Transport von Objekten wird diese Evolution das Reisen zwischen und innerhalb von Stadtzentren revolutionieren.

Abgesehen von sichereren Straßen (trotz sinkender Unfallzahlen wurden 2013 auf europäischen Straßen 26 000 Menschen getötet und 200 000 verletzt) und geringerer Luftverschmutzung (die gegenwärtig 350 000 vorzeitige Todesfälle verursacht) würde ein derartiger autonomer Transport beträchtliche Effizienzsteigerungen generieren: Staus verursachen BIP-Einbußen von schätzungsweise 1,5 % in der EU.

Die sich daraus ergebenden Skaleneffekte werden erheblich sein, wenn man die Konvergenz der holografischen virtuellen Realität mit 5G berücksichtigt, durch die die Telepräsenz und daher auch die Telearbeit, einschließlich aus autonomen Fahrzeugen, revolutioniert werden.

Diese Entwicklungen finden im Kontext einer alternden Bevölkerung und der Zunahme „nichttraditioneller“ Familien statt. Dadurch wird außerdem der Transport Minderjähriger und älterer, fahruntüchtiger Menschen ermöglicht, die nun nicht mehr von jemand anderem abhängen, um von einem Ort zum anderen zu gelangen. Virtuelle Anwesenheit und intelligente Haustechnik werden auch bedeuten, dass ältere Menschen besser zu Hause versorgt werden, womit die öffentliche Hand weniger belastet wird. Intelligente Mobilität als multimodaler Dienst, zu dem alle Zugang haben und der eine schnelle Breitbandverbindung beinhaltet, könnte daher den Weg für eine gerechtere Gesellschaft ebnen.

Die Mobilität der Zukunft wird daher ein Beispiel für die Konvergenz folgender Elemente sein:

- Menschen und Maschinen mit digitaler und Sprachschnittstelle;
- Menschen und Menschen (unmittelbare virtuelle Kommunikation);
- Maschinen und Maschinen, wobei alle Mobilgeräte (Fahrzeuge, Drohnen usw.) miteinander kommunizieren.

⁽⁶⁵⁾ Europäische Kommission, *Space Exploration and Innovation Space Policy and Coordination Unit*, 2010.

Technologiekonvergenz und ihre Folgen

Die Vervielfachung großer Datenmengen wird die gesamte Gesellschaft beeinflussen und transformieren. Die Erhebung von Daten, das Eigentum von Daten, der Zugang zu Daten und die Nutzung von Daten werden wichtige Quellen wirtschaftlicher und politischer Macht. Insbesondere könnten die Erhebung und die Analyse großer Mengen persönlicher Daten und die Verwendung von Big-Data-Analytik die Privatsphäre in beispiellosem Ausmaß verletzen und größere gesellschaftliche Auswirkungen haben.

Alle Aspekte der Gesellschaft, wie Politik, Regierungsführung, Bildung, Wissenschaft, Lifestyle, Netzwerke kollektiver Intelligenz, die Einrichtung offener Systeme, Gesundheit (einschließlich der Transformation des menschlichen Genoms), werden von technologischen Durchbrüchen umgestaltet. Die Abgrenzung von Bildungs-, Arbeits-, Freizeit- und Rentenphasen wird weniger klar sein als heute, und Bildung wird für viele lebenslang sein.

- Die digitale Wirtschaft kann in Verbindung mit der Biowissenschaft und neuen Industrieverfahren sowie angetrieben durch bildungsfördernde öffentliche Maßnahmen Gesellschaften in Wissensgesellschaften umwandeln⁽⁶⁶⁾, die besser in der Lage sind, sich in einem dynamischen Umfeld anzupassen.
- Soziokulturelle Auswirkungen. Grundsätzlich könnten digitale Technologien zwischenmenschliche Beziehungen beeinflussen und es für einige schwieriger gestalten, zwischen der Realität und der virtuellen Realität zu unterscheiden. Eine zunehmende Informationsflut kann kognitive Fähigkeiten und die Aufmerksamkeitsfähigkeit beeinflussen, was Folgen für menschliche Interaktionen hat⁽⁶⁷⁾.
- Fusion von Menschen und Technologie. Die Technologie kann einen transformativen Effekt auf die Menschen haben, indem nicht nur ihre physischen Fähigkeiten, sondern auch ihre intellektuellen Fähigkeiten gestärkt werden⁽⁶⁸⁾. Über die Regenerierung von Organen hinaus können kognitive Fähigkeiten, genetische Entscheidungen, hinausgezögertes Altern oder „Human Augmentation“ (Steigerung der menschlichen Fähigkeiten) möglich werden. Mit der Zeit könnten dadurch innergesellschaftliche Beziehungen, insbesondere zwischen den Menschen, die verändert wurden, und denen, bei denen das nicht der Fall ist, beeinflusst werden.

Mit der Entwicklung digitaler Technologien wird das Volumen persönlicher Daten massiv zunehmen. Die Bedenken der Menschen in Bezug auf die Schwierigkeit, ihre eigenen Daten zu kontrollieren, könnte zu Misstrauen hinsichtlich

⁽⁶⁶⁾ Europäische Internet-Stiftung, *The Digital World in 2030*, 2014.

⁽⁶⁷⁾ N. Dewandre et al., *The Onlife Manifesto: Being Human in a Hyper-Connected Era*, 2013.

⁽⁶⁸⁾ Academy of Medical Sciences, British Academy, and Royal Academy of Engineering, *Human enhancement and the future of work*, 2012.

technologischer Innovationen und der digitalen Gesellschaft führen⁽⁶⁹⁾. Daher müssen ständig aktualisierte Vorschriften die Integrität dieser Daten garantieren und auch sicherstellen, dass sie nicht manipuliert werden.

Eine derartige technologische Revolution könnte den Abwärtstrend in den Industriestaaten umkehren und neue Antworten für globale Herausforderungen von Klimawandel bis zu Energiethemen geben sowie den Menschen viel mehr Möglichkeiten bieten. Jedoch werden ethische und gesellschaftliche Dilemmas ernst genug sein, um Debatten über die Nützlichkeit bestimmter Innovationen sowie darüber zu entfachen, ob Menschen und Gesellschaft letztlich davon profitieren. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt könnten in einigen Fällen permanent sein und in anderen vorübergehend: Historiker werden sich daran erinnern, dass die letzte industrielle Revolution zu einer Zeit des Bevölkerungswachstums nahezu 40 % der Arbeitsplätze vernichtete, was ernstzunehmende soziale Auswirkungen hatte, die Jahrzehnte andauerten. Das Vertrauen in die Technologie sowie ihre Beherrschung sind notwendig, um im 21. Jahrhundert einen wirklichen Erfolg bringen zu können.

⁽⁶⁹⁾ *Data and Security Breaches and Cyber-Security Strategies in the European Union and its International Counterparts* – EP, September 2013. World Economic Forum's Global Risks 2014 report, 2014.

WICHTIGER GLOBALER TREND 4

Ein wachsender Zusammenhang zwischen Klimawandel, Energie und Wettbewerb um Ressourcen

DIE WELT IM JAHR 2030

Projektionen

- Die Förderung natürlicher Rohstoffe in großem Maßstab wird sich weiterhin auf wenige dominierende Länder und Regionen konzentrieren.
- Bei Nahrungsmittel- und Wasserversorgung wird es vorwiegend um die Bewältigung des Mangels gehen – ein Problem, das durch den Klimawandel erschwert wird.
- Im Jahr 2030 werden 93 % des Anstiegs im Energieverbrauch von Nicht-OECD-Staaten verbucht.

Unsicherheiten

- Während mehr als 60 % der Weltbevölkerung in Küstengebieten leben, ist das Ausmaß des Meeresspiegelanstiegs und der daraus folgenden Naturkatastrophen ungewiss.
- Große Migrationsströme, die durch Überflutungen, Dürren und Nahrungsmittelknappheit ausgelöst werden, könnten Auswirkungen auf Europa haben.
- Das rapide Schmelzen der Eiskappen der Arktis eröffnet neue Möglichkeiten für natürliche Rohstoffe und Transport, jedoch mit unberechenbaren Folgen für das biologische Gleichgewicht und den Klimawandel.
- Die OPEC und Russland könnten aufgrund der Schiefergasförderung in den USA an Marktmacht verlieren.

Unbekannte Variablen

- Durchbrüche in der Kernfusionstechnik könnten die Energielandschaft ändern und die globale Erwärmung langfristig stoppen.

Trotz der Verlangsamung des Wachstums der Weltbevölkerung wird der globale Wettbewerb um den Zugang zu natürlichen Rohstoffen zusammen mit den damit verbundenen Risiken von Marktschwankungen, geopolitischen Spannungen und Instabilität weiter intensiviert.

Dies kann damit begründet werden, dass die Gewinnung und Förderung natürlicher Rohstoffe in einer kleinen Anzahl von Erzeugerländern hochkonzentriert sind. Bei 19 Rohstoffen (darunter Feldfrüchte, Holz, Fisch und Fleisch, Metalle, fossile Brennstoffe und Düngemittel) kommen die drei größten Erzeuger für ca. 56 % der weltweiten Produktion auf. Die acht dominierenden Akteure sind China, die USA, Australien, die EU, Brasilien, Russland, Indien und Indonesien⁽⁷⁰⁾. Aufgrund

⁽⁷⁰⁾ Chatham House, Resources Futures, 2012.

der wachsenden Nachfrage nach Rohmaterialien wird die Kapazität des globalen Bergbaus bis 2030 wahrscheinlich verdoppelt. Die Volatilität nimmt voraussichtlich aufgrund der erhöhten „Finanzialisierung“ zu.

In Bezug auf die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung wird die wichtigste Herausforderung im Jahr 2030 die Verwaltung der Knappheit sein. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln um 50 % höher sein wird als 2008⁽⁷¹⁾. Dieser Anstieg liegt hauptsächlich im verbesserten Lebensstandard der schnell wachsenden Mittelschicht der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften begründet. Die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen und bestimmter landwirtschaftlicher Produktionsmittel, insbesondere derer, die auf Kalium basieren, wird eine weitere große Herausforderung sein.

Ohne Korrekturmaßnahmen wird in den nächsten 20 Jahren in Ökosystemen auf der ganzen Welt mit drastischen und unumkehrbaren Veränderungen gerechnet, die Auswirkungen auf Klima, Biosphäre, Kontinente und Ozeane haben. Laut Schätzungen der Weltbank wird im Jahr 2025 der Klimawandel zu Ernteausfällen und Wasserdefiziten führen, die 1,4 Milliarden Menschen betreffen. Diese Mängel könnten für Südosteuropa, Südamerika, Afrika und Asien ernstzunehmende Bedrohungen darstellen. Sofern keine bedeutenden technologischen Durchbrüche gemacht werden, wird die Wasserknappheit ernstzunehmende Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben: In einigen Ländern, wie z. B. China, geht 90 % des Wasserverbrauchs in die Landwirtschaft. 2030 werden wahrscheinlich zwischen 1,9 Mrd. und 2,6 Milliarden Menschen von Wasserknappheit betroffen sein. In Europa werden sich die Versorgungsengpässe im Süden und Osten wahrscheinlich verstärken.

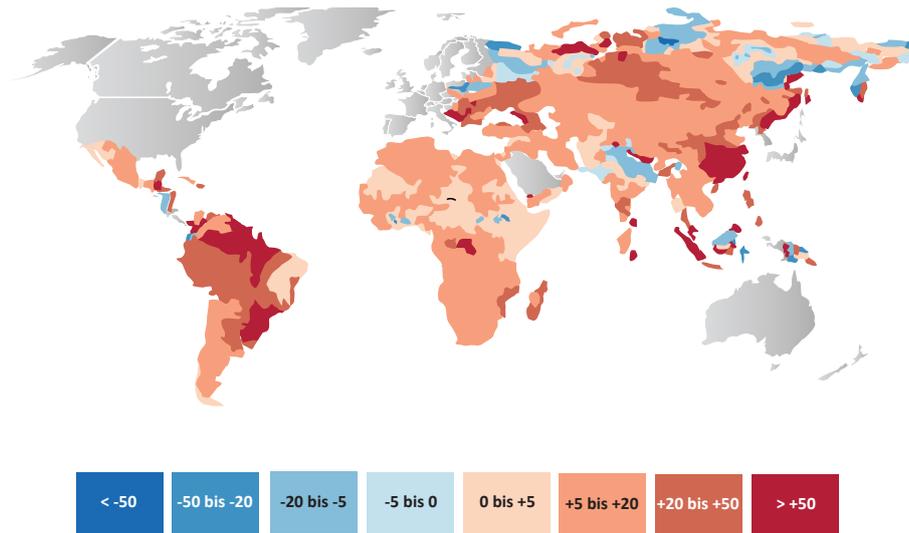
In den nächsten zwei Jahrzehnten wird der Zusammenhang zwischen den aus dem Klimawandel und der Rohstoffknappheit resultierenden Problemen immer offensichtlicher. Aktuelle Studien heben die wachsende Bedrohung durch den Anstieg des Meeresspiegels infolge des beschleunigten Schmelzens der antarktischen Gletscher hervor⁽⁷²⁾. Diese enthalten genug Wasser, um den Meeresspiegel um mehr als 1,2 Meter ansteigen zu lassen – mit voraussichtlich dramatischen Konsequenzen für stärker gefährdete Küstengebiete, in denen mehr als 60 % der Weltbevölkerung leben.

2030 werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft der Europäischen Union wahrscheinlich noch begrenzt sein. Jedoch könnte die CO₂-Konzentration den Wert von 450 ppm, der lange als absolutes Höchstmaß angesehen

⁽⁷¹⁾ FAO, 2012.

⁽⁷²⁾ Ian Joughin, Benjamin E. Smith, Brooke Medley, *Marine Ice Sheet Collapse Potentially Underway for the Thwaites Glacier Basin, West Antarctica*; E. Rignot, J. Mouginot, M. Morlighem, H. Seroussi und B. Scheuchl, *Widespread, rapid grounding line retreat of Pine Island, Thwaites, Smith and Kohler glaciers, West Antarctica from 1992 to 2011*, 2014.

Abbildung 9: Index der prognostizierten Veränderung der Wasserknappheit 2030



Quelle: *Water and Climate change: Understanding the risks and making climate-smart investment decisions*, 2009. Grau markierte Flächen wurden in der Modellanalyse nicht berücksichtigt. © Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/Weltbank. Nachdruck mit Genehmigung.

wurde, kurz darauf überschreiten. Die Folgen könnten Klimakatastrophen, wie Überflutungen, Dürren und Nahrungsmittelknappheit sein, deren globale soziale Auswirkungen sich in Form von großen Migrationsströmen und Konflikten merkbar verstärken dürften. Über das Ausmaß der Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktivität, Migration, Infektionskrankheiten und der Schadenanfälligkeit gegenüber extremen Bedingungen wird in Wissenschaft und Politik noch immer viel debattiert.

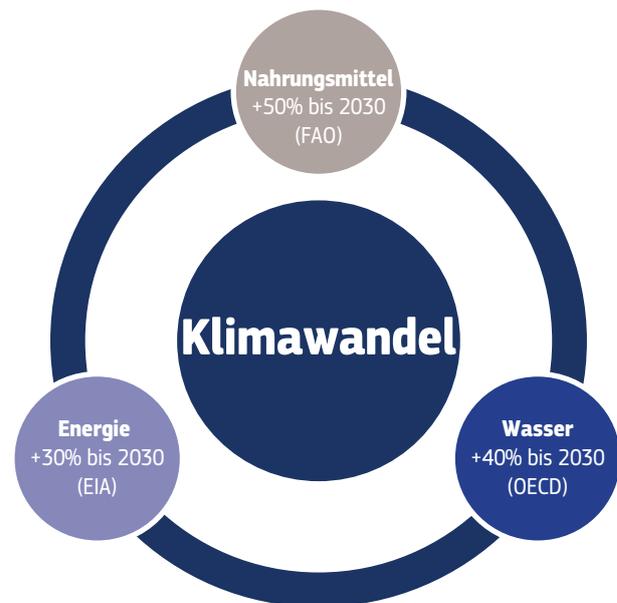
Wie im 2014 veröffentlichten fünften Bericht des Zwischenstaatlichen Expertengremiums für Klimaänderungen (IPCC) verdeutlicht wird, treten derartige Auswirkungen jedoch bereits überall auf der Welt in Erscheinung⁽⁷³⁾. In dem Bericht wird außerdem davor gewarnt, dass „die Wahrscheinlichkeit ernstzunehmender anhaltender und unumkehrbarer Folgen mit zunehmender Klimaerwärmung steigt“. Die Risiken werden als hoch bis sehr hoch eingestuft, sollte die Durchschnittstemperatur um mehr als 4 °C steigen. Selbst ein Anstieg von ca. 2 °C könnte zu weltweiten Einkommensverlusten von ca. 2 % führen, die Produktivität der Weltmeere senken und die Nahrungsmittelsicherheit gefährden.

Die Folgen einer steigenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, die sich nicht direkt auf das Klima auswirken, insbesondere die Übersäuerung der Ozeane und der Verlust an biologischer Vielfalt, werden nach und nach offensichtlicher und werden zunehmend die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen. Bis 2030 werden einige Staaten, die besonders schwer von bestimmten Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, möglicherweise sogar versuchen, lokale Geotechnik-Operationen durchzuführen, wie z. B. Wolken durch Schwefelverbindungen entstehen zu lassen⁽⁷⁴⁾.

⁽⁷³⁾ IPCC Working Group II Contribution to AR5, *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability*, 2014.

⁽⁷⁴⁾ Es wird vermutet, dass die chinesischen Behörden während der Olympischen Spiele in Peking 2008 sehr punktuelle Geotechnik angewendet haben, um die lokale Sicht und den Niederschlag zu kontrollieren.

Abbildung 10: Perfekter Sturm für natürliche Rohstoffe?



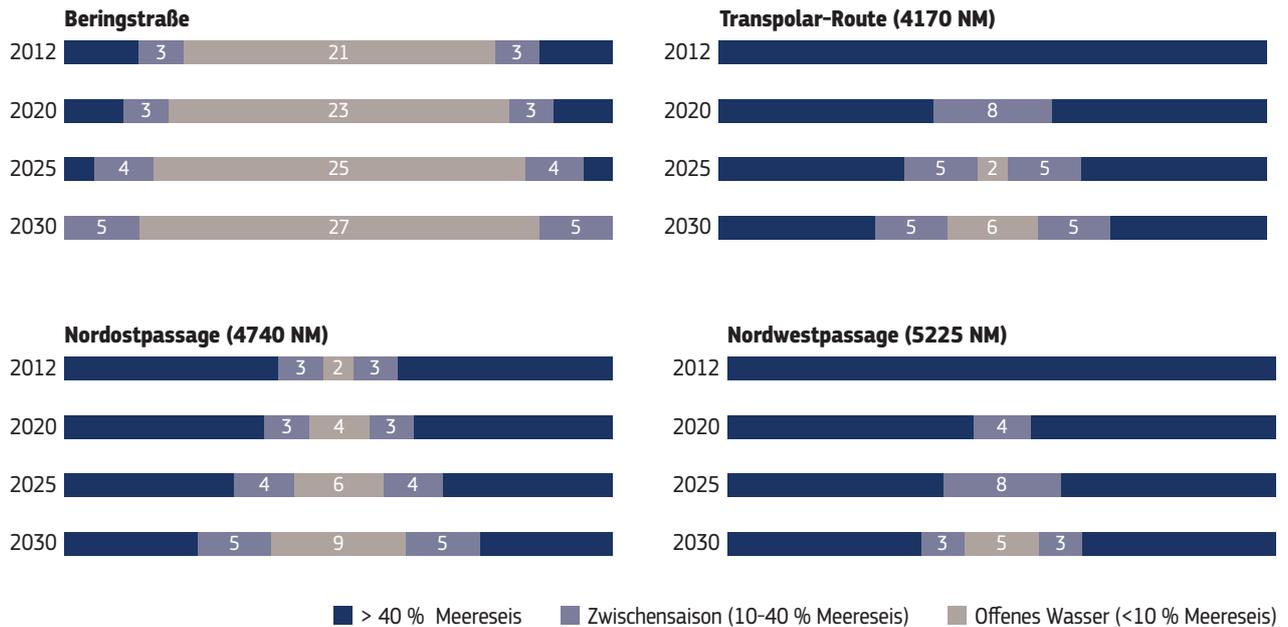
Quelle: Angepasst und aktualisiert nach Beddington, 2009.

„Ich vertrete die These, dass wir uns mit der steigenden Nachfrage nach Energie, Nahrungsmitteln und Wasser auseinandersetzen müssen, und wir müssen dies tun, indem wir die Folgen des Klimawandels abschwächen und wir uns an den Klimawandel anpassen. Wir haben nur 21 Jahre, um das zu tun. Darüber hinaus verbleiben noch zahlreiche Ungewissheiten.“⁽⁷⁵⁾

Das Ausmaß der globalen Mobilisierung bis 2030 wird vom Internationalen Klimaschutzabkommen abhängen, das Ende 2015 in Paris verabschiedet werden soll. Die Europäische Union, die bereits für weniger als 10 % der globalen

⁽⁷⁵⁾ Professor Sir John Beddington, leitender wissenschaftlicher Berater der Regierung des Vereinigten Königreichs, 2009.

Abbildung 11: Schiffbarkeit der arktischen Routen (Wochen)



Quelle: United States Navy Arctic Roadmap 2014-2030.

Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, wird es schwer haben, Einfluss auf globale Strategien in diesem Bereich zu nehmen. Ohne ein ehrgeiziges Abkommen scheint es unmöglich, den durchschnittlichen Temperaturanstieg auf weniger als 2 °C über dem vorindustriellen Wert zu begrenzen. Es wird eine Herausforderung sein, die Schlüsselakteure zu einem entschlossenen gemeinsamen Handeln zu bewegen. Wenn dies nicht gelingt, müsste die Bekämpfung des Klimawandels von einzelnen Staaten übernommen werden, die dazu bereit sind.

Die Arktis – Neue Möglichkeiten für neue Rivalitäten

Während nur wenig Zweifel darüber bestehen, dass die Eiskappen schmelzen, ist ungewiss, wie schnell dies geschieht und inwiefern es Möglichkeiten geben wird, den Meeresgrund zu nutzen oder neue Schiffrouten zu eröffnen. In den jüngsten Studien fallen die Schätzungen für das Schmelzen viel höher aus als in der Vergangenheit, da die beobachtete Rate deutlich über den Modellrechnungen liegt⁽⁷⁶⁾. In jüngsten wissenschaftlichen Studien wird vorausgesagt, dass das arktische Eis irgendwann zwischen 2020 und 2080 während des Sommers komplett verschwinden wird, wobei die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass dies zwischen 2020 und 2040 geschieht⁽⁷⁷⁾. Tiefgreifende Auswirkungen müssen voraus kalkuliert werden: Das Umweltgleichgewicht in der Arktis ist instabil und daher anfällig für dramatische Änderungen. Angesichts der Fragilität seiner Ökosysteme werden die Folgen unumkehrbar sein. Die Hälfte des Anstiegs des Meeresspiegels aufgrund der globalen Erwärmung wird durch das Schmelzen der arktischen Eiskappen und der grönländischen Eisdecke verursacht.

Wie auch immer das Szenario aussehen wird, es ist sicher, dass die Arktis nach und nach zugänglicher wird. Dies wird neue Möglichkeiten schaffen, aber auch wirtschaftliche, geopolitische, ökologische und menschliche Herausforderung mit sich bringen. Europa und Russland werden die strategische Position innehaben, den Zugang zur Nordpassage zu kontrollieren, die im Sommer länger als 50 Tage lang geöffnet sein wird (Nord-Ost-Passage).

Die Arktis beherbergt beachtliche Vorkommen natürlicher Rohstoffe – zwischen 15 % und 30 % der noch nicht erschlossenen Erdgasvorkommen – und mineralischer Rohstoffe (Zink, Nickel, Graphit)⁽⁷⁸⁾. Darüber hinaus sind die Gewässer der Arktis die reichsten Fischfanggebiete der Welt. Außerdem wird eine Reihe von wirtschaftlich wertvollen Spezies aufgrund der globalen Erwärmung gen Norden ziehen. Schließlich wird die Eröffnung von semipermanenten Schiffrouten mit Verbindungen zwischen Europa, Nordamerika und Asien beträchtliche Erträge bringen, insbesondere da sie für längere Zeiträume im Jahr befahrbar sein werden. Dadurch könnten Welthandelsrouten beeinflusst werden. Die Projektionen für den Verkehr sind jedoch noch immer höchst ungewiss: Auf den arktischen Routen könnten bis 2030 zwischen 2 % und 15 % des gesamten Frachtverkehrs stattfinden. Dann könnten mindestens 500 Schiffe im Jahr, mit insgesamt 1,4 Mio. TEU (20-Fuß-Einheiten), die Nordpassage nutzen⁽⁷⁹⁾.

Natürliche Rohstoffe, die Eröffnung von Schiffrouten, zunehmender Tourismus und wissenschaftliche Forschungen werden die Arktis zu einem überaus begehrten Gebiet und einer wertvollen Transitstrecke machen. Von der Arktis aus gesehen sind die Grenzen zwischen Russland, Kanada,

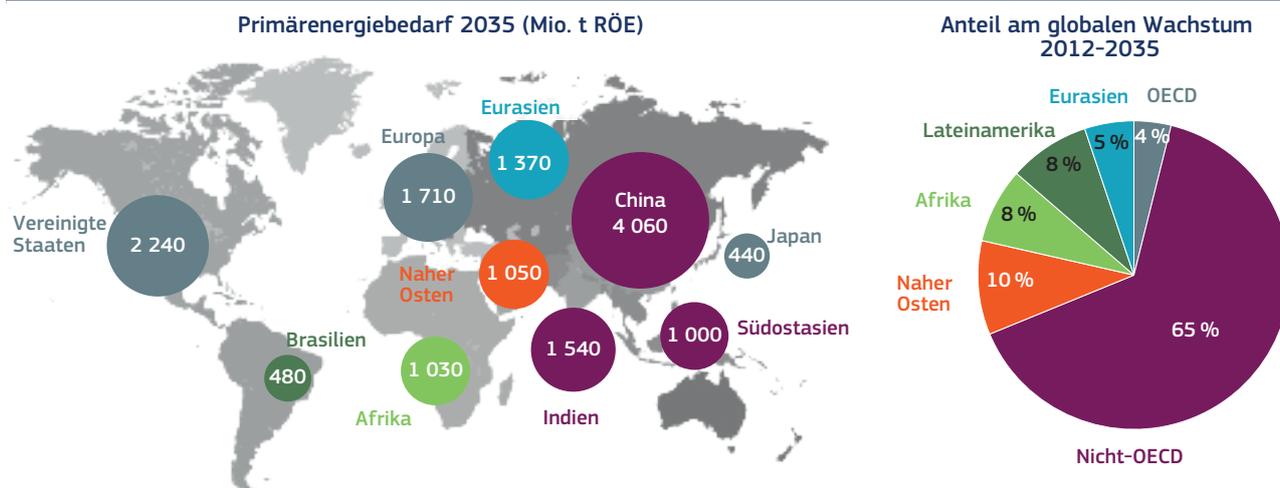
⁽⁷⁶⁾ Bericht des Weltklimarates (IPCC), *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability*.

⁽⁷⁷⁾ James E. Overland und Muyin Wang, „When will the summer Arctic be nearly sea-ice free?“, *Geophysical Research Letters*, 21. Mai 2013.

⁽⁷⁸⁾ US Geological Survey, *Circum-Arctic Resource Appraisal: Estimates of undiscovered oil and gas north of the Arctic Circle*, 2008.

⁽⁷⁹⁾ DNV, *Shipping across the Arctic Ocean*, 2010.

Abbildung 12: Weltweite Energienachfrage 2035



Quelle: Internationale Energieagentur, World Energy Outlook 2013.

Nordamerika und Europa viel näher beieinander. Jedoch ist das politische Regelungssystem noch nicht bereit für diese Herausforderungen. Spannungen in Bezug auf die Erschließung der Polargebiete könnten sich in Form von Konflikten über die Nutzung und den Besitz von territorialen und maritimen Rohstoffen durchaus verschärfen. Die Verwaltung der Schiffrouten und der Zugang zu neuen Rohstoffen werden politische Zusammenarbeit erforderlich machen, nicht zuletzt, um eine Überbeanspruchung und unumkehrbare Schäden der Umwelt zu verhindern. Das bestehende Forum, der Arktische Rat, vertritt die an das Gebiet angrenzenden Staaten; Beobachter sind mitunter Schlüsselstaaten wie China und möglicherweise in Zukunft die Europäische Union. Sein Erfolg wird von den in Frage stehenden Themen abhängen und möglicherweise von Konflikten beeinflusst werden, die von den wesentlichen Interessenträgern, nämlich Russland, der Europäischen Union und den USA, in anderen Gebieten ausgetragen werden.

Eine im Wandel begriffene globale Energielandschaft

Selbst im bestmöglichen Szenario werden die Auswirkungen des gegenwärtig steigenden Energieverbrauchs andauern und sich in einer entfernten Zukunft zu einem großen Problem entwickeln. Der Anstieg des globalen Verbrauchs wird hauptsächlich auf das Bevölkerungswachstum und steigende Einkommen zurückzuführen sein. Im Jahr 2030 werden 93 % des Anstiegs des Energieverbrauchs von Nicht-OECD-Staaten verbucht. Energieeinsparungen und die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen werden nicht ausreichen, um den Anstieg der CO₂-Emissionen bis 2030 oder 2040 einzuschränken. Die Nutzung der traditionellen Kernkraft wird umstritten bleiben. Jedoch wird sie dem Ausmaß des Problems in jedem Falle nicht gerecht werden. Fortschritte bei Energieeffizienz, CO₂-Speicherung und Nachfrigesteuerung werden wahrscheinlich ebenfalls nicht ausreichen.

Die weltweite Energielandschaft wird eher von einer Verlagerung der Versorgungsströme als von den Vorkommen bestimmt. Letztere sind im Überfluss vorhanden, unter anderem aus nichtkonventionellen Quellen wie Schiefergas.

Neue Bergbau-Technologien werden die globale Energiepolitik auch weiterhin transformieren. Seit der ersten Ölkrise 1973 hat die Geopolitik der Energie das Kräfteverhältnis zwischen den Erzeugerländern, hauptsächlich die OPEC und Russland, und den einführenden Ländern, insbesondere die USA und Europa, widerspiegelt. Dies wird sich dramatisch ändern, da die USA auf dem Weg sind, weitestgehend energieautark zu werden. Asiens Anteil an den weltweiten Energieimporten wird weiter bedeutend wachsen. Vor allem China wird eine immer wichtigere Rolle als importierendes Land zukommen, jedoch auch als diplomatischer Akteur in einer erdöl erzeugenden Region. Die OPEC könnte an Bedeutung verlieren, da ihr Anteil an der weltweiten Produktion sinkt. Auch in vielen Erzeugerländern wird die Aktivität von den großen multinationalen auf inländische Unternehmen verlagert werden, wobei es mitunter zu einer Rückkehr zur Politik des „Rohstoff-Nationalismus“ kommen könnte. Dies kann sich auf die Erforschung und die Erschließung weniger zugänglicher Vorkommen auswirken, für die diesen Unternehmen die technischen Kapazitäten und Investitionsmittel fehlen.

Der Wettbewerb für Energiequellen wird weitergehen, mit erheblichen Umschichtungen beim Verbrauch.

- Den neuesten Daten zufolge wird der weltweite Energieverbrauch 2030 ca. 30 % höher sein als 2010⁽⁸⁰⁾. Der Anteil fossiler Brennstoffe dürfte im Großen und Ganzen konstant bleiben. In Europa wird der Anteil fossiler Brennstoffe groß sein, auch wenn der Verbrauch stagniert. Importe werden von 56 % im Jahr 2010 auf nahezu 70 % im Jahr 2030 steigen. Erdgas wird eine größere Rolle zukommen. Es wird Kohle in der Stromerzeugung sowie Erdöl in einigen Verkehrsarten ersetzen.
- Der Erdgasmarkt wird erwartungsgemäß erheblich wachsen: um ca. 50 % bis 2035. Die Globalisierung wird in diesem Sektor fortgesetzt, zumindest für Flüssigerdgas, dessen Anteil weiter zunehmen wird, falls die USA sich entschließen, einen Teil ihrer Schiefergasproduktion zu

⁽⁸⁰⁾ International Energy Authority (IEA), 2013.

exportieren. Sogar noch stärker als der Schiefergasboom wird das herausragende Merkmal der kommenden Jahrzehnte die Erschließung der Erdgasvorkommen in Nicht-OECD-Staaten, einschließlich des Mittleren Ostens, Afrikas und Russlands, sein. Europas Importe werden wahrscheinlich weiterhin steigen.

- Auf dem Kohlemarkt ist derzeit ein starkes Wachstum zu beobachten, das sich wahrscheinlich bis 2030 fortsetzt. Dies widerspricht den aktuellen Zielen zur Beschränkung des Klimawandels, sofern keine rapide Entwicklung und Anwendung der Techniken für Kohlenstoffsequestrierung und geologische Speicherung von Kohlenstoff stattfindet.
- Kernenergie und erneuerbare Energiequellen werden 2035 24 % der Produktion und 40 % des Anstiegs der Energienachfrage ausmachen.
- Schließlich könnte es 2030 eine drastische, aber durchaus positive Technologieentwicklung geben. Unerwartete Fortschritte wurden vor Kurzem beim anwendbaren Einschluss von Plasma im Rahmen des internationalen Fusionsforschungsprojekts ITER gemacht, das voraussichtlich 2025 für eine Testperiode von zehn Jahren bis 2035 in Betrieb genommen wird. Ein derartiger technologischer Durchbruch könnte die globale Energielandschaft rapide verändern und auf längere Sicht die auf den traditionellen Energieverbrauch zurückzuführende globale Erwärmung verlangsamen oder gar stoppen.

WICHTIGER GLOBALER TREND 5

Sich verändernde Machtverhältnisse, Interdependenz und ein anfälliger Multilateralismus

Vierzig Jahre Frieden hatten den wirtschaftlichen Organismus der Länder gekräftigt, die Technik den Rhythmus des Lebens beschwingt, die wissenschaftlichen Entdeckungen den Geist jener Generation stolz gemacht. [...] Redlich meinten sie, die Grenzen von Divergenzen zwischen den Nationen und Konfessionen würden allmählich zerfließen ins gemeinsame Humane und damit Friede und Sicherheit, diese höchsten Güter, der ganzen Menschheit zugeteilt sein.

Stefan Zweig zum Zeitraum vor 1914

DIE WELT IM JAHR 2030 UND DARÜBER HINAUS

Projektionen

- Ein Zeitalter der Verunsicherung bricht an – eine Ära verstärkter gegenseitiger Abhängigkeit und gleichzeitig steigender Zersplitterung, Unsicherheit und Spaltung.
- Es zeichnet sich eine Änderung der wesentlichen internationalen Beziehungen ab – so werden die Vereinigten Staaten zwar nach wie vor eine maßgebliche Rolle spielen, die jedoch mit dem Aufstieg Chinas und anderer aufstrebender Volkswirtschaften zunehmend hinterfragt werden wird.
- Das multilaterale System verliert an Bedeutung. Seine Aufgaben werden zwischen multilateralen Organisationen, regionalen Bündnissen und anderen begrenzten Strukturen aufgeteilt werden.
- Die Annäherung in Bezug auf Werte wie grundlegende Menschenrechte, Demokratie und die soziale Marktwirtschaft könnte ins Stocken geraten.

Unsicherheiten

- Vor dem Hintergrund der zahlreichen Herausforderungen, denen sich die Schwellenländer im Zuge ihres wirtschaftlichen Übergangsprozesses ausgesetzt sehen, nehmen systemische Risiken mehr und mehr zu.
- Die Globalisierung führt möglicherweise zunehmend zu innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Spaltungen.
- Die Zukunft der Demokratie ist weltweit unsicher.
- Eine wirtschaftliche und politische Neuausrichtung wichtiger Schwellenländer könnte zur Einrichtung konkurrierender multilateraler Strukturen führen.
- Umfang des weltweiten Einsatzes der Vereinigten Staaten.

Unbekannte Variablen

- Ein gravierender, möglicherweise atomarer Konflikt mit schwerwiegenden Auswirkungen.
- Der Zusammenbruch eines Schlüsselstaats in der weiteren Nachbarschaft der EU könnte die Region und die Union selbst destabilisieren.
- Möglichkeit einer neuen Konfrontation zwischen zwei Weltmächten, ähnlich dem Kalten Krieg.

Geopolitische Vorhersagen sind besonders riskant. Die geopolitische Extrapolation vergangener Trends wird häufiger als in anderen Bereichen oft von tatsächlichen Ereignissen widerlegt – so geschehen beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch der Sowjetunion oder, um ein aktuelleres Beispiel zu nennen, dem Arabischen Frühling. Selbst wenige Monate vorher wurde keines dieser Ereignisse von den meisten Beobachtern vorhergesehen. Zurückhaltung ist heute mehr denn je angebracht, denn alle Zeichen deuten auf einschneidende geopolitische Veränderungen hin, die radikal mit den konstanten Entwicklungen brechen werden, welche die vergangenen 25 Jahre geprägt haben.

Analysten sind sich einig, dass sich die Globalisierung in Richtung eines verstärkt polyzentrischen und segmentierten Systems bewegt, mit mehr Akteuren, die in wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Hinsicht stärker miteinander verflochten sein werden. Die Globalisierung wird die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Staaten und zwischen öffentlichen und privaten Sektoren weiter verstärken.

Neben der Betonung der Unberechenbarkeit und Unbeständigkeit der Welt weisen dieselben Analysten auf eine stärkere Tendenz hin zur Verfolgung nationaler Interessen sowie Zersplitterung politischer Entscheidungsprozesse hin⁽⁸¹⁾. In diesem Spannungsfeld zwischen gegenseitiger Abhängigkeit und dem zunehmenden Ringen um geschlossene gemeinsa-

⁽⁸¹⁾ Vgl. insbesondere EUISS-Bericht für ESPAS, 2012, FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013, und NIC, *Global Trends 2030: Alternative Worlds*, 2012.

me Antworten wird eine Fülle von Ad-hoc-Koalitionen entstehen, die weniger anfällig für den Fortschritt blockierende interne Meinungsverschiedenheiten sind. Diese Art der Zusammenarbeit könnte sich bei dem Umgang mit den bevorstehenden systemischen Risiken und protektionistischen Krisen als ungeeignet erweisen.

Eine Globalisierung, die verbindet, aber auch stärker ausgrenzt

Dank ihrer Fähigkeit zur Integration von Gesellschaften und Volkswirtschaften gehört die Globalisierung nach wie vor zu den größten menschlichen Errungenschaften der letzten Zeit. Sie hat die Beseitigung extremer Armut, die Verbreitung neuer Technologien und Ideen sowie den verbesserten Zugang zum globalen Wissensschatz ermöglicht. Innerhalb weniger Jahrzehnte haben sich Lebensweisen, die Qualität der Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung und der Zugang zu ihnen sowie Mobilitätsmuster signifikant verbessert. Darüber hinaus hat die Globalisierung für zahlreiche Menschen eine unerwartete und beispiellose Annäherung in Bezug auf Arbeitsgewohnheiten und den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen ermöglicht.

Gleichzeitig zeichnet sich ein besorgniserregender Trend hin zu Ausgrenzung ab, der die integrative Eigenschaft der Globalisierung untergräbt. Die Tendenz der Globalisierung, Länder wie den Kongo oder sogar ganze Regionen wie die Sahelzone auszugrenzen, stellt eine erhebliche Bedrohung dar und ist ein entscheidender Schwachpunkt des internationalen Systems⁽⁸²⁾. Von dieser Entwicklung sind nicht nur bestimmte Länder und Gebiete betroffen, sondern auch die ärmsten Bevölkerungsschichten der Industrie- und Schwellenländer, die sonst voll und ganz in die Globalisierung eingebunden sind. Das Phänomen der Ausgrenzung kann durch die Zerstörung natürlicher Ressourcen wie Wälder und der Artenvielfalt auch eine Bedrohung von Landschaften und Ökosystemen darstellen. Das Ausmaß dieser Ausgrenzungen scheint sich weiter zu vergrößern: Dabei werden sowohl die direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern wie auch Bürgerinnen und Bürger der Industriestaaten verprellt, was die Entwicklung globalisierungskritischer Bewegungen wie „Occupy“ und der „Indignados“ zur Folge hat, die bei künftigen Krisen weiter an Dynamik gewinnen könnten.

Verteidigungsausgaben als Zeichen der Machtverschiebung

Wie bereits betont, wird die Welt bis 2030 eine Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen Macht in Richtung wichtiger Schwellenländer erleben – allen voran China. Diese Machtverschiebung wird zweifelsohne mit weiteren Verschiebungen der wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Industrie- und Schwellenländern einhergehen. Im Jahr 2030 wird Asien trotz schwächeren Wachstums nahezu die Hälfte des Weltverbrauchs ausmachen. Der enorme Anstieg der Verteidigungsausgaben in Asien ist ein weiteres wichtiges Zeichen dieser Machtverschiebung. Demgegenüber dürften die Verteidigungsausgaben in

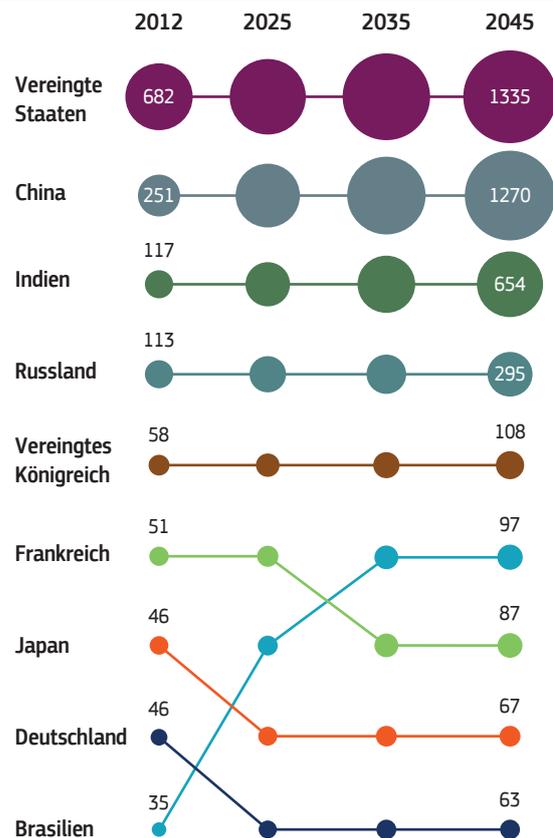
Europa bestenfalls stagnieren. Diese Entwicklung wird nicht linear erfolgen, sondern ist abhängig davon, ob die Schwellenländer ihr Wirtschaftswachstum weiterhin aufrechterhalten können.

Die gestiegenen Militärausgaben der Schwellenländer stehen im Gegensatz zu den sinkenden Verteidigungsetats der meisten Industriestaaten zwischen 2004 und 2013.

Diese Tendenz wird sich bis 2030 vermutlich fortsetzen: Während die Verteidigungsausgaben in Asien, Russland, dem Nahen Osten, Nordafrika und Lateinamerika ansteigen dürften, werden sie in Europa, Nordamerika und Ozeanien zurückgehen.

Die Projektionen gehen auseinander: Einigen Studien zufolge werden die Militärausgaben Chinas die der Vereinigten Staaten bereits 2023 überholen. Dennoch werden die Vereinigten Staaten im Jahr 2030 nach wie vor die weltweit führende Militärmacht sein.

Abbildung 13: Verteidigungsausgaben (kaufkraftbereinigt) in Mrd. USD im Jahr 2012



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

Chinas Verteidigungsausgaben belegten mit 11 % im Jahr 2013 weltweit den zweiten Platz; dieser Betrag hat sich in den letzten 20 Jahren verachtfacht und wird in den nächsten acht Jahren um 35 % steigen⁽⁸³⁾. Japan und Südkorea waren der acht- bzw. zehntgrößte Abnehmer militärischer Ausrüstung. In Indonesien, den Philippinen und Vietnam sind die

⁽⁸²⁾ Saskia Sassen, *Expulsions*, Harvard University Press, 2014.

⁽⁸³⁾ SIPRI, 2014.

Verteidigungsausgaben nach Spannungen mit China über territoriale Streitigkeiten im Südchinesischen Meer ebenfalls angestiegen. Die Militärausgaben Indiens, dem achtgrößten Abnehmer, werden Projektionen zufolge im Jahr 2045 so viel wie die Militärausgaben aller EU-Mitgliedstaaten zusammen betragen.

In Europa und Umgebung zeichnen sich gegensätzliche Tendenzen ab. Russland, der weltweit drittgrößte Abnehmer, wird weiterhin intensiv in seine Streitkräfte investieren und damit die höchsten Militärausgaben Europas aufweisen. Die Verteidigungsausgaben Russlands könnten bis 2035 jene des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Deutschlands zusammen übersteigen. Im Nahen Osten liegen Saudi-Arabien und die VAE auf Platz 4 bzw. 15 der weltweiten Rangliste für Rüstungsausgaben. In Europa gehen die Verteidigungsausgaben dagegen zurück. Seit 2008 haben das Vereinigte Königreich, Italien, Spanien, Österreich, Belgien, Griechenland, Irland, die Niederlande sowie alle Länder Mitteleuropas mit der Ausnahme von Polen ihre Verteidigungsetats um 10 % gekürzt.

Bis 2030 werden Staaten voraussichtlich erheblich stärker in kritische Infrastruktur (Weltraum, Kommunikation, Satellitenschutz) bei gleichzeitigem Ausbau ihres militärischen Potenzials investieren⁽⁸⁴⁾. Das Aufkommen autonomer Sicherheits- und Abwehrsysteme wird bei der Entwicklung von Militärtechnologien vermutlich eine entscheidende Rolle spielen⁽⁸⁵⁾. Die Abhängigkeit von intelligenten und verknüpften Technologien und Systemen (Weltraum, Hochleistungsrechner, synthetische Biologie oder der Einsatz von Big Data) wird das Gleichgewicht zwar weiterhin zugunsten von Industrienationen – allen voran USA, EU und Israel – verschieben; doch auch hier dürfte die technologische Vorherrschaft der westlichen Länder als Mittel zum Schutz der nationalen Sicherheit und Verteidigung herausgefordert werden.

Was die nuklearen militärischen Fähigkeiten betrifft, dürfte die Anzahl der Länder, die im Besitz von Atomwaffen sind, bis 2030 geringfügig ansteigen⁽⁸⁶⁾. Um eine Destabilisierung des Weltraums zu vermeiden, wird es voraussichtlich notwendig sein, bis 2030 ein internationales Abkommen über Waffen im Weltraum auszuhandeln.

Die Schwellenländer treten auf den Plan

Die neue Stärke der Schwellenländer und ihr wirtschaftlicher Erfolg werden sich auf die Dynamik des multilateralen Systems in mindestens dreierlei Hinsicht auswirken:

- Ihre wachsende wirtschaftliche Bedeutung wird zu wachsendem Selbstbewusstsein führen. Die mögliche Infragestellung etablierter weltweiter Normen durch diese Länder kann die Zusammenarbeit mit ihnen erschweren. Diese Spannungen werden sich durch territoriale Konflikte weiter verschärfen.

- Bestimmte Länder werden dazu neigen, aus einer engen, nur auf die eigenen Interessen gerichteten Sichtweise heraus zu handeln, was wiederum Konsequenzen für bilaterale und regionale Beziehungen haben wird (z. B. Russland in der Ukraine oder China in Tibet oder dem Chinesischen Meer). Durch dieses Verhalten könnte auch ihre Einbindung in das bestehende multilaterale System gefährdet werden – während sie es stützen können, wenn es ihnen opportun erscheint, sind sie bereit, Alternativen vorzuschlagen und durchzuführen, wie die Einrichtung der Entwicklungsbank für die BRICS-Staaten. Zu den Strategien einzelner oder mehrerer Schwellenländer könnte die Blockierung gemeinsamer Beschlüsse wie der Doha-Entwicklungsagenda in der WTO oder zu Syrien in den Vereinten Nationen gehören, um ihren Einfluss auszuweiten oder ihre Interessen zu schützen.
- Die Schwellenländer sind weiterhin der Gefahr eines konjunkturellen Abschwungs ausgesetzt. Der damit einhergehende innenpolitische Druck wie eine nationalistische oder protektionistische Haltung kann zu einer Verlagerung ihrer Prioritäten zugunsten einer „strategischen Souveränität“ führen. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Krise in der Ukraine möglicherweise das erste Beispiel für die gewaltsame Reaktion eines Schwellenlandes auf seine Unfähigkeit, seine Wirtschaft zu modernisieren und sich als „Soft Power“ der Region zu etablieren. Dies bedeutet auch, dass ein Krieg, etwa in der Nahostregion, in Asien oder sogar am Rande Europas, durchaus möglich ist.

Bedarf an neuen Führungsstrukturen

Fragen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Machtgleichgewichts sowie der Zersplitterung und Verbreitung von Macht sind bereits umfassend und eingehend analysiert worden⁽⁸⁷⁾. Im strategischen Bereich wird die nationalstaatliche Macht aller Voraussicht nach auch künftig in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt werden: von oben durch eine zunehmende gegenseitige Abhängigkeit und immer häufiger auch von unten durch lokale Bestrebungen – mitunter separatistischer Natur. Es könnte daher eine „Dezentralisierung“ der öffentlichen Gewalt zugunsten bislang peripherer Akteure stattfinden, die neue Technologien nutzen und Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen können. Nationalstaaten und multinationale Konzerne werden verstärkt feindseligen Handlungen zum Opfer fallen, deren Ausführung nur begrenzte Ressourcen erfordert⁽⁸⁸⁾.

Die bestimmenden Merkmale der Macht und damit ihr eigentliches Wesen sind im Wandel begriffen⁽⁸⁹⁾. Während Macht auch weiterhin maßgeblich von Wirtschaftskraft, Ressourcen und militärischen Fähigkeiten abhängen wird⁽⁹⁰⁾ und die Nationalstaaten die wesentlichen Akteure in Sachen internationale Beziehungen und Sicherheit bleiben werden,

⁽⁸⁷⁾ Ebd.

⁽⁸⁸⁾ Al-Qaida hat eine Summe von lediglich 500 000 USD für die Anschläge vom 11. September 2001 aufgewendet – ein lächerlicher Betrag im Vergleich zur amerikanischen Reaktion, deren Kosten auf 3,5 Billionen USD bzw. ein Verhältnis von 1:7 000 000 geschätzt werden.

⁽⁸⁹⁾ Moises Naim, *The End of Power. Carnegie Endowment for International Peace*, 2013.

⁽⁹⁰⁾ Joseph Nye, *The Future of American Power*, 2010.

⁽⁸⁴⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽⁸⁵⁾ US Air Force, *Report on Technology's Horizons: a Vision for Air Force Science and Technology during 2010-30*.

⁽⁸⁶⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

wird sich das Kräfteverhältnis mit der Zersplitterung von Problemen, dem Auftreten neuer Akteure und größerer Medienaufmerksamkeit sowie einem erhöhten Druck durch Medien und Internetkommunikation verschieben. Wie die NSA/Snowden-Affäre gezeigt hat, werden die zunehmenden Einschränkungen im Bereich Informationsmanagement ebenfalls eine Schlüsselrolle spielen, insbesondere die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit des Wunschs nach Diskretion einerseits und der Forderungen nach Transparenz andererseits. Schließlich stellen sogenannte politisch-militärische „Unternehmungen“ ohne jegliche demokratische Legitimation, ohne jede Ideologie und ohne externe Unterstützung nach wie vor eine Gefahr für schwache Staatsstrukturen dar. Diesem Phänomen kann nur durch die wirksame Organisation internationaler Zusammenarbeit begegnet werden, doch die Möglichkeiten ausländischer Intervention sind eingeschränkt.

Die demokratischen Nationalstaaten werden Wege finden müssen, ihre Fähigkeit zur wirksamen Intervention in das Weltgeschehen auszubauen und zu erweitern. Militärische Mittel, Befehlsstrukturen und großzügige Haushaltsmittel allein werden nicht länger ausreichen. Sie müssen durch an das digitale Zeitalter angepasste Nachrichtendienste – Stichwort Big Data – und nachrichtendienstliche Ressourcen vor Ort sowie eine unabhängige Technologiekapazität ergänzt werden. Nur wenige Staaten werden diese Kapazitäten aufbringen können, und jene Staaten, die hierzu nicht in der Lage sind, werden zur Stärkung ihres Potenzials Koalitionen oder Bündnisse eingehen wollen.

Letztlich werden diese neuen Machtstrukturen den innenpolitischen Druck auf die internationale Politik verstärken, was zum „Isolationismus“ eines Landes und damit dazu führen kann, dass seine finanziellen, militärischen und nachrichtendienstlichen Kapazitäten sowie der Rückhalt aus der Bevölkerung nicht mehr ausreichen, um auf der Weltbühne agieren zu können. In diesem Fall dürfte die Öffentlichkeit angesichts der drohenden Sicherheitsrisiken für das tägliche Leben auf eine effektive Bündelung und Teilung von Kapazitäten mit weniger, aber dafür zuverlässigeren engen Verbündeten drängen.

Sich wandelnde Machtstrukturen erfordern neue Führungsmechanismen, die sich durch vorausschauendes Denken, Flexibilität und Verantwortlichkeit auszeichnen und in der Lage sind, Erwartungen wirksam zu erfüllen. Folgende Faktoren sind für eine wirksame Führungsstruktur besonders wichtig:

- Vorausschauendes Denken wird durch das Erkennen langfristiger Tendenzen, die Gestaltung strategischer Notfallpläne und einen Blick für das Wesentliche ermöglicht;
- langfristiges politisches Handeln ist von entscheidender Bedeutung, um eine Vision zu vermitteln und Anreize zu schaffen, die für die Beteiligung aller Akteure, öffentlich wie auch privat, sorgen. Neue Mittel und Methoden sind an ein von stetigem Wandel geprägtes Umfeld anzupassen;
- Experimente und Flexibilität sind unverzichtbar;
- Rechenschaftspflicht ist insbesondere durch unabhängige Ex-ante- und Ex-post-Abschätzungen sicherzustellen;

- Inklusivität ist unerlässlich, um größtmögliche Unterstützung für Entscheidungen sicherzustellen.

Multilateralität in Gefahr?

Das derzeitige globale System befindet sich in einer äußerst kritischen Phase. Es steht unter dem Druck gegensätzlicher Kräfte: einerseits größerer Interdependenz und dem Bedarf an internationalen Übereinkommen und kollektiven Maßnahmen, andererseits dem Niedergang des multilateralen Systems, der sich weiter verstärken wird, wenn Industrie- und Schwellenländer keine Führungsstärke beweisen.

Weltweite wirtschaftliche und geopolitische Angelegenheiten werden mehr denn je miteinander verflochten sein. Verhandlungen in den Bereichen Klimawandel, Cybersicherheit, Finanzen oder Handel werden zunehmend durch die Geopolitik selbstbewusster neuer Akteure beeinflusst werden.

Gleichzeitig werden geopolitische Maßnahmen verstärkt globalen Interdependenzen unterliegen, wie die Zusammenhänge zwischen Sanktionen gegen Russland auf der Krim und möglichen Vergeltungsmaßnahmen Russlands in den Bereichen Energie, Weltraum und Militär gezeigt haben.

Die Globalisierung verstärkt die wechselseitige Abhängigkeit und damit die Risiken für alle Beteiligten. In einer multipolaren Welt bedeutet dies auch einen erhöhten Bedarf an globalen Kollektivgütern wie Klimaschutz, Konfliktbeilegung oder freiem Welthandel. Die Bereitstellung dieser Güter wird jedoch durch die zunehmende Ausrichtung der Industrie- und der Schwellennationen auf innere Angelegenheiten wie Wirtschaftsreformen, Führungsstrukturen oder Zusammenhalt gehemmt werden. Viele Staaten könnten sich schwer dabei tun, ihre Führungsrolle zur Unterstützung internationaler Zusammenarbeit wahrzunehmen, sei es bei der Sicherstellung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und Verkehrsinfrastrukturen oder dem Schutz globaler öffentlicher Güter wie dem Internet, Weltraum oder den Weltmeeren. Durch den Unwillen aufstrebender Nationen, ihre unmittelbaren nationalen Interessen zugunsten gemeinsamer Belange preiszugeben, könnte es an einer internationalen Führungsrolle fehlen.

Es ist nach wie vor offen, ob diese Spannung in den nächsten Jahrzehnten zu der Ausbreitung des liberaldemokratischen und marktorientierten Konsenses als vorherrschendes Modell oder zu einer zunehmenden Internationalisierung vorwiegend nichtwestlicher Werte in der Welt führen wird⁽⁹¹⁾.

Es wird immer schwerer, der Globalisierung im Rahmen multilateraler Entscheidungsprozesse eine bestimmte Richtung zu geben. Auf die 1990er Jahre, die von einem für die Entwicklung internationaler Regeln und Strukturen insgesamt günstigen Klima geprägt waren, folgte mit den Jahren 2000-2010 ein eher enttäuschendes Jahrzehnt – und in der letzten Zeit verzeichnen multilaterale Verhandlungen und die multilaterale Zusammenarbeit wieder erhebliche Rückschläge. Die internationale Gemeinschaft hat es versäumt, die Doha-Entwicklungsagenda erfolgreich zum Abschluss zu bringen, mit der Herausforderung des

⁽⁹¹⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

Klimawandels Schritt zu halten, die Entscheidungsstrukturen des IWF an die wachsende Bedeutung der Schwellenländer anzupassen und die Konsequenzen aus dem Arabischen Frühling, insbesondere in Libyen und Syrien, zu bewältigen.

Nach zwei Jahrzehnten des umfangreichen Einsatzes in Afghanistan und auf dem Balkan wird die künftige Rolle der NATO erneut zu prüfen sein, während die jüngste Abstimmung in der UN-Generalversammlung über die Krimkrise auf zweideutige Haltungen hinsichtlich der Unverletzbarkeit von Grenzen – vormals ein grundlegendes Prinzip des multilateralen Systems – hinzuweisen scheint.

Multilaterale Organisationen werden sich an die neuen Bedingungen des 21. Jahrhunderts und insbesondere an den Aufstieg von Schwellenländern und den relativen Rückgang der westlichen Führungsmacht anpassen müssen. Die Mehrheit dieser Organisationen wird es zwar auch 2030 noch geben – doch sie werden ihre Interessenvertreter, ihren Zweck, ihre Kapazitäten und ihre Effizienz neu definieren müssen, wenn ihnen an der Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit und Legitimität gelegen ist. Einige Institutionen werden diesen sanften Übergang problemlos meistern; andere möglicherweise nicht.

Schlüssel zu verantwortungsvoller Führung

Die Zukunft der wirtschaftlichen Multilateralität wird angesichts ihrer zahlreichen Herausforderungen von dem Engagement und der verantwortungsbewussten Führung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und zunehmend auch Chinas abhängen. Die folgenden Punkte lassen sich herausgreifen:

- Die Gründungsmitglieder bestehender Abkommen müssen bereit sein, das internationale System substanziell zu verändern, um es stärker an die Erwartungen und Werte der Schwellenländer anzupassen und dafür zu sorgen, dass diese mehr Verantwortung übernehmen. Die Legitimität und Kapazität des Systems, als einheitliches, lose integriertes Ganzes zu funktionieren, steht auf dem Spiel. In dieser Hinsicht stellte die Einrichtung der G20 zwar einen Fortschritt dar, doch die Ablehnung des Kongresses der Vereinigten Staaten, die IWF-Reform zu ratifizieren, deutet darauf hin, dass die Änderung des bestehenden Systems nach wie vor auf erheblichen Widerstand trifft.
- Länder müssen in der Lage sein, die Erwartungen an ihre neuen Rollen zu erfüllen, und die Bereitschaft und Fähigkeit unter Beweis stellen, ihren Verantwortlichkeiten nachzukommen.
- Die führenden Akteure sollten klar definierte, gemeinsame Zielsetzungen mit eindeutigen Prioritäten und neuen Tagesordnungen bestimmen und festlegen, beispielsweise in den Bereichen Kontrolle des Internet, Weltraum, Cybersicherheit und Entwicklungspolitik.
- Die führenden Akteure sollten Führungsstärke, Vertrauen und die Wahrnehmung von Fairness unter Beweis stellen, da diese Eigenschaften für den internationalen Fortschritt bei aktuellen Prioritäten wie Klimawandel und Sicherheit

und für die Aufnahme von Verhandlungen zu neuen Themen wie Kontrolle des Internet und des Weltraums von zentraler Bedeutung sind.

Mit Blick auf 2030 scheinen weder eine tiefgreifende und rasche Überholung des multilateralen Systems noch sein völliger Zusammenbruch wahrscheinlich. Die Zukunft wird vermutlich eine Aufgabenverteilung zwischen einigen wirkungsvollen multilateralen Organisationen und enger gefassten Strukturen bringen. So könnte die Beilegung von Streitigkeiten von der WTO oder einer Variante der G20 angegangen werden, die zwar über eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern verfügen, aber 85 % des Welthandels, zwei Drittel der Weltbevölkerung und mehr als 90 % der Weltwirtschaft und 80 % der Treibhausgasemissionen ausmachen. Gleichzeitig dürften auch funktionelle Koalitionen und weitere Arbeitsstrukturen wie regionale Organisationen, bilaterale Abkommen, Pakte und sogar öffentlich-private Partnerschaften im großen Stil auftreten bzw. ausgebaut werden.

Alternativen: Regionalismus und Ad-hoc-Koalitionen

Wie die Entwicklung der Europäischen Union zeigt, können regionale Organisationen und sogar Ad-hoc-Initiativen wirksame Mechanismen zur Förderung von Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Frieden oder auch bei der Behandlung bestimmter Fragestellungen sein. In zahlreichen Politikbereichen können sie die Weltordnungspolitik ergänzen oder sogar eine Alternative zu ihr darstellen⁽⁹²⁾.

Einige Organisationen gewinnen seit Jahrzehnten mehr und mehr an Dynamik (Mercosur, ASEAN, die Afrikanische Union, regionale Entwicklungsbanken), und die Zunahme regionaler Handelsabkommen seit 1990 wird diesen Prozess weiter beschleunigen.

Diese Anstrengungen könnten auch unternommen werden, um multilateralen Initiativen neuen Schwung zu verleihen. So könnte der Fortschritt bei den WTO-Verhandlungen z. B. abhängig von dem Druck sein, der von wichtigen, gegenwärtig ausgehandelten bilateralen Abkommen ausgeht, allen voran dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP), der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), einem Abkommen zwischen Europa und Indien sowie möglichen Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen der Union und China. Von besonderer Bedeutung könnten die potenziellen Auswirkungen von TPP und TTIP sein.

Die Risiken dieser regionalen Prozesse sind überdies allgemein bekannt: Sie können multilateralen Regelungen im Weg stehen und zu maßgeblichen geopolitischen Spaltungen und Strukturanpassungen führen. Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda wird die entscheidende Belastungsprobe für die Entschlossenheit der globalen Akteure bei der Einhaltung gemeinsamer Bestimmungen und Normen darstellen. Gleichmaßen könnten Fortschritte bei TTIP zu gegebener Zeit die Grundlage für ein breiter angelegtes gemeinsames Konzept für globale Wirtschaftsstandards zwischen den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderen Akteuren, vor allem China, schaffen. In diesem

⁽⁹²⁾ EUISS und NIC: *Global Governance 2025: At a critical juncture*, 2010.

Fall könnte durchaus eine beträchtliche Anzahl Schwellenländer nachfolgen, und das sich hieraus ergebende neue Regelwerk könnte daraufhin weltweit im Rahmen der WTO angewandt werden.

Diese Aussicht auf eine systemische Neuausrichtung der größten Schwellenländer als Gegengewicht zum multilateralen System ist zwar nicht ausgeschlossen, scheint allerdings aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Interessen nach wie vor unwahrscheinlich. Darüber hinaus werden die Beteiligten in ihrem Handeln durch die Globalisierung und die wirtschaftliche Interdependenz auch weiterhin eingeschränkt werden, was dazu beitragen dürfte, tiefgehende Spaltungen zu vermeiden.

Sollte sich eine wesentliche geopolitische Neuausrichtung abzeichnen, sähen sich die multilateralen Institutionen einem existenziellen Risiko ausgesetzt. Die Russland-Ukraine-Krise könnte mit dem Entstehen einer Front, die das gegenwärtige System herausfordert, den Anfang einer solchen Neugestaltung der geopolitischen Weltlage markieren. Kurz nach der Aufnahme Russlands durch den Westen – beispielsweise in die G8 oder in eine Partnerschaft mit der NATO – und der Einleitung eines Normalisierungsprozesses im Iran könnte Russlands Entscheidung zur Konfrontation des Westens aufgrund eines vermeintlichen Eingriffs in seinen Einflussbereich nicht nur zu seiner Isolierung und einem nachhaltigen Bruch führen, sondern auch die Voraussetzung für eine antiwestliche Neuausrichtung unter Beteiligung Chinas, Russlands und mindestens eines der großen regionalen Akteure wie Iran oder Ägypten schaffen. Ein solches rein pragmatisches „Bündnis“ würde einzig auf gemeinsamen Interessen wie Stabilität, eine strategische wirtschaftliche Rolle für einen autokratischen Staat und den Zugang zu Ressourcen beruhen. Insbesondere China könnte gerade nach einem plötzlichen Wachstumseinbruch, einem Wiederaufleben des Nationalismus und zunehmender Wettbewerbsintensivierung mit den Vereinigten Staaten versucht sein, ein solches Bündnis zu unterstützen. Diese Entwicklungen würden die Wahrnehmung globaler Risiken grundlegend ändern.

Diese Änderung der Machtverhältnisse könnte zu einer Weltordnung führen, die sich erheblich von dem gegenwärtigen, auf multilateralen Regeln basierenden System unterscheidet. Sie könnte durchaus das Auftreten regionaler und/oder multilateraler Strukturen in Konkurrenz zu den Bretton-Woods-Institutionen begünstigen. Schlimmstenfalls könnte es zum Zusammenbruch der globalen finanziellen und politischen Landschaft kommen. Etablierte multilaterale Institutionen wie der IWF könnten ihre globalen Ambitionen aufgeben und hauptsächlich transatlantische Organisationen werden. Handel, Investitionen und technologische Zusammenarbeit müssten daraufhin überprüft oder sogar von neuen geopolitischen Zusammenschlüssen, die die Entwicklung ihrer eigenen mini-multilateralen Systeme anvisieren, abhängig gemacht und nach deren Maßgabe neu organisiert werden.

Zunehmende Unsicherheit durch die Ausweitung von Konflikten

In den Arbeiten zu globalen Trends ist zunehmend von einer anhaltenden Erosion der Sicherheit und der Ausweitung

gewaltsamer Konflikte die Rede. Besonders beunruhigend sind dabei die häufigen Parallelen, die zwischen der gegenwärtigen Situation und dem Vorabend des Ersten Weltkriegs gezogen werden. Laut Beobachtern gehen Machtübergänge historisch gesehen oft mit einem Krieg einher oder bereiten diesem den Weg. Es liegt derzeit eine besorgniserregende Kombination aus einer multipolaren Welt, potenziellen Krisenherden und einer schwachen internationalen Ordnungspolitik vor. Zu den am meisten gefährdeten Regionen gehören die weitere Nachbarschaft Europas wie der Nahe Osten und Ost- und Südasiens.

Insgesamt ist in den internationalen Beziehungen bereits ein Gefühl des Chaos und der Hektik spürbar, das sich im Zusammenhang mit der internen Dynamik neuer Mächte und der Entwicklung des globalen Kontexts wohl noch weiter verschärfen dürfte. Manche betrachten Russlands Annektierung der Krim und Chinas zunehmend aggressive Haltung im Ost- und Südchinesischen Meer bereits als erste Konsequenzen des weltweiten Rückzugs der Vereinigten Staaten und des relativen Niedergangs ihrer Macht. Bis 2030 könnte Chinas zunehmende „Machtprojektion“ in Ost- und Südasiens – unter anderem, um den ungehinderten Zugang zu Ressourcen in Nahost und Afrika sicherzustellen – die Spannungen in der Region verschärfen. Bestimmte Nachbarstaaten wie Japan, Südkorea und die Philippinen könnten sich bedroht fühlen und sich auf ihre sicherheitspolitischen Abkommen mit den Vereinigten Staaten berufen. Fehleinschätzungen oder Fehler bei der Bewältigung von Kriseneskalationen könnten die Vereinigten Staaten in einige größere oder kleinere regionale Konflikte hineinziehen.

Schwache oder zerfallende Staaten finden sich allenthalben, insbesondere in Afrika, dem Nahen Osten, Süd- und Südostasiens, Zentralamerika und der Karibik sowie dem Pazifik. Diese Staaten sind nicht in der Lage, für ein Mindestmaß an guter Regierungsführung zu sorgen oder auch nur ihre Bevölkerung zu schützen und zu ernähren und werden weiterhin eine bedeutende Herausforderung für die globale Sicherheit darstellen. In diesen Ländern hat sich die Kapazitätslücke zwischen den Staaten und jenen, die ihre Autorität infrage stellen, verringert. So ist es etwa bei den Kriegen in Afghanistan, Irak oder Mexiko nicht gelungen, sämtliche terroristischen Bewegungen, kriminellen Organisationen und/oder Drogen- und Menschenhandel auszumerzen, und auch in Zukunft dürften ähnliche Unterfangen kaum eine Wunderwaffe darstellen. Große Teile des Staatsapparates zahlreicher kleiner und großer Länder werden von „illegalen“ Akteuren unmittelbar bedroht und mitunter sogar kontrolliert. Die Schwächen dieser Staaten führen zu regionaler Instabilität bis hin zum Bürgerkrieg. Bereits die Hälfte aller Bürgerkriege weltweit geht auf die Rechnung dieser schwelenden und vielgestaltigen Konflikte. Bei diesen Konflikten könnten zunehmend auch Cybertechnologien, Drohnen sowie chemische und biologische Waffen zum Einsatz kommen. Die Welt ist mit dem Wiederauftreten und Erstarken destabilisierender Bewegungen daher neuen systemischen Risiken ausgesetzt.

Es besteht die Gefahr für neue zwischenstaatliche Konflikte neben alten Grabenkämpfen und festgefahrenen Auseinandersetzungen. Mögliche Anlässe sind zahlreich: Wettbewerb um den Zugang zu Ressourcen wie Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Energie, ein Wiederaufflammen historischer Grenzkonflikte in Asien, dem Nahen Osten und Afrika (z. B. China-Indien,

Ägypten–Sudan um den Nil) sowie Zuwanderung, insbesondere als Folge des Klimawandels und des Zerfalls von Staaten. Es wird vermutlich zunehmend zu von religiösen Extremisten angeführten regionalen Kriegen kommen, wie der offene Krieg zwischen sunnitischen und schiitischen Kämpfern im Irak und in Syrien zeigt. Konflikte dieser Art werden voraussichtlich auch in Asien und Afrika auftreten – dies zeigen die Spannungen zwischen Christen und Muslimen in Nigeria. Daneben könnte die Mobilität einiger Extremisten gravierende Auswirkungen auf die nationale Sicherheit insbesondere in Europa mit möglichen destabilisierenden Konsequenzen haben.

Das Risiko eines größeren Konflikts unter Rückgriff auf Nuklearwaffen kann nicht ausgeschlossen werden. Experten und Analysten widmen einem solchen Katastrophen-Szenario weitaus mehr Aufmerksamkeit als noch vor zehn Jahren, insbesondere im Hinblick auf die massiven potenziellen Auswirkungen wie einem nuklearen Winter.

Herkömmliche multilaterale Instrumente und „Soft Power“ könnten für die Vermeidung, Eindämmung oder Beendigung von Konflikten zunehmend an Bedeutung verlieren. Die Gefahr steigt, dass Spannungen oder latente Konflikte durch die Ausnutzung bestehender Schwächen im System bewältigt werden. Der Einsatz von Gewalt könnte immer häufiger als tragfähige und sogar legitime Option zur Erzielung politischer, territorialer oder auch einfach nur wirtschaftlicher Gewinne angesehen werden.

Diese Tendenz wird staatliche Akteure und ihre gemeinsamen Organisationen wie die NATO voraussichtlich nötigen, ihre Strategieplanung zu aktualisieren, ihre Möglichkeiten zu überprüfen und ihre Prioritäten bei der möglichen Intervention in Konfliktsituationen gemäß ihren Interessen und außenpolitischen Zielen neu zu bestimmen.

Die Annäherung von Werten gerät ins Stocken

Die sekundären Auswirkungen der Globalisierung sind nach wie vor unsicher und könnten Unruhe stiften. Einige sind unvermeidbar und stellen ernsthafte Risiken dar. Die erste Phase der aktuellen wirtschaftlichen Globalisierung, die Anfang der 1990er Jahre begann, hatte nur eine vordergründige Wirkung auf Länder und Wirtschaften, und zwar im Grunde genommen nur durch eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren auf globaler Ebene⁽⁹³⁾. Erst seit Kurzem beginnt die Globalisierung, Wirtschaft und Alltagsleben grundlegend zu verändern. Es bestehen kaum Zweifel, dass sie die Ausbreitung robuster freier Marktwirtschaften und liberaler Regelungen gefördert hat. Ihre Auswirkungen – weit davon entfernt, die Welt zu vereinheitlichen – sind jedoch zwiespältig: Einerseits beschleunigt die Globalisierung die Mobilität von Ideen, Menschen und Gütern, andererseits führt sie zu einer Rückkehr zu lokalen Werten und Verbundenheit.

Die wirtschaftliche Globalisierung und die Entwicklung der Mittelschichten haben Theorien über eine Annäherung von Werten über nationale und regionale Grenzen hinaus

hervorgebracht. Diese These ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da es zahlreiche Beispiele für andauernde und festgefahrene Spaltungen und Widerstand gegen ein mögliches Streben nach Einheitlichkeit gibt. So gibt es in vielen Teilen der Welt keine Übereinstimmung der Werte im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter, und hier dürfte es in absehbarer Zeit auch kaum Fortschritte geben.

Was konkret die Frage nach Demokratie und Grundrechten, angefangen bei den Menschenrechten, betrifft, geht aus soziologischen und politischen Analysen hervor, dass die Zunahme der Mittelschichten in der Vergangenheit demokratischen Reformen bisher förderlich war. Die neue bis 2030 vollständig entwickelte Mittelschicht wird jedoch ärmer, verwundbarer und weniger gebildet sein als die derzeitigen Mittelschichten in Europa und den Vereinigten Staaten. Ihr Bekenntnis zu demokratischen Werten wird vermutlich nicht tief verwurzelt sein.

Das aktuelle Zeitalter könnte eine Wende herbeiführen. Die Ausbreitung der Demokratie hat in den letzten zehn Jahren an Schwung verloren; ein Trend, der sich weiter fortsetzen könnte⁽⁹⁴⁾. Bleibt China – der Schlüsselfaktor – weiterhin sowohl autoritär als auch wirtschaftlich erfolgreich, wird das BIP aller nichtdemokratischen Staaten zusammen in den nächsten 20 Jahren am stärksten wachsen⁽⁹⁵⁾. Eine solche Entwicklung könnte dazu führen, dass Demokratien immer unattraktiver und weniger „normativ“ werden, da wirtschaftlicher Fortschritt losgelöst von Fortschritten in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte erscheinen würde. Daneben würde der kausale Zusammenhang zwischen dem Auftreten einer gebildeten, gesunden, globalen Mittelschicht und dem Aufstieg demokratischer Werte einschließlich Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung infrage gestellt werden.

Bereits heute werden unterschiedlich starke Formen von Autorität in China, Russland oder Kasachstan von Teilen der Mittelschicht unterstützt oder zumindest nicht abgelehnt. Gleichmaßen bekennen sich in arabischen Ländern viele Bürger der Mittelschicht zu religiösem Fundamentalismus oder Konservatismus.

Religion in Frieden und Krieg

Die weltweite religiöse Landschaft wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter entwickeln. Über die Hälfte der Weltbevölkerung bekennt sich zu einer der beiden größten monotheistischen Religionen, dem Christentum und dem Islam; dies wird auch 2030 so bleiben. Christen stellen den größten Anteil an der Weltbevölkerung und sind darüber hinaus überwiegend in den reichsten und einflussreichsten Teilen der Welt vertreten. Katholiken werden weiterhin die Mehrheit stellen, auch wenn die Zahl der Protestanten in Asien und Lateinamerika auch künftig rasant ansteigen dürfte.

23 % der Weltbevölkerung bekennen sich zum Islam. Die Wachstumsraten gehen bereits zurück, woran sich auch in der nächsten Zeit nichts ändern wird. Während Christen weiterhin

⁽⁹³⁾ Vgl. insbesondere Krugman, *Growing World Trade: Causes and Consequences*, 1995.

⁽⁹⁴⁾ Freedom House, *Freedom in the World*, 2014.

⁽⁹⁵⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

die europäische Landschaft dominieren werden, werden muslimische Bevölkerungen weiter anwachsen – bis zu 58 Millionen im Jahr 2030 – und vermutlich an Einfluss gewinnen.

In den Vereinigten Staaten gilt der religiöse Einfluss auf die Regierungspolitik als rückläufig, was viele Amerikaner, von denen 78 % Christen sind, beunruhigt. Während der Anteil der Personen ohne Religionszugehörigkeit von aktuell 17 % weiter zunehmen könnte, vertritt mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung die Auffassung, dass (christliche) religiöse Organisationen die Regierungspolitik stärker mitgestalten sollten, und dieser Anteil dürfte in Zukunft noch ansteigen.

Wie in vergangenen Jahrhunderten werden viele weltweite Konflikte auch in Zukunft von religiösen Konflikten und Unstimmigkeiten, oft in politischer Ausformung, ausgelöst und geprägt werden.

Religiöses Sektierertum und Konflikte (zuweilen politisch manipuliert) dürften vor allem in der MENA-Region (Nahost und Nordafrika) fortbestehen und die Staaten und Gesellschaften dieser Region weiterhin heimsuchen und prägen. Spannungen und Konflikte weisen eine starke religiöse Komponente auf; ihre grundlegenden Ursachen gehen jedoch vor allem auf jahrhundertealte geostrategische Rivalitäten und erhebliche Mängel bei der Regierungsführung zurück. Das Überschwappen dieser externen Konflikte nach Europa – überwiegend durch Bürger Europas – wird unseren Kontinent zunehmend vor sicherheitspolitische Herausforderungen stellen.

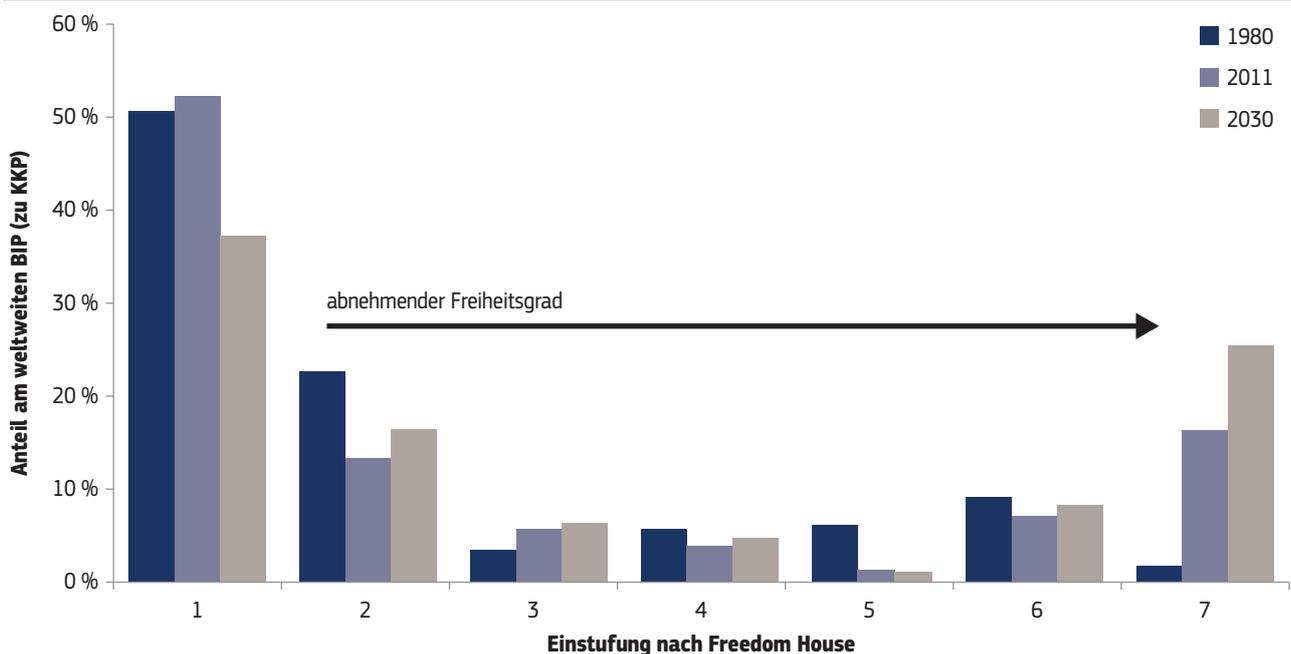
Subsahara-Afrika, von jeher durch Vielfalt und Toleranz geprägt, wird zunehmend mit islamischem Radikalismus und Extremismus, der von den Konflikten im Norden durchsickert, zu

kämpfen haben. Während die latenten Spannungen zwischen Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften, insbesondere Christen, in der Regel ausgeprägte wirtschaftliche, gesellschaftliche und sogar stammeszugehörige Aspekte aufweisen, löst religiöser Extremismus oft einen Flächenbrand aus – so geschehen in der Zentralafrikanischen Republik. Die Zukunft Nigerias, das gleichmäßig zwischen Christen und Muslimen aufgeteilt ist, aber von extremistischem islamischem Terrorismus bedroht ist, gibt Anlass zur Beunruhigung. Weitere Länder mit beträchtlichen muslimischen Minderheiten in Ostafrika wie Kenia und Tansania könnten ebenfalls unter internen Konflikten zu leiden haben, die durch islamische Extremisten aus Somalia und anderen Gebieten angeheizt werden.

Der asiatisch-pazifische Raum, insbesondere Ostasien, scheint stärker vor religiösem Extremismus gefeit, auch wenn einige Regionen mit der zunehmenden Radikalisierung des Islam und Buddhismus und sporadisch auch von kleineren Religionen betroffen sein können. Dies könnte vor allem in Indien der Fall sein, dessen muslimische Bevölkerung (178 Millionen) etwa der Größe Pakistans entspricht. Ostasien zählt seinerseits den weitaus größten Anteil von Menschen ohne Religionszugehörigkeit (858 Millionen); sie bilden in China mit 52 % und in Japan mit 56 % der Bevölkerung die absolute Mehrheit und machen auch in Südkorea mit 46 % nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus.

Schwelende Konflikte mit muslimischen Minderheiten in einer Reihe von Ländern Südostasiens (Philippinen, Myanmar und Thailand) werden jedoch voraussichtlich anhalten und könnten sich in einigen Gegenden durchaus noch verschärfen. In Xinjiang hat China mit ähnlichen Konflikten in größerem Umfang zu kämpfen und setzt seine schnell wachsenden christlichen Minderheiten unter Druck.

Abbildung 14: Anteil am weltweiten BIP (in KKP) unter Ländergruppen nach Freiheitsgrad (1: Demokratien, 7: autoritäre Regime)



Einige mögliche „Game-Changer“

In diesem Klima der Unsicherheit, Krisenvolatilität und systemischen Risiken bieten sich zahlreiche Szenarien für eine grundlegende Wende: eine Finanzkrise in den südlichen Ländern, ein großflächiger Cyber-Angriff, ein zwischenstaatlicher Konflikt im Nahen Osten oder Asien, eine Klimakrise. Einige dieser „Game-Changer“ verdienen allerdings besondere Aufmerksamkeit, da ihre Auswirkungen, egal ob positiv oder negativ, unter Umständen erheblich sind:

- **Ein Konflikt infolge der Konfrontation zwischen China und den Vereinigten Staaten** in der Asien-Pazifik-Region. Hier dürfte es sich höchstwahrscheinlich um einen indirekten Konflikt zwischen China und einem seiner Nachbarn handeln. Er könnte gleichwohl genügen, sowohl die Weltwirtschaft als auch die weltweite Sicherheit zu destabilisieren. Vor allem könnte China in die Falle des populären und von der Regierung weiter verschärften Nationalismus tappen, der das Land zu gravierenden strategischen Fehleinschätzungen verführen könnte.
- **Verstärkte politische und wirtschaftliche Integration in der EU:** Das Auftreten der Union als unabhängiger strategischer Akteur, der in der Lage ist, seine eigene Sicherheit zu gewährleisten und entscheidend zu Initiativen für die Konfliktprävention beizutragen, würde die Fähigkeit des Westens, die Globalisierung zu gestalten und ihre Auswirkungen zu bewältigen, deutlich stärken. Vieles wird davon abhängen, ob die Union in der Lage sein wird, die Wirtschaftskrise anzugehen und der Herausforderung des Bevölkerungsrückgangs zu begegnen. Umgekehrt hätte die Auflösung oder Fragmentierung der Union erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und könnte zu einer Phase schwachen Wachstums und der Deflation („Japan-Szenario“) führen.
- **Bildung und Vertiefung eines atlantischen Wirtschafts- und strategischen Raums:** Die Entwicklung einer atlantischen Partnerschaft zwischen den beiden Seiten des Atlantiks, die die beiden „Powerhouses“ Nordamerika und Europa auf der Basis gemeinsamer Werte wie vor allem der Grundrechte des Einzelnen, der Herausforderungen in den Bereichen Energie und Handel und eines Binnenmarkts mit gemeinsamen Normen und gemeinsamer Innovation miteinander verbindet, könnte die Geografie des Welthandels und der Innovation und die Dynamik der Weltwirtschaft verändern.
- **Chinas Fähigkeit zur Bewältigung wirtschaftlicher und politischer Übergangsprozesse:** Es gibt eine zweifache Herausforderung: Einerseits ist sicherzustellen, dass die Entwicklung des Wirtschaftssystems weiterhin nachhaltiges Wachstum bringt und nicht an der „Middle Income Trap“ scheitert, einem Phänomen, bei dem das Wachstum von Staaten bei einem mittleren Einkommensniveau zum Stillstand kommt. Insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung besteht ein besonders hohes Risiko der Überinvestition. Die Misswirtschaft sinkender Investitionen könnte ohne den Ausgleich durch eine angemessene Binnennachfrage einen Deflationseffekt in Europa ausüben und zu einem erheblichen Rückgang der weltweiten Nachfrage um etwa 3 % führen (CEPS-Bericht für ESPAS, 2013). Andererseits muss dafür gesorgt werden, dass steigender Wohlstand mit politischen und gesellschaftlichen Fortschritten in einem Umfang einhergeht, der den Erwartungen der chinesischen Bevölkerung selbst genügt. Chinas Erfolg bzw. Versagen bei der Bewältigung dieser Übergänge wird unbestreitbare strukturelle Auswirkungen auf die Welt im Jahr 2030 haben.
- **Ein gravierender Konflikt,** möglicherweise mit atomarem Hintergrund. Mit der Ausbreitung der Kerntechnik, die durch internationale Regelungen kaum gezügelt werden kann, könnte sich ein Atomkrieg in kleinerem Umfang unter Beteiligung von Russland und China, aber auch mittelgroßen Kräften im Nahen Osten, Südasien oder Nordostasien oder sogar von terroristischen Gruppierungen entwickeln. Ein Nuklearkonflikt mit Dutzenden Angriffen würde nicht nur sofortige Zerstörung zur Folge haben, sondern auch mit ernsthaften und langfristigen globalen Auswirkungen auf das Klima (Kühlung), die Ozonschicht und damit die Landwirtschaft (Waldbrände, weniger Regen) einhergehen, was zu Hungersnöten führen würde.
- **Eine schwerwiegende Pandemie** von ähnlichem Ausmaß wie die Pest, der fast ein Drittel der europäischen Bevölkerung zum Opfer fiel, oder wie die Grippepandemie von 1918, bei der weltweit 20 Millionen Menschen umkamen. So könnte etwa eine H5N1-Pandemie mit einem mutierten Virus, der sich auf den Menschen überträgt, Millionen Menschen mit einer anfänglichen Sterblichkeitsrate von 50 % betreffen, da ausreichende Mengen Impfschutz erst nach fünf bis sechs Monaten hergestellt werden könnten. Dies hätte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und würde fast die Hälfte aller elementaren Dienstleistungen wie zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Verkehrswesen, Bankgeschäfte und Grundstoffe beeinträchtigen. Der Wettkampf um grundlegende Ressourcen könnte innerstaatliche und zwischenstaatliche Spannungen hervorrufen.
- **Ein größerer Währungskrieg zwischen dem Renminbi und dem US-Dollar** könnte systemische Auswirkungen mit möglicherweise gravierenden wirtschaftlichen Konsequenzen haben, aber auch zu schwerwiegenden geopolitischen Spannungen führen. Das Ausmaß eines solchen Kriegs ist zwar schwer einzuschätzen, könnte aber entweder in die Rückkehr zu einem Goldstandard oder die Vorherrschaft einer der beiden Währungen münden. Es könnte sich auch ein drittes Szenario entwickeln, bei dem ein Währungskorb als Bezug für weltweite Transaktionen dient. Sollte sich eines der ersten beiden Szenarien bewahrheiten, hätte dies grundlegende Auswirkungen auf den Euro und den Euroraum.

Drei globale Revolutionen – die Herausforderungen für Europa

Im ersten Teil dieses Berichts wurden die fünf globalen Trends dargelegt, die nach Einschätzung der Verfasser drei strukturelle „Revolutionen“ herbeiführen können: wirtschaftlich und technologisch, gesellschaftlich und demokratisch sowie geopolitisch.

Der zweite Teil behandelt die grundlegenden und unausweichlichen Veränderungen, die mit diesen Revolutionen einhergehen und die Anpassung oder sogar drastische Wandlung sämtlicher Regionen und Länder einschließlich der Europäischen Union erfordern. Insbesondere die Union muss unter Wahrung ihrer Werte und ihres Glaubens an Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit den schwierigen Weg zu Strukturreformen im institutionellen, wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Bereich fortsetzen, wenn sie mit Wirtschaftswachstum, niedriger Arbeitslosigkeit und technologischen Kapazitäten weiterhin eine wichtige Wirtschaftsmacht bleiben will.

In der folgenden Analyse werden die zentralen Herausforderungen beleuchtet, denen sich Europa angesichts dieser drei Revolutionen gegenübersehen muss. Ziel dieser Analyse ist es, eine Quelle von Vergleichsinformationen zu zukünftigen Trends und ihren Auswirkungen für die Union darzustellen. Damit soll sie den neuen Leitern der EU-Institutionen ein nützliches Hilfsmittel für die Bestimmung des richtigen Wegs für Europa sein.

DIE WELTWEITE REVOLUTION VON WIRTSCHAFT UND TECHNIK – DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA

1. Umgestaltung der Wirtschaft

Modernisierung ist kein Zustand, sondern eine Geisteshaltung.

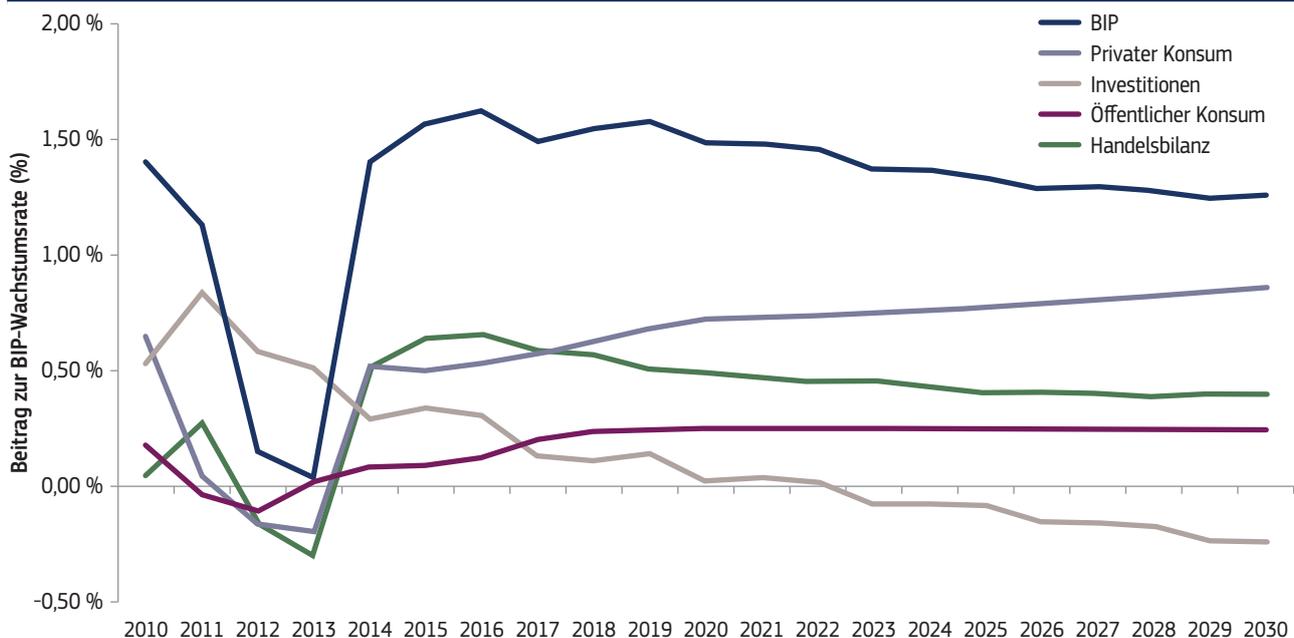
Jean Monnet

Die Wirtschaftsprognosen für Europa bis 2030: 15 Jahre langsameren Wachstums

Die Europäische Union verzeichnete in der Zeit von 2007 bis 2012 ein im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften, einschließlich der USA, niedriges Wirtschaftswachstum⁽⁹⁶⁾. Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik⁽⁹⁷⁾ dürfte das Wirtschaftswachstum bis 2030 zwar positiv, mit 1,2-1,5 % pro Jahr aber eher bescheiden ausfallen und weit unter dem Niveau des Zeitraums von 1997 bis 2007 (2,6 %) liegen.

Diese unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung ist in erster Linie den folgenden beiden Faktoren zuzuschreiben: einer äußerst geringen Investitionstätigkeit, die mit nur 15 % des BIP ein historisches Tief erreicht hat, und unzureichenden Produktivitätssteigerungen (1,32 % im Vergleich zu 1,5 % von 1997 bis 2007)⁽⁹⁸⁾. Das niedrige Wachstum wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschweren: Laut den genannten Projektionen wird der Schuldenabbau langsam voranschreiten und von 90 % des europäischen BIP im Jahr 2020 auf 80 % im Jahr 2030 sinken.

Abbildung 15: Zusammensetzung der Wirtschaft der Europäischen Union



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽⁹⁶⁾ IWF, *World Outlook*, 2012.

⁽⁹⁷⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2014.

⁽⁹⁸⁾ Die weniger optimistischen Projektionen der meisten Ökonomen basieren auf linearen Produktivitätsgewinnen. Sie stehen im Gegensatz zu dem Standpunkt der Technikexperten, die sich im Hinblick auf das Wachstumspotenzial der neuen Technologien sehr viel zuversichtlicher zeigen.

Abbildung 16: Die Triebfedern des Wirtschaftswachstums



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

Im Zeitraum bis 2030 werden sich die Volkswirtschaften der Union in den ersten Jahren (2014-2020) dank einer positiven Handelsbilanz, steigender Exporte und Mehrverbrauch im Zusammenhang mit einem moderaten Anstieg der Löhne einander annähern (siehe obiges Schaubild). In diesem Zeitraum werden nahezu 5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden. In den darauf folgenden Jahren von 2020 bis 2030 dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft voraussichtlich durch steigende Lohnkosten in Kombination mit geringen Produktivitätssteigerungen gehemmt werden. Die 6,5 Mio. geschaffenen Arbeitsplätze werden nicht ausreichen, um die hohe Arbeitslosenquote in den Ländern des Südens auszugleichen. Die Beschäftigung in der Industrie wird 2030 auf 13 % des BIP sinken, wenn der Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit anhält.

Aufgrund des geringen Wachstums werden Arbeitsplätze vermutlich nicht in dem Umfang geschaffen werden können, der für den schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Nach heutigen Projektionen wird die Arbeitslosigkeit durch die Schaffung von 6,5 Mio. Arbeitsplätzen und einer Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung in den 20 Jahren von 2010-2030 auf ca. 6,1 % sinken. Generell wird das niedrige Wachstum das Entwicklungsmodell der Europäischen Union vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und einer

langwierigen und schwierigen Erholungsphase nach der Krise schwer unter Druck setzen.

Seit den 1950er Jahren ist die Lebenserwartung um 15 Jahre gestiegen, eine Tendenz, die sich fortsetzen wird, während das Rentenalter mehr oder weniger konstant geblieben ist. Das Phänomen einer alternden Bevölkerung wird zunehmend Auswirkungen auf die Erwerbsbevölkerung Europas haben, die von 2020 bis 2030 um 5,2 Millionen schrumpfen wird, was einem Rückgang um 2 % entspricht, vor allem wenn dieser nicht durch aktive Maßnahmen in den Bereichen Familienpolitik, Zuwanderung und technologische Innovation ausgeglichen wird. (In den zehn Jahren von 2000 bis 2010 ging 70 % des Beschäftigungszuwachses auf das Konto von Zuwanderung.) In der Union werden die Ausgaben für Renten zunächst (2010-2020) um 0,1 % des BIP sinken, bevor sie zwischen 2020 und 2030 um 0,6 % ansteigen werden⁽⁹⁹⁾.

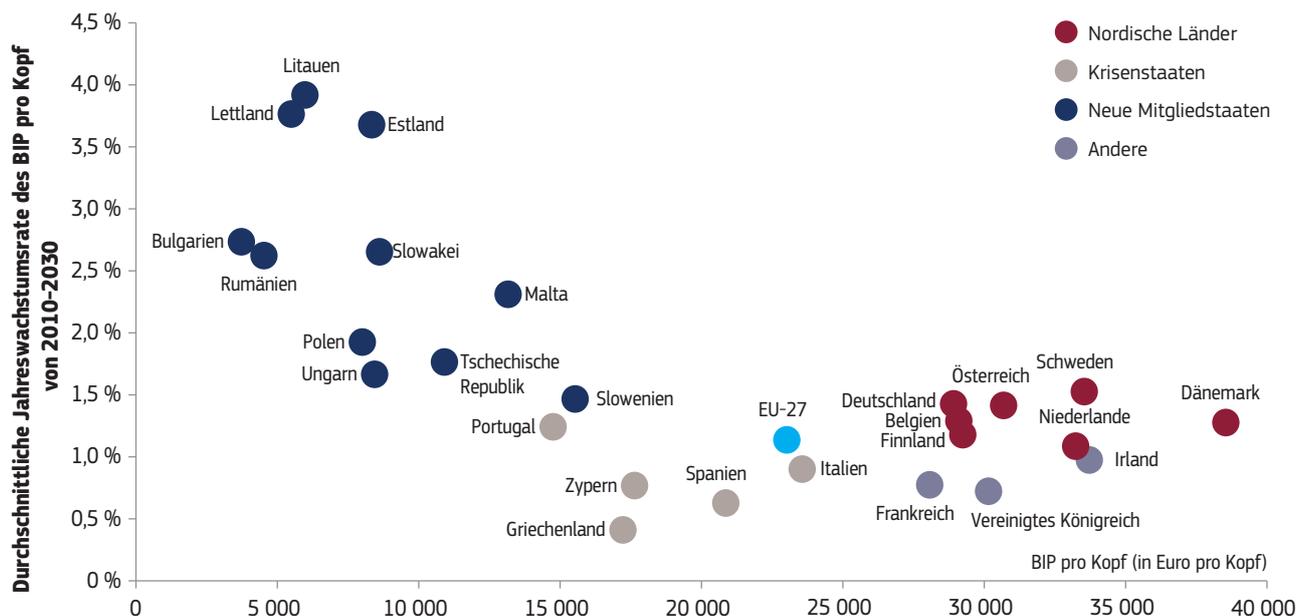
Die Überalterung der Bevölkerung wird zu einer erheblichen Ansammlung von Ersparnissen führen, die in die europäische Wirtschaft und anderweitig investiert werden müssen. Da heute jedoch auch die meisten Schwellenländer dem Problem der Überalterung ausgesetzt sind, wird die Union durch die Auslandsinvestition ihrer Ersparnisse nicht in dem Umfang profitieren wie es bei Japan zu einem Zeitpunkt des Wirtschaftsbooms der Schwellenländer der Fall war. Diese Situation erfordert Folgendes: i) Strukturreformen zur Erhöhung der Rentabilität der europäischen Wirtschaft und Erschließung lukrativer inländischer Investitionsmöglichkeiten; ii) eine solide Wirtschaftspartnerschaft mit wichtigen Handelspartnern, die starke Garantien für ausländische Direktinvestitionen für die europäische Wirtschaft umfasst. Unter diesen schwierigen Umständen ist dem erheblichen Anstieg der Nachfrage und Ausgaben im Zusammenhang mit einer alternden Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die politische Tagesordnung wird weiterhin durch das Bemühen um ein besseres Gleichgewicht zwischen Ungleichheit, Umverteilung und Wachstum geprägt werden. In den vergangenen 20 Jahren sind die Wechselwirkungen zwischen zunehmender Ungleichheit und einem schwachen Wirtschaftswachstum deutlich zutage getreten, und sie werden auch weiterhin bestehen bleiben: Ungleichheit untergräbt die Fortschritte in den Bereichen Gesundheit und Bildung, nimmt armen Menschen die Möglichkeit, gesund zu bleiben, beeinträchtigt die Akkumulation von Humankapital in der Wirtschaft, führt zu politischer und wirtschaftlicher Instabilität und damit zu sinkenden Investitionen und erschwert den für die Anpassung an Schocks und die Förderung des Wachstums erforderlichen gesellschaftlichen Konsens⁽¹⁰⁰⁾.

⁽⁹⁹⁾ Europäische Kommission: *The 2012 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 27 European Union Member States (2010-60)* (Bericht über die demografische Alterung 2012: Wirtschafts- und Haushaltsprognosen für die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union), 2012.

⁽¹⁰⁰⁾ Jonathan Ostry, Andrew Berg und Charalambos Tsangarides, *Redistribution, Inequality and Growth*, Forschungsabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), 2014.

Abbildung 17: Pro-Kopf-BIP im Jahr 2010 und jährliches Wachstum des Pro-Kopf-BIPs zwischen 2010 und 2030



Quelle: CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

Auf dem Weg zu einer neuen Vision für 2030?

Europas Strategie für Wachstum und Erholung im Anschluss an die Krise sollte auf einer gemeinsamen Analyse der Krisenursachen und einem Konzept zur Vermeidung ihrer Wiederholung beruhen. Es gibt solide Argumente dafür, Wirtschaftswachstum in einem breiteren Kontext zu beurteilen und nicht nur das BIP als alleiniges Kriterium heranzuziehen. Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und öffentliche Verwaltung machen in den Mitgliedstaaten der Union schließlich etwa die Hälfte des BIP aus. Die Verbesserung ihrer Qualität und Produktivität kann sowohl zu wirtschaftlichem Gewinn als auch zur Verbesserung der Lebensqualität der Gesellschaft als Ganzes beitragen.

Die Union muss den Binnenmarkt Wirklichkeit werden lassen, wozu es sowohl der Integration des Finanzsektors in die Realwirtschaft bedarf als auch größerer Bemühungen zum Wandel der Mentalität der Risikofreude und des Strebens nach kurzfristigen Gewinnen, die in den letzten Jahren diesen Sektor dominierte. Der Sektor muss seinen Beitrag zu der langfristigen Finanzierung der Investitionstätigkeit leisten, die dem Aufbau der digitalen Gesellschaft und transeuropäischer Netze Vorrang einräumen muss.

Die Vollendung des Binnenmarkts bedeutet auch, die Herausbildung und Entwicklung flexiblerer Organisationen zu ermöglichen, für deren Erfolg ein angemessenes Steuersystem und geeignete Regelungen äußerst hilfreich wären. Junge Menschen müssen durch Ausbildung und Förderung in die Lage versetzt werden, diese und andere neue Möglichkeiten und die in der vernetzten Wirtschaft geschaffenen Arbeitsplätze bestmöglich auszuschöpfen und kreativ zu nutzen.

Die neue Wirtschaft könnte auch ein nachhaltigeres, umweltfreundlicheres und kohlenstoffarmes Wachstum herbeiführen, sofern das volle Potenzial wissenschaftlicher und technologischer Fortschritte ausgeschöpft wird. Die Gesellschaften als Ganzes würden dann in der Lage sein, Innovation und Wandel zu nutzen.

Dank einer größeren Anzahl Menschen mit technischem Know-how und eines investitionsfreundlicheren Umfelds könnten durch den wissenschaftlichen Fortschritt schneller neue Produkte und Dienstleistungen sowie neue Prozesse und Verfahren in der Wirtschaft und Sozialfürsorge entwickelt werden. Gemeinschaftsarbeit, Open-Sourcing und soziale Innovation in einer Vielzahl von Bereichen könnten wichtige Elemente der komplexen „innovativen Ökosysteme“ der Zukunft darstellen.

Triebfedern eines Wirtschaftswachstums ohne Verschuldung

Bankwesen

Die Verbesserung der Situation der europäischen Banken und die Entwicklung der Direktfinanzierung durch den Markt werden entscheidend dazu beitragen, die Verfügbarkeit des

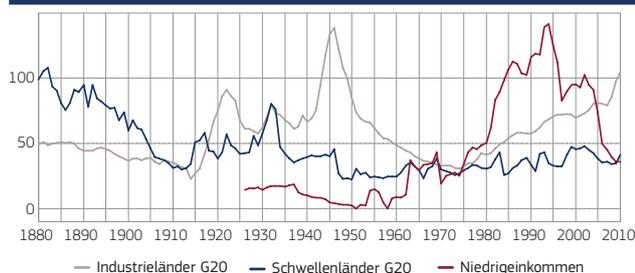
von Unternehmen benötigten Kapitals sicherzustellen. Im Gegensatz zu ihren amerikanischen Pendanten weisen die europäischen Banken nach wie vor eine hohe Schuldenquote auf. Die künftige Finanzkapazität hängt von der Senkung dieser Quote ab. Aus Mitte 2014 durchgeführten Stresstests der Europäischen Bankaufsichtsbehörde ging gleichwohl hervor, dass die überwiegende Mehrheit der systemrelevanten Banken nach den Schäden durch die Finanzkrise 2008 ihr

Kapital auf ein sichereres Maß zurückgeführt hatte. Damit dürften sie bei der Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Stärkung des europäischen Finanzsystems und der Steigerung von Zahlungsmittelbewegungen an klein- und mittelständische Unternehmen eine wichtige Rolle spielen.

Öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen

Ein solideres Bankensystem sollte dazu beitragen, den alarmierenden Rückgang von Investitionen europäischer Unternehmen, die inzwischen bei einem historischen Tief von 15 % des BIP liegen, einzudämmen und diesen Trend letztendlich umzukehren. Die Perspektiven für eine wirtschaftliche Erholung würden durch eine Verknüpfung aus privaten und öffentlichen Investitionen Auftrieb erhalten, durch die privates Sparvermögen angezogen, die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt und die soziale Marktwirtschaft Europas unterstützt werden würde. Analysten führen den Mangel an Investitionen auf zwei wesentliche Faktoren zurück: die zunehmende Bedeutung des Finanzsektors und den Reiz kurzfristiger Gewinne. So werden Finanzakteure insbesondere durch regulatorische und Managementanreize darin bestärkt, schnelle Ergebnisse durch Finanzinstrumente und nicht durch produktive Anlagen anzustreben. Weitere Anzeichen hierfür sind der Nachdruck auf Quartalsberichte und der zunehmende Anteil an Bonuszahlungen und Anreizstrukturen im Vergleich zu festen Gehältern.

Abbildung 18: Verschuldung im Verhältnis zum BIP nach Ländergruppen, 1880-2009
(gewichteter Durchschnitt auf der Basis des BIP zu Kaufkraftparitäten je Ländergruppe, in Prozent des BIP)



Quelle: Historische Datenbank zur Staatsverschuldung, IWF.

Produktivität

Die wesentlichen Triebfedern des Wachstums werden internationale Nachfrage, Demografie und Produktivität sein⁽¹⁰¹⁾. Die gegenwärtigen Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung – vor allem durch Forschung und Entwicklung, Humankapital (Bildung) und Informations- und Kommunikationstechnik – werden nicht länger ausreichen. Um die Politik zur Wissensförderung zu unterstützen, werden Strukturreformen nötig sein, um für mehr Wettbewerb zu sorgen und die Funktionsweise des Arbeitsmarkts zu verbessern. Simulationen zeigen, dass diese Maßnahmen in den kommenden Jahren bis 2030 zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit um

4 % und einer Steigerung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate um 2 % führen könnten⁽¹⁰²⁾.

Im Bereich der Produktivität hatte Westeuropa die Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit eingeholt. Dieser Prozess kam jedoch Mitte der 1990er Jahre zum Stillstand. Seitdem hat sich das Produktivitätsgefälle mit den Vereinigten Staaten wieder auf durchschnittlich über 10 % vergrößert. Zu den Hauptgründen für die Diskrepanzen bei der Produktivität zwischen den USA und der EU gehören Unterschiede in der Funktionsweise des Produktmarkts. Ein weiteres bedeutendes Hemmnis für eine höhere Produktivität in Europa sind Einstiegshürden in die innovativen Branchen. Ein Abbau dieser Hemmnisse würde langfristig sowohl den Anteil von Forschung und Entwicklung als auch die Arbeitsproduktivität erhöhen.

Einige Analysten sind sich außerdem einig, dass auch der relative Misserfolg Europas bei Investitionen in und bei der Implementierung von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Rückstand Europas bei der Produktivitätssteigerung beiträgt. Dies gilt für die gesamte Wirtschaft einschließlich der nichtmarktbestimmten Sektoren wie Regierung, öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienste.

In den marktbestimmten Sektoren konnten europäische Unternehmen durch den Rückhalt aus dem Binnenmarkt und neue Exportmöglichkeiten in Kombination mit moderaten Produktivitätssteigerungen bis jetzt an ihrem Anteil von 20 % der weltweiten Exporte und 28 % der weltweiten Einnahmen aus Industrieerzeugnissen gegenüber 18 % der USA und knapp 16 % Chinas festhalten. Der Anteil der Union an diesen Einnahmen ist stabil geblieben, während die Anteile der USA und Japans erhebliche Einbrüche verzeichnen mussten.

Das Problem der Produktivitätssteigerung in Europa bleibt jedoch bestehen. Während moderne elektronische Kommunikations- und Onlinedienste inklusive E-Governmentdiensten an und für sich schon wichtig sind, stellen sie auch wichtige Wachstums- und Produktivitätsmotoren für die Wirtschaft als Ganzes dar. Sinkende Investitionen und ein rückläufiger Einsatz von IKT in Europa stellen wichtige Gründe für das Produktivitätsgefälle zwischen der Union und den Vereinigten Staaten dar. Die Investitionen der Europäischen Union in modernste Kommunikationsinfrastrukturen bleiben ebenfalls hinter den Investitionen ihrer wesentlichen Wettbewerber zurück, und zwar vor allem im Bereich von Mobilfunk-Infrastrukturen. Die durchschnittliche Übertragungsrate mobiler Daten ist in der Union etwa halb so schnell wie in den USA⁽¹⁰³⁾. Europa hält zur Zeit lediglich 6 % der weltweiten 4G-Mobilzugänge, was die unterschiedlichen Investitionsentscheidungen der beiden Kontinente widerspiegelt⁽¹⁰⁴⁾. 62 % der europäischen Haushalte haben Zugang zu den Netzen der nächsten Generation, die Geschwindigkeiten von 30 Mbps ermöglichen. In der neuen datenbasierten Wirtschaft sind europäische Unternehmen in der Wertschöpfungskette

⁽¹⁰²⁾ Ebd.

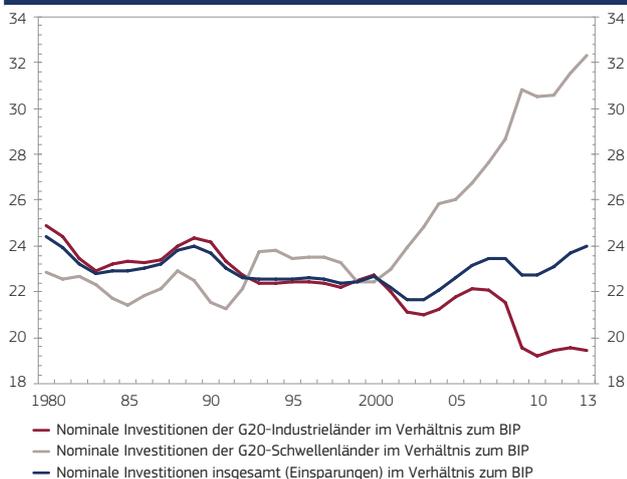
⁽¹⁰³⁾ „The state of the Internet“, Akamai (Q4 2012), Cisco VNI Mobile forecast (2013). Sanford C. Bernstein, gestützt auf Analysen von Bernstein und ITU.

⁽¹⁰⁴⁾ Informationen von GSMA, 2014.

⁽¹⁰¹⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

zwischen Unternehmen und Verbrauchern kaum vertreten. Während die Union in der IKT-Branche auch unter ihren Möglichkeiten bleibt, weist sie gleichwohl überzeugende Vorzüge auf, so vor allem mit der welthöchsten Internetverbreitung (75 %) und lokalen Spitzenreitern im Firmenkundengeschäft wie Ericsson oder Alcatel.

Abbildung 19: Investitionen im Verhältnis zum BIP (% des BIP), 1980-2013



Quelle: World Economic Outlook, April 2014, IWF.

Geringe Produktivitätssteigerungen im nichtmarktbestimmten Sektor sind zu einer ernsthaften Schwachstelle der europäischen Wirtschaft geworden. Die wichtigste Abhilfemaßnahme ist die rasche Einführung des digitalen Binnenmarkts, möglicherweise in Kombination mit geeigneten Anreizen für Anwender und Investoren in IKT. Ziel und Zweck eines neuen „Policy-mix“ im Bereich Digitalisierung dürfte die Unterstützung des digitalen Aufholprozesses und der digitalen Transformation in marktbestimmten und nichtmarktbestimmten Sektoren der Wirtschaft sein. Die Herausforderung für den Abschluss einer Regelung für den digitalen Binnenmarkt wird die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den Fragen nach Privatsphäre und Sicherheit und der Herausbildung eines weltweit wettbewerbsfähigen und einheitlichen IKT-Entwicklungsumfelds in Europa sein.

Im Allgemeinen könnten eine offene und aufgeschlossene Einstellung gegenüber Veränderungen, eine systematischere Qualitätskontrolle der öffentlichen Ausgaben sowie strategischeres Denken hilfreich sein. Dies wird auch von den Nutzern (Kunden, Patienten, Familien) erfordern, neue und effizientere Informations- und Kommunikationstechnologien und stärker dezentralisierte Anlageverwaltungsstrategien zu unterstützen und zu nutzen. Diese integrativere und zunehmend lokale Verwaltung öffentlicher Dienste wird bereits in einigen fortschrittlicheren Ländern wie Dänemark und Estland umgesetzt und konnte schon mit positiven Ergebnissen überzeugen, insbesondere in den Bereichen Kostenkontrolle und Ausgabeneffizienz.

Der Abbau administrativer Hürden kann zu mehr Zufriedenheit bei Bürgern beitragen und den sozialen und politischen Zusammenhalt stärken. Eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksamere Reaktion auf die Erwartungen der

Öffentlichkeit und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als Ganzes ist die Innovation des öffentlichen Sektors selbst.

Die für die Bewältigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen Europas notwendigen maßgeblichen Produktivitätssteigerungen erfordern strukturelle Veränderungen. Insbesondere die starken Kräfte des Wettbewerbs sollten zur Anregung von Innovationen mobilisiert werden. Es ist wahrscheinlich, dass sich Modelle einer Kombination aus Wettbewerb und Zusammenarbeit entwickeln, die unterstützt werden müssen, insbesondere in bestimmten Hightech-Branchen. Der Zufluss von Sparvermögen im Zusammenhang mit der Überalterung einer zum Großteil gebildeten Bevölkerung sollte ebenfalls nutzbar gemacht werden, um zu den Investitionsbemühungen in neue Technologien und Dienste beizutragen.

Der europäische Binnenmarkt

Weitere Bemühungen zur Vollendung des Binnenmarkts finden sich in jeder empfohlenen Strategie zur Verbesserung von Europas Wirtschaftsleistung. Die Vollendung des Binnenmarkts ist noch nicht abgeschlossen. Der Binnenmarkt für Waren wird weiterhin durch eine uneinheitliche Anwendung der EU-Bestimmungen und nichttarifäre Handelshemmnisse beeinträchtigt, während nur 20 % der Dienstleistungsmärkte unionsweit grenzüberschreitend funktionieren. Der Abbau der verbleibenden Hemmnisse im Handel mit Waren und Dienstleistungen würde dazu beitragen, die in den letzten 30 Jahren bereits erzielten Gewinne zu verdreifachen, mit einem Umsatzgewinn von rund 15 % und einer Verdoppelung des internen Handels der Europäischen Union.

Die Ausarbeitung und die Umsetzung der geeigneten Strategien auf Unionsebene werden möglicherweise zunehmend durch zentrifugale Kräfte erschwert. Diese Kräfte könnten die Unterstützung für den Binnenmarkt beeinträchtigen. Einige dieser Kräfte stehen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Tendenzen wie einer wachsenden Verbrauchernachfrage nach lokalen Produkten aus ökologischen und ethischen Gründen, während andere mit wirtschaftlichen Trends insbesondere in den Bereichen Handel und Finanzen verbunden sind. So wird der Anteil des europäischen Binnenhandels 2030 hauptsächlich zugunsten des Handels mit Schwellenländern von 50 % auf 40 % sinken, obwohl sich der europäische Binnenhandel parallel zum europäischen Außenhandel weiter entwickeln wird. Der wachsende Anteil des Außenhandels der Union im Vergleich zum Binnenhandel dürfte auch die Interessen der Mitgliedstaaten beeinflussen. Die Fragmentierung der Finanzmärkte könnte den Binnenmarkt weiterhin aus dem Gleichgewicht bringen. Wenn die Bankenunion nicht vollständig umgesetzt wird, so wird der Interbankenmarkt weiterhin segmentiert bleiben, und die europäischen Investitionsströme von Norden nach Süden werden sich möglicherweise nur sehr langsam erholen, vor allem wenn eine starke Risikoaversion besteht. Schließlich dürfte es auch weiterhin Spannungen im Hinblick auf die Diagnose der öffentlichen Schuldenkrise und die Möglichkeiten für ihre endgültige Lösung geben.

Der europäische Energiemarkt

Die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von Energie und Rohstoffen trägt zu der Fragilität der Industrie bei und gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Auch 2030 wird die Union möglicherweise immer noch etwa zwei Drittel ihres Energiebedarfs durch Einfuhren decken müssen⁽¹⁰⁵⁾ und ein Nettoimporteur von Rohstoffen für die europäische Industrie bleiben. Die Union wird somit im Rahmen einer angespannten weltweiten Lage weiterhin anfällig für Versorgungs- und Preisschwankungen bleiben, denn die Verfügbarkeit von Ressourcen wird infolge des Bevölkerungszuwachses und höherer Lebensstandards weltweit unter Druck geraten. Wasser wird insbesondere in Südeuropa bei weiterhin vorwiegender Nutzung in der Landwirtschaft und im Energiesektor ein kostbares Gut werden.

Was Energieressourcen betrifft, dürfte der Anteil fossiler Brennstoffe voraussichtlich stabil bleiben. Mit einer Importabhängigkeit von rund 83 % dürfte Erdgas im Energiemix an Bedeutung gewinnen und das Erdöl bei einigen Verkehrsmitteln ersetzen. Atomkraft könnte sowohl global als auch in einigen Mitgliedstaaten der Union infolge politischer Entscheidungen mit Investitionsmechanismen wie unter anderem staatlicher Unterstützung wieder an die Spitze zurückkehren. Der Strommarkt könnte dem Vorbild des Vereinigten Königreichs folgen, wobei die Preise der Betreiber mit dem Staat ausgehandelt und für bis zu 35 Jahre garantiert werden.

Der Anteil erneuerbarer Energien wird den Zielwert der Union von 20 % bis 2020 voraussichtlich übertreffen, allerdings könnte sich sein Wachstum verlangsamen: Hierfür sind hohe Kosten aufgrund suboptimaler und verstreuter Unterstützungsmechanismen sowie die sporadische Natur der Solar- und Windenergieerzeugung verantwortlich.

Ein wirklicher europäischer Energiemarkt setzt einen wirklichen physischen Markt auf europäischer Ebene voraus, der zum jetzigen Zeitpunkt noch lange nicht erreicht ist. Die Strom- und Gasmärkte sind nach wie vor stark fragmentiert; weniger als 10 % der Stromerzeugung sind derzeit grenzüberschreitend. Die Marktbedingungen können mittel- und langfristig konvergieren und ausbalancieren, wenn die physische Infrastruktur eine effektive Verzahnung und echten Handel ermöglicht. Die beste Möglichkeit, der aktuellen Grundtendenz in Richtung einer quasi Renationalisierung der Energiepolitik zu begegnen, ist eine bessere Infrastruktur für größere Handelsvolumina. Dies ist auch die beste Lösung des Problems der Versorgungssicherheit, nicht zuletzt in dem akuten Fall von Erdgas, wie die jüngsten Ereignisse in der Ukraine gezeigt haben. Besser integrierte Pipelines einschließlich Nord-Süd-Verbindungen und Pipelines mit Schubumkehrvermögen sind ebenso wie mehr Speicherinfrastruktur und eine höhere Anzahl Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG-Kopfstationen) erforderlich. Kurzum, die Europäische Union braucht einen wettbewerbsfähigen, integrierten und überschaubaren Energiebinnenmarkt, um einen optimalen Gas- und Stromfluss sicherzustellen.

⁽¹⁰⁵⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

Ein solcher vollständig integrierter und gut funktionierender Markt wird auch für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft von Bedeutung sein⁽¹⁰⁶⁾. Aktuell bestehen nach wie vor die folgenden Hindernisse: Die Einstellungen gegenüber Schiefergas variieren, Mechanismen für die Vergütung von Elektrizitätsproduzenten auf der Grundlage ihrer Kapazität werden regional eingeführt, es werden verschiedene Ansätze für die Einführung erneuerbarer Energien gewählt, und der niedrige Preis je Tonne CO₂ im Rahmen des Emissionshandelssystems ETS ist umstritten. Mögliche Lösungen könnten öffentliche Investitionen in großem Umfang bzw. öffentliche Mechanismen zur Unterstützung privater Investitionen in die Energieinfrastruktur sein.

Die billigste Energie ist und bleibt die Energie, die nicht verbraucht wird. Die Verbesserung der Energieeffizienz ist derzeit das Stiefkind der energie- und klimapolitischen Ziele der Union für die Zeit nach 2020. Durch eine verbesserte Energieeffizienz werden die Energieunabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Union gefördert, während gleichzeitig ihre Treibhausgasemissionen und der Beitrag von Energieimporten zum Handelsdefizit gesenkt werden. Diese Win-Win-Strategie wird bisher nicht entschlossen genug verfolgt – nach wie vor überwiegen mitunter kurzfristige Ansätze.

Verbesserte Governance des Euroraums

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist zentraler Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses und gehört zu den tiefgreifenden Leistungen der Europäischen Union. Ihr Erfolg ist für das wirtschaftliche, soziale und ökologische Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung. Bis 2030 dürften wohl 26 der derzeit 28 Mitgliedstaaten dem Euroraum angehören⁽¹⁰⁷⁾. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur WWU könnte mit einem verstärkten Schwerpunkt auf der Verringerung der Fragmentierung des Markts und einer disziplinierten Haushaltskonsolidierung einhergehen.

Viele Analysten sind allerdings der Ansicht, dass der Aufbau Europas fragil bleibt und die europäische Wirtschaft nicht alle potenziellen Vorteile ausschöpfen können wird, wenn es der Union nicht gelingt, die WWU auf das Niveau einer reiferen Währungsunion mit einer stärker integrierten Politik und einem höheren Maß an Risikoteilung zu heben.

Eine nachhaltige WWU erfordert eine stärkere Integration innerhalb des Euroraums. Die Staatsschuldenkrise machte eine Reihe von Mängeln erkennbar⁽¹⁰⁸⁾, von denen viele bereits angegangen werden: Die Haushaltsdisziplin wurde stärker in die Gesetzgebung der Union und der Mitgliedstaaten verankert, es wurde eine Bankenunion geschaffen, und der Europäische Stabilitätsmechanismus bietet nunmehr einen Rahmen, um die Nachhaltigkeit und Zahlungsfähigkeit

⁽¹⁰⁶⁾ Europäische Kommission, *Energy Roadmap 2050*, 2013

⁽¹⁰⁷⁾ Bis heute haben alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks und des Vereinigten Königreichs den Euro entweder angenommen oder sind gesetzlich zu seiner Einführung verpflichtet, sobald sie die entsprechenden Kriterien erfüllen.

⁽¹⁰⁸⁾ Europäische Kommission, *Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion*, 2012.

der Mitgliedstaaten zu regeln. Dank dieser Maßnahmen konnte die Europäische Zentralbank (EZB) solventen Mitgliedstaaten Liquiditätshilfe unter gleichzeitigem Erhalt des Binnenmarkts leisten. Nichtsdestotrotz dürfte es auch weiterhin Spannungen im Hinblick auf die Diagnose der öffentlichen Schuldenkrise und die Möglichkeiten für ihre endgültige Lösung geben.

In den nächsten zehn Jahren werden wie für jede erfolgreiche Währungsunion wahrscheinlich weitere Mechanismen zur Risikoteilung erforderlich sein. Diese können unterschiedliche Gestalt annehmen: beispielsweise ein gemeinsames steuerliches Sicherheitsnetz bzw. eine Einlagenversicherung für das Bankensystem, eine geregelte Schuldenumstrukturierung von Banken und nationalen/regionalen/lokalen Behörden, Finanztransfers oder teilweise gemeinsame Sozialversicherungssysteme sowie eine effektivere Mobilität der Arbeitskräfte. So scheint insbesondere die Schaffung einer autonomen Fiskalkapazität zum Schutz der Mitgliedstaaten des Euroraums vor asymmetrischen Schocks und zur Bewältigung von Anpassungen wahrscheinlich. Als letzten Schritt könnte laut Kommission ein „stärker integrierter wirtschafts- und fiskalpolitischer Rahmen eine gemeinsame Ausgabe von Staatsanleihen ermöglichen, was die Funktion der Märkte und die Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen verbessern würde“⁽¹⁰⁹⁾.

Politische Auswirkungen

Die Zukunft der WWU wird jedoch letztendlich von dem Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortlichkeit bei der Bewältigung von Staatsschulden, von der Dynamik und Wirksamkeit struktureller Reformen und von den politischen Reformen zur Verbesserung der Governance des Euroraums und seiner demokratischen Legitimierung abhängen.

Die politische Tagesordnung Europas zur Umgestaltung seiner Wirtschaft ist eine lange Liste von überwiegend notwendigen und nicht optionalen Maßnahmen. Die Anerkennung der Auswirkungen technologischer und gesellschaftlicher

Veränderungen setzt eine umfassendere Sicht auf das Thema Wohlstand voraus, bei der nicht nur BIP-Daten als Kriterium herangezogen werden. Nachhaltigkeit, Zugang zu Bildung und Lebensqualität sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen in zahlreichen Ländern durch die bessere Nutzung und Anwendung von IKT, öffentlich-private Partnerschaften, Vollendung und Reform des Binnenmarkts, lebenslange Bildung für ein sinnvolles Leben in der digitalen Gesellschaft – diese und weitere Vorschriften zur Politikgestaltung wurden analysiert, diskutiert und befinden sich unionsweit in unterschiedlichen Phasen der Umsetzung. Der politische Wille zu ihrer umfassenden und strategischen Anwendung ist jedoch nach wie vor relativ schwach. Langfristig könnte eine unzureichende Umsetzung gravierende Konsequenzen haben.

Schlüsselfragen

- Welches sind die Schlüsselemente einer Strategie zur Förderung von Wachstum ohne Verschuldung?
- Wie kann dafür gesorgt werden, dass der öffentliche Sektor uneingeschränkt zu den Bemühungen der EU um eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit beitragen kann?
- Wie kann eine höhere Produktivität durch die Nutzung von IKT gefördert werden?
- Wie kann vor dem Hintergrund einer steigenden Lebenserwartung ein wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Arbeitszeit und Ruhestand sichergestellt werden?
- Welches sind die Auswirkungen einer anhaltenden Urbanisierung?

⁽¹⁰⁹⁾ Ebd.

DIE WELTWEITE REVOLUTION VON WIRTSCHAFT UND TECHNIK – DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA

2. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des Wandels und der Innovation

Die Schwierigkeit besteht nicht so sehr darin, neue Ideen zu entwickeln, sondern alten zu entkommen.

John Maynard Keynes

Die technologische Revolution

Die technologische Revolution wird voraussichtlich tiefgreifende Auswirkungen auf Gesellschaften, den Einzelnen, sein Arbeitsleben und seine sozialen Beziehungen haben. Sie wird die herkömmlichen ökonomischen Kategorien und die Vorstellungen von Arbeit, Ausbildung und Ruhestand grundlegend ändern. Menschen werden zeit ihres erwachsenen Lebens abwechselnd aufeinanderfolgende Phasen der Arbeit, der Ausbildung und der Arbeitslosigkeit durchlaufen. Die Durchflechtung unseres Alltags – Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Freizeit und soziale Beziehungen – mit Technologien wird darüber hinaus ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Recht des Einzelnen auf Privatsphäre und dem öffentlichen Interesse erfordern.

Technologische Innovation wird als Triebfeder und Motor für Veränderungen fungieren⁽¹¹⁰⁾. Europas künftiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt werden von unserer Fähigkeit abhängen, alle Aspekte einer Innovationsgesellschaft zu verstehen, zu begrüßen und zu nutzen. Ihr Einfluss, angetrieben durch immer schnellere Innovationen, wird immer stärker und setzt die öffentliche Ordnung ernsthaft unter Druck, da wirksame Maßnahmen auf breiter Front erforderlich sind. Die Bereiche, welche die nächsten bedeutenden Innovationen verzeichnen werden, sind größtenteils bekannt, auch wenn es, wie so oft, zu Überraschungen kommen kann⁽¹¹¹⁾: Big Data, Nanotechnologien und Biowissenschaften einschließlich synthetischer Biologie, Weiterentwicklung der Roboter- und Automatisierungstechnik sowie Supercomputer. Echtzeitdaten und Daten der realen Welt haben eine rasante Weiterentwicklung und Verschmelzung zentraler digitaler Technologien zur Folge.

Viele Experten wenden ein, dass die Vollendung des digitalen Binnenmarkts der Union, gestützt von 500 Millionen Verbrauchern, das wirkungsvollste politische Instrument der Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Förderung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung ist. Der beschleunigende Wandel, der durch diese destabilisierenden neuen Technologien ausgelöst wird, stellt die Wirtschaft, Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger allerdings auch vor grundlegende Herausforderungen. Die Flexibilität des Arbeitsmarkts und die Anpassungsfähigkeit des Einzelnen werden auf eine

Probe gestellt, und die Risiken der Ausgrenzung könnten sich erhöhen. Die Vorwegnahme und Bewältigung von Veränderungen wird wichtiger Bestandteil der strategischen Aktivität öffentlicher und privater Strukturen werden.

Strategien zur Aufrechterhaltung der führenden Stellung Europas bei der Wissensbildung

Eine dynamische Zukunft für Europa wird von der Qualität seiner Wissenschaft und technologischen Innovation abhängen⁽¹¹²⁾. Zusammen mit den Vereinigten Staaten und Japan ist Europa derzeit führend in Sachen Innovation und Forschung – 2009 gingen 24 % der Weltforschung und Entwicklungskosten sowie 32 % der Patente auf das Konto der Union⁽¹¹³⁾.

Technologische Innovation wird weiterhin auf Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) angewiesen sein. Diese dürften in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gleich bleiben und in China ansteigen. Wenn die gegenwärtigen Tendenzen – eine FuE-Investitionsquote von 2,2 % des BIP in Europa, 3 % in den USA und 3 % in China – anhalten, dürften chinesische Investitionen die Union bei den Gesamtausgaben 2022 überholen und könnten bis 2030 doppelt so hoch sein.

Letztendlich wird allerdings die Qualität von Innovation und Patenten und nicht die Quantität den Unterschied machen. In dieser Hinsicht können die Union, Japan und die Vereinigten Staaten dank ihrer Bemühungen in dem Bereich bislang eine komfortable Spitzenposition einnehmen.

Die Zersplitterung der Tätigkeiten und Investitionen im Bereich FuE in der Union ist jedoch alles andere als hilfreich – die Anstrengungen der Union sollten sich auch auf die Mobilität von Wissenschaftlern und Forschern erstrecken, eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit begünstigen und ein Bildungssystem fördern, das sich für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) stark macht.

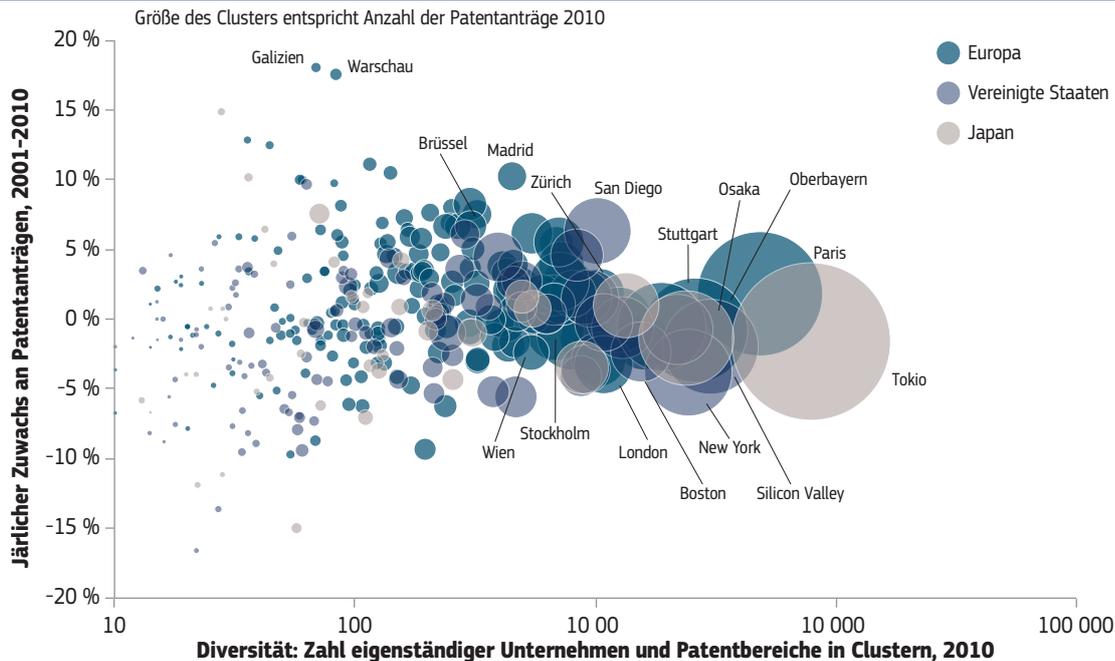
⁽¹¹⁰⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2014.

⁽¹¹¹⁾ McKinsey, *Disruptive technologies: Advances that will transform life, business, and the global economy*, 2013.

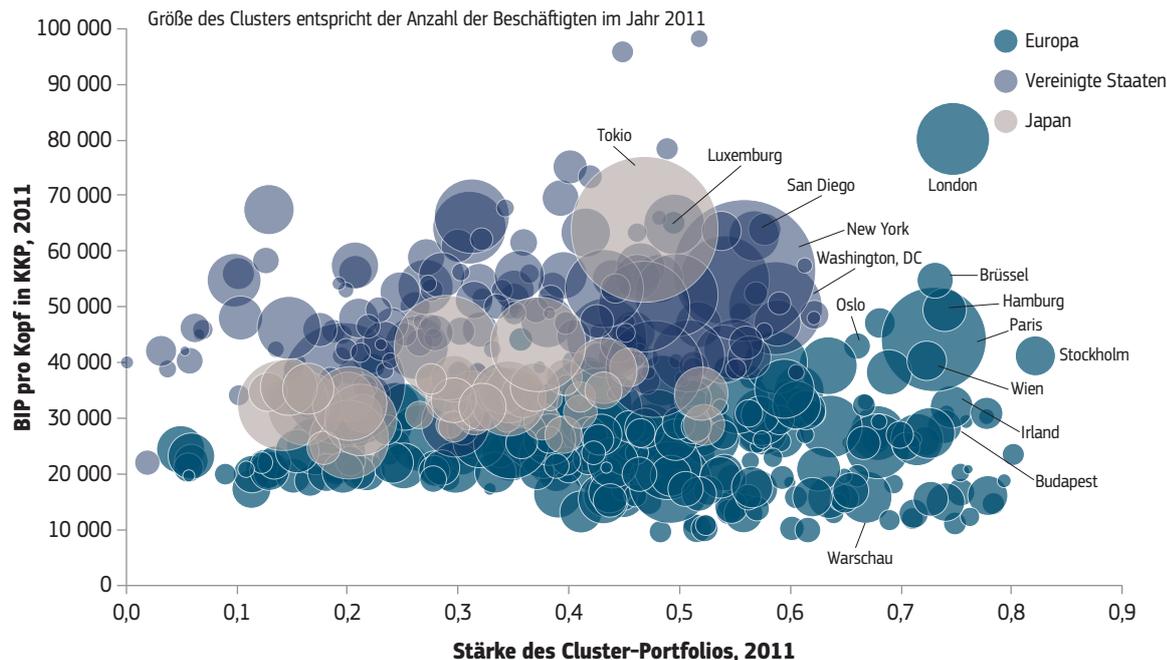
⁽¹¹²⁾ *The Future of Europe is Science*, Bericht des wissenschaftlichen und technologischen Beirates, 2014.

⁽¹¹³⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

Abbildung 20: Innovationszentren der Welt



Kommentar: Tokio zählt nach wie vor die meisten Patente der Welt von einer Vielzahl von Unternehmen, dicht gefolgt von Paris, Oberbayern und Stuttgart mit fast so vielen Patentindizes wie Silicon Valley, New York und Osaka.



Kommentar: Zahlreiche europäische Hauptstädte und weitere Städte gehören zu den dynamischsten Innovationszentren der Welt im Hinblick auf Beschäftigung und Clusterverteilung. Die Diversität der Cluster ist eine wichtige Eigenschaft der europäischen Innovationslandschaft.

Quelle: Europäische Kommission, 2014. Europäische Beobachtungsstelle für Cluster.

Herausforderung 1: Industriepolitik, Forschung und Entwicklung und Unternehmertum

Europa wird weiterhin eine führende Kraft in Sachen Forschung und Entwicklung (FuE) bleiben, obwohl wissensintensive Sektoren und der Hochtechnologie-Sektor lediglich 30 % des BIP im Vergleich zu 40 % in den Vereinigten Staaten und

Japan (und aktuell 20 % in China, aber mit steigender Tendenz) ausmachen⁽¹¹⁴⁾.

Werden jedoch keine Änderungen vorgenommen, wird Europa auch künftig unter der Diskrepanz zwischen dem hohen Niveau seiner wissenschaftlichen und technischen Erfolge und

⁽¹¹⁴⁾ National Science Foundation (NSF), *Science and Engineering Indicators 2012*, 2012.

seiner schlechten Bilanz bei der Umsetzung von Wissen in Innovation, neue Produkte und neue Dienstleistungen leiden; so gibt es beispielsweise im Bereich Internet so gut wie keine global agierenden europäischen Betreiber.

Der Entwicklungsweg von Technologien und die zunehmende Macht neuer Innovationszentren in aller Welt stellen eine Herausforderung für Europas Forschungskapazitäten dar, die durch stagnierende öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung und das anhaltend niedrige Niveau privatwirtschaftlicher Investitionen im Vergleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften wie vor allem den Vereinigten Staaten benachteiligt sind.

Europäische Programme für Forschung und Entwicklung haben die Zusammenarbeit über Grenzen und Sektoren hinweg erfolgreich gestärkt. Es ist jedoch nicht gelungen, die europäische Forschung mit diesen Maßnahmen zu rationalisieren und zu integrieren⁽¹¹⁵⁾. Aufgrund ihrer Zersplitterung kann die Finanzierung auf nationaler Ebene gerade einmal dazu beitragen, bestimmte Projekte und Teams am Leben zu erhalten – sie reicht nicht aus, um die Union als Ganzes an die Spitze der weltweiten Forschung zu bringen. Sämtliche Mitgliedstaaten sind durch diese fehlende Zusammenarbeit beeinträchtigt. Eine bessere Koordinierung der europäischen Forschung setzt eine Infrastrukturanalyse, Personalressourcen und Bildung voraus, um eine kritische Größe durch verbesserte Zusammenarbeit und offene Innovation zu schaffen.

So wird Europa beispielsweise Schwierigkeiten haben, in der globalen digitalen Gesellschaft mitzuhalten, wenn kein hochwertiger Zugang zu Hochgeschwindigkeits-Breitbanddiensten auf dem gesamten Kontinent verfügbar ist. Die öffentliche Politik sollte den Schwerpunkt auf die Entwicklung innovativer Ökosysteme, die Aufnahme von Geldmitteln, Infrastruktur (Exzellenzzentren), bessere Verbindungen zwischen industrieller und akademischer Forschung und Entwicklung und vereinfachte Bestimmungen setzen. Es geht nicht länger darum, nur „interdisziplinär“ zu arbeiten, sondern „kodisziplinär“ – es sind Schnittstellen zwischen Ökonomen, Unternehmern, Wissenschaftlern und weiteren Akademikern sowie der Gesellschaft an sich zu schaffen.

Der Erfolg von Europas Innovationsstrategien hält sich bisher in Grenzen. Die Herausforderung besteht darin, Innovationsstrategien im größeren Zusammenhang einer im Wandel begriffenen Gesellschaft zu sehen. Daraus folgt, dass die Wechselwirkungen zwischen Unternehmen, Regulierungsbehörden, öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektoren und Bildung eine systematischere und ganzheitlichere Herangehensweise erfordern. Kann Europa ein neues Innovationsmodell entwickeln?

Die Erkenntnis aus dem Rahmenprogramm Horizont 2020 der Europäischen Union umfasst eine Reihe wichtiger öffentlich-privater Partnerschaften (PPP), die zu der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bei der digitalen Innovation beitragen sollen. Soziale Innovation kann sozialen

und gesellschaftlichen Herausforderungen besser begegnen. Insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien werden die soziale Innovation dank ihrer Bedienfreundlichkeit erleichtern. Immer intelligenter, zugänglicher und großräumigere Netzwerke werden entstehen⁽¹¹⁶⁾.

Die entscheidende Rolle von Unternehmern bei der Förderung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen sollte unterstützt werden. Diese Rolle wird durch die in vielen Teilen Europas immer noch vorherrschende risikoscheue Mentalität eingeschränkt. Viele Länder des Kontinents gelten als bürokratisch und gegenüber Risikoträgern im Falle des Scheiterns unnachgiebig. Es müssen innovationsfördernde Bedingungen geschaffen werden, die den technischen Fortschritt für die Bedürfnisse des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens (Organisation der Arbeit, Bildung und Lehre) nutzbar machen.

Herausforderung 2: Soziale Auswirkungen der technologischen Revolution

Europäer stehen dem Beitrag wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts zur Bewältigung künftiger gesellschaftlicher Herausforderungen insbesondere in der Gesundheitsfürsorge positiv gegenüber⁽¹¹⁷⁾. Angesichts der Tatsache, dass die technologische Revolution voraussichtlich tiefgreifende Auswirkungen auf Gesellschaften, den Einzelnen, sein Arbeitsleben und seine sozialen Beziehungen haben wird, ist diese Einstellung auch notwendig. Die technologische Revolution wird die herkömmlichen ökonomischen Kategorien und die Vorstellungen von Arbeit, Ausbildung und Ruhestand grundlegend ändern: Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass Menschen zeit ihres Lebens abwechselnd aufeinanderfolgende Phasen der Arbeit, der Ausbildung und der Arbeitslosigkeit durchlaufen werden.

Grundsätzlich steht die europäische Gesellschaft vor der Herausforderung, ihre Strukturen und Regeln unter Wahrung ihrer Werte anzupassen und zu ändern. Dies erfordert einen soliden und integrativen sozialen Dialog, Risikobereitschaft und eindeutige öffentliche Strategien im Dienste des Einzelnen, um ihre Akzeptanz sicherzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger der wissensgestützten Wirtschaft können sich nicht mit demselben Maß an Information und Beteiligung wie jene der 1960er Jahre zufriedengeben. Da die heutige Bevölkerung viel stärker direkt von Entscheidungen auf Unionsebene betroffen ist, bedarf das europäische System entsprechender Fortschritte bei der demokratischen Rechenschaftspflicht und Legitimität.

Die Verbesserung des Bildungssystems ist von entscheidender Bedeutung, und zwar in erster Linie, um dafür zu sorgen, dass so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich die erforderlichen Fertigkeiten und Hilfsmittel erwerben, um mit dieser neuen Ordnung zurechtzukommen. Aus einer aktuellen Modellierung der Nachfrage in Europa geht eine Angebotslücke im Bereich IKT-Kompetenzen von ca. 900 000 Menschen bis 2020 hervor. Dies dürfte ferner ein globales Phänomen

⁽¹¹⁶⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

⁽¹¹⁷⁾ Eurobarometer, *Public perceptions of science, research and innovation*, Juni 2014.

⁽¹¹⁵⁾ Elsevier SciVal Analytics Team, *Comparative Benchmarking of European and United States Research Collaboration and Researcher Mobility*, 2013.

sein; in einem Zeitalter erhöhter Mobilität wird Europa auf dem Weltmarkt darum konkurrieren müssen, Menschen mit diesen Kompetenzen anzuziehen und zu halten. Es werden mehr wissenschaftliche und technische Fertigkeiten gefragt sein. Jeder Mensch wird sich auf die Nutzung moderner Hilfsmittel verstehen müssen. Schüler werden „das Lernen lernen“ müssen, um sich an neue Fertigkeiten und ständig wechselnde Beschäftigungsmöglichkeiten anpassen zu können. Neue Arbeitsplätze, etwa im Bereich Big Data, erfordern fortgeschrittene wissenschaftliche Kompetenzen und ein neues Denken, das für den Informationsaustausch in einem kodisziplinären Umfeld offen ist.

Schlüsselfragen

- Wie kann die rasche Vollendung des digitalen Binnenmarkts sichergestellt werden?
- Wie kann die Europäische Union dazu beitragen, die risikoscheue Mentalität in Europa zu ändern?
- Wie kann die Europäische Union private und öffentliche Investitionen zur Unterstützung der dritten industriellen Revolution mobilisieren?
- Wie kann die Europäische Union ihre weltweit führende Stellung im Bereich Mobilkommunikation mit fortgeschrittenen 4G/5G-Netzen zurückgewinnen?
- Wie kann ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der digitalen Wirtschaft und dem Recht auf Privatsphäre geschaffen werden?

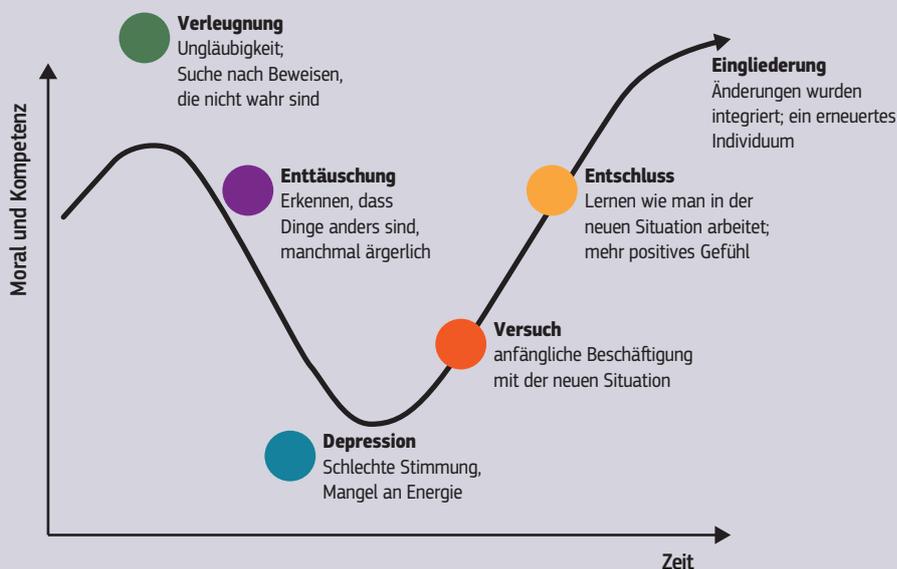
Die Änderungskurve

Politische Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung des Wandels könnten sich an der Arbeit einer berühmten Schweizer Psychiaterin, Elisabeth Kübler-Ross, orientieren, welche die verschiedenen psychologischen Phasen beschrieb, die der Menschen in schwierigen Zeiten durchläuft – von Leugnung über Widerstand bis zur Erneuerung (siehe Änderungskurve unten).

Diese Analogie ist insofern hilfreich, als sie die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Entscheidungsträgern und den Bürgern, die die Änderung aus erster Hand erleben, unterstreicht. Sie setzt insbesondere Folgendes voraus:

- Transparenz;
- die Schaffung einer ruhigen Atmosphäre, die von einer Offenheit gegenüber Veränderungen geprägt ist und in der Vertrauen und gemeinsame Antizipation unter weitgehender Vermeidung von Konflikten entstehen können;
- die Förderung guter und wirksamer Regierungsführung auf allen Ebenen (lokal, national, europäisch), die mit einer angemessenen Bürgervertretung auf diesen Ebenen einhergeht, um deren Belange während des Übergangsprozesses zu erfassen und anzusprechen.

Die Kübler-Ross Aenderungskurve



Angleichung kreieren

Maximierung der Kommunikation

Motivation entfachen

Leistungsfähigkeit entwickeln

Erkenntnisse teilen

DIE WELTWEITE SOZIALE UND DEMOKRATISCHE REVOLUTION – DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA

1. Auseinandersetzung mit Ungleichheiten

Der endgültig entfesselte Prometheus, dem die Wissenschaft nie gekannte Kräfte und die Wirtschaft den rastlosen Antrieb gibt, ruft nach einer Ethik, die durch freiwillige Zügel seine Macht davor zurückhält, dem Menschen zum Unheil zu werden.

Hans Jonas

Ungleichheiten nehmen zu

Wie in den obigen Kapiteln zu weltweiten Trend bereits analysiert, werden die Ungleichheiten zwischen einzelnen Ländern weltweit, mit einigen erwähnenswerten Ausnahmen, voraussichtlich zurückgehen, während die innerstaatlichen Ungleichheiten weltweit steigen dürften.

In den im Rahmen des ESPAS-Projekts durchgeführten Studien wird dieser Anstieg „interner“ Ungleichheiten ausnahmslos bestätigt, unter anderem auch in relativ egalitären Ländern, was möglicherweise verheerende Auswirkungen haben wird. Eine ausführlich dokumentierte Tendenz der letzten 30 Jahre dürfte sich damit fortsetzen⁽¹¹⁸⁾.

Der Anstieg von Ungleichheiten ist ausführlich dokumentiert. Von ihm profitieren die wohlhabendsten Mitglieder der Gesellschaft und die extrem lukrativen Branchen. Der derzeitige und künftige weltweite Aufschwung täuscht über diese Tendenz nicht hinweg, da die Erträge vorwiegend von den kapitalstarken Sektoren einkassiert werden und dies wohl auch in Zukunft so bleiben wird. In den OECD-Staaten sind Ungleichheiten von jeher weniger stark ausgeprägt als in Schwellenländern. Nichtsdestotrotz erleben wir derzeit ein Anschwellen der relativen Armut, eine Verschlechterung der Chancengleichheit und eine erneute Polarisierung der Gesellschaft im Hinblick auf den Zugang zu Beschäftigung, Krediten, Unterkunft und Unternehmertum und sogar Bildung sowie Gesundheit.

Das Aufkommen ungleicher Gesellschaften in Europa zeichnet sich durch die folgenden wesentlichen Merkmale aus:

- Es treten neue Formen der Ausgrenzung bzw. Marginalisierung auf: Armut trotz Beschäftigung, qualifizierte Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen⁽¹¹⁹⁾.
- Der informelle Sektor – die „Schattenwirtschaft“ – wächst in ganz Europa und den Vereinigten Staaten infolge der

Finanzkrise. Er dient der Umgehung von Steuern, Kontrollen und (rechtlichen, sprachlichen, bildungsbezogenen) Hindernissen für unternehmerische Tätigkeit. Er bietet jedoch keine Weiterqualifizierung, keine professionelle Anerkennung, keinen Schutz und keine soziale Absicherung. Die informelle Wirtschaft, die ursprünglich als Weg aus der Armut galt, verstärkt die Armut oft und macht Armut zu einem dauerhaften Zustand.

- Umsatzgewinne und Produktivitätssteigerungen sind häufig in den oberen Schichten der Gesellschaft angesiedelt. Eine starke und zunehmende Konkurrenz um unqualifizierte Arbeitsplätze übt einen Abwärtsdruck auf die Löhne aus⁽¹²⁰⁾. Experten betonen die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit für junge Menschen ohne Schulabschluss und für ältere Menschen über 55 Jahre sowie für Zuwanderer und deren Kinder.

Herausforderung 1: Bewältigung von Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft und zwischen Generationen

Halten die gegenwärtigen Tendenzen an, werden die Ungleichheiten zwischen einzelnen Mitgliedstaaten der Union bis 2030 vielfach bestehen bleiben. Innerhalb der Mitgliedstaaten selbst werden sozioökonomische Ungleichheiten zunehmen, wobei sich zwei besonders maßgebliche Gräben auftun werden: eine Kluft zwischen den Generationen und eine bildungsbezogene Kluft⁽¹²¹⁾.

- Die Krise wird weiterhin die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft treffen. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 45 %, ein erhöhtes Armutsrisiko für fast 130 Millionen Europäer, die Ausgrenzung junger Menschen, von denen 14 Millionen sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden – hier sind einschneidende Maßnahmen gefordert, wenn größere Gefahren einer sozialen Radikalisierung vermieden werden sollen.
- Junge Menschen (im Alter von 15 bis 24 Jahren) werden von Ungleichheiten besonders betroffen sein: Ein Viertel aller jungen Menschen ist derzeit arbeitslos – in einigen

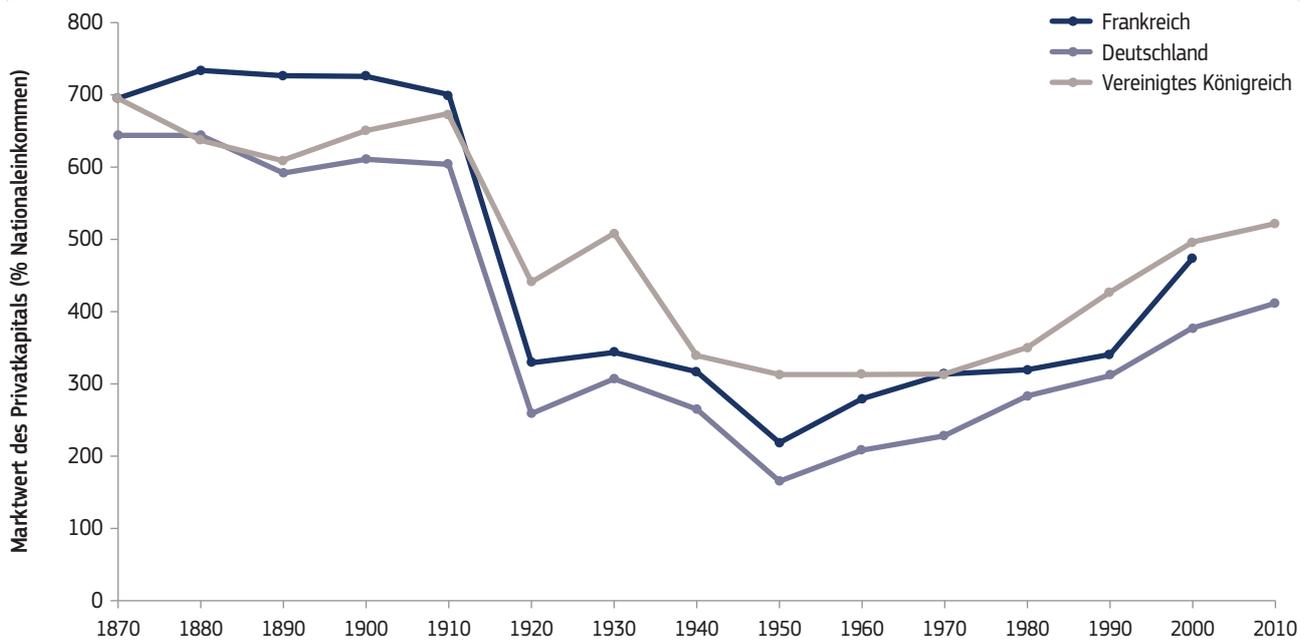
⁽¹¹⁸⁾ OECD, *Making Inclusive Growth Happen*, 2014.

⁽¹¹⁹⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, *Europe's Societal Challenges: An analysis of global societal trends to 2030 and their impact on the European Union*, 2013.

⁽¹²⁰⁾ Dieser Entwicklung wurde in Deutschland mit der Einführung eines Mindestlohns im Jahr 2014 begegnet.

⁽¹²¹⁾ EUISS-Bericht für ESPAS, 2012, Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

Abbildung 21: Entwicklung des Verhältnisses zwischen Vermögen und Einkommen in drei europäischen Ländern



Quelle: Thomas Piketty, *Capital in the 21st century*, 2014.

Mitgliedstaaten ist es die Hälfte. Schlimmer noch, die meisten dieser jungen Menschen nutzen die Krise nicht, um eine Weiterbildung zu absolvieren oder sich Kompetenzen anzueignen: Nahezu 20 % der 24- bis 29-Jährigen befinden sich weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in einer Aus- oder Weiterbildung.

- Grundsätzlich werden die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft – junge Menschen, Frauen, ältere Menschen und Einwanderer – am stärksten von der Zunahme der Ungleichheiten in Europa betroffen sein.

Die europäische Gesellschaft wird von starken Spannungen zwischen den Generationen gekennzeichnet sein, und zwar insbesondere zwischen den „Babyboomern“ (1946-1967) und der „Generation X“ (1967-1980) auf der einen und den „Millennials“ (1980-2000) auf der anderen Seite. Neben unterschiedlichen kulturellen Standpunkten (Einstellung gegenüber Normen, Gebrauch sozialer Netzwerke und Technologie) wird diese Kluft zunehmend auch eine wirtschaftliche Dimension annehmen, die durch eine ungleiche Verteilung des Wohlstands und ein Sozialversicherungssystem geprägt ist, in dem ältere Generationen begünstigt werden. Bereits heute machen die „Babyboomer“ (die Generation der über 50-Jährigen) zwar ein Viertel der Bevölkerung aus, verfügen aber über mehr als zwei Drittel des verfügbaren Einkommens und kommen für etwa die Hälfte des Konsums auf (EIF).

Auswirkungen von Ungleichheiten

Die Kombination demografischer Tendenzen wie Überalterung und erhöhte Lebenserwartung mit wirtschaftlichen Trends wie einem langsamen Wachstum, welches Kapital gegenüber Beschäftigung begünstigt, verschärft die wachsende Kluft zwischen den Generationen weiter, mit möglicherweise nachteiligen sozialen und politischen Konsequenzen. Die

Bevölkerung mit dem höchsten Bildungsniveau wird länger arbeiten und ein höheres Produktivitätsniveau aufrechterhalten. In den Vereinigten Staaten befindet sich weniger als ein Drittel der unqualifizierten 62- bis 74-Jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis, im Vergleich zu nahezu zwei Dritteln der Bevölkerung mit einer professionellen Ausbildung in derselben Altersstufe⁽¹²²⁾.

Die Realität und Wahrnehmung einer europäischen Gesellschaft, die „von Alten für Alte“ gesteuert wird, kann zu erheblicher Frustration beitragen, die soziale Spannungen und ein „Vermeidungsverhalten“ – die Entfremdung der jungen Bevölkerung von der Politik, Protestbewegungen außerhalb der Strukturen des sozialen Dialogs – zur Folge haben könnte, was Europas Demokratien weiter schwächen könnte. Diese Tendenz lässt sich bereits aus der Tatsache herleiten, dass 2014 72 % der jungen Stimmberechtigten nicht an der Europawahl teilnahmen⁽¹²³⁾.

Durch diese Kluft wird darüber hinaus ein noch risikoscheueres Umfeld geschaffen werden, mit erheblichen Nachteilen für Innovation. In einer wohlhabenden und alternden Gesellschaft sind Veränderungen in mehrfacher Hinsicht unwillkommen, und die Verlockung, die Auswirkungen von Veränderungen aus Furcht vor kleinen Unannehmlichkeiten einzudämmen, könnte sehr viel katastrophalere Zusammenbrüche zur Folge haben.

Migrantengemeinschaften, unter anderem „Neulinge“, Migranten der ersten Generation und jene, die im Bestimmungsland geboren und aufgewachsen sind, werden

⁽¹²²⁾ Gary Burtless und Barry Bosworth, *Impacts of the great recession on retirement trends in industrialised countries*, 2013.

⁽¹²³⁾ Eurobarometer des Europäischen Parlaments 2014, „European Union wide turnout for 18-24 year old voters (Austria: 16-24)“ (EU-weite Wahlbeteiligung unter den Wählern im Alter von 18-24 Jahren (Österreich: 16-24 Jahre).

ebenfalls erheblich unter Ungleichheiten zu leiden haben. In den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union stellen Migranten einen wesentlichen Teil der Gesellschaft dar, der einen notwendigen Beitrag zum Arbeitsmarkt leistet. Während Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund alles andere als eine homogene Gruppierung sind, sind sie im Allgemeinen jünger und weniger gut ausgebildet als die Durchschnittsbevölkerung. Bildung stellt neben einer gelebten Vielfalt und Antidiskriminierungsstrategien das beste Mittel zur Vermeidung einer ethnischen Segmentierung und Ausgrenzung dar.

Herausforderung 2: Ungleichheiten werden durch die technologische Revolution verschärft

Einige Ungleichheiten werden durch die aktuelle technologische und industrielle Revolution verschärft. Die Wahrscheinlichkeit von Massenarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit dem Aufkommen neuer Technologien ist durchaus realistisch⁽¹²⁴⁾.

Die kommende technologische Revolution wird wie die industriellen Revolutionen der Vergangenheit vermutlich zu neuen Monopolen und neuen Modellen der Umverteilung von Wohlstand führen, die mutige politische Antworten erfordern – vergleichbar etwa mit Bismarcks Einführung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialfürsorge in Deutschland und Theodore Roosevelts Förderung des Kartellrechts in den Vereinigten Staaten. Ob gesellschaftliche Ungleichheiten durch die heutige technologische Revolution verschärft oder gelindert werden, wird unter anderem davon abhängen, ob vergleichbare Maßnahmen in der Lage sind, den Markt offenzuhalten, die Zugangsmöglichkeiten zu Technologien zu verbessern und Strategien für die digitale Integration zu entwickeln.

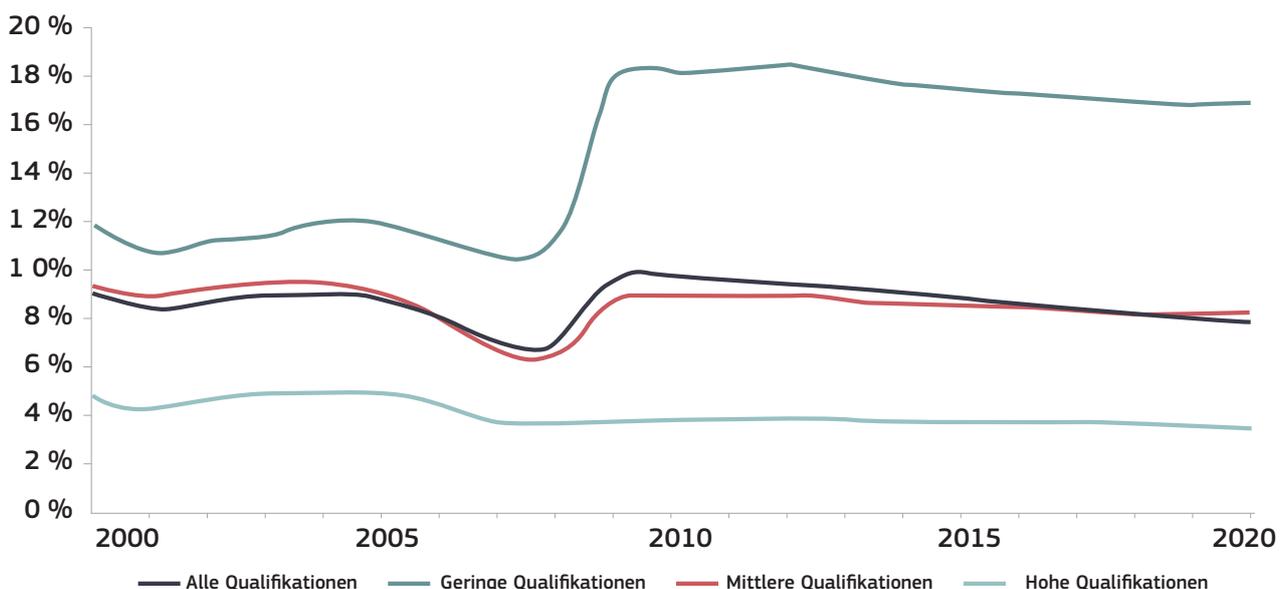
Als Folge von Europas demografischem Profil und der „Technologisierung“ der Wirtschaft werden sich kompetenzbezogene Ungleichheiten weiter verschärfen – verantwortlich sind hier der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und der Überschuss an nicht qualifizierten Arbeitskräften über das Angebot an gering qualifizierten Arbeitsplätzen. Besonders gefährdet werden junge Menschen, Frauen und Menschen über 55 Jahre sein; dies ist insbesondere Unzulänglichkeiten im Lehr- und Bildungssystem geschuldet.

Ungleichheiten und soziale Absicherung

Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen in den Bereichen Gesundheits- und Altersvorsorge wird sich die Finanzlage der Mitgliedstaaten der Union durch den demografischen Wandel angesichts einer alternden Bevölkerung und eines Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung bis 2050 anspannen. Derzeit werden in fast allen Mitgliedstaaten Ausgleichs- bzw. Korrekturmaßnahmen wie eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters, eine Senkung der Leistungen, die Einführung zusätzlicher Beiträge und Verbot des Zusammentreffens von Leistungen eingeführt⁽¹²⁵⁾.

Während sich einige dieser Maßnahmen langfristig positiv auf das Problem der sozialen Ungleichheit auswirken könnten, werden strukturelle Faktoren weiterhin ihren Tribut fordern, wenn keine Änderung des Systems erfolgt. Europa ist nach wie vor der Kontinent mit dem am BIP gemessenen höchsten Anteil für Sozialhilfeausgaben. Europas Bevölkerung und Wählerschaft wird jedoch immer älter – und profitiert von einem überdurchschnittlichen Anteil beweglicher und unbeweglicher Anlagegüter, die sich insbesondere im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts angesammelt haben.

Abbildung 22: Arbeitslosenquoten nach Qualifikation in der EU, 2000-2020



Quelle: Cedefop, *Skills supply and demand in Europe: Medium-term forecast up to 2020*, April 2010 (die Schätzungen des IER stützen sich auf E3ME, EDMOD und BALMOD).

⁽¹²⁴⁾ *España en el Mundo 2033*, PWC.

⁽¹²⁵⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013. Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

Die Bewältigung von Ungleichheiten erfordert umfassende Lösungen

Aus langfristigen Analysen geht hervor, dass den Auswirkungen von Ungleichheiten auf wirtschaftliche und politische Systeme ein verstärktes Augenmerk gelten muss. Von Ungleichheiten sind nicht nur die Opfer, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Leistung und politische Stabilität von Staaten und Gesellschaften betroffen. Diese Auswirkungen können durch einen Mangel an sozialer Mobilität noch verstärkt werden, da die Möglichkeiten und Aussichten für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten eingeschränkt werden.

Die technologische Revolution und ihre „schöpferische Zerstörung“ dürften bereits gravierende Ungleichheiten verschärfen und werden Ad-hoc-Umverteilungssysteme erfordern, um die Folgen dieser Ungleichheiten in Schach zu halten. Wachsende Ungleichheiten stellen eine zusätzliche

Herausforderung für die Nachhaltigkeit der europäischen Politik der sozialen Sicherheit dar⁽¹²⁶⁾. Übermäßige Ungleichheiten können den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Effizienz schädigen, und zwar durch die Gefährdung der Nachhaltigkeit und Langlebigkeit eines Sozialleistungssystems, das ein Merkmal Europas und ein wesentliches politisches und wirtschaftliches Gut bleiben sollte.

Zwei wesentliche Instrumente für die Bekämpfung zunehmender Ungleichheit sind einerseits eine umverteilende Steuerpolitik, die Bedingungen für die Umverteilung der Wachstumseinnahmen festlegt, und andererseits Bildung, die ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit von Menschen ist. Ferner muss es Maßnahmen zur Sicherstellung sozialer Integration, Förderung sozialer Innovation, Schaffung hochwertigerer Arbeitsplätze und Verbesserung von Lebensstandards über rein wirtschaftliche Kriterien hinaus geben.

⁽¹²⁶⁾ Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

DIE WELTWEITE SOZIALE UND DEMOKRATISCHE REVOLUTION – DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA

2. Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie

Man sollte sich nie davor fürchten, zu viele Untertanen oder zu viele Bürger zu haben, denn die Macht eines Gemeinwesens liegt in den Menschen.

Jean Bodin

Mehrere Beobachter haben auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen demokratische Systeme weltweit bei der Anpassung sowohl an aktuelle Gegebenheiten als auch an voraussichtliche künftige Entwicklungen ausgesetzt sind⁽¹²⁷⁾. Die lokalen und regionalen Nebenwirkungen der Globalisierung und der technische Charakter zahlreicher wirtschaftlicher und ethischer Debatten können zu Gefühlen der Unsicherheit in der allgemeinen Öffentlichkeit beitragen. Politische Entscheidungsträger sind einem so starken permanenten Druck durch rund um die Uhr erscheinende Nachrichten und soziale Medien ausgesetzt, dass ihnen keine Zeit für die Gestaltung langfristiger Strategien bleibt.

Auch wenn das Vertrauen in Regierungen nachgelassen hat, erwarten die Bürger nach wie vor Ergebnisse⁽¹²⁸⁾. Neue Anforderungen an Transparenz und Fairness stellen Politiker und Institutionen vor Herausforderungen. Die Kluft zwischen einer sich rapide verändernden Welt mit immer mehr ständig miteinander verbundenen Bürgern und einem relativ anti-quieten Staatsapparat, dessen Regeln aus einer vergangenen Zeit stammen, vergrößert sich zusehends.

Dies könnte eine reale Gefahr darstellen. In demokratischen Staaten wird es zunehmend Reformbestrebungen und Bemühungen um stärkere Integration geben. Je mehr Menschen sich ihren Regierungen fern fühlen und je häufiger ihre Erwartungen nicht erfüllt werden, desto größer ist die Gefahr wiederholter politischer Krisen und sozialer Spannungen.

In den westlichen Demokratien hat sich in den letzten 30 Jahren ein steigendes gegenseitiges Misstrauen zwischen den Menschen, die sich übergangen und missverstanden fühlen, und den politischen Eliten herausgebildet. Diese Vertrauenskrise könnte der Entfremdung der Bevölkerung, der zunehmenden Polarisierung und der schwächelnden Fähigkeit der Gesellschaft zu gemeinsamen Maßnahmen durchaus Vorschub leisten⁽¹²⁹⁾.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ernüchterung der Bürger ist der Zweifel daran, dass Wahlen einen tatsächlichen Wandel bewirken können, und zwar nicht nur bei der Führung, sondern auch was die politischen Maßnahmen betrifft.

Lediglich 4 % der Öffentlichkeit gehören einer politischen Partei an, und die Mitgliederzahlen in den Parteien sind in 13 Mitgliedstaaten der Union zwischen 1980 und 2000 um 40 % gesunken. Zu den offensichtlicheren Anzeichen dieser Unzufriedenheit gehören das Auftreten populistischer Parteien und die sinkende Wahlbeteiligung.

Mangelndes Vertrauen in etablierte politische Institutionen ist auf nationaler Ebene mit 71 % für die nationalen Regierungen und 68 % für die nationalen Parlamente oft ausgeprägter als auf der entfernteren europäischen Ebene mit 59 % für die EU-Organe bzw. 53 % für das Europäische Parlament⁽¹³⁰⁾. Aus Meinungsumfragen geht hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger in vielen europäischen Ländern die Auffassung vertreten, ihre politischen Klassen seien korrupt und die politischen Parteien wirkungslos. Der Abstand zwischen den politischen Eliten und den Menschen, die sie repräsentieren, dürfte sich vergrößern⁽¹³¹⁾.

Dies erklärt den vielfachen Ruf nach einer Verlagerung der Entscheidungsfindung auf die unteren Regierungsebenen – nicht nur zum Zweck der Identifikation, sondern auch, weil diese Ebenen „näher am Bürger“ sind bzw. den Bürgern eher rechenschaftspflichtig sind.

Ob die Einstellungen gegenüber europäischer Integration von den Gefühlen gegenüber den EU-Institutionen oder durch ein Basisniveau des Vertrauens in nationale Institutionen bestimmt werden – darüber streitet die Fachwelt bis heute. Wahrnehmungen nationaler Identität und des von den EU-Organen bewirkten Nutzens sind ebenfalls bekannte Faktoren⁽¹³²⁾. Andererseits ist es heute dank der Entwicklung neuer Technologien viel einfacher, informiert zu sein und am politischen Leben teilzuhaben.

Auf der Ebene der Europäischen Union könnte das Vertrauen der Bürger in die Institutionen gestärkt werden, indem die Fähigkeit zum Wandel – nicht nur des Machtinhabers, sondern auch der politischen Orientierung – geltend gemacht wird. Die Nominierung von Spitzenkandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten bei den Europawahlen unter Vorlage eines expliziten und nachprüfaren Programms durch den Kandidaten könnte diesem Ziel ebenfalls dienen.

⁽¹²⁷⁾ Vgl. insbesondere Oxford Martin Commission for Future Generations, 2014, *Securing the long term in national and international decision making*; EUISS-Bericht für ESPAS, *Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World*, 2012; Bericht von RAND Europe für ESPAS, *Europe's Societal Challenges: An analysis of global societal trends to 2030 and their impact on the European Union*, 2013.

⁽¹²⁸⁾ EUISS-Bericht für ESPAS, 2012; Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

⁽¹²⁹⁾ FRIDE-Chatham House-Bericht für ESPAS, 2013.

⁽¹³⁰⁾ Eurobarometer, 2014.

⁽¹³¹⁾ EUISS-Bericht für ESPAS, 2012, Bericht von RAND Europe für ESPAS, 2013.

⁽¹³²⁾ <http://www.palgrave-journals.com/ap/journal/v42/n2/abs/5500191a.html>

Herausforderung: Bewältigung der sinkenden Verbundenheit mit der Europäischen Union

Die Europäische Union – geboren aus dem Wunsch, dem gegenseitigen Vernichtungskrieg in Europa ein Ende zu setzen – durchläuft derzeit einen Generationswechsel. Die jüngere Generation ist weitgehend der Ansicht, dass das Ziel dauerhaften Friedens in Europa nunmehr erreicht worden ist und eine weitere Vertiefung des europäischen Projekts daher nicht länger gerechtfertigt ist. Mehr und mehr Menschen stehen Schritten zur weiteren Integration skeptisch gegenüber. Es bedarf einer umfassenderen identitätsstiftenden Erzählung. Sie zu bestimmen gehört zu den zentralen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, den Schwerpunkt auf die Europäische Union als gezieltes Instrument zur Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit in den Bereichen Handel, Zuwanderung, Beschäftigung, Wettbewerb und Sicherheit zu legen.

Eine entscheidende Rolle für den Bürger im Bereich Energie

Energie ist ein Bereich, in dem der Bürger je nach verfügbarer Infrastruktur („intelligente“ Zähler und Netze) eine entscheidende Rolle spielen könnte und sollte. Wären sich die Verbraucher über die Schwankungen der Strompreise im Laufe eines Tages zwischen Verbrauchsspitzen und Phasen niedrigen Verbrauchs bewusst, hätten sie die Möglichkeit, ihren Verbrauch an die Preise anzupassen, indem sie ihren Kühlschrank beispielsweise zwischen 17.00 Uhr und 19.00 Uhr, wenn die Strompreise am höchsten sind, auf Stand-by stellen. Eine weitere Möglichkeit zur Stärkung der Rolle der Verbraucher im Bereich Energie besteht darin, lokalen Gruppierungen den Zugang zu dezentralen Produktionsweisen zu erleichtern, etwa indem die Entstehung kooperativer Strukturen für die Erzeugung erneuerbarer Energien (z. B. Windenergie, Solarenergie u. a.) auf lokaler Ebene gefördert wird. Dies würde die Akzeptanz dezentralisierter Produktionsanlagen wie Onshore-Windparks durch die lokale Bevölkerung deutlich erhöhen. Mit der Entwicklung intelligenter Netze und Stromspeichersysteme unter Nutzung der Batterien elektrischer Fahrzeuge könnte jeder Bürger in die Lage versetzt werden, entscheidend dazu beizutragen, erneuerbare Wind- und Solarenergiequellen berechenbarer zu machen. Privatfahrzeuge sind nur 5 % der Zeit im Einsatz, was bedeutet, dass die verbleibenden 95 % zur Speicherung oder Einspeisung von Strom ins Netz genutzt werden könnten, um so eine reibungslose Versorgung sicherzustellen und die Versorgung besser an die schwankende Stromerzeugung anzupassen.

Die politischen Entscheidungsträger müssen darüber nachdenken, wie sie der repräsentativen Demokratie auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene neuen Schwung verleihen können. Denkbar wäre die Förderung einer stärkeren Teilhabe durch den Einsatz der neuen Technologien. Politik ist einer der Bereiche des Lebens, die am wenigsten

von der technologischen Revolution erfasst worden sind, doch diese Revolution bietet Mittel zur Modernisierung der Mechanismen der Demokratie durch die Einführung neuer Formen der Repräsentation und direkten Konsultation.

Die Europäische Union – im neuen demokratischen Zeitalter an vorderster Front

Wie bereits deutlich wurde, steht die Demokratie vor einer zweifachen Herausforderung: Sie muss sich mit Populismus und der wachsenden Macht nichtdemokratischer Staaten im globalen Maßstab abfinden. Dieser Kontext stellt auch eine doppelte Chance dar: den Bürger durch neue Herangehensweisen und bessere Nutzung neuer Technologien wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen und Europas Stärken zur Modernisierung seiner politischen Strukturen und Verfahren zu nutzen.

Die Europäische Union hat angesichts ihrer Vielfalt, Transparenz und ihrer auf der Grundlage von Jahrzehnten der Zusammenarbeit, des Kompromisses, der Koalitionsbildung, des sozialen Dialogs und einer proaktiven und anerkannten Zivilgesellschaft gesammelten politischen Erfahrung den Anspruch auf eine Vorreiterrolle im neuen demokratischen Zeitalter.

Dank der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und einer durch die Nutzung von Big Data besseren Wahrnehmung der Bedürfnisse der Öffentlichkeit sollte es möglich sein, den Menschen größere Verantwortlichkeiten zu übertragen und ihre Entscheidungen als Individuen und Verbraucher zu erleichtern. Diese Frage könnte das Herzstück der Politikplanung auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sein.

Die Modernisierung des Verhältnisses zwischen dem Einzelnen und der Politik ist jedoch eine umso heiklere Angelegenheit, wenn sie auf die Komplexität politischer Systeme und Einzelinteressen stößt. Und dennoch eröffnen sich wieder einmal dank der Technik neue Möglichkeiten: Wahlen und Volksbefragungen werden durch elektronische Abstimmungen erleichtert, es gibt Online-Foren zur Diskussion und Entscheidungsfindung, und Behörden können Informationen wirksamer verbreiten. Auf lokaler Ebene, in Städten und sogar landesweit wird bereits mit der partizipativen Demokratie unter Nutzung dieser Veränderungen experimentiert.

Schlüsselfragen

- Wie kann sichergestellt werden, dass die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern eine wirksame Demokratie vermittelt? Wie kann die Europäische Union in verschiedenen Politikbereichen bessere Ergebnisse erzielen? Wie können die Bürgerinnen und Bürger diese Ergebnisse wahrnehmen?
- Was bringt die zunehmende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure mit sich?
- Wie sollten wir mit der individuellen Stärkung und neuen Möglichkeiten der Politikgestaltung umgehen?
- Wie kann die Europäische Union zu einer Plattform für Experimente und Innovation für die Demokratie des 21. Jahrhunderts werden?

DIE WELTWEITE GEOPOLITISCHE REVOLUTION – HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA

Stärkung der internationalen Rolle der Europäischen Union

Es gibt keinen Grund, warum wir nicht unsere Ziele erreichen und das Gerüst eines vereinten Europas schaffen sollten; eines Europas, dessen moralische Prinzipien von allen Menschen geachtet und anerkannt werden, eines Europas, das so stark ist, dass niemand es wagt, seine Reise in eine friedliche Zukunft aufzuhalten.

Winston Churchill, Straßburg 1949

Der geopolitische Einfluss der Europäischen Union

Obwohl ihr Einfluss relativ gesehen zurückgeht, werden beide Seiten des Atlantiks – Europa und die Vereinigten Staaten – auch weiterhin als Wirtschaftsmächte mit militärischer und technologischer Stärke und Soft Power einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen⁽¹³³⁾. Die Europäische Union stellt zwar nur einen Aspekt Europas dar, allerdings einen zentralen Aspekt, und zwar sowohl als Quelle wirtschaftlichen Wohlstands als auch in ihrer Vorbildfunktion hinsichtlich regelbasierter Integration. Ihr wirtschaftlicher Erfolg wird vor allem von der Dynamik ihres Binnenmarkts⁽¹³⁴⁾, der Konsolidierung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem Zusammenhalt ihrer Mittelschichten abhängen. Einzelnen Mitgliedstaaten der Union weiterhin diplomatischen Einfluss und ein militärisches Gewicht ausüben, was bei der Prävention und Bewältigung regionaler Krisen in bestimmten Fällen eine wichtige, wenn auch nicht entscheidende Rolle spielen könnte.

Es besteht jedoch auch große Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft Europas⁽¹³⁵⁾. Die Abgrenzung Europas ist nicht eindeutig; es besteht kein klarer Konsens darüber, wo die Erweiterung enden soll. Auch die Gefahr, dass der eine oder andere Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen wird, ist nicht auszuschließen. Die Parameter für eine Erweiterung sind natürlich abhängig von der Entwicklung innerhalb der Länder, die die Europäische Union umgeben, doch unionsinterne Faktoren werden eine ebenso entscheidende Rolle spielen, allen voran die Dynamik der europäischen Integration.

Es sind drei Szenarien denkbar: Regression, Aufrechterhaltung des Status quo einer hybriden Union mit einem vorwiegend wirtschaftlichen Integrationsprozess oder Fortschritt in Richtung „Vereinigter Staaten von Europa“. Nach unserer

⁽¹³³⁾ Transatlantic Academy, *Liberal Order in a Post-Western World*, 2014.

⁽¹³⁴⁾ Aus einer CEPII-Studie aus dem Jahr 2011 ging hervor, dass die Beseitigung der verbleibenden Hemmnisse auf dem Binnenmarkt zu einem 14%-Anstieg des jährlichen Einkommens Europas führen würde. Vincent Aussilloux, Charlotte Emlinger und Lionel Fontagné, *What Benefits from Completing the Single Market?* 2011.

⁽¹³⁵⁾ Vgl. insbesondere Europäische Kommission, *Global Europe 2050*, 2012. Von einigen der führenden Experten Europas im Bereich Vorausschau und makroökonomische Modellierung werden drei Szenarien vorgestellt: „niemand interessiert sich“, „die Europäische Union in Gefahr“ und „europäische Wiedergeburt“.

Einschätzung wird die Europäische Union vermutlich auch im Jahr 2030 ihren hybriden Charakter beibehalten.

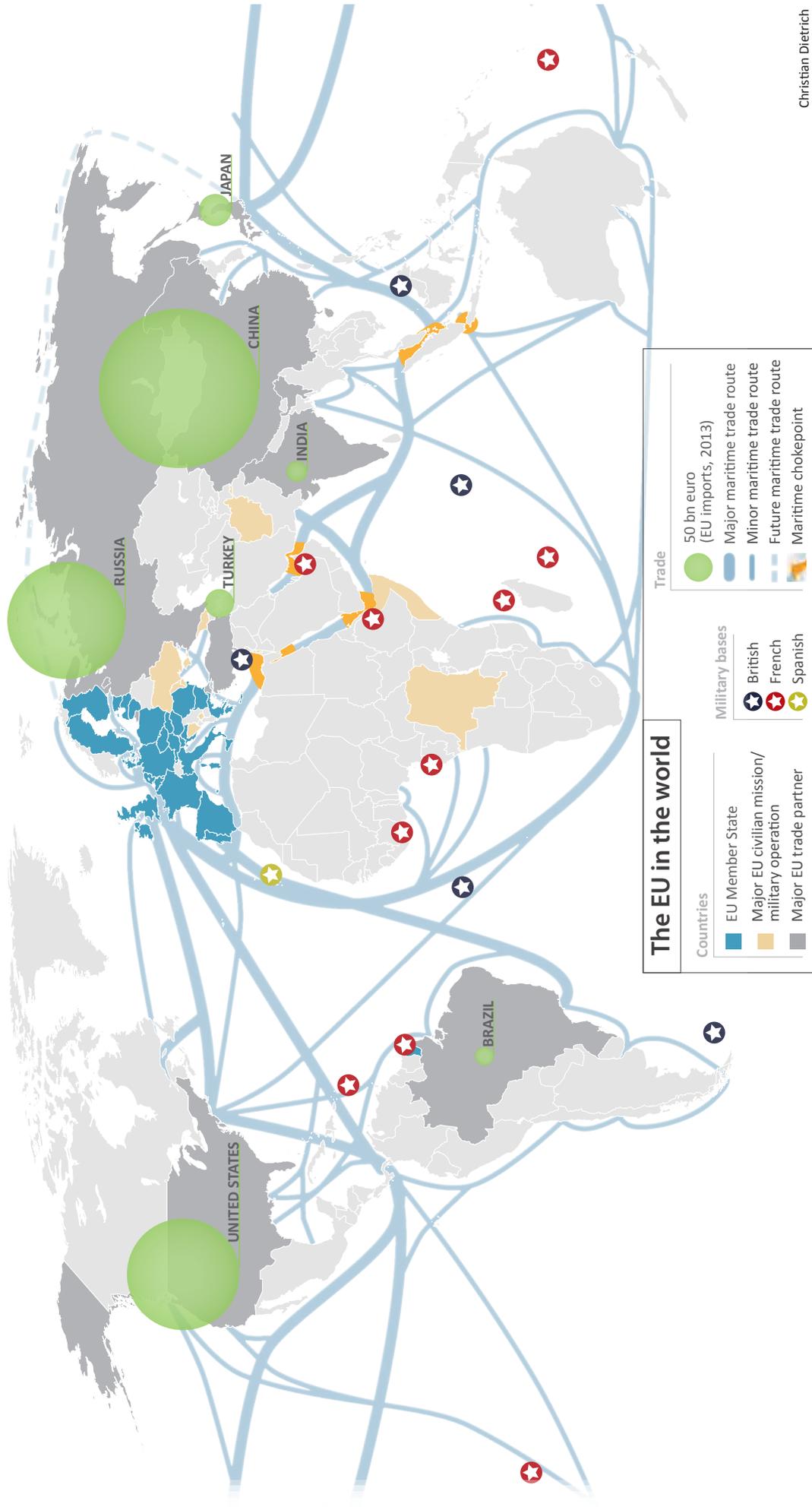
Die Entwicklung in Richtung eines Europas der zwei oder mehr Geschwindigkeiten wird von manchen Seiten als unausweichlich betrachtet. Als Argument wird angeführt, dass eine stärkere Integration des Euroraums geradezu zwangsläufig ist, um die Schwachstellen eines unvollständigen wirtschaftspolitischen Rahmens – wie die jüngste Krise gezeigt hat – anzugehen. Gleichzeitig werden bestimmte Mitgliedstaaten, nicht zuletzt jene außerhalb des Euroraums, Schwierigkeiten haben, den Weg einer „stärker integrierten“ Union weiter zu verfolgen. Der Euroraum dürfte sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht weiterentwickeln. Diese Entwicklung hätte Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums. Gleichzeitig dürften die Debatten über interne Zuwanderung und die Mobilität der Bürger zwischen „neuen“ und „alten“ Mitgliedstaaten – und auch innerhalb dieser Staatengruppen – anhalten. Eine gravierende Zersplitterung würde die Wirtschaft und Gesellschaft der Union und wohl jedes einzelnen Mitgliedstaats, ihr einzelnes und gemeinsames Gewicht auf der Weltbühne und die Wirksamkeit ihrer Außenpolitik mit Sicherheit beeinträchtigen.

Globaler Kontext: eine von größerer Unsicherheit geprägte Welt

Durch die zunehmende Macht der Schwellenländer, angefeuert durch die Globalisierung, verschieben sich die Selbstverständlichkeiten der Welt nach dem Kalten Krieg; einer Welt, in der der Westen nach 1989 die globalen Institutionen dominierte und die globale Agenda vorgab. Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichteten Institutionen werden weiterhin die wesentlichen Instrumente der globalen Zusammenarbeit bleiben, auch wenn im letzten Jahrzehnt kaum Fortschritte im Hinblick auf die zentralen weltweiten Herausforderungen verbucht werden konnten. Bis heute gibt es keine wesentliche Einigung in den Bereichen Klimaschutz, Handel, Finanzen oder bei größeren Konflikten von Darfur bis Syrien.

Die Aussichten auf ein lineares Fortschreiten hin zu mehr Demokratie, offeneren Märkten und einer zunehmend

Abbildung 23: Die Europäische Union in der Welt



friedlichen internationalen Zusammenarbeit scheinen zu schwinden und dürften auch 2030 kein vorherrschendes Paradigma sein. Die Allgemeingültigkeit der durch den Westen bestimmten Werte wird zunehmend hinterfragt.

Durch die langfristige Schwächung des multilateralen Systems, die sich bis 2030 fortsetzen könnte, wird an die Stelle von Prozessen zur Konfliktbeilegung und der Festlegung gemeinsamer Regeln und Disziplinen erneut ein prekäres Machtgleichgewicht ins Zentrum rücken.

Doch diesmal werden die Herausforderungen komplexer sein, miteinander in Zusammenhang stehen und sich mit rapider Geschwindigkeit ändern. Der verhältnismäßige Rückgang der Macht der Vereinigten Staaten dürfte sich fortsetzen – und damit ihre Bemühungen um eine Bündelung ihrer Macht durch ihren Schwenk nach Asien. Die Zunahme politischer Spannungen in Asien, dem Nahen Osten und Europa könnte eine umfassende Neuordnung um Russland, China und einige Länder des Nahen Ostens und Südamerikas zur Folge haben. Während diese Staatengruppe bei vielen Herausforderungen über keine ausreichende Geschlossenheit verfügen wird, könnte sie ein zunehmend konsequentes und kraftvolles Gegengewicht zu den politischen Initiativen des Westens darstellen.

Diese Situation könnte zu vermehrten Spannungen führen und sich zu einem zunehmend strukturellen Tauziehen zwischen Blöcken entwickeln. Eine solche Konfrontation könnte zu kleineren regionalen Konflikten mutieren, die zwar nicht in einen industriellen Krieg ausarten werden, aber die weltweite politische, wirtschaftliche und finanzielle Stabilität weiter beeinträchtigen werden. Die Europäische Union könnte sich im Auge eines Zyklons der Unruhen befinden, unfähig, Europa vor externen Problemen zu schützen, und mit einem begrenzten Arsenal an Strategien und Hilfsmitteln, um Stabilität über ihre Grenzen hinaus zu projizieren. Ihre Belastbarkeit und Geschlossenheit wird auf die Probe gestellt werden, da sie zeitgleich auf regionale und globale Herausforderungen und deren unmittelbare Auswirkungen treffen wird. Zweideutige, langsame und nachlässige Reaktionen werden nicht mehr ausreichen, um stärkeren bzw. asymmetrischen Kräften zu begegnen.

Der globale Charakter der geopolitischen Interessen der Europäischen Union

Das Bewusstsein der Europäischen Union für ihre globalen Interessen hat sich in der jüngsten Vergangenheit verstärkt und schlägt sich in der zunehmenden Bedeutung der Außenpolitik in den Verträgen der Union seit Maastricht nieder, insbesondere in der Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Die Mitgliedstaaten sind sich mehr denn je darüber im Klaren, dass gemeinsame Standpunkte und eine gemeinsame Stimme einen Unterschied auf der Weltbühne bewirken können.

Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union auf internationaler Ebene einen klaren Zielfahrplan gesteckt, der auf demokratischen Werten, Friedensförderung und

Verteidigung der Interessen der Union beruht⁽¹³⁶⁾. Bisher hat dieser Vertrag allerdings nur unvollständige Ergebnisse hervorgebracht: Die eingeführten Maßnahmen zur Krisenbewältigung und die außenpolitischen Positionen werden zum Großteil nach wie vor von nationalen Interessen dominiert, was häufig darin mündet, den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen unterschiedlichen Standpunkten zu finden.

Darüber hinaus verfügt die Europäische Union nach wie vor über keine globale, umfassende und operative Herangehensweise für Außenbeziehungen, etwa im Bereich Energiesicherheit. Aus den folgenden Gründen wird eine globale Vision immer wichtiger:

- Die Handelspolitik wird immer stärker „geopolitisiert“.
- Die Fragilität zerfallender Staaten wirkt sich zunehmend auf Europas eigene Sicherheit aus – die weite Verbreitung dieser Staaten stellt darüber hinaus auch den Haushalt der Union vor Herausforderungen, da über die Hälfte der Entwicklungsgelder der Union für diese Länder vorgesehen ist.
- Die Fragen der Entwicklung und Nachhaltigkeit schließen sich aneinander an: so geschehen bei der Post-2015-Agenda und der Zusammenführung der UN-Prozesse von Rio und Monterrey für nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung extremer Armut.

Es könnten auch bestimmte unterschätzte Aspekte des Einflusses und der Macht der Europäischen Union entwickelt werden, etwa im Bereich der maritimen Sicherheit. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union machen mit 25 Mio. km² zusammen die weltgrößte ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) aus, einschließlich 6 Mio. km² in der Asien-Pazifik-Region sowie zahlreicher militärischer und wissenschaftlicher Stützpunkte in allen drei Weltmeeren.

Bis 2030 sollten die strategischen Interessen der Union wohl deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, da die Union aufgrund von Fragmentierung und globaler Unsicherheit gezwungen sein könnte, größere Verantwortung für ihre Sicherheit und möglicherweise ihre Verteidigung zu übernehmen.

Herausforderung 1: Turbulenzen und Chaos in unseren Nachbarländern

Die östlichen Nachbarländer: Auseinandersetzung mit Russlands Ambitionen

Östlich der Union treffen Versuche der Entwicklung eines gemeinsamen Bereichs der Stabilität, des Wohlstands, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den Ländern zwischen der Union und Russland auf ausgeprägten Widerstand vonseiten Russlands. Russland will sich als eigener Pol, als Gegengewicht zur Europäischen Union etablieren und den eurasischen Raum auf der Grundlage seiner eigenen Interessen und Werte gestalten. In Anbetracht seiner wirtschaftlichen Schwäche ist offen, ob Russland mit seinem eurasischen

⁽¹³⁶⁾ Vgl. insbesondere Artikel 21 und Kapitel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV).

Abbildung 24: Weltkarte der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Europäischen Union



Die EU-Mitgliedstaaten, Regionen in äußerster Randlage und ihre AWZ

Quelle: BEPA.

Projekt Erfolg haben wird – doch unabhängig davon wird dieses Projekt erhebliche Auswirkungen auf die Beziehungen Russlands mit der Europäischen Union haben.

Was die Ukraine betrifft, dürfte sich das Tauziehen innerhalb des Landes sowie zwischen Russland und dem Westen fortsetzen. Die Verhaltensmuster Russlands scheinen darauf hinzudeuten, dass das Land entschlossen ist, seine Hebel der Macht einzusetzen, um dafür zu sorgen, dass die Ukraine fest unter russischem Einfluss verbleibt. Russland könnte durch das Verharren auf seinem Recht, russische Minderheiten in anderen Gebieten der Region, unter anderem in den baltischen Staaten der Europäischen Union, zu „schützen“, den Druck auf die Europäische Union weiter verstärken und die Beziehungen weiter anspannen. Dies könnte auch Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Union haben – denn jede Wahrnehmung, dass Rufe nach verstärkter Solidarität der Europäischen Union nicht erfüllt werden, könnte sowohl das Selbstbewusstsein bestimmter Mitgliedstaaten als auch die externe Wahrnehmung des Gemeinwillens der Union untergraben. Ein Stopp der Gaslieferungen ist durchaus denkbar. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen könnten weiter erodieren, da sowohl Russland als auch die Union neue Abnehmer für ihre Waren finden müssten und so ihre strukturelle Trennung weiter untermauern würden. Russland wird ferner versuchen, seinen traditionellen Einfluss auf dem Balkan aufrechtzuerhalten und womöglich zu verstärken.

Die Krise könnte daher den Anfang eines neuen geopolitischen Zeitalters markieren, in dem auf Russland bei globalen Fragen kaum gezählt werden kann und Schwellenländer sich neu positionieren. Russland hat bereits Schritte unternommen, um seine Beziehungen mit China zu stärken, unter anderem durch die Bereitstellung von Energie zu günstigen Bedingungen. Die jüngste Vereinbarung über die Gründung einer Entwicklungsbank für die BRICS-Staaten mit einem

Kapital von 100 Mrd. USD und einer Reserve von weiteren 100 Mrd. USD weist auf eine drohende Herausforderung der bestehenden globalen „westlichen“ Institutionen, des IWF und der Weltbank, hin. Durch die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen dürfte sich die ordnungspolitische Kluft zwischen dem Ausmaß der globalen Herausforderungen und der Fähigkeit zur Vereinbarung ausreichender gemeinschaftlicher Antworten vergrößern.

Die südlichen Nachbarländer und darüber hinaus: Schauplatz für weitere Unruhen

Südlich und südöstlich der Union befinden sich zahlreiche Länder in einem prekären Zustand. Außerdem gibt es in der Region vielfache Quellen der Instabilität. Die wichtigste Herausforderung wird darin bestehen, die Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden zwischen den entscheidenden Akteuren der Region – der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und Israel – zu schaffen und sich für ein gewisses Maß an Kooperation zwischen diesen Staaten einzusetzen, damit sich die Region dank verbesserter Regierungsführung, wirtschaftlichen Wohlstands und sozialer Entwicklung stabilisieren kann.

In den letzten zehn Jahren gab es größere und oft gewaltsame Veränderungen, die die Führungsstrukturen vieler Staaten und in einigen Staaten sogar die territoriale Integrität stark beeinträchtigt haben. Von Somalia über den Sudan und die Zentralafrikanische Republik bis hin zu Nordnigeria, Mali und Algerien und über Libyen, Ägypten und Syrien bis zum Irak – die staatlichen Einrichtungen sind entweder schon zerfallen oder werden immer schwächer.

Während der Wunsch nach Rechenschaftspflicht und Wandel – Auslöser der Volksbewegungen von 2011 – größtenteils weiterhin besteht und den Boden für weitere Unruhen im Volk bereitet, steigt die Gefahr der Radikalisierung und des gewaltsamen Extremismus. Hierzu trägt auch der Wettstreit

zwischen zwei wesentlichen regionalen Akteuren bei, Saudi-Arabien und Iran, der die Kluft zwischen Sunniten und Schiiten verschärft und den Spielraum für politische Mäßigung in der Region eingeengt hat.

Zusätzlich macht die Zusammenballung der Auswirkungen des Klimawandels, der Demografie und der fast regionsweit schwachen und korrupten Führungsstrukturen die gesamte Region zu einem Pulverfass, das von vielen Enden entzündet werden und einen größeren Flächenbrand auslösen könnte.

Der relative Einfluss der Union wird vermutlich zurückgehen: Zusätzlich zu der zunehmenden Einbindung nichtwestlicher Akteure wie Russland und China hat die Befähigung der Bürger zu einer geringeren Toleranz gegenüber Machtmissbrauch im eigenen Land, aber auch zu einer geringeren Akzeptanz extern gesetzter Konditionen geführt.

Bürgerkrieg und innerstaatliche Konflikte

Bürgerkriege und innerstaatliche Konflikte sind immer häufiger zu beobachten und betreffen unter anderem Syrien, den Irak, den Südsudan und Jemen. Die Zentralafrikanische Republik und Mali befinden sich in einem fragilen Nachkriegszustand: Ein militärischer Konflikt im großen Maßstab zwischen verfeindeten Gruppen konnte kurzfristig zwar abgewehrt werden, die politischen Friedensprozesse sind allerdings alles andere als selbsterhaltend. Libyen könnte mit seinen in Machtkämpfe verstrickten Milizen und den Bemühungen Al-Qaidas um den Ausbau seiner Kapazität und seiner Netzwerke noch viele Jahre zur Instabilität der Region beitragen. Waffenexporte aus dem Land haben Konflikte vom Sinai bis Mali entfacht, und das Land ist der größte Abfahrts- und illegaler Wirtschaftsmigranten auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa.

Fragile Regime

Tunesien nach der Revolution gilt vielen als die größte Hoffnung auf ein fortschrittliches Modell, das die konkurrierenden Ansprüche von Islamisten und säkularen Liberalen in ein Gleichgewicht bringen könnte. Die Gemäßigten wurden bei den Wahlen im Jahr 2014 stärkste Kraft, doch angesichts von Gewaltandrohungen der radikalen Flügel und Al-Qaida-Schwesterorganisationen nahe der Grenze bestehen nach wie vor Herausforderungen. Der Erfolg ist alles andere als sicher.

Ägypten wird trotz einer kurzen verhältnismäßigen Stabilisierung in der nächsten Amtsperiode einem erheblichen destabilisierenden Druck in Form einer rückläufigen Wirtschaft, einer instabilen gesellschaftlichen Situation und einer ausgeprägten Polarisierung hinsichtlich des Durchgreifens gegen die Muslimbrüder ausgesetzt sein. Die Muslimbrüder selbst werden trotz einer kurzzeitigen Schwächung auf lange Sicht noch von sich hören lassen und Unterstützung über soziale Unterstützungsprogramme auf lokaler Ebene gewinnen. Die Sicherheitslage wird durch dschihadistische Gruppen infrage gestellt werden: Derzeit befindet sich ein großer Teil des Sinai außerhalb staatlicher Kontrolle. Aufgrund seiner Lage, Größe, seines kulturellen Einflusses und seiner Beziehungen spielt Ägypten im Nahen Osten eine zentrale Rolle. Eine deutliche Destabilisierung des Landes oder gar Schlimmeres hätte strategische Auswirkungen auf

die gesamte Region einschließlich Israels Sicherheit und des Niveaus des US-Engagements.

Was andere Länder der arabischen Welt betrifft, so ist die Zukunft Saudi-Arabiens unsicher. Die Frage zur politischen Nachfolge bleibt offen. Trotz verstärkter Zahlungen an große Teile der Bevölkerung nach den ersten arabischen Erhebungen herrschen nach wie vor erhebliche Armut und Unzufriedenheit. Jordanien und der Libanon weisen komplexe interne politische und gesellschaftliche Milieus auf, in denen große Flüchtlingspopulationen für Instabilität sorgen. Die wirtschaftliche Situation in Algerien und Marokko und die Wahrnehmung politischer Stagnation nähren Empfindungen der Frustration, insbesondere unter den Millionen junger urbaner Menschen. Diese Gefühle sind zwar bis jetzt gemäßigt, werden ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum und gerechtere politische Führungsstrukturen allerdings bestehen bleiben.

Regionale „Game-Changer“

Ein durch internationale Vermittlung zustande gekommenes Nuklearabkommen mit dem Iran hätte zahlreiche Nebenwirkungen. Viel hängt davon ab, wie dieses Abkommen von den Nachbarstaaten Irans aufgenommen wird, sowie von Irans Verhalten an anderen Schauplätzen. Ein Abkommen könnte durchaus einen positiven Wandel des Verhältnisses zwischen dem Iran und seinen Nachbarn bewirken, wovon mit der Zeit generell alle Beteiligten und insbesondere der Iran selbst profitieren würden. Langwierige Verhandlungen, ein als schlechtes Geschäft wahrgenommenes Abkommen oder im schlimmsten Fall überhaupt keine Vereinbarung hätten fortgesetzte Spannungen zur Folge – und würden die Gefahr erhöhen, dass Israel zu gegebener Zeit das iranische Atomprogramm mit militärischen Mitteln zu beeinträchtigen versucht, was ernsthafte Risiken für eine umfassende Konfrontation in der Region zur Folge hätte.

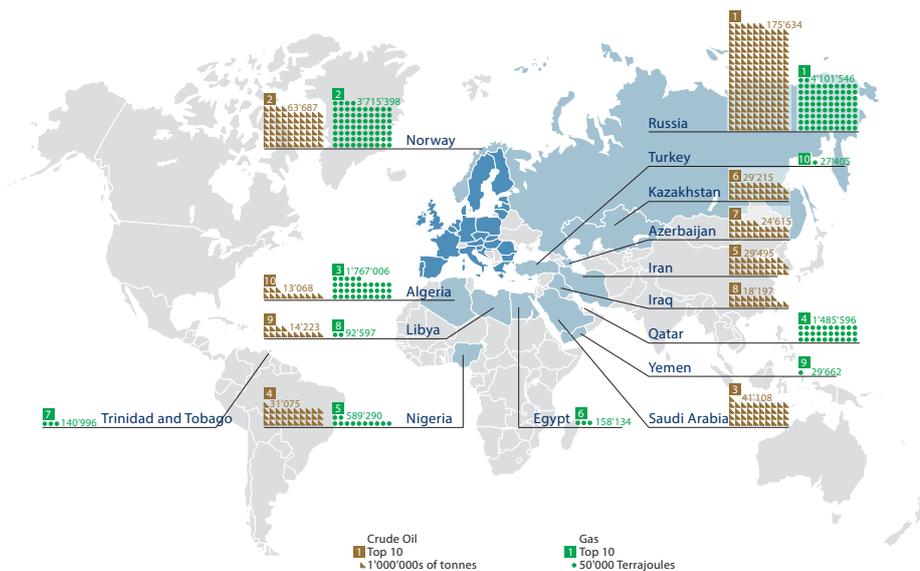
Was die unmittelbare Zukunft betrifft, ist im Nahost-Friedensprozess eine weitere Frist verstrichen – und es zeichnen sich angesichts erneuter Zusammenstöße zwischen Israel und der Hamas in Gaza und erhöhter Spannungen im Westjordanland keine Fortschritte in absehbarer Zeit ab. Zwar mag dieser alte Konflikt angesichts der arabischen Revolutionen und dem Krieg in Syrien etwas aus dem Blickfeld der Staaten der Region gerückt sein, doch gleichzeitig hat sich durch diese jüngsten Ereignisse die Gefahr erhöht, dass Israel sich möglicherweise mehreren feindlichen islamistischen Regimen bzw. nichtstaatlichen Akteuren in der näheren und weiteren Nachbarschaft ausgesetzt sehen wird. Jede maßgebliche Konfrontation würde unweigerlich die Vereinigten Staaten betreffen und den Druck auf die Europäische Union erhöhen, ihr Engagement in der Region auszuweiten.

Unmittelbare und längerfristige Risiken für Europa

Derzeit verzeichnen die benachbarten Regionen der Europäischen Union bereits eine höhere Anzahl Flüchtlinge als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Das weltweite System der humanitären Hilfe scheint an seine Grenzen zu stoßen. In Anbetracht der politischen Entwicklungen sind weitere Einwanderungswellen Richtung Europa zu erwarten. Dschihadistische Terrorvereinigungen und Al-Qaida sind nach wie vor aktiv; viele der über 2 000 europäischen ausländischen

Abbildung 25: Die wichtigsten externen Energielieferanten der EU, 2011

Top 10 External suppliers to the EU, 2011.



Source: Eurostat

Quelle: Iana Dreyer und Gerald Stang: „Energy moves and power shifts: EU foreign policy and global energy security“. Bericht Nr. 18, EUISS, Paris, Februar 2014.

Kämpfer in Syrien könnten zurückkehren – mit unmittelbaren und verheerenden Auswirkungen für die Sicherheit. Durch die Ausbreitung von Gewalt würden sich auch die bestehenden Spannungen unter den muslimischen Bevölkerungsgruppen in wichtigen Mitgliedstaaten Europas verschärfen. Der sunnitisch-schiitische Konflikt könnte durchaus einen Dominoeffekt auf die innere Sicherheit in der Union ausüben, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass es bis 2030 58 Millionen Muslime in der Europäischen Union – etwa 8 % der Bevölkerung – geben wird.

Klimawandel, Krieg, Hungersnöte und scheiternde Staaten – insbesondere der Zusammenbruch eines entscheidenden Akteurs im Nahen Osten – könnten einen sprunghaften Anstieg der Migrationsströme mit möglicherweise drastischen Folgen nach sich ziehen⁽¹³⁷⁾. Alle diese Kräfte könnten den innenpolitischen Druck auf die Union erhöhen, ihre Außengrenzen gegen legale und illegale Migrantenströme eindeutiger zu befestigen. Die Richtung, in welche die Debatte auf längere Sicht gehen soll, ist offen, doch weitere Einschränkungen der Zuwanderung könnten die Beziehungen zwischen der Union und den Staaten der MENA-Region durchaus beeinträchtigen.

Herausforderung 2: Sicherheit der Energieversorgung und Transportwege

Die zunehmende Energieunabhängigkeit der Vereinigten Staaten wird der anhaltenden Abhängigkeit Europas von Energieimporten gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund

kommt den instabilen südlichen und östlichen Nachbarländern der Union eine enorme Bedeutung für die Energieversorgung Europas zu, denn sie verfügen über 60 % der nachgewiesenen globalen Ölvorkommen und 80 % der nachgewiesenen Gasvorkommen. Durch die Energieautarkie der USA wird sich zwischen deren Industrie und jener der EU eine Kluft der Wettbewerbsfähigkeit auftun; dies wird insbesondere bei der energieintensiven Schwerindustrie zu spüren sein. Auch wenn sich die Kluft zwischen den beiden Kontinenten in Zukunft schließen sollte, besteht die Gefahr einer Verlagerung großer Teile der entsprechenden Industrien, insbesondere der energieintensiven Veredelung und Chemie-Industrie, auf die andere Seite des Atlantiks.

Die Versorgungssicherheit wird auch künftig von Energie-transport-, Verteilungs- und Speicherungsinfrastrukturen abhängen, die den flexiblen Zugriff auf Märkte ermöglichen und so Risiken im Zusammenhang mit einem bestimmten Lieferanten beseitigen. Es gibt zahlreiche erhebliche und verschiedenartige Risiken, die nur schwer zu verringern sind. So sind sowohl der Lieferstopp eines Lieferanten als auch Druckmittel auf Europa als auch Angriffe mit terroristischem Hintergrund auf die Infrastruktur denkbar. Die Versorgung Europas könnte außerdem durch das größere Risiko einer globalen Versorgungsunsicherheit beeinträchtigt werden. Ein klassisches Paradebeispiel hierfür ist die potenzielle Kontrolle der Straße von Hormus – durch die nach wie vor fast ein Drittel der weltweit auf See beförderten Ölvorkommen transportiert wird – durch eine den europäischen Interessen, etwa infolge eines Konflikts im Nahen Osten, feindselig gegenüberstehende Macht.

Die meisten Energiequellen weisen hinsichtlich der Versorgungssicherheit Schwachstellen auf. Die Ausfuhr von Schiefergas aus den Vereinigten Staaten in die Europäische Union und der Ausbau von Infrastrukturen in der Union zur

⁽¹³⁷⁾ Die größte Pandemie des 20. Jahrhunderts, die Spanische Grippe von 1918, wurde durch die Demobilisierung von Millionen Soldaten des Massenheeres Ende des Ersten Weltkriegs verbreitet; ihr fielen im ersten Jahr bis zu 50 Millionen Menschen zum Opfer. Vgl. insbesondere Ian Morris, *Why the West Rules – for Now: The Patterns of History and What They Reveal About the Future*, 2011.

Nutzung ihrer eigenen Reserven könnten zu einer Diversifizierung der Bezugsquellen der Union und damit einer geringeren Abhängigkeit von herkömmlichen Lieferanten, insbesondere Russland, führen. Der Ausbau der Erdgaspipelines im südlichen Korridor aus dem Kaspischen Meer, die ab 2018 in Betrieb genommen werden dürften, sollte den Wettbewerb weiter ankurbeln und Versorgungsrisiken mit Gas vermindern. Der Ölmarkt ist global, doch sein Schwachpunkt liegt bei verengten Transitstellen wie der Straße von Hormus oder dem Suezkanal. Der Kohlemarkt ist global und kann einfacher umorganisiert werden, um lokale Probleme zu beheben. Uran stammt aus einer verhältnismäßig begrenzten Anzahl von Quellen, die sich zuweilen in instabilen Regionen befinden; hier könnte zum Schutz der Versorgungssicherheit der schnelle Einsatz militärischer Streitkräfte erforderlich sein. Vor diesem komplexen Hintergrund erscheinen erneuerbare Energieträger als wichtige Quelle der Diversifizierung.

Herausforderung 3: Viele Facetten der Zuwanderung

Der Aufstieg der weltweiten Mittelschicht und die Ausbreitung von Kommunikationstechnologien dürften einen weltweiten Anstieg verschiedener Formen der menschlichen Mobilität bewirken: berufliche Mobilität, zirkuläre Migration und kurzzeitige Migration neben herkömmlichen Siedlungsmustern der Einwanderung. Wie erwähnt, könnten der Zuwanderungsdruck auf die Union aus den südlichen Nachbarländern, unter anderem durch Flüchtlinge, und die damit verbundenen Sicherheitsrisiken kurzfristig durchaus weiter ansteigen. Langfristig dürfte sich die globale Arbeitskräftewanderung entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung, demografischen Veränderungen und politischer Instabilität jedoch ändern. Eine insgesamt rückläufige Süd-Nord-Migration weist darauf hin, dass Westeuropa als bevorzugter Zielort von Migranten an Beliebtheit eingebüßt hat⁽¹³⁸⁾. Migrationstrends könnten darauf hinweisen, dass neue Konkurrenzregionen in Asien und Südamerika, die qualifizierten Arbeitskräften attraktive alternative Zielorte bieten, Europa im „globalen Wettlauf um Talente“ bei der Zuwanderung abhängen. Ferner könnte auch die Zahl der europäischen Auswanderer ansteigen, die sich im Ausland neue Berufschancen und eine alternative Lebensführung erhoffen.

Die Zuwanderungspolitik der Union für die Zeit bis 2030 wird umgestaltet werden müssen, um dieser neuen Situation, die auch Auswirkungen auf die entstehenden Arbeitsmarkterfordernisse der europäischen Wirtschaft haben wird, Rechnung zu tragen. Anderenfalls wird die Union Schwierigkeiten haben, die Zusammenhänge zwischen Humankapital, Migration, Beschäftigung und wirtschaftlicher Entwicklung nutzbar zu machen. Die derzeitigen kurzfristig angelegten und sicherheitsorientierten Maßnahmen reichen möglicherweise nicht aus.

Ihre Fähigkeit hierzu könnte jedoch durch die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen aufs Spiel gesetzt werden. Zunehmender Populismus und Ungleichheiten könnten dazu führen, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten Einwanderern – qualifiziert oder nicht – immer ablehnender

gegenüberstehen, und dies trotz eines zu erwartenden Arbeitskräftemangels infolge des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung.

Koordinierte Maßnahmen zur Artikulation der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorteile von Migration und Mobilität müssen daher mit einer gemeinsamen, fairen und wirksamen Sicherheitspolitik einhergehen.

Leben mit religiöser Vielfalt

Angesichts des demografischen Wandels und des Anstiegs der Zuwanderung nach Europa in den vergangenen Jahrhunderten rückt die Bedeutung der Religion, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als schwindend galt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut ins Blickfeld. Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington waren nur ein Ausdruck dieser Tendenz. Während sich die überwiegende Mehrheit der Muslime auf eine friedliche Form ihrer Religion beruft, könnten islamistische Extremisten auch weiterhin eine zunehmende Bedrohung für westliche Gesellschaften darstellen. Die Anwerbung von westlichen Muslimen und Konvertiten für den sogenannten religiösen Kampf im Nahen Osten und deren Rückkehr als Radikalisierte werden weiterhin ernsthafte Probleme darstellen.

Länder mit einem hohen Anteil an Zuwanderern mit einer anderen als der im Land etablierten Religionszugehörigkeit werden ihre Zuwanderungspolitik verstärken, um einen gesellschaftlichen Konsens des „Zusammenlebens“ aufrechtzuerhalten. Dies wird insbesondere Europa und die Vereinigten Staaten vor eine Herausforderung stellen. Es müssen unter vollständiger Achtung der Religions- und Glaubensfreiheit, aber auch mit Respekt für die zahlreichen Menschen ohne Glaubenszugehörigkeit, die nicht von Religion geprägt werden möchten, neue Wege gefunden werden, mit verschiedenen Glaubensrichtungen und den entsprechenden Ansichten zum sozialen Konsens in weitgehend säkularen Gesellschaften und Staatssystemen umzugehen.

Im Hinblick auf die Beziehungen zu den Nachbarländern der Union werden bei der Gestaltung der europäischen Außenpolitik neben den herkömmlichen geopolitischen, wirtschaftlichen und weiteren strategischen Betrachtungen auch religiöse Fragen berücksichtigt werden müssen, wenn um Europa ein „Freundesring“ – und kein „Feuerring“ – gebildet werden soll.

Herausforderung 4: Bedarf an erneuerter Soft Power

Mehrere Jahrhunderte lang waren die Augen der Welt auf Europa gerichtet: als beherrschende Kraft und Wiege der industriellen Revolution, Menschenrechte und Demokratie oder sogar als entscheidender Faktor im Machtkampf zwischen Ost und West während des Kalten Kriegs. „Negative“ Ursachen wie Führungsschwäche, schwaches Wirtschaftswachstum und Druck aus den Nachbarstaaten sowie die rapide Entwicklung der übrigen Welt könnten dazu führen, dass Europa in Zukunft schrittweise ins Hintertreffen gerät und auf internationaler Ebene relativ, wenn auch keineswegs absolut an Bedeutung einbüßt.

Die zentrale Frage ist, ob Europa in der Lage sein wird, seinen Einfluss aufrechtzuerhalten und die Welt der Zukunft

⁽¹³⁸⁾ CEPS-Bericht für ESPAS, 2013.

Bestandsaufnahme der Handelsbeziehungen bis 2030

Da die Aushandlung und die vollständige Umsetzung eines Handelsabkommens mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen, wird das Handelsumfeld der Union im Jahr 2030 in erster Linie von der Tagesordnung der aktuellen Verhandlungen abhängen (vgl. folgende Tabelle). **2030 dürfte die Europäische Union den Mittelpunkt des im Hinblick auf die Größe der Partnerstaaten (Vereinigte Staaten, Japan, Indien, Mercosur, Kanada usw.), die Anzahl der Abkommen und den Umfang ihrer Ziele (Senkung der Zölle und ordnungspolitischen Hindernisse) engsten Geflechts von Handelsabkommen der Welt bilden.**

Doch darüber hinaus wird sich die Union einer Reihe von wesentlichen politischen Fragen in Bezug auf neue Ausrichtungen gegenübersehen. Vier Entscheidungen werden von besonderer Bedeutung sein: Sie betreffen die Welthandelsorganisation (WTO), China, Russland und Afrika.

- **Die mögliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen könnte auf dem Plan stehen, insbesondere wenn die Doha-Runde im nächsten Jahrzehnt zum Abschluss kommt.** Eine der Prioritäten der Union wäre die Aufstellung einer neuen Tagesordnung mit Fragen, die für die Globalisierung von grundlegender Bedeutung sind, wie Wettbewerb, staatliche Unterstützung und Dienstleistungen.
- **China wird von den meisten Analysten als der Markt mit dem größten Wachstumspotenzial für Europa**

bezeichnet. Unter den Ländern mit einem hohen Potenzial für bilaterale Verhandlungen und Investitionen sticht China aufgrund der großen Hindernisse für den Eintritt ausländischer Unternehmen in den chinesischen Markt besonders hervor.

- Neben den Bemühungen zur Lösung der zahlreichen Handelsstreitigkeiten wäre die **Fortsetzung der Verhandlungen mit Russland oder gar der Eurasischen Wirtschaftsunion** ein Meilenstein bei der Stabilisierung der ganzen Region bis 2030. Neben rein wirtschaftlichen Interessen **wird die Beziehung zu Russland aufgrund geopolitischer Gründe wichtiger,** hervorhebenswert sind hier die Verknüpfung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, Energiefragen und Herausforderungen bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft.
- **Afrika könnte in der Handelspolitik Europas höchste Priorität einnehmen.** Ein wirtschaftlicher Aufschwung des Afrikas nördlich oder südlich der Sahara könnte zu einer radikalen Änderung der Herangehensweise Europas an diese Regionen führen: Entwicklungsziele würden schrittweise durch wirtschaftliche Interessen im Zusammenhang mit Marktzugang und wirtschaftlicher Integration ersetzt werden. Somit könnten bis 2030 in Subsahara-Afrika ehrgeizige bilaterale Verhandlungen mit vielversprechenden Ländern wie Nigeria, Angola, Kenia und der Demokratischen Republik Kongo aufgenommen werden. Was die Länder des südlichen Mittelmeers betrifft, könnte die Einrichtung einer Freihandelszone – eine Art „Euro-Mittelmeer-NAFTA“ – auf dem Plan stehen.

Die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen – Chancen Europas im Hinblick auf BIP, Ausfuhren und Beschäftigung

	USA	Japan	Kanada	ASEAN	Indien	Mercosur	Investitionen China	Summe	Produktivitätseffekt	Summe (einschl. Produktivitätseffekt)	Arbeitsplätze (1 000)	Der Vollständigkeit halber: Korea
BIP (%)	0,52	0,34	0,08	0,035	0,03	0,17	0,03	1,2	0,8	2,0		0,075
(Mrd. EUR)	65,7	42,9	10,1	4,4	3,8	21,5	3,8	152,2	103,1	255,3		9,5
Ausfuhren gesamt (%)	1,40	1,20	0,69	1,60	0,55	0,65	0,07	6,2			2164	1,20
(Mrd. EUR)	29,4	25,2	14,6	33,7	11,6	13,7	4,1	129,6				25,2
Einfuhren gesamt (%)	1,35	1,20	0,39	1,40	0,55	0,66	0,06	5,6				1,10
(Mrd. EUR)	29,0	25,8	6,0	30,1	11,8	14,2	1,3	118,2				23,6

Quelle: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: „External sources of growth – Progress report on European Union trade and investment relationships with key economic partners“ (Externe Wachstumsquellen – Fortschrittsbericht über die Handels- und Investitionsbeziehungen der EU zu wichtigen Wirtschaftspartnern), Juli 2012.

weiterhin mitzugestalten. Trotz seines demografischen Rückgangs wird Europa auch in der Welt von morgen zählen. Die Europäische Union wird mit 450 Millionen Einwohnern bis 2050 nach wie vor die nach China und Indien bevölkerungsreichste Region der Welt sein. Die Bevölkerung der Union wird die der Vereinigten Staaten übertreffen, auch wenn sich die Lücke durch den Bevölkerungsanstieg der USA von 300 Millionen auf 400 Millionen Einwohner schließen wird. Europa kann sich bei der Entwicklung von Beziehungen von einzigartiger Offenheit mit dem Rest der Welt ferner auf seine besonderen politischen und sozialen Erfahrungen verlassen, denn das Bewusstsein für kulturelle Vielfalt und die historische Tiefe geopolitischer Angelegenheiten ist in Europa in gewisser Hinsicht ausgeprägter als bei anderen entscheidenden Akteuren der Weltbühne.

Seit 1945 beruht die Verteidigung der Interessen der Union auf zwei Säulen: der Übertragung ihrer ultimativen Sicherheit an die Vereinigten Staaten, insbesondere durch die NATO, und der Investition in das multilaterale System durch die Gestaltung internationaler Regeln und die Stabilisierung ihrer Nachbarschaft durch Entwicklung ihrer „Soft Power“. In diesem Bereich ist die Europäische Union unübertroffen und wird auch weiterhin ein starker und anerkannter Akteur bleiben.

Durch ihr Gewicht und ihren Einfluss wird die Union auch künftig eine „Soft Power“ erster Ordnung bleiben. In den Bereichen Handel, Investitionen und Entwicklungshilfe hat die Europäische Union den Spitzenplatz eingenommen. Ihre Standards gelten als internationale Richtwerte, genau wie ihre Fähigkeit, ihre Werte international zu vertreten. Der Euro ist die weltweit am zweithäufigsten verwendete Währung für Devisenreserven.

Die Fähigkeit der Union, ihre Werte international zu vertreten und auf externe Märkte zuzugreifen, wird weiterhin von wesentlicher Bedeutung sein, wenn sie die Chancen der im Entstehen begriffenen Welt ergreifen will: 2030 werden Schwellenländer die Hälfte des Weltverbrauchs ausmachen. Was Nordamerika betrifft, besteht die Herausforderung, zwei der drei globalen Kräfte zu integrieren. Im Hinblick auf China ist für einen besseren Zugang zu einem Markt zu sorgen, der vermutlich der größte der Welt werden wird. Mit Subsahara-Afrika muss eine faire Partnerschaft sichergestellt werden, um einen für beide Seiten profitablen Nutzen aus dem dynamischen Wachstum der Region zu ziehen. Und schließlich besteht in Nordafrika, dem Nahen Osten und Osteuropa die Aufgabe, eine Zone der Stabilität und soliden Regierungsführung zu etablieren, um langfristig den Weg für eine für alle Seiten günstige wirtschaftliche und soziale Integration zu ebneten.

Doch die Veränderungen auf der Weltbühne werden politische Korrekturen erfordern. So haben sich etwa die Rahmenbedingungen im Bereich Entwicklungshilfe geändert: zum einen durch den Aufstieg Chinas zum Global Player, das mit einer direkt für die Regierungen bestimmten gebundenen Entwicklungshilfe ohne demokratische Konditionalität einen anderen Ansatz als „traditionelle“ Akteure verfolgt, und zum anderen aufgrund sich wandelnder Wachstumsmuster und erhöhter Risiken für die am meisten benachteiligten Länder.

Will die Union weiterhin Einfluss auf ihr Schicksal nehmen, wird sie gezwungen sein, ihre Koalitionsbildung im Kontext eines multipolaren Rahmens zu modernisieren und auszuweiten⁽¹³⁹⁾. In diesem Zusammenhang sind vor allem die bestehenden strategischen Partnerschaften einer Prüfung zu unterziehen, wobei funktionierende Partnerschaften, etwa mit den Vereinigten Staaten und vielen anderen Partnern von Brasilien bis Australien, ausgebaut und ergänzt werden sollten, dysfunktionale Partnerschaften zu überdenken und gegebenenfalls herunterzustufen sind und neue Partnerschaften mit Schwellenländern auf einer flexiblen und offenen Grundlage aufgebaut werden sollten.

Herausforderung 5: Sicherheit, Verteidigung und Bedarf an „Hard Power“

Dies ist vor dem Hintergrund eines breiteren Sicherheitskontextes der Europäischen Union zu verstehen. Europa könnte von den Vereinigten Staaten, die das zentrale Bindeglied darstellen, durchaus in die Pflicht genommen werden, durch eine Überprüfung seiner Prioritäten und politischen Strategien einen größeren Teil der regionalen Sicherheitslast an seinen östlichen und südlichen Grenzen zu schultern⁽¹⁴⁰⁾. In Anbetracht der mannigfaltigen Risiken wie Terrorismus, Destabilisierung der Grenzen, Einsatz von Gewalt oder Zwang sowie – je nach der Lage in Russland – einer wiedererstickten „klassischen“ Bedrohung wird sich die Union nicht länger allein auf ihr Arsenal an „weichen“ Mitteln zur Verteidigung ihrer Interessen verlassen können. Die Ergänzung mit „harten“ Verteidigungskräften oder zumindest Verteidigungsaufgaben und eine Aufstockung der Ausgaben im Verteidigungsbereich sowie eine wirksame gemeinsame Diplomatie werden ebenso notwendig sein. Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist es alles andere als sicher, dass die Union sich mit den für die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen erforderlichen politischen und militärischen Instrumenten ausstatten wird.

Ausgaben und Kapazitäten

Mit unter anderem 1,6 Millionen Soldaten in Uniform tätigten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2013 31 % der weltweiten, nicht aus den USA stammenden Verteidigungsausgaben. Diese Zahl geht jedoch nicht mit einer entsprechenden Kapazität einher. 55 % der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten der Union wurden für Personalgehälter und Pensionen eingesetzt – etwa 20 % mehr als in den Vereinigten Staaten. Es gibt vermutlich nur fünf Mitgliedstaaten mit voller Kapazität, und bis 2030 dürften nur zwei von ihnen, namentlich das Vereinigte Königreich und Frankreich, diesen Status aufrechterhalten, wenn auch in geringerem Umfang.

Die im Jahr 2001 festgestellten Kapazitätslücken⁽¹⁴¹⁾ konnten bisher nicht geschlossen werden, was sich wieder einmal bei den Luftangriffen in Libyen gezeigt hat: Die

⁽¹³⁹⁾ Generalsekretär des Europäischen Parlaments, *Vorbereitung auf die Komplexität – Das Europäische Parlament 2025*, 2013.

⁽¹⁴⁰⁾ Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs, *Global Strategic Trends out to 2045*, 2014.

⁽¹⁴¹⁾ Quelle: Helsinki Head Line Goal, Headline Force Catalogue und Progress Catalogue.

Mitgliedstaaten der Union waren für das Auftanken ihrer Tankflugzeuge, in Sachen Führung, Steuerung, Kommunikation und Computertechnik (zur Kommunikation zur Koordination zwischen nationalen Kontingenten) sowie Informationsgewinnung (engl. ISTAR: „intelligence, surveillance, target acquisition and reconnaissance“) wie auch bei präzisionsgelenkter Munition auf die Vereinigten Staaten angewiesen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügen in bestimmten Bereichen wie veralteten Kampfflugzeugen der dritten und vierten Generation und mechanischen Kampffahrzeugen über zu große Kapazitäten. Mit mehr als 5 000 Kampfpanzern verfügt die Union über eine kaum geringere Anzahl als die Vereinigten Staaten. Darüber hinaus sind sich Militärexperten größtenteils einig, dass die Mitgliedstaaten zwar nach wie vor über ausreichende Kapazitäten verfügen, ihr Selbstvertrauen allerdings angesichts anhaltender und unkoordinierter Kürzungen untergraben wird.

Beim NATO-Gipfel im September 2014 in Wales einigten sich die Bündnispartner auf bestimmte Kernziele: Verteidigungsausgaben in Höhe von mindestens 2 % des BIP, davon mindestens 20 % für wichtige neue Ausrüstung und Forschung und Entwicklung. Die Lücke zwischen den Bündnispartnern im Hinblick auf die Kapazitäten der nächsten Generation dürfte sich jedoch vergrößern. Die Vereinigten Staaten werden voraussichtlich in die Weiterentwicklung von Robotertechnik und Nanotechnik in ihrer Bewaffnung investieren, wodurch unmittelbarer menschlicher Kampfeinsatz zurückgehen wird. Ferner werden die USA bei der Militarisierung des Weltraums weiterhin eine Spitzenposition einnehmen und mit großem Vorsprung die erste Nation sein, die über die Kapazität zur Abwehr von Flugkörpern verfügt⁽¹⁴²⁾. Strahlenwaffen wie Laser für präzise militärische Schläge und umfassendere Raumverteidigung (Anti-Access/Area Denial, A2/AD) befinden sich bereits in fortgeschrittenen Prüfungsstadien⁽¹⁴³⁾. Dies alles wird die Einschätzung des Risikos durch die Vereinigten Staaten im Vergleich zu ihren Bündnispartnern verändern und höchstwahrscheinlich die Kluft zwischen beiden Seiten im Hinblick auf die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt weiter vergrößern.

Die erste Folge dieser Entwicklungen könnte – in einer Zeit steigender Spannungen und anhaltender Interessen – ein Rückgang des Beitrags der Union zur weltweiten Sicherheit sein. Hieraus ergeben sich einige wesentliche Sekundär- und Tertiäreffekte wie eine anhaltende Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten im Hinblick auf den umfassenden Sicherheitsschirm und eine gewisse Zurückhaltung, eindeutig Stellung zu sicherheitspolitischen Entwicklungen zu beziehen, etwa zu den Vorgängen im Südostchinesischen Meer und der Pazifikregion.

Die Mitgliedstaaten der Union müssen den Zustand ihrer Streitkräfte und ihre künftig geplanten Ausgaben wirksamer kommunizieren. So wurde bereits ein Prozess nach Art eines Europäischen Semesters zur Sicherstellung einer guten

⁽¹⁴²⁾ Ian Morris, a.a.O.

⁽¹⁴³⁾ Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs, *Global Strategic Trends out to 2045*, 2014.

Informationsgrundlage zur Zusammenarbeit vorgeschlagen⁽¹⁴⁴⁾. Fragen etwa im Zusammenhang mit dem erwarteten Verteidigungshaushalt für die kommenden drei Jahre, den wichtigsten Prioritäten im Hinblick auf die Ausrüstungsentwicklung und dem Gleichgewicht zwischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung einerseits und Personal andererseits würden von den Mitgliedstaaten gemeinsam beantwortet und erörtert werden.

Im Großen und Ganzen wird die Intensität und der Umfang an Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Union ihre weitere Handlungsfähigkeit bestimmen. Es könnte zu einer Zeit erhöhter Risiken kommen, in der die leistungsfähigsten Mitgliedstaaten zwar nicht länger einseitig auf der Weltbühne agieren können, die Mitgliedstaaten aber noch nicht gelernt haben, gemeinsam zu handeln⁽¹⁴⁵⁾.

Währenddessen wird sich die Leistungsfähigkeit nichtwestlicher Staaten weiterentwickeln. Aus Prognosewerten geht hervor, dass die Verteidigungsausgaben in Asien, dem Nahen Osten, Nordafrika und Lateinamerika ansteigen werden, während sie in Europa, Nordamerika und Ozeanien zurückgehen werden. Zu den markantesten Bereichen der Kapazitätsentwicklung einer Reihe von nicht der NATO angehörigen Staaten gehören ferngesteuerte Waffensysteme für Überwachung, Zielfindung und Angriff. Dies würde das derzeitige Monopol auf ihren Einsatz beenden, die Schwelle zum Konflikt herabsetzen und das Wesen des Konflikts ändern.

Die Zukunft des EU/NATO-Sicherheitsrahmens

Auch im Jahr 2030 werden NATO und die Vereinigten Staaten letztinstanzlich für die Sicherheit der Europäischen Union verantwortlich sein. Verteidigung und Militäreinsätze werden vermutlich in zunehmendem Maße durch Koalitionen durchgeführt, da die Mitgliedstaaten der Union möglicherweise selbst mit Unterstützung im Rahmen der NATO oder der Union nicht die Kapazitäten haben werden, diese allein auszuführen.

Das Wesen der NATO bleibt weiter unklar, auch wenn der Gipfel in Cardiff neue Perspektiven eröffnet hat⁽¹⁴⁶⁾: Die NATO wird vermutlich Bestand haben und weiterhin eine globale Wirkung besitzen, doch wird sie wesentlichen Herausforderungen ausgesetzt sein. Neben sinkenden Ausgaben gehören hierzu interne Auseinandersetzungen über ihre Rolle in der Zukunft, ein Mangel an Aufgaben nach zwei Jahrzehnten

⁽¹⁴⁴⁾ Nick Witney, *How to stop the Demilitarisation of Europe*, 2011.

⁽¹⁴⁵⁾ Radek Sikorski, *Munich Security Conference*, 2014.

⁽¹⁴⁶⁾ Auch wenn die Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung des Strategiekonzepts mit seinen drei Kernaufgaben der gemeinsamen Verteidigung, des Krisenmanagements und der kooperativen Sicherheit bekundeten, erhielt der Zweck der NATO in erster Linie durch die Aufgabe der gemeinsamen Sicherheit neuen Schwung. Das Auftreten Russlands in der Ukraine und die anhaltende Unsicherheit hinsichtlich seiner künftigen Absichten verleihen den zugesicherten Maßnahmen aus der NATO-Gipfelerklärung von Wales eine ganz neue Bedeutung. Diese lauten: „Eine regelmäßige Präsenz und bedeutende militärische Aktivitäten von Luft-, Land-, und Seestreitkräften im östlichen Teil des Bündnisses [...] [die Steigerung der] Reaktionsschnelligkeit unserer NATO-Reaktionskräfte (NRF) [...] [unter anderem] eine streitkräftegemeinsame NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (VJTF) [...] dieser neue Verband der NATO wird in der Lage sein, innerhalb weniger Tage disloziert zu werden, um auf Herausforderungen zu reagieren, die [...] entstehen [...] und] Vorbereitung von Infrastruktur, die Vorauseinlagerung von Ausrüstung und Nachschub sowie die Bestimmung bestimmter Stützpunkte“.

bedeutender Einsätze in Afghanistan und auf dem Balkan sowie eine etwaige Loslösung der Vereinigten Staaten, sollten diese den Schwerpunkt auf Asien legen. Wie aus dem Bericht des britischen Verteidigungsministeriums mit Schwerpunkt auf dem Jahr 2045 hervorgeht, wird die NATO aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin das zentrale Sicherheitsbündnis für die Länder Nordamerikas bleiben, auch wenn die US-amerikanischen und möglicherweise kanadischen Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt dazu führen könnten, dass die Länder Europas mehr Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in ihrer Region übernehmen müssen⁽¹⁴⁷⁾.

Die Unterscheidung zwischen Verteidigungsbedrohungen und Sicherheitsbedrohungen und die dementsprechend unterschiedliche Herangehensweise der Institutionen stecken noch in den Anfängen. Verteidigung setzt die Vereitelung einer offenkundigen Bedrohung voraus, während Sicherheit die Vermeidung einer latenten Bedrohung bzw. Zeit zur Einrichtung einer Verteidigung erfordert. Verteidigung führt zu einem einseitigen Ergebnis, während Sicherheitsbedrohungen eines fortlaufenden Prozesses und vielfacher Hilfsmittel bedürfen. Krisenmanagement und Sicherheitsbedrohungen werden nach wie vor grundsätzlich durch Verteidigungsstrukturen und Herangehensweisen bewältigt, die ihre Wirkung schmälern⁽¹⁴⁸⁾.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der NATO bleiben wichtig. Für die Europäische Union besteht die wesentliche Herausforderung darin, Lösungen für ihre internen Spaltungen zu finden, um gemeinsame Antworten auf zukünftige Bedrohungen zu finden. Die Frage nach der institutionellen Organisation der europäischen Verteidigung und Sicherheit wird voraussichtlich weiterhin durch Debatten über die Abgrenzung der Rollen zwischen der Europäischen Union/GSVP und der NATO erschwert werden. Diese Debatten halten sich bis heute hartnäckig. Die Europäische Union hat ihr umfassendes Konzept auf der Grundlage einer breiteren Palette von Instrumenten und im Rahmen einer politischen Strategie zur Koordinierung der Instrumente der Mitgliedstaaten und der Union entwickelt. Militärische Gewalt spielt jedoch kaum eine Rolle oder ist auf den Kapazitätsaufbau beschränkt. Die Mehrheit der GSVP-Einsätze ist nach wie vor zivil, und die EU-Battlegroups sind bis jetzt noch nicht zum Einsatz gekommen.

Die Debatten über die Abgrenzung der jeweiligen Rollen haben wenig zu Klarheit auf strategischer Ebene beigetragen, und politische Auseinandersetzungen zwischen einigen Nationen der Allianz und Mitgliedstaaten haben die Zusammenarbeit auf operativer und taktischer Ebene behindert. Weitere Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Union und der NATO könnten erforderlich sein.

Notwendige Prioritäten

Trotz der Ausarbeitung einer Reihe von regionalen Strategien ist die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 (sie wurde 2008 überarbeitet) nach wie vor die einzige

übergreifende Strategie der Europäischen Union. Mit einer Aktualisierung jener Strategie könnte ein neues Gefühl der Orientierung und Priorisierung vermittelt und damit eine bessere Koordinierung der Ressourcen der Mitgliedstaaten und der Union ermöglicht werden.

Bedeutende Umbrüche des internationalen Systems infolge der Veränderung zentraler Normen werfen wichtige Fragen auf. Welche Folgen hat die neue Doktrin der Vereinigten Staaten, das „Leading from Behind“ (also des „Führens aus dem Hintergrund“), die beispielhaft am Libyen-Einsatz festgemacht werden kann, für die Europäische Union? Ist dies ein neues Modell des Engagements der Vereinigten Staaten bei europäischen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Krisen? Haben die meisten Mitgliedstaaten der Union dieses Modell als solches akzeptiert? Was bedeutet dies für die Beziehungen der Europäischen Union mit der NATO? Wird es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten Zentral- und Osteuropas, die ihre Anstrengungen und Kapazitäten auf die territoriale Verteidigung konzentrieren möchten, und den Mitgliedstaaten nahe dem Mittelmeerraum geben, denen eher daran gelegen ist, ausreichende Kapazitäten für Einsätze im Mittelmeer und in der MENA-Region sicherzustellen?

Was die Situation außerhalb der unmittelbaren Grenzen Europas betrifft, stellt sich die Frage, ob Europa von dem Konflikt im Südchinesischen Meer unberührt bleiben wird – insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Seehandel Europas mehr als ein Viertel des transkontinentalen Schiffsverkehrs ausmacht. Wird die Europäische Union politische Strategien und Instrumente entsprechend ihren Interessen und Schwachstellen haben? Könnte die Europäische Union einen größeren Beitrag dazu leisten, die Kapazitäten regionaler Organisationen aufzubauen und mit ihnen zusammenzuarbeiten? Es besteht dringender Bedarf an einer Debatte über die Vielzahl an Bedrohungen, denen die Union ausgesetzt ist, und die möglichen Strategien und Instrumente zu ihrer Bewältigung. Die Debatten über bestimmte Bedrohungen sollten jedoch nicht das Verständnis untergraben, dass militärische Macht an sich hilfreich in einer instabilen und unsicheren Welt ist.

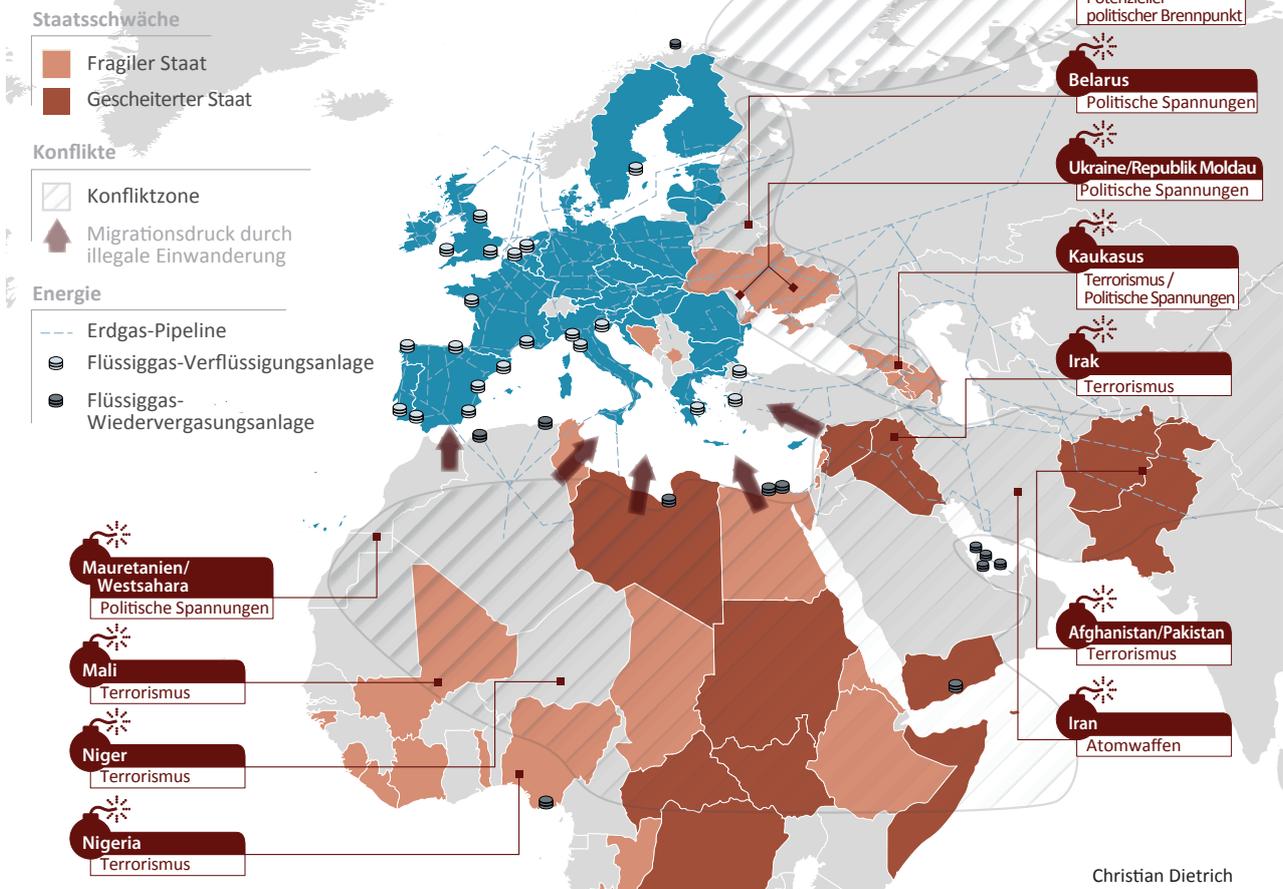
Angesichts dieser Fragen und einer unsicheren und sich rapide wandelnden Welt wird die Europäische Union ihre Interessen wohl einer umfassenderen Überprüfung unterziehen und ihre Ziele und die von den Mitgliedstaaten eingesetzten Instrumente konkretisieren müssen. Vor allem muss klar sein, dass sich die Europäische Union bei der Verteidigung ihrer Interessen bzw. der Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht allein auf ihr Arsenal an „weichen“ Mitteln verlassen können. Die Europäische Union hat darüber hinaus ihr umfassendes Konzept – für ihren Mehrwert als sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur von grundsätzlicher Bedeutung – auf der Grundlage einer breiteren Palette von Instrumenten und im Rahmen einer politischen Strategie entwickelt. Militärische Gewalt spielt jedoch kaum eine Rolle oder ist auf einen geringfügigen und begrenzten Kapazitätsaufbau beschränkt.

⁽¹⁴⁷⁾ Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs, *Global Strategic Trends out to 2045*, 2014.

⁽¹⁴⁸⁾ Anmerkungen von General Rupert Smith bei der ESPAS-Sitzung, 2014.

Abbildung 26: Ausblick auf das nächste Jahrzehnt: die Nachbarländer der Europäischen Union

Ausblick auf das nächste Jahrzehnt: Die Nachbarländer der Europäischen Union

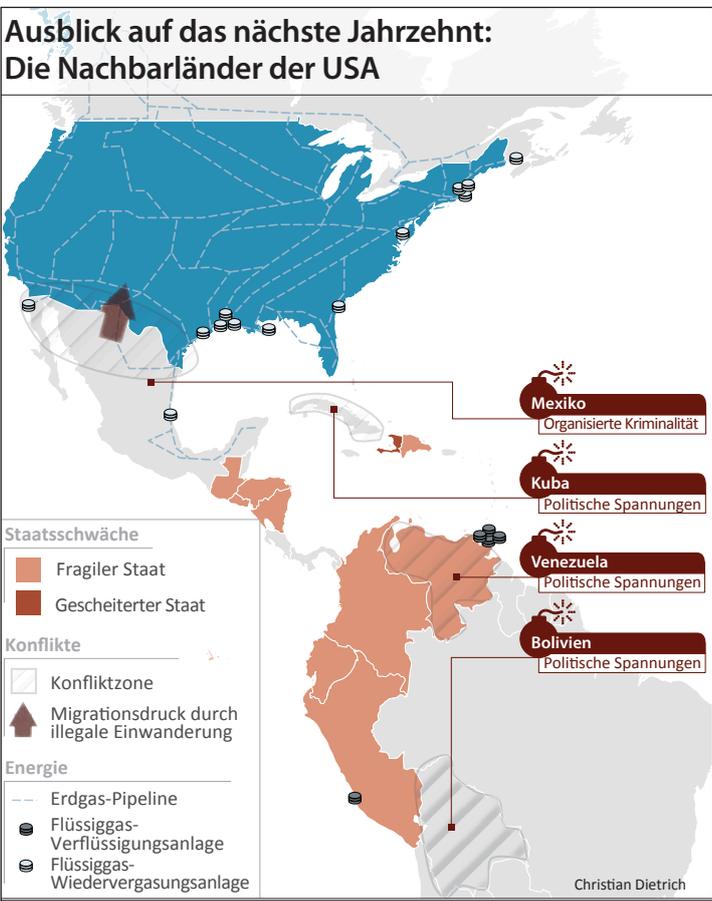
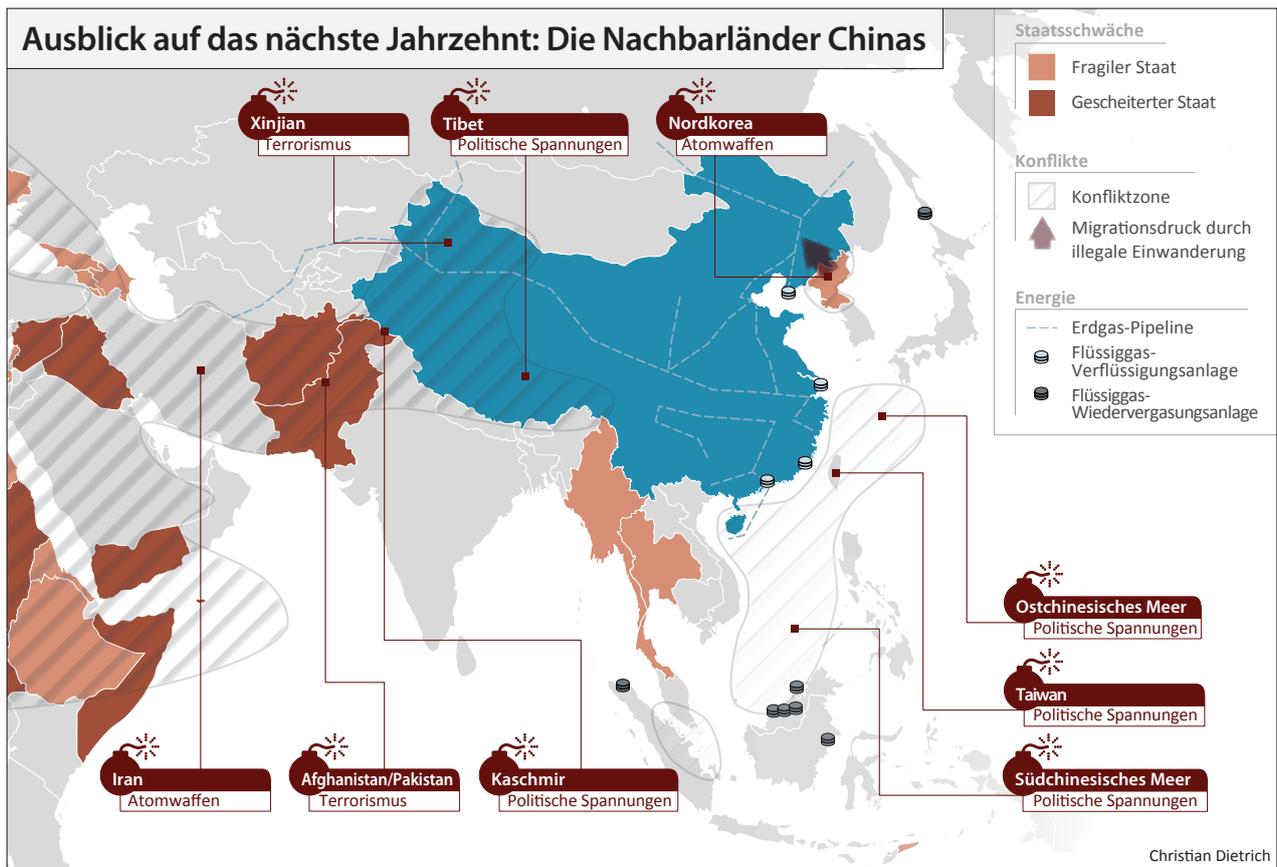


Quelle: insbesondere gestützt auf: OECD: „Fragile Staaten 2014“, Weltbank: „Liste der fragilen und Konfliktsituationen“ (GJ 14) (PDF), Fund for Peace: „Failed States 2014“ und „Failed States: A Paradigm Revived“, Robert I. Rotberg, 11. März 2014.

Schlüsselfragen

- Wie schnell werden sich die Militarisierung und die wirtschaftliche Entwicklung in Asien tatsächlich auf die nächsten Nachbarn der Union und global auswirken?
- Wie erfolgreich wird Russland bei der Bildung eines unabhängigen eurasischen Pols möglicherweise als Konkurrenz zu Europa und den Vereinigten Staaten sein?
- Inwieweit wird die Europäische Union, im Rahmen bestehender Verträge, ihre eigene Sicherheits- und Verteidigungskapazität zum kollektiven Handeln in ihrer Nachbarschaft ausbauen?
- Wie kann die EU im Rahmen bestehender Verträge Fortschritte auf dem Weg zur Energieautarkie machen?
- Inwieweit kann die transatlantische Partnerschaft wirksame gemeinsame globale Maßnahmen zu einer Vielzahl von Problemen erarbeiten?
- Bedarf das gesamte System der strategischen Partnerschaft einer Generalüberholung, um die grundsätzlichen Interessen der Europäischen Union – insbesondere gegenüber neuen Partnerländern – widerzuspiegeln?
- Sollte die Europäische Union bis 2020 eine endgültige Vereinbarung zu ihren Außengrenzen treffen?
- Wie kann die Europäische Union ihre Politik im Bereich Cybersicherheit stärken?

Abbildung 27: Ausblick auf das nächste Jahrzehnt: die Nachbarländer Chinas und der USA



Drei verschiedene Nachbarschaftskontexte:

Mit diesen drei Karten werden die Unterschiede des geopolitischen Kontextes zwischen den Vereinigten Staaten, China und der Europäischen Union für das nächste Jahrzehnt veranschaulicht. Sie stellen insbesondere den Unterschied zwischen der politisch angespannten, krisen- und konfliktreichen Lage in den Nachbarregionen der Union und Chinas einerseits und der sehr viel friedlicheren Lage in der Umgebung der USA andererseits heraus.

Quelle: insbesondere gestützt auf: OECD: „Fragile Staaten 2014“, Weltbank: „Liste der fragilen und Konfliktsituationen“ (GJ 14) (PDF), Fund for Peace: „Failed States 2014“ und „Failed States: A Paradigm Revived“, Robert I. Rotberg, 11. März 2014.

Schlussfolgerung

In der Politik muss man wissen, was man will. Wenn man es weiß, dann muss man den Mut haben, es zu sagen; und wenn man es gesagt hat, braucht man Tatkraft, es auch zu tun.

Georges Clémenceau

Die Welt wird auch weiterhin von den starken Kräften der Globalisierung verändert werden. Trotz einer offensichtlichen zunehmenden internationalen Verflechtung wird die Festlegung gemeinsamer Ansätze zur friedlichen Problemlösung durch mangelhafte Ausführung und eine Zersplitterung des multilateralen Systems erschwert.

Die Welt wird komplizierter und unsicherer: der kontinuierliche Niedergang der Macht des Westens und der Aufstieg konkurrierender asiatischer Länder, allen voran China; zunehmende politische Spannungen und Konflikte im Nahen Osten und möglicherweise auch in Asien; unter Umständen eine umfassende Neuordnung rund um Russland, China und den Nahen Osten. Zusammen könnten diese Faktoren eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Konfliktes erzeugen, die an die Schlüsselmomente des frühen 20. Jahrhunderts erinnert.

Politikoptionen

Ausgehend von den im ersten Teil dieser Veröffentlichung in der Form von Fragen dargelegten globalen Trends und Herausforderungen haben die Verfasser Trends und Auswirkungen für Europa sowie mögliche Strategien für die politischen Entscheidungsträger der Europäischen Union für

den Zeitraum 2014-2019 ermittelt. Sie werden in diesem Abschnitt schlussfolgernd als drei zusammenhängende Gruppen politischer Strategien für die Union dargelegt, um sowohl bei der Innen- als auch bei der Außenpolitik künftige Debatten zu ermöglichen.

1. Ein wirtschaftlicher Aufholprozess ist dringend erforderlich, um ein verlorenes Jahrzehnt abzuwenden

Die Europäische Union bedarf einer wirtschaftlichen Wiedergeburt. Das hier skizzierte Programm umfasst einen überarbeiteten regulatorischen Rahmen, der Investitionen in Humankapital begünstigt und die Innovationsfähigkeit der produktiven Wirtschaft fördert. Zur Unterstützung der Marktflexibilität und zur Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit sind effizientere soziale Sicherheitsnetze erforderlich. Außerdem muss der Euroraum deutlich gestärkt und erweitert werden, wobei gegen die Fragmentierung und Unterwanderung des EU-Binnenmarkts anzugehen ist.

Die Vollendung des Binnenmarkts für Waren und Dienstleistungen ist alles andere als abgeschlossen – Schuld ist der Widerstand einzelner Interessengruppen, die den Status quo aufrechterhalten wollen. In der Union besteht zwischen vorwiegend dienstleistungsbasierten und eher industriellen

Volkswirtschaften ein wachsendes Ungleichgewicht, da Letztere einen größeren potenziellen Nutzen aus dem Binnenmarkt in seiner jetzigen Form ziehen können.

In Echtzeit gesammelte Daten der realen Welt haben eine rasante Weiterentwicklung und Verschmelzung zentraler digitaler, industrieller und biologischer Technologien zur Folge. Sie bilden die Grundlage einer Fülle an innovativen Software-Plattformen und anderen digitalen Hilfsmitteln, die für alle Menschen überall auf der Welt und für nahezu jeden Zweck zur Verfügung stehen und erschwinglich sind. Zusammen ebnet sie den Weg für eine „wissende Gesellschaft“. Wirtschaftlich gesehen könnte die Welt an der Schwelle zu einer realen dritten industriellen Revolution stehen.

Die Rentabilität von Investitionen in die Bildung wird in ganz Europa sorgfältig neu bewertet werden müssen. Ungeachtet enormer Haushaltsmittel der Nationen und Regionen besteht neben digitalem Analphabetentum und Schulabbruch nach wie vor ein erhebliches Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage, was die Ausgrenzung vieler junger oder auch älterer Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt zur Folge hat. Eine unzureichende Sprachausbildung steht der Mobilität von Arbeitskräften weiterhin im Weg. Zu den wesentlichen Zielen von Bildung und lebenslangem Lernen sollten dauerhafte Spitzenleistungen und die Einbeziehung aller Menschen in die Erwerbsbevölkerung gehören.

Der Europäischen Union kommt eine wichtige Rolle zu – konkrete Antworten könnten folgende Aspekte umfassen:

- Bereitstellung von mehr öffentlichen und privaten Investitionen zur Förderung des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Digitales Europa: Während sowohl in Asien als auch in den Vereinigten Staaten enorme Summen in neue Kommunikationstechnologien investiert werden, hinkt die Europäische Union bei der Modernisierung ihrer digitalen Infrastruktur hinterher. Die Wirtschaft von morgen wird maßgeblich die digitale Wirtschaft sein. Die Vollendung des digitalen Binnenmarkts wird daher für die Förderung von Effizienz, Konnektivität und Wettbewerbsfähigkeit von zentraler Bedeutung sein. Die öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Institutionen des 21. Jahrhunderts sollten dafür gerüstet sein, diese neuen langfristigen Entwicklungen voranzutreiben. Darüber hinaus könnten sie lokale Initiativen anregen, Innovationen belohnen und neue Technologien wie Big Data und E-Government verstärkt einsetzen.
- Energieunion: Innovationen wie intelligente Netze, verbesserte Konnektivität und die Vollendung des Energie-Binnenmarkts könnten den Weg zu einer echten Energieunion ebnet. Einzelstaatliche Energiemixe sollten respektiert werden, jedoch nicht zum Preis fortwährender Abhängigkeit von externen Quellen, was ein struktureller strategischer Schwachpunkt ist, unabhängig davon, wie Marktpreise, Akteure und neuen Technologien die Zukunft bestimmen werden.
- Euroraum: Die Bewältigung der Staatsverschuldung im Euroraum und anderer Mitgliedstaaten und die endgültige Wiederherstellung des Bankensystems werden auch weiterhin zentrale Herausforderungen darstellen, die politische Energie, Einsatz und Entschlossenheit erfordern. Eine massive staatliche Kreditaufnahme ist nicht länger möglich; „Wirtschaftswachstum ohne Staatsverschuldung“ wird in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach ein zentrales Leitprinzip für die Europäische Union bleiben. Die Koordinierung und Durchführung wesentlicher Wirtschaftsreformen und die Vollendung einer vollwertigen Währungsunion mit Haushaltsbefugnissen gehören zu den wichtigsten kurz- und mittelfristigen Aufgaben. Langfristig könnte eine bessere Abstimmung der Steuer- und Arbeitspolitik auf der Tagesordnung stehen, um einer verbesserten haushalts- und wirtschaftspolitischen Kontrolle zu entsprechen und auf dem Weg in Richtung Euro-Wechsel und Euro-Projektanleihen voranzukommen. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgaben wird es von entscheidender Bedeutung sein, den Zusammenhalt zwischen Mitgliedstaaten des Euroraums und anderen Mitgliedstaaten zu wahren.

2. Eine „Business as usual“-Politik in Europa wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht hingenommen werden

Um die üblichen Antworten zu vermeiden, die der Lage nicht mehr gerecht werden können und für die Bürgerinnen und Bürgern Europas nicht vertretbar sein werden, müssen die Verantwortlichen der Politik Folgendes sicherstellen:

- Eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit befähigten Personen: In einer komplexen, miteinander verflochtenen Wirtschaft und ausgeklügelten Gesellschaften muss der Wandel schrittweise und unter Beteiligung aller Seiten erfolgen. Die erfolgreiche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann nicht getrennt von der Modernisierung der politischen Parteien, Gewerkschaften und allen weiteren in repräsentativen Institutionen vertretenen Gruppierungen vorstattengehen. Diese Kräfte werden sich auf allen Ebenen und im Einklang mit den besten demokratischen Standards wirksam erneuern müssen. Die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte direktere Verknüpfung zwischen der Wahl des Kommissionspräsidenten und den Wahlen zum Europäischen Parlament gilt manchen als Möglichkeit, die europäische Agenda sichtbarer, ihre politische Rückenbedeckung transparenter und ihre rechtzeitige Umsetzung stringenter zu machen.
- Die Bewältigung von Ungleichheiten, da diese den Zusammenhalt der Union gefährden und ihre wirtschaftliche Stärke untergraben: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden aus der Wirtschaft ausgegrenzt, und diese Situation könnte sich anhand der unzureichenden Vorbereitung der Union auf die kommende technologische Revolution weiter verschärfen. Dies könnte die Unterschiede zwischen den Gewinnern und Verlierern der Gesellschaft sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten weiter verstärken. Der Schwerpunkt sollte auf einer verbesserten Primar- und Sekundarschulbildung, einer integrativen und gleichzeitig erschwinglichen Gesundheitsversorgung, flexibleren Arbeitsmärkten und

dem Abbau der Hürden für Unternehmergeist und Wettbewerb liegen. Eines der Ziele ist nach wie vor die Sicherstellung flexiblerer beruflicher Laufbahnen und angemessener Gehälter. Die neuen Werkzeuge heißen lebenslanges Lernen, ein offener Arbeitsmarkt und längere Erwerbsbeteiligung einer größeren Anzahl Bürger sowie Verfahren für den Ruhestand, die an die steigende Lebenserwartung angepasst sind. Um die Auswirkungen konjunktureller Abschwünge, führungstechnischer Änderungen, strategischer Umschichtungen und Kapitalumschichtungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze zu begrenzen, sollten geeignete Anreize geschaffen werden, u. a. durch Umschulungen, Teilzeitarbeit und interne Mobilität.

3. Die Notwendigkeit einer wirksameren Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen

Die Europäische Union kann es sich nicht länger leisten, den Blick überwiegend auf ihre internen Angelegenheiten zu richten. Externe Herausforderungen machen nicht an den Grenzen der Union Halt, sondern beeinträchtigen ihre Gesellschaften und gefährden ihren Zusammenhalt. Die Union ist allerdings noch nicht ausreichend für die wirksame Bewältigung dieser Gefährdungen einer weniger sicheren Welt gerüstet. Trotz der Entwicklung einer Reihe von regionalen Strategien in den letzten Jahren bedarf es einer breiteren strategischen Perspektive.

Diese sollte als oberste Priorität eine gezielte Strategie zur Förderung der Stabilisierung und des Wohlstands der „strategischen Nachbarschaft“ der Union umfassen: Russland, Nordafrika, die Sahelzone und den Nahen Osten. Hierzu wäre zunächst eine sorgfältige Neubewertung der Beziehungen der Union und ihrer Mitgliedstaaten mit dieser Region sowie ihrer Ziele für diese Region erforderlich, die 1,2 Milliarden Menschen und 62 % bzw. 80 % der weltweiten Öl- und Gasvorkommen umfasst. In dieser Strategie sollten die handels-, entwicklungs-, finanz- und sicherheitspolitischen Dimensionen berücksichtigt werden.

Die zweite Spitzenpriorität ist die Stärkung des globalen Systems durch die Anpassung des multilateralen Rahmens an eine neue multipolare Welt. In einer multipolaren Welt ist es im Interesse der EU, dass die globalen multilateralen Führungsstrukturen auch künftig integrativ sind und sich auf Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, freien und fairen Wettbewerb sowie die Trennung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich stützen.

Die Union sollte außerdem auch auf bilaterale Beziehungen zurückgreifen und dabei sicherstellen, dass das globale System durch diese Beziehungen gestärkt und nicht untergraben wird:

- Förderung und Ausbau von Bündnissen: Wichtige aufstrebende Kräfte wie China dürfen nicht isoliert, sondern müssen einbezogen und darin bestärkt werden, ihren globalen Verantwortlichkeiten nachzukommen. Als Voraussetzung hierfür sollten die multilateralen Organisationen Flexibilität zur besseren Einbindung dieser neuen

Akteure beweisen. Entscheidend sind auch Bündnisse mit Partnern, die die Werte Europas teilen und das multilaterale System unterstützen: Der Abschluss eines erfolgreichen und ausgewogenen Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) sollte als Gelegenheit genutzt werden, der WTO neuen Schwung zu verleihen und den Weg für eine zunehmende Integration anderer wichtiger Akteure zu ebnen.

- Modernisierung des Konzepts strategischer Partnerschaften, in erster Linie mit den Vereinigten Staaten als Europas entscheidendem Partner: Neben der Förderung wirtschaftlicher Integration sollten Partnerschaften gegebenenfalls und in angemessener Form durch sicherheits- und verteidigungspolitische Dimensionen, Überkreuzbeteiligungen und eine bessere öffentliche Verwaltung und das Management zirkulärer Migrationsströme ergänzt werden. Der Aufstieg Chinas wird die Spielregeln grundlegend ändern und eine Neubewertung der Beziehungen der Europäischen Union zu dem Land erforderlich machen, um der gegenwärtigen und künftigen Bedeutung des Landes gerecht zu werden.
- Neuausrichtung der Zuwanderungsdebatte: Die Zuwanderungspolitik der EU wird sich bis 2030 an die neuen Erfordernisse der europäischen Wirtschaft und zeitgemäße Mobilitätsmuster anpassen müssen. Ohne eine grundlegende Neugestaltung der Zuwanderungsdebatte, die in eine ausgewogene und nachhaltige Zuwanderungsstrategie mündet, wird die Union erhebliche Schwierigkeiten haben, von den Entwicklungen in den Bereichen Humankapital, Zuwanderung, Beschäftigung und Wirtschaft zu profitieren. Um für eine bessere Akzeptanz kontrollierter Zuwanderung zu sorgen, könnten neue Mechanismen zur Regelung der Mobilität aus den südlichen Nachbarländern der EU geprüft und ausgearbeitet werden. Hierzu könnten die Anerkennung von Qualifikationen, Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und der Privatwirtschaft oder die Ausgestaltung eines gemeinsamen europäischen Programms für die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte gehören.

Die Zukunft der Europäischen Union ist auf eine stärkere Führung angewiesen

Externe Bedrohungen und Risiken dürften sich zweifelsohne hemmend auf die Vorhaben der EU für ihre eigene Entwicklung auswirken. Die zentralen politischen Herausforderungen für die Europäische Union sind allerdings nicht extern, sondern intern. Die übergreifende Priorität für die neue EU-Führung in den nächsten fünf Jahren ist es, das Vertrauen in die Union wiederherzustellen und Versprechen konkret und wirksam umzusetzen. In diesem Zusammenhang wird es für die Union umso wichtiger sein, Probleme vorausschauend zu erkennen und größere Schwierigkeiten durch die Entwicklung von Strategien auf der Grundlage einer ständig an die aktuelle Situation angepassten Vorausschau zu vermeiden.

Die Europäische Union muss bessere Kapazitäten für die Innovation politischer Maßnahmen nutzen und effizientere Mittel und Methoden zur Rechtfertigung ihrer Führung übernehmen. Fortschritte und Anreize sollten durch

langfristige Strategien überwacht werden, um die Angleichung öffentlicher und privater Akteure sicherzustellen. Flexibilität sollte zu den wesentlichen politischen Grundsätzen gehören, um maßgeschneiderte politische Strategien für die zahlreichen verschiedenen Wählerschaften der EU zu gestalten.

Um neue Ideen zu prüfen, nützliche Einfälle zu verlängern und die unter den Erwartungen gebliebenen zu verwerfen, kann das Experimentieren eine wichtige Rolle spielen. Ex-ante- und Ex-post-Bewertungen sind auf allen Ebenen erforderlich, um die Kosteneffizienz politischer Maßnahmen, eine bessere Kontrolle und gegebenenfalls die Bereitschaft zum Verzicht auf eine bestimmte Maßnahme zu optimieren. Es sollte der Grundsatz beibehalten werden, dass auf der Ebene der Europäischen Union nur dann Maßnahmen ergriffen werden, wenn dies auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder darunter einen Mehrwert bringt.

Schlussendlich ist der Grundsatz der Inklusivität anzuerkennen: Jeder Beschluss sollte das Ergebnis eines Prozesses sein, der mit Informationen beginnt, mit Wissensaustausch, erhöhtem Bewusstsein und der Beteiligung und Mobilisierung von Interessenträgern fortgesetzt wird und mit Maßnahmen endet. Diese Prozesse sollten im Rahmen tieferer und offenerer Beziehungen zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden.

Besseres strategisches Denken dank ESPAS

Die Qualität politischer Maßnahmen auf jeder Ebene hängt nicht nur von Beschluss- und Handlungsfähigkeit ab, sondern auch von der Qualität der Analyse und Einsicht bei der Festlegung der zentralen Fragen in der Gegenwart und

Zukunft. Auch wenn es unmöglich ist, die Zukunft vollkommen exakt vorauszusagen, können wesentliche aktuelle Trends jederzeit ermittelt und analysiert werden, wobei stets zu berücksichtigen ist, dass sich diese in andere Richtungen entwickeln, an Relevanz verlieren oder sich sogar umkehren können. Bestenfalls bedeutet die zunehmende Geschwindigkeit und Komplexität des globalen Wandels, dass die strategische Analyse ebenfalls an Tempo und Umfang zulegen muss.

Auf dieser Grundlage sollte der in diesem Bericht dargestellte ESPAS-Prozess einige der wesentlichen globalen Trends für die nächsten Jahrzehnte ermitteln sowie einige mögliche Auswirkungen auf künftige politische Debatten sowohl auf Unionsebene als auch darüber hinaus nachzeichnen. Diese zukunftsorientierte Analyse sollte dazu beitragen, eine umfassendere, kontinuierlichere und pluralistischere Diskussion über die strategischen Prioritäten der Union und die künftigen Weichenstellungen unter stärkerem Schwerpunkt auf der mittel- und langfristigen Zukunft zu schaffen und zu nähern. Ziel ist, den politischen Entscheidungsträgern der Union ein besseres Verständnis für den globalen Zusammenhang, in dessen Rahmen Entscheidungen getroffen werden müssen, und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Entscheidungen, denen wir uns gegenübersehen, zu vermitteln. ESPAS verfolgt das Ziel, diese Untersuchung durchzuführen und auf Partner im Bereich globaler Trends zuzugehen, etwa über die ORBIS-Website, die sich zu einer der umfassendsten Ressourcen für vorausschauende Studien in der Welt entwickelt. Mit diesem Verfahren könnte die Europäische Union dazu beitragen, die Analyse globaler Trends unmittelbar in den Dienst ihrer Regierenden, Institutionen und Bürger zu stellen.

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm),
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union
(http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm),
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)
oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).



European Strategy and Policy Analysis System

Ein interinstitutionelles EU Projekt unter Beteiligung des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst.

